

„Der gute Krieg ist es, der jede Sache heiligt.“

Versuch eines Panoramas der Einmischungsgerechtigkeit

ABHANDLUNG

zur Erlangung der Doktorwürde
der Philosophischen Fakultät
der Universität Zürich
vorgelegt von

FLORIAN SCHAURER

aus
Deutschland

Angenommen im Herbstsemester 2010 auf Antrag von
Herrn Professor Dr. GEORG KOHLER und Herrn Professor Dr. DIETER RULOFF

Zürich 2010

.....WEM DAS GEWISSEN DROHE
MICH EIGNER ODER FREMDER SCHANDE DRUCKE
EMPFINDE DEINE WORTE WOL ALS ROHE.

DEM OHNGEACHTET HALT DICH FREI VON SCHMUCKE
UND GANZ ERÖFFNE DAS VON DIR GESCHAUCE.
LASS ES GESCHEHN DASS WEN ES BEISST SICH JUCKE.

WENN AUCH BESCHWERLICH WERDEN DEINE LAUCE
BEIM ERSCHEINEN KOSTEN: WIRD LEBENDIGE ZEHRUNG
MAN DRAUS ENTNEHMEN WENN MAN SIE VERDAUCE.

DANCE · GÖTTLICHE KOMÖDIE · HIMMEL XVII

Wie das getier der wälder das bisher
Sich scheute oder fletschend sich zerriss
Bei jähem brand und wenn die erde bebt
Sich sucht und nachbarlich zusammendrängt:
So in zerspaltner heimat schlossen sich
Beim schrei DER KRIEG die gegner an .. ein hauch
Des unbekannten eingefühls durchwehte
Von schicht zu schicht und ein verworrenes ahnen
Was nun beginnt ... Für einen augenblick
Ergriffen von dem welthaft hohen schauer
Vergass der feigen jahre wust und tand
Das volk und sah sich gross in seiner not.

Sie kamen zu dem Siedler auf dem berg:
›Liegst du noch still beim ungeheuren los?‹

Der sprach: dies frösteln war das edelste!..
Was euch erschüttert ist mir lang vertraut ·
Lang hab ich roten schweiss der angst geschwitzt
Als man mit feuer spielte .. meine tränen
Vorweg geweint .. heut find ich keine mehr.
Das meiste war geschehn und keiner sah ..
Das trübste wird erst sein und keiner sieht.
Ihr lasst euch pressen von der äussern wucht ..
Dies sind die flammenzeichen · nicht die kunde.
Am streit wie ihr ihn fühlt nehm ich nicht teil.

Nie wird dem Seher dank .. er trifft auf hohn
Und steine · ruft er unheil - wut und steine
Wenn es hereinbrach. Angehäufte frevel
Von allen zwang und glück genannt · verhehlter
Abfall von Mensch zu Larve heischen busse ..
Was ist IHM mord von hunderttausenden
Vorm mord am Leben selbst? Er kann nicht schwärmen
Von heimischer tugend und von welscher tücke.
Hier hat das weib das klagt · der satte bürger ·
Der graue bart ehr schuld als stich und schuss
Des widerparts an unsrer söhn und enkel
Verglasten augen und zerfeztem leib.

SEIN amt ist lob und fem · gebet und sühne ·
Er liebt und dient auf seinem weg. Die jüngsten
Der teuren sandt er aus mit segenswunsch ..
Sie wissen was sie treibt und was sie feilt ..
Sie ziehn um keinen namen - nein um sich.
IHN packt ein tiefres grausen. Die Gewalten
Nennt er nicht fabel. Wer begreift sein flehn:
›Die ihr die fuchtel schwingt auf leichenschwaden ·
Wollt uns bewahren vor zu leichtem schlusse
Und vor der ärgsten · vor der Blut-schmach!‹ Stämme
Die sie begehn sind wahllos auszurotten
Wenn nicht ihr bestes gut zum banne geht.

Zu jubeln ziemt nicht: kein triumph wird sein ·
Nur viele untergänge ohne würde ..
Des schöpfers hand entwischt rast eigenmächtig
Unform von blei und blech · gestäng und rohr.
Der selbst lacht grimm wenn falsche heldenreden
Von vormals klingen der als brei und klumpen
Den bruder sinken sah · der in der schandbar
Zerwühlten erde hauste wie geziefer ..
Der alte Gott der schlachten ist nicht mehr.
Erkrankte welten fiebern sich zu ende

In dem getob. Heilig sind nur die säfte
Noch makelfrei verspritzt - ein ganzer strom.

Wo zeigt der Mann sich der vertritt? das Wort
Das einzig gilt fürs spätere gericht?
Spotthafte könige mit bühenkronen ·
Sachwalter · händler · schreiber - pfiß und zahl.
Auch in verbriefter ordnung grenzen: taumel ·
Dann drohnde wirrsal .. da entstieg gestützt
Auf seinen stock farblosem vororthaus
Der fahlsten unsrer städte ein vergessner
Schmuckloser greis .. der fand den rat der stunde
Und rettete was die gebärdig lauten
Schliesslich zum abgrundsrand gebracht: das reich ..
Doch vor dem schlimmen feind kann er nicht retten.

›Fehlt dir der blick für solch ein maass von opfern
Und kraft der allheit?‹ Diese sind auch drüben.
Das nötige werk der pflicht bleibt stumpf und glanzlos
Und opfer steigt nicht in verruchter zeit ..
Menge ist wert · doch ziellos · schafft kein sinnbild ·
Hat kein gedächtnis - Was fragt sich der Weise?
Sie troff im schwatz von wolfahrt · menschlichkeit
Und hebt nun an das greulichste gemetzel.
Nach speichel niedrigster umwerbung: geifer
Gemeinsten schimpfs!.. und was sich eben hezt
Umkröche sich geschmiegt wenn sich erhöbe
Furchtbar vor ihm das künftige gesicht.

Und was schwillt auf als geist! Solch zart gewächs
Hat fernab sein entstehn ... Wie faulige frucht
Schmeckt das gered von hoh-zeit auferstehung
In welchem ton. Wer gestern alt war kehrt nicht
Jetzt heim als neu und wer ein richtiges sagt
Und irrt im letzten steckt im stärksten wahn.
Spricht Aberwitz: ›Nun lernten wir fürs nächste‹
Ach dies wird wiederum anders!.. dafür rüstet

Nur vollste umkehr: schau und innrer sinn.
Keiner der heute ruft und meint zu führen
Merkt wie er tastet im verhängnis • keiner
Erspäht ein blasses glühn vom morgenrot.

Weit minder wundert es dass soviel sterben
Als dass soviel zu leben wagt. Wer schritthielt
Mit dem Jahrhundert darf heut spuk nur sehn.
Der hilft sich • kind und narr: ›Du hast gewollt‹
Alle und keiner - heisst das bündige urteil.
Der lügt sich • schelm und narr: ›Diesmal winkt sicher
Das Friedensreich.‹ Verstrich die frist: müsst wieder
Ihr waten bis zum knöchel bis zum knie
Im most des grossen Keltzers .. doch dann schoss
Ein nachwuchs auf • der hat kein heuchel-auge:
Er hat das schicksalsauge das der schreck
Des ehernen fugs gorgonisch nicht versteint.

In beiden lagern kein Gedanke - witrung
Um was es geht ... Hier: sorge nur zu krätern
Wo schon ein andrer krämert .. ganz zu werden
Was man am andren schmäht und sich zu leugnen
›Ein volk ist tot wenn seine götter tot sind‹
Drüben: ein pochen auf ehemaligen vorrang
Von pracht und sitte • während feile nutzsucht
Bequem veratmen will .. im schooss der hellsten
Einsicht kein schwacher blink • dass die Verpönten
Was fallreif war zerstören • dass vielleicht
Ein ›Hass und Abscheu menschlichen geschlechtes‹
Zum weitren male die erlösung bringt.

Doch endet nicht mit fluch der sang. Manch ohr
Verstand schon meinen preis auf stoff und stamm •
Auf kern und keim .. schon seh ich manche hände
Entgegen mir gestreckt • sag ich: o Land
Zu schön als dass dich fremder tritt verheere:
Wo flöte aus dem weidicht tönt • aus hainen

Windharfen rauschen • wo der Traum noch webt
Untilgbar durch die jeweils trünnigen erben ..
Wo die allblühende Mutter der verwildert
Zerfallnen weissen Art zuerst enthüllte
Ihr echtes antlitz .. Land dem viel verheissung
Noch innewohnt - das drum nicht untergeht!

Die jugend ruft die Götter auf .. Erstandne
Wie Ewige nach des Tages fülle .. Lenker
Im sturmgewölk gibt Dem des heitren himmels
Das zepter und verschiebt den Längsten Winter.
Der an dem Baum des Heiles hing warf ab
Die blässe blasser seelen • dem Zerstückten
Im glut-rausch gleich .. Apollo lehnt geheim
An Baldur: »Eine weile währt noch nacht •
Doch diesmal kommt von Osten nicht das licht.«
Der kampf entschied sich schon auf sternen: Sieger
Bleibt wer das schutzbild birgt in seinen marken
Und Herr der zukunft wer sich wandeln kann.

STEFAN GEORGE: D E R K R I E G

INHALTSVERZEICHNIS

I. GENESE	1
1.1 KRIEG UND FRIEDEN	1
1.2 GUT UND BÖSE.....	4
1.3 REALISMUS UND MORAL.....	7
1.4 GEWALTVERZICHT UND SOLIDARITÄT	10
1.5 RECHT UND PFLICHT	13
1.6 MENSCH UND RECHT.....	16
1.7 GERECHTIGKEIT UND WILLE.....	19
1.8 SOUVERÄNITÄT UND VERNUNFT	22
1.9 RECHT UND RECHTMÄSSIGKEIT	25
 II. GERECHTER KRIEG.....	29
2.1 HEILIGKEIT UND BESCHRÄNKUNG	29
2.2 ABSICHT UND WIRKUNG.....	32
2.3 ÜBERTRAGUNG UND VORBEUGUNG	35
2.4 BESTRAFUNG UND GEMEINSCHAFT.....	38
2.5 STAATLICHKEIT UND WIDERSTAND.....	41
2.6 RECHT ZUM UND RECHT IM KRIEG	44
2.7 BESTRAFUNG UND RELATIVIERUNG	47
2.8 KRIEGSENDE UND FRIEDENSBEGINN	50
2.9 GEMEINSCHAFT UND KERNMORAL.....	53

III. HUMANITÄRE INTERVENTION.....	57
3.1 SELBSTBESTIMMUNG UND VERHÄLTNIS.....	57
3.2 AKTEURE UND ÖFFENTLICHKEIT.....	60
3.3 SOUVERÄNITÄT UND SOLIDARITÄT.....	63
3.4 ZIELSETZUNG UND ABGRENZUNG.....	66
3.5 UNVERSEHRTHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT.....	69
3.6 PFLICHT UND SOLLEN	72
3.7 ILLEGITIMITÄT UND RECHENSCHAFT	75
3.8 ABHÄNGIGKEIT UND VERANTWORTUNG	78
3.9 HUMANITÄT UND RESPONSIVITÄT.....	81
 IV. VERANTWORTUNG ZUM SCHUTZ.....	 85
4.1 SCHUTZ UND SICHERHEIT	85
4.2 KOSMOPOLITISMUS UND VERANTWORTUNG.....	88
4.3 STAATLICHKEIT UND ZIEL.....	91
4.4 GRENZE UND SCHWELLE	94
4.5 FÄLLE UND REGELN	97
4.6 AUSSICHT UND AUSGLEICH.....	100
4.7 MENSCHENBILD UND UNIVERSALISIERUNG.....	103
4.8 STELLVERTRETUNG UND IDEAL	106
4.9 MANGEL UND CHANCE.....	109

V. GENETIK	113
5.1 MORAL UND STERBEN	113
5.2 ORDNUNG UND MEINUNG.....	116
5.3 GLOBALISIERUNG UND MONOPOL.....	119
5.4 MORALENTWICKLUNG UND KONSENS	122
5.5 DURCHSETZUNG UND NEUTRALITÄT.....	125
5.6 RECHTSSUBJEKT UND RECHTSPFLICHT.....	128
5.7 NUKLEARKRIEG UND TERRORISMUS	131
5.8 IMPLEMENTIERUNG UND ZIVILISIERUNG	134
5.9 FRIEDEN DURCH KRIEG	137
 VI. BIBLIOGRAPHIE	 141
 VII. VARIA.....	 173
7.1 WIDMUNG	173
7.2 TYPOGRAPHIE.....	174
7.3 LEBENSLAUF	175

I. GENESE

I.1 KRIEG UND FRIEDEN

Zum Kriege schreiben heißt, den Krieg denken. Den Krieg denken aber heißt, den Krieg begründen.

So bindet der sprichwörtliche „*Vater aller Dinge*“ (HERAKLIT) seine die Feder dem Schwert vorziehenden Kinder an ein folgenschweres Erbe: ihn als Apologeten zu einem per se Begründ- und Denkbaren, in der Folge zu einem schlechterdings Machbaren zu erheben, oder aber jene Vaterschaft kategorisch abzulehnen, das Erbe ex negationem zugunsten der, so darf man annehmen, ungleich sympathischeren „*Mutter*“ aller Dinge auszuslagen: dem Frieden.

Das Eine wie das Andere, Krieg und Frieden, sind als Kontrastfolie, als der Weisheit erster und letzter Schluss, als Problem und dessen Lösung die Jahrtausende hindurch belastet und mit unzähligen heiklen Hypothesen aufgeladen. Sie tragen ihre schwere Last gebeugt, doch ungebrochen in eine von zwei Weltkriegen nur bedingt geläuterte Moderne, die sich immerhin - wohlgemerkt kulturübergreifend - begrifflich darauf zu verständigen bemüht ist, den Krieg als etwas Archaisches zu fassen. Nun geht die Archaik der Klassik voraus, was Grund zur Hoffnung böte, wüsste man nicht im selben Wimpernschlag um den trotz seiner höchst destruktiven Reproduktionsmechanismen schwerlich vom eigenen Aussterben bedrohten Magnetismus organisierter Gewalt.

Diese ungeheure vom Krieg als Idee wie Tat und Akt ausgehende Polarisationskraft, die alles um sich herum dergestalt verengt, daß es gleichsam verdichtet wirkt, tatsächlich allein totalisiert und absorbiert, gehört denn auch in eine noch zu schreibende Pathogenese des Krieges. Eine solche wäre freilich vor Probleme ganz eigener Ordnung gestellt, darunter die teilnehmende, jedoch unbeteiligte Betrachtung eines hochinfektiösen Zustandes, der der uns so notwendigen wie zwangsläufigen Friedensnormalität diametral entgegengesetzt ist. Mag der Patient hier auch Stell-

vertreter sein, der Arzt in effigie arbeitet mit schneidender Diagnose und stumpfem Handwerkszeug. Und so kommt es wohl, daß die Berichte, in denen Behandler und Behandelnder in eine Person fallen, zwar epische Breite, selten aber deskriptive Tiefe hervorbringen. Ja, vielleicht läßt sich vom Krieg gar nicht anders als im Epos berichten, und vielleicht sind die Quader, die den Tempel Frieden zusammenfügen, nicht aus analytischer Distanz, sondern leidenschaftlicher und leidgeprüfter Sehnsucht geschlagen. Wie aber könnte ein Tempel, der solch kostbares, quasi-sakrales Gut birgt, je gemein, je als universales Heilsversprechen gültig werden ohne als Schutzbezirk eigenen Ranges den Gesetzmäßigkeiten des Profanen entrückt zu bleiben?

Überlegungen dieser Art zeugen nicht nur von einem verführerischen ästhetizistischen Idealismus, sondern auch von des sich selbst überhöhenden Epikers und Poeten blumiger Gegenstandsferne zur menschlich-allzumenschlichen Staatsklugheit. Doch selbst Bellizisten verbergen sich hinter der Robe des Schöngestigen und Geistesschönen, die den „*Frieden lieben als Mittel zu neuen Kriegen*“¹. Nicht erst in Zeiten der - so eine gegenwärtige US-amerikanische Kriegsdoktrin - „*full spectrum dominance*“ ist die Naivität des Einen das Kalkül des Anderen.

Um trotzdem einen weiteren Moment im von EIRENE und der PALLAS ATHENE beschirmten antiken Griechenland zu verweilen, sei mit dem von HÖLDERLIN² kongenial übertragenen PINDAR gesprochen: „*Süß ist der Krieg nur dem Unerfahrenen, der Erfahrene aber fürchtet im Herzen sein Nahen.*“ (Fragment 110)

Weisen Krieg und Frieden als bloßes Theoretikum, dessen Wirkungsmächtigkeit darob keineswegs gemildert sein muss, stets über sich und ihre Entstehungsbedingungen hinaus, so verkürzt die „*Erfahrung*“ des Krieges die Redundanz und den Luxus der Wesensschau radikal.

Es ist anzunehmen, daß ein im Kriege schreibender Autor Gleiches von der Erfahrung des Friedens behaupten würde, indes mit dem Unterschied, daß das Eintreten der Friedenserfahrung mit einem existenziellen Hoffen korrespondiert (sofern er nicht Nutznießer des Krieges ist), wo-

¹ NIETZSCHE, Friedrich: Also sprach Zarathustra. Leipzig 2000 S. 47

² BARTEL, Heike: Centaurengesänge. Friedrich Hölderlins Pindarfragmente. Würzburg 2000.

hingegen eine aufrichtige Kriegsbegeisterung, gar -hoffnung, der de facto Leidtragenden nach 1914 in die Hexenküche der politischen Propaganda oder in die Wartezimmer schierer Geisteskrankheit zu verorten ist. Nur im Gedanklichen ist der Krieg ein isoliertes Ereignis, das voraussetzungslos und folgenfrei „geschaut“ werden kann. Mit Fug und Recht bemerkt CLAUSEWITZ, ohne Berücksichtigung dessen Annahmen bis heute keine Auseinandersetzung mit dem instrumentellen Wesen des Krieges möglich ist, die den Namen verdient (CREVELD 2004 S. 67), Folgendes:

„So findet in dem abstrakten Gebiet des bloßen Begriffs der überlegende Verstand nirgends Ruhe, bis er an dem Äußersten angelangt ist, weil er es mit einem Äußersten zu tun hat, mit einem Konflikt von Kräften, die sich selbst überlassen sind, und die keinen anderen Gesetzen folgen als ihren inneren; wollten wir also aus dem bloßen Begriffe des Krieges einen absoluten Punkt für das Ziel, welches wir aussetzen, und für die Mittel, welche wir anwenden sollen, ableiten, so würden wir bei den beständigen Wechselwirkungen zu Extremen geraten, die nichts als ein Spiel der Vorstellungen wären, hervorgebracht durch einen kaum sichtbaren Faden logischer Spitzfindigkeit. Wenn man, fest an das Absolute haltend, alle Schwierigkeiten mit einem Federstrich umgehen und mit logischer Strenge darin beharren wollte, daß man sich jederzeit auf das Äußerste gefaßt machen und jedesmal die äußerste Anstrengung daransetzen müsse, so würde ein solcher Federstrich ein bloßes Bücher-gesetz sein und keins für die wirkliche Welt.“ (CLAUSEWITZ 2000 S. 31)

Im Krieg, mehr als in allen übrigen menschlichen Institutionen, konfligieren also die logisch gestrenge Absolutheit des Federstrichs und das eigenem Gesetz gehorchende Extrem der wirklichen Welt. Die überlegende Abstraktion ist CLAUSEWITZ nicht ohne Korrekturen und Positionsbestimmungen dem Automatismus dieses Äußersten gewachsen. Eben aus den daraus erwachsenen Reibungen der Kontrahenten, sowohl der tatsächlichen Kriegsparteien im Besonderen als auch dem „erweiterten Zweikampf“ von Idee und Praxis im Allgemeinen (a.a.O. S. 27), leitet sich jenes „ermäßigende Prinzip“ ab (a.a.O. S. 32), das den Zweck mit den Mitteln versöhnt und - in übertragenem Sinne - das NIETZSCHE³-Wort begreifbar macht, wonach nicht die „gute Sache“ den Krieg heilige, sondern der „gute Krieg jede Sache“ heiligt (NIETZSCHE 2000 S. 47).

³ MÜLLER, Enrico: Die Griechen im Denken Nietzsches. Berlin 2005.

I.2 GUT UND BÖSE

Ein aus sich heraus seiender, sich selbst transzendierender „guter Krieg“ ist ein normativ-ontologisches Dilemma par excellence (STARCK 2008 S. 9), dem mit Anleihen aus der Agathologie allein beizukommen sich als ungenügend erweisen muss, da jener Krieg hier Urgrund und Ursache an sich wäre, ohne dem Diktat, Instrument des Politischen zu sein, Rechnung zu tragen. Der Krieg kann jedoch „*niemals von dem politischen Verkehr getrennt*“ sein, er ist „*durchaus nichts Selbständiges*“ (CLAUSEWITZ 2000 S. 683). „*Daß sich die Theorie des Krieges, wenn sie eine philosophische Überlegung sein und bleiben will, hier in Verlegenheit befindet, ist klar.*“ (a.a.O. S. 682) Krieg muss somit der praktischen Vernunft unterworfen sein, der „*Vernünftigkeit der Praxis*“ (RHONHEIMER 1994 S. 10).

Der schlechthin unbedingte Krieg wäre metaphysisch Korrelat einer völlig entgrenzten, alles verzehrenden Selbstaufreibung, die auch NIETZSCHE beschäftigt (das sklavenmoralische „*Kriegsvolke*“ opfert sich der fixen Idee, daß der herrenmoralische Übermensch durch des letzten Menschen Überwindung lebe), ähnlich der Annihilation der Zeloten in Masada.

Es nimmt wenig Wunder, daß die moderne, das heißt im nuklearen Zeitalter angekommene Kriegsdoktrin abermals ein Stichwort leiht: die „*mutual assured destruction*“, die den Schrecken und dessen vorgebliches Gleichgewicht als Negativ-Anreiz politischer Einflussnahme verfestigt, die Zweckrationalität des Krieges angesichts gesicherter Zweitschlagpotentiale freilich verrückt. Modern ist nun allenfalls die Spitze, daß von einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Balance der Opponenten in den „*neuen Kriegen*“ (MÜNKLER 2005) nicht mehr die Rede sein kann, die post-nukleare „*asymmetrische Bedrohung*“ ist zugleich Modewort und raison d'être des zeitgenössischen Sicherheitsdiskurses. Sie wirft Fragen auf über die politisch-ethische Adäquanz bis anhin geltender völkerrechtlicher Übereinkünfte zu dem, was Krieg als äußere Handlung ist und darf sowie zu deren juridischem „*Schutzzweck der Norm*“.

Über die eigentliche Innovativität läßt sich indes trefflich streiten, sind das Macht- und Waffenverhältnis, die Ökonomie der Kräfte, Volksbewaffnung, die Konzentrität des Angriffs und die Exzentrität der Ver-

teidigung oder der Kleinkrieg doch längst klassisch zu nennende Elemente der Kriegstheorie, wenngleich spätestens seit dem 11. September 2001 unter veränderten qualitativen Prämissen (ELSHTAIN 2004).

Insbesondere der seitherige politische Journalismus schreibt einen auf den islamistischen Terrorismus kaprizierten Wandel herbei, dessen Bugwelle weit fundamentalere Stränge der Auseinandersetzung mit der Organisierbarkeit von Großkonflikten im 21. Jahrhundert zu einem buchstäblichen Nebenkriegsschauplatz werden läßt. Und auch das mikro- wie makropolitische Tagesgeschäft bestiehmuttert die drängende, jedoch unbequeme Frage nach den „weltinnenpolitischen“ Implikationen (BARTOSCH et al. 2008) des Gewaltverhinderungsbemühens ziviler und zivilisierter Mächte⁴.

„In der Weltinnenpolitik müssen der politische und der wirtschaftliche Eingriff den Platz einnehmen, den in der vergangenen Staatenwelt die militärische Gewalt innehatte. Bei Bürgerkriegen kann die politische und wirtschaftliche Intervention ungleich mehr ausrichten, weil sie auf die Ursachen des Konflikts einwirkt. Die vorbeugende Einmischung arbeitet mit der Zustimmung der Betroffenen. Gerade deswegen kann sie so erfolgreich sein.“⁵

Es ist festzuhalten, daß der Krieg sich heute insofern geändert hat, als der Glaube an seine gewaltfreien Substitute - aus mannigfachen Gründen - gewachsen ist, gewiss nicht zuvorderst aus Pazifismus, sondern aus dem Wissen um die verheerenden Folgekosten eines unter dem Vorzeichen der Interdependenz geführten politisch operationalisierten Krieges. *„Military power is more costly and less transferable today than in earlier times.“* (NYE 2005 S. 72) Zur gleichen Zeit sinkt die Schwelle des Eingreifens ohne Waffen, eine vermeintlich minimal-invasive *„soft power“* gilt fortan als moralisch vertretbarer, um die Ursache des Konflikts anzugehen und um korrektiver Beliebigkeit und Eskalation vorzubeugen.

„Wenn sich die Kriege [nun aber] grundlegend geändert hätten, dann müsste dies auch in der philosophischen Betrachtung berücksichtigt werden.“ (STARCK 2008 S. 8) Diese Lesart löst sich bislang nur kleinteilig und ebenso kleinlaut aus der Rädelsführerschaft öffentlicher und veröffent-

⁴ WALLACE, William: Is there a European approach to war? in: REED et al. 2007 S. 37

⁵ CZEMPIEL, Ernst-Otto: Außenpolitik in der Weltinnenpolitik. in: Wiener Zeitung vom 14.04.2000

lichter Meinung, die einem von vornherein kriegstheoretischen Skeptizismus das Wort redet. Das laute Nachdenken über das politisch undenkbar Gewordene stößt gemeinhin auf Befremden, geht mit dem Begründen ja auch das Rechtfertigen, mit dem Rechtfertigen das Ermöglichen einher. Derlei Dissonanz mag daran liegen, daß Politische Wissenschaft und Philosophie, deren ureigenster Gegenstand Krieg und Frieden sind (notwendigerweise flankiert von Jurisprudenz und Theologie), nur sehr zaghaft aufeinander zugehen und Schnittmengen ruchbar machen, Erstere prominent befasst mit der humanitären Intervention, Letztere isoliert mit der Lehre des gerechten Krieges.

Der zuvor erwähnte, allen voran von den Vereinigten Staaten von Amerika skandiierte „*Weltkrieg*“ gegen einen hypermedialisierten und transnationalisierten Terrorismus („*global war on terror*“) ist in diesem Konnex weniger im operativen als vielmehr im strukturellen Bereich von Interesse, expressis verbis „*die Befriedung von Regionalkonflikten, effektive Armutsbekämpfung, Entwicklungspolitik, die Ausweitung politischer Partizipation und verstärktes Engagement im interkulturellen Dialog.*“⁶ Es liegt auf der Hand, daß mit einer solchen Bestimmung die Terrorismusbekämpfung ebenfalls für den Interventionsdiskurs relevant wird.

Der entscheidende Brückenschlag, Völkerrecht und Menschenrecht, Praxis und Idee versöhnend, scheint sich denn in der gerade drei Monate nach den Septemberanschlägen von der International Commission on Intervention and State Sovereignty (ICISS) vorgestellten Schutzverantwortung („*responsibility to protect*“, R2P) zu manifestieren. Ironischerweise sollte die neue Unmittelbarkeit des Terrors dafür Sorge tragen, daß die R2P zunächst ein Schattendasein fristete, anstatt so gleich zur Anwendung zu kommen und am konkreten Fall weiterentwickelt zu werden.

Die Rekonstruktion der in ihr mündenden Einmischungsgerechtigkeit und die kritische Würdigung der damit verbundenen Universalisierungs-, Versöhnungs- und Verrechtlichungsversuche mitsamt deren Pfadabhängigkeiten und zuweilen eklatanten Brüchen zwischen Legalität und Legitimität sollen Panorama der vorliegenden Arbeit sein.

⁶ HÖRTER, Michael: Gerechter Friede und Terrorismusbekämpfung – Anregungen für eine ethisch verantwortbare Terrorismusbekämpfung in kirchlichen Dokumenten. in: WERKNER et al. 2009 S. 172

I.3 REALISMUS UND MORAL

„So what is the point of attempts to formulate ethical guidelines if in the end all that counts are the interests of a handful of powerful elites in the most powerful countries, and the dominant foreign policy preoccupations of the most powerful states?“ (RAMSBOTHAM et al. 2006 S. 286)

Der Punkt, nach welchem hier recht hypothetisch gefragt wird, ist zuerst ein simpler, denn *„ethics determine modifications in actual conduct“*⁷, ethische Vorgaben ermöglichen Handlungskorridore, geben Handlungsoptionen vor, da es *„mithin keine vom Individuum abstrahierende Normsetzung geben kann“*⁸. Die Frage nimmt allerdings insofern eine interessante, dem Realismus verpflichtete Annahme auf, als man ihr entnehmen kann, daß die *„Ethikabhängigkeit“* einer politischen Machtelite gering, wenn überhaupt vorhanden ist, die *„Ethikfähigkeit“* also gegebenenfalls ebenso auf schwachen Schultern ruht.

Der sogenannte Realist, sonst im Interesse der eigenen Erhaltung keineswegs kategorisch kriegsablehnend, beendet die Frage nach einer moralischen Unterfütterung bewaffneter Konfliktbewältigung mit dem Verweis auf die Spiegelfechterei des *„Kriegsethikers“*. Krieg und Ethik, beziehungsweise Krieg und Moral sind ihm nicht Erklärungsvariablen, sondern Widerspruchspaar, ihm geht es vorrangig um das Verhältnis von Recht und Macht und deren Gewichtung in den von Anarchie geprägten internationalen Beziehungen, die wiederum ein gegebenenfalls expansives Selbsthilfesystem forcieren, um der andauernden Unsicherheit über die Absichten des anderen Herr zu werden. Der paradigmatische Friedensbegriff des Realisten speist sich ex negationem aus der Abwesenheit zwischenstaatlicher Gewalt. Auf die neuen Kriege gewendet, wäre die Abwesenheit innerstaatlicher Gewalt hinzuzufügen.

Der (Neo-)Realist anerkennt die Störanfälligkeit eines gleichartigen, aber nicht gleichwertigen internationalen Staatengebildes, das prekäre Gleichgewicht und den Mangel eines hegemonialen Friedensbegünstigten und -garanten, pointiert in Form beispielsweise des HOBBS'schen Leviathan

⁷ WHITTAKER, Thomas: The Theory of Abstract Ethics. Cambridge 1916 S. 90

⁸ SCHNEIDER, Wolfgang: Ousia und Eudaimonia. Die Verflechtung von Metaphysik und Ethik bei ARISTOTELES. Berlin 2001 S. 64

(WALTZ 2001). Eine solche post-nukleare, auf Balance verzichtende und auf relative Hierarchie bauende Konstruktion führt nun aber dazu, daß die „*Friedensleistung auf Gewaltandrohung beruht*“ und im Zuge allmählicher „*imperialer Überdehnung*“ nicht von Bestand sein kann, „*die universale Rolle, [...] zur Not mit militärischen Mitteln Frieden zu stiften und zu erhalten, wird auf Dauer den Hegemon überfordern*“⁹.

Diese friedensstiftende Funktion des Krieges, soweit sie nicht bloßer Euphemismus ist, deckt sich eher mit einem expansiv-interventionistischen Anspruch als dem klassischen Duellantenkrieg, der seinerseits dahingehend entschärft wird - und hier kehrt das Ethische durch die Hintertür zurück -, daß sich aus den „*reinen ad hoc-Interessenkalkülen [...] durch die Internalisierung von Prinzipien, Normen und Regeln*“ Regime herauslösen, deren Akteursorientierung kooperativem und institutionalistischem Muster folgt¹⁰. Es kommen also (wo nicht deontologisch, so doch immerhin konsequenzialistisch) sehr wohl „*moralische Hauptpotenzen*“ zur Geltung, die entweder einer verhältnismäßigen Harmonie und Balance der ansonsten in einem Nullsummenspiel wetteifern den Mächte oder aber der Anerkennung eines hegemonialen Souffleurs geschuldet sind (CLAUSEWITZ 2000 168).

Wie unter anderem von SINGER in seiner empirischen Kriegskorrelateforschung dargelegt (GELLER et al. 2000), senkt ein politisches Mächtegleichgewicht - entgegen realistischer Annahmen - die „*Kriegsanfälligkeit*“ des internationalen Systems trotz alledem nicht, Allianz- und Regimebildung sind ebenso wenig vollends belastbare Friedens- und Befriedungsstützen. Interessanterweise zeichnet sich stattdessen doch das „*unipolare Moment*“, der bereits bezeichnete, zu Überdehnung neigende Hegemon, als „*Glücksfall*“ ab, „*die Konzentration von Macht (power preponderance) und stabile Asymmetrie scheint die Neigung zur Gewaltanwendung merklich zu senken*“ (RULOFF 2004 S. 18).

Die stabile Asymmetrie also wäre in den neuen Kriegen Fixpunkt des Friedens, obschon diese Notion dem „*optimistischen*“, strukturellen Realisten, der an den Möglichkeiten kompetitiver Kooperation festhält,

⁹ MÜLLER, Harald: Frieden zwischen den Nationen. Der Beitrag der Theorien von den Internationalen Beziehungen zum Wissen über den Frieden. in: ALBERT 2004 S. 43

¹⁰ a.a.O. S. 46

reichlich unbefriedigend bleiben muss¹¹. Auch widerspricht sie der klassischen strategischen Korrelation einer „*strengen Symmetrie zwischen der Größe des Zwecks und der Größe der Mittel*“ (KONDYLIS 1988 S. 79).

Ein so beschaffener stabilisierender Hegemon wird in einem seine Subjekte moralisch de jure verpflichtenden, de facto entpflichtenden, vertraglich substituierten Krieg aller gegen alle indes schwerlich daran gehindert werden, selbst ungerechte Kriege führen zu können¹².

Von einem gerechten oder moralisch zu rechtfertigenden Krieg zu sprechen, läge jedwedem Realismus dennoch fern, „*keine besondere Rolle*“¹³ spielten die moralischen Rechtfertigungen eines Krieges denn, deklamiert man landauf landab. Umso bezeichnender, daß mit derlei Festlegung nicht nur das moralisch Gebotene obsolet wird, sondern ebenso das moralisch Verbotene. Der Einsatz von Moral im Krieg pervertiert zur Propaganda („*winning hearts and minds*“), er ist moralinsaures Kalkül¹⁴.

Daß selbst der bekennende Machiavellist (a.a.O. S. 100) und Realist CLAUSEWITZ (ECHEVARRIA 2007 S. 5) der für seinen Berufsstand prototypischen geistig-seelischen Entschlossenheit, der Willenskraft, die Moral beistellt, die nicht zuletzt für die kämpfende Truppe - also auf operativer Ebene - kriegsentscheidend sei, ist nur folgerichtig. Denn es bleibt, aller „*Theorie zum Trotz, [...] diese Theorie mit einer starken Logik doch sehr ohnmächtig [...] gegen die Gewalt der Umstände. Wir werden uns also dazu verstehen müssen, den Krieg, wie er sein soll, nicht aus seinem bloßen Begriff zu konstruieren, sondern allem Fremdartigen, was sich darin einmischt und daransetzt, seinen Platz zu lassen, aller natürlichen Schwere und Reibung der Teile, der ganzen Inkonsequenz, Unklarheit und Verzagtheit des menschlichen Geistes*“ (CLAUSEWITZ 2000 S. 653).

¹¹ GLASER, Charles: Realists as Optimists. Cooperation as Self-Help. in: BROWN 1998 S. 95

¹² TAYLOR, A.E.: Eine naturrechtliche Interpretation der politischen Philosophie Hobbes'. in: KERSTING, Wolfgang: Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines kirchlichen und bürgerlichen Staates. Berlin 2008 S. 135

¹³ MEGGLE, Georg: Gerechte Kriege. Die Philosophie und die Ideologie. in: GIESEN 2004 S. 130

¹⁴ a.a.O. S. 131

I.4 GEWALTVERZICHT UND SOLIDARITÄT

Will man dem Diktum folgen, daß der Frieden im Gegensatz zum Kriege eine „*moderne Erfindung*“ sei (HOWARD 2001 S. 9), so ergibt sich daraus, daß ein rein negativer Friedensbegriff kaum den Ansprüchen gerecht werden kann, die ein in letzter Konsequenz auf Freiheit, Kooperation, Verständigung und Partnerschaft zurückbezogener Friedensbegriff an seine Theoretisierung stellt¹⁵. Kurzum, ein Frieden mit friedlichen Mitteln ist ungleich voraussetzungsreicher als ein durch Macht verordneter, denn er erfordert über die Macht hinaus Gesinnung (GALTUNG 1996).

NIETZSCHE¹⁶ bemerkt scharfzüngig, daß die Staaten demgegenüber „*sich die Moralität und dem Nachbar die Immoralität vorbehalten [...], die schlechte Gesinnung des Nachbarn und die gute Gesinnung bei sich voraus/setzen*“, was zu einer Inhumanität führe, die schlimmer als der Krieg selbst sei, weil sie die unterstellte Feindseligkeit des Nachbarn geradezu provoziere. Ein „*wirklicher Friede, welcher immer auf einem Frieden der Gesinnung ruhen muss, während der sogenannte bewaffnete Friede, wie er jetzt in allen Ländern einhergeht, der Unfriede der Gesinnung ist*“, klingt gleichsam utopisch wie zwangsläufig. Utopisch, da der unbewaffnete Friede - einmal mehr - allein aus übermenschlicher Höhe erwachse, zur situativen Gewaltlosigkeit muss sich eine prinzipielle Gewaltfreiheit gesellen, zwangsläufig, da der bewaffnete Friede an den Übeln, die zu überwinden er sich zur Aufgabe macht, gewissermaßen selbst Anteil und Schuld trägt. Eine Friedensschuld im Wortsinne. Andererseits herrscht ein dauerhafter latenter Krieg, solange der bloße Vorsatz besteht, Gewalt mit Gewalt zu beugen (ETZERSDORFER 2007 S. 11).

Ohne damit einer bis zur Konstantinischen Wende über die Sündenvergebung hinausreichenden Feindesliebe in Christusbefolgung die Lanze zu brechen (NIETZSCHEs Feindesliebe ist im Ende eine der Erhöhung, nicht der Erniedrigung), bedingt Gewaltverzicht als Gesinnung hier ein tu-

¹⁵ STACHOWIAK, Herbert (Hg.): Pragmatik. Handbuch pragmatischen Denkens. Bd. 3 Allgemeine philosophische Pragmatik. Hamburg 1989 S. 278

¹⁶ NIETZSCHE, Friedrich: Menschliches, Allzumenschliches II. München 1998 S. 678f.

gendethisches, ja, pädagogisches Friedensunternehmen, um nicht a priori an der Absurdität zweier sich liebender Feinde zu scheitern.

Ein Nach-Denken über den Frieden als Selbstzweck und nicht bloßes Mittel ist umso dringlicher, als die für einen wirklichen Frieden unverzichtbare Intersubjektivität und Reziprozität die Moralbegründung tangieren. Ein rechtlich verbindlicher Moralbegriff „*betrifft [nach KANT] erstlich Intersubjektivität in Reziprozität*“. Obgleich man nämlich im Widerstreit mit sich selbst liegen kann, ergeben sich „*Rechtsprobleme*“ erst durch eine Pluralität von zueinander in Beziehung stehenden Personen, die „*praktischer Natur ist (iii. Intersubjektivität und Reziprozität); und dies trifft auf Personen in derselben Außenwelt zu*“ (KANT 1999 49f.). Daß sich eine so gestaltete Reziprozität, die innerhalb der „*Struktur von Interaktionen*“ stattfindet, mit einer angenommenen Asymmetrie der Weltinnenpolitik in einer gemeinsamen Außenwelt schwer tut, ist ganz offensichtlich.

„*Das hat die Idee entstehen lassen, daß sich Solidarität auf einer nichtsymmetrischen Basis zumindestens (sic!) für eine Weile vom Prinzip der Reziprozität befreien kann. Nichtsdestotrotz zielt auch Solidarität zuletzt auf die Herstellung einer symmetrischen Relation zwischen dem Geber und dem Nehmer und etabliert auf diese Weise Reziprozität. [...] Interaktion innerhalb oder außerhalb von Tauschprozessen ist der Startpunkt für die Entstehung einer Norm der Reziprozität, weil nur das erste Geschenk, weil es das erste ist, freiwilligen Charakter hat. Geben wir es, etwa aus Dankbarkeit zurück, so nehmen wir das Geschenk als eine abgegoltene Verpflichtung. Reziprozität ist ein essentielles Merkmal von Interaktionen. Ohne Interaktion und die implizierte Reziprozität können wir Vergesellschaftung, Gesellschaft und Moralität nicht konzipieren. [...] Strukturierung und Struktur sind durch Reziprozität miteinander verknüpft.*“¹⁷

Das Recht also festigt Moralisches in einer kontraktuell ausdifferenzierten, kollektiven „*organischen Solidarität*“¹⁸, einem zwischen Bindung und Obligation oszillierenden „*vinculum sociale*“, das bereits für sich genom-

¹⁷ JUNGE, Matthias: Eine praxistheoretische Reformulierung von BAUMANNs Moraltheorie. in: JUNGE 2003 S. 152

¹⁸ TYRELL, Hartmann: Emile Durkheim. Das Dilemma der organischen Solidarität. in: LUHMANN, Niklas: Soziale Differenzierung. Zur Geschichte einer Idee. Opladen 1985 S. 181

men eine eminent moralische Größe ist. Die Stiftung von Sozialität ist Voraussetzung und Ergebnis dieser arbeitsteiligen Verbindung, die einen individualistischen und konsequenzialistischen (Präferenz-)Utilitarismus in seine Schranken weist (SINGER 2008).

Wendet man KANTS kategorischen Imperativ auf die dargelegten Überlegungen, der eng mit der Frage nach Intersubjektivität und Reziprozität verquickt ist, so muss man ihn fraglos ebenfalls als Gegenstück zu einem Regelutilitarismus lesen. Die Sollens-Absicht des Imperativs, die normativ-ethische Konkretion im „*guten Willen*“¹⁹ rechtfertigt die Moralität der Handlung, nicht erst die Wirkung der Handlung. Ein bona fide veranstaltetes Großereignis der Gewalt, das Krieg ja immer ist, ist hingegen in besonders fatalem Maße den Irrungen und Wirrungen des Willens ausgeliefert.

Erforderlich ist ein korrigierender Imperativ demnach nicht zuletzt aus anthropologischen Gründen, der Mensch ist nie reines Vernunftwesen, bei dem „*das Sollen [...] am unrechten Orte [wäre], weil das Wollen schon von selbst mit dem Gesetz notwendig einstimmig ist. Daher sind Imperative nur Formeln, das Verhältnis objektiver Gesetze des Wollens überhaupt zu der subjektiven Unvollkommenheit des Willens dieses oder jenes vernünftigen Wesens, z. B. des menschlichen Willens, auszudrücken*“. Der Mensch tut nicht automatisch das, „*was die Vernunft für sich allein tun würde [...] das moralische Sollen ist also eigenes notwendiges Wollen als Glied [...] einer intelligiblen Welt und wird nur sofern von ihm als Sollen gedacht, als er sich zugleich wie ein Glied der Sinnenwelt betrachtet*“²⁰.

Vereinfacht angewendet: der Friedenswille soll proaktiv die Kriegsabsicht bändigen.

¹⁹ MÜLLER, Christian: Wille und Gegenstand. Die idealistische Kritik der kantischen Besitzlehre. Berlin 2006 S. 41

²⁰ KRAFT, Bernd und SCHÖNECKER, Dieter (Hg.): Immanuel Kant. Grundlegung zur Metaphysik der Sitten. Hamburg 1999 S. xxv

I.5 RECHT UND PFLICHT

Keine Vorüberlegung zu Krieg und Frieden kommt - moralphilosophisch wie juristisch - umhin, vertragliche Implikationen zu entwerfen, ist es doch umstritten, inwieweit der skizzierte kategorische Imperativ auch als Prinzip des Rechts fungieren kann.

KANT dient hier abermals als Stichwortgeber, ist er doch höchstselbst darüber verbittert, daß der Staat lediglich Mittel zum Krieg, kaum aber geeignete Instrumente zum Frieden habe. Die Staaten sind im internationalen System, das Naturzustand bleibt, moralische Personen und einer ständigen Kriegsvirulenz unterworfen, wobei KANT zwischen dem Recht zum, im und nach dem Krieg trennt und diesem Dreigestirn ein folgenreicheres subjektives Recht auf Frieden entgegenstellt, das - übertragen auf eine friedliche Gemeinschaft aller Völker als Weltbürgerrecht - das „*höchste[...] politische Gut, [den] ewigen Frieden*“ approximiere²¹.

Dieses Friedensrecht besteht wiederum aus drei Komponenten: 1. dem Recht, im Friedenszustand zu verbleiben und bezogen auf allfällige Kriege in der Nachbarschaft Neutralität zu üben; 2. das Recht auf eine fortwährende Friedensgarantie, sowie 3. das Recht wechselseitiger staatlicher Verteidigungsbündnisse gegen Gefahren von innen und außen. Es ist ersichtlich, daß diese Einzelrechte eng mit dem kategorischen Imperativ korrespondieren, so bezieht sich das Neutralitätsrecht auf die zweite Formel des Imperativs (Selbstzweckformel) und gründet in der bürgerlichen Freiheit einer beschützenden Gerechtigkeit. Das Garantierecht ist verwoben mit den Überlegungen zur Reziprozität, es ist ein wechselseitig erwerbendes Recht, und das Recht auf kollektive Verteidigung ist austeilendes Recht. Bewusst nimmt KANT hier die Dreiteilung der Rechtspflichten nach ULPIAN in *lex iusti*, *lex iuridica* und *lex iustitiae* auf.

Wie zuvor auseinandergesetzt, torpediert der Krieg solange ein „*weltbürgerliches Ganzes [...] ein System aller Staaten*“, wie Urteilskraft und der

²¹ SUGASAWA, Tatsubumi: Kriegs- und Friedenslehre in Kants Rechtsphilosophie. in: GERHARDT, Volker, HORSTMANN, Rolf-Peter und SCHUMACHER, Ralph (Hg.): Kant und die Berliner Aufklärung. Akten des IX. Internationalen Kant-Kongresses. Bd. 2. Berlin 2001 S. 266ff.

aus ihr entstehende Wille imperfekt sind, „*vornehmlich bei denen, die Gewalt in Händen haben*“ (BIALAS et al. 1996 S. 17f.). So rezipiert übrigens HEIDEGGER Ernst JÜNGERs Kriegserleben, ja, -schauen als weiteres Kapitel des Willens zur Macht, Krieg als existenzielles Metasubjekt der Geschichte.

Der ewige Frieden, mithin „*notwendige Idee*“, zugleich vernunftnotwendig und vernunftmöglich, wird indes zur individuellen Rechtspflicht, die Einrichtung republikanischer Staaten nach dem kategorischen Imperativ soll den Krieg verunmöglichen.

HEGEL setzt dem entgegen, daß sich Völker als „*absolut[...]/ sittliche[...]/ Totalität*“ nicht allein aus Individuen, sondern ebenso als Individuen konstituieren und sich dadurch per definitionem „*als einzeln gegen einzelne Völker*“ stellten. „*Diese Beziehung von Individualität zu Individualität ist [...] eine gedoppelte: die eine die positive, das ruhige gleiche Nebeneinanderbestehen im Frieden, die andere die negative, das Ausschließen einer durch die andere; und beide Beziehungen sind absolut notwendig [da sie neben dem Frieden auch den Krieg begründen, der] die sittliche Gesundheit der Völker [...] erhält, als die Bewegung der Winde die Seen vor der Fäulnis bewahrt, in welche sie eine dauernde Stille, wie die Völker ein dauernder oder gar ein ewiger Friede, versetzen würde*“ (KODALLE 1996 S. 29). Der ewige Frieden wird hier zur dauernden Stille, einem Ende der Geschichte, das - allerdings positiv konnotiert - auch KANT als Entwicklungsziel des Menschengeschlechts im Sinn hat.

Freilich berührt solche Friedensarithmetik den Ursprung und Gehalt politischer Organisation insgesamt, Staatsgründung ist somit nichts anderes als genuiner Friedensschluss, dem die einvernehmliche Verständigung zur Gültigkeit von Gesetzen (beziehungsweise Verträgen) zu Grunde liegt (a.a.O. S. 15). *Pax et pactum convertuntur. „Friede ist [nach AUGUSTINUS] demnach das erwünschte Ende des Krieges. Denn jedermann erstrebt durch Kriegführung Frieden, keiner durch Friedensschluss Krieg.“*²²

Dem ewigen Frieden sind unterdessen sechs Präliminarartikel beigelegt, die die negativen Bedingungen eines passiven Friedens umreißen, das heißt die zu beseitigenden Mißstände bezeichnen: 1. es dürfe kein gehei-

²² HASPEL, Michael: Einführung in die Friedensethik. in: IMBUSCH et al. 2006 S. 520

mer Vorbehalt bei einem Friedensvertrag gemacht werden, der künftige Kriege anlege; 2. da der Staat deckungsgleich mit seinem Volkskörper ist, der sich in ihm und durch ihn selbst beherrscht, sei er unveräußerlich, könne also nicht von einem anderen Staat erworben werden; 3. stehende Heere (vulgo Berufsarmeen) seien mit der Zeit gänzlich abzuschaffen; 4. der Staat dürfe sich für Krieg und Rüstung („äußere Staatshändel“) nicht verschulden; 5. kein Staat dürfe sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates gewalttätig einmischen, sowie 6. Kriege seien mit jenen Mitteln auszutragen, die ein wechselseitiges Zutrauen in einem künftigen Frieden nicht von vornherein zunichte machten (wie zum Beispiel die Anstellung von „Meuchelmördern“, „Giftmischern“ oder Verrätern). Insbesondere auf die Artikel 5 und 6 wird später zurückzukommen sein.

Die sich anschließenden drei Definitivartikel bestimmen die positiven Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um die aus den Präliminarartikeln folgende Gewaltabwesenheit in einen aktiv bejahten und rechtlich verestigten Friedenszustand zu überführen: 1. das Staatsbürgerrecht entspreche einer republikanischen Verfassung (modern also ein etwa freiheitlicher parlamentarischer Rechtsstaat); 2. das Völkerrecht sei föderalistisch (denn im Unterschied zum bloßen pactum pacis, der einen Krieg beendet, beende ein foedus pacificum alle Kriege), sowie 3. das Weltbürgerrecht sei auf Hospitalität zu gründen (ein für die Globalisierung wesentlicher Befund).

Bemerkenswert ist zuletzt KANTS Anhang über die „*Mißhelligkeit zwischen der Moral und der Politik, in Absicht auf den ewigen Frieden*“, in dem es heißt, daß die Moral „*schon an sich selbst eine Praxis in objektiver Bedeutung [sei], als Inbegriff von unbedingt gebietenden Gesetzen, nach denen wir handeln sollen, und es ist offenbare Ungereimtheit, nachdem man diesem Pflichtbegriff seine Autorität zugestanden hat, noch sagen zu wollen, daß man es doch nicht könne. Denn alsdann fällt dieser Begriff aus der Moral von selbst weg*“²³. Hier wird ersichtlich, wie schwer sich das höchste politische Gut mit den eigenen Entstehungsbedingungen tut (KLAR 2007).

²³ KANT, Immanuel: Über den Gemeinspruch: ‘Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis’. Zum ewigen Frieden, ein philosophischer Entwurf. Hamburg 1992 S. 83

I.6 MENSCH UND RECHT

Zwar liegen beim Sinnieren über höchste politische Güter Ethos und Pathos nicht selten ungünstig nahe beieinander, doch läßt sich dem Frieden ohne falsche Übertreibung ein weiteres Gut gleichen Ranges zuerkennen: die Menschenrechte, „*die in der Gegenwart zu der schlechthin grundlegenden und weltweit gültigen politischen Idee*“ geworden sind (MENKE et al. 2008 S. 9). Gewiss orchestriert eine solche Annahme mit einem gerüttelt Maß an Fortschrittsoptimismus bezogen auf die Perfektibilität und Interkulturalität des menschlichen Umgangs überhaupt, zugleich aber beleuchtet sie zentrale Komponenten der Gültigkeit von Handlungen in einem Binensystem der Souveräne und markiert die Grenzen einer (kontroversen) Universalmoral, verstanden als moralisches Anerkennungsverhältnis zwischen jedermann, das allen gesellschaftlichen Einrichtungen vorausgehe (a.a.O. S. 28).

Menschenrechte übersetzen Kriegsdiskurse in weitere Bezugsrahmen, so zum Beispiel in Globalisierungs-, Einigungs-, Normativitäts- und Universalisierungsdiskurse²⁴. Durch ihre begriffliche wie inhaltliche Nutzbarmachung erschließt sich eine diskursethische Relevanzbreite, die dem Thema als bloße Dichotomiebeobachtung abgeht. Es sei nur auf den sogenannten „*demokratischen Frieden*“ verwiesen, der selbst weniger in der Friedfertigkeit als in der Diskursivität der Staatsform angelegt ist²⁵.

Menschenrechte werden qua Menschsein, nicht durch Wahl, Erlass oder Bürgerlichkeit erworben, sie „*gelten*“ auch dort, wo ihrer Durchsetzung keine Ausführungsbestimmungen zu Grunde liegen und wo sie nicht durch Gesetz sekundiert werden, sie binden an „*ewige*“ naturrechtliche Sicherheiten, sind eine unteil- und unentäußerbare, unverletzliche Selbstverpflichtung des Menschen gegenüber seiner eigenen

²⁴ SCHWAB-TRAPP, Michael: Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg. in: KELLER, Rainer, HIRSELAND, Andreas, SCHNEIDER, Werner und VIEHÖVER, Willy (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse Bd. 2 Wiesbaden 2008 S. 193

²⁵ SCHEUNEMANN, Egbert: Vom Denken der Natur. Natur und Gesellschaft bei Habermas. Hamburg 2008. S. 105

Geschöpflichkeit, ja, sie konstituieren den politischen und rechtlichen Gattungsbegriff Mensch erst in Gänze.

Folgerichtig wurde spätestens seit 1945 jenes Philosophem vielfach kodifiziert und positiviert und hat als Grundrecht Eingang in die Garantiekataloge von Staaten und überstaatlichen Gebilden gefunden, das sich ohne Sanktionierbarkeit bei aller überpositivistisch-rhetorischen Spiegelfechterei realpolitisch derweil nicht vollumfänglich behaupten kann.

Die Durchsetzbarkeit und Einklagbarkeit von Rechten, die zuvorderst oder exklusiv internationalen Verträgen und Übereinkünften entspringen, gestaltet sich bekanntermaßen zäh. Kritisch eingewendet wird, daß der menschenrechtliche Universalismus propagandistisch aufgeladen sei, weil er die unterschiedlichen Rechtskulturen nicht moralisch homogenisiere, sondern zivilisatorisch hierarchisiere und damit letzten Endes partikularisiere²⁶. Außerdem sei fraglich, inwieweit die tatsächliche Schutzwirkung von Menschenrechten ohne die Zugehörigkeit des Individuums zu einer Rechtsgemeinschaft aufrechtzuerhalten ist (so ergebe sich mit der „*Erfindung der Nation*“ aus Staatenlosigkeit Rechtlosigkeit, wie Hannah ARENDT zeigt²⁷). Dies ist im Zusammenhang mit weltweit geschätzten 25 Millionen der Willkür ausgelieferten, da nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention fallenden Binnenvertriebenen („*internally displaced persons*“, IDP), sprich Flüchtlingen im eigenen Land, ein Problemkomplex eigener Explosivität, der darüber hinaus die Menschenwürde zur Disposition stellt.

Diese ist nun bei weitem ebenfalls kein unstrittiges, schlechthin justitiabiles Prinzip, sondern oszilliert zwischen „*terra incognita der zeitgenössischen Philosophie [und] Wanderdüne ohne Halt, die nur [...] durch einen deflationären Trend gestoppt werden könne*“²⁸.

In den letzten 50 Jahren aber sind unbeeindruckt von aller formelhaften Beliebigkeit und allem relativistischen Utilitarismus (KESSELRING 2003

²⁶ MAUS, Ingeborg: Wieviel Homogenität der Rechtskulturen kann weltweit gefordert werden? in: MOHR et al. 2003 S. 10

²⁷ VOLK, Christian: Die Garantie der Menschenrechte als politisches Argument. Eine Skizze des Arendtschen Rechtsverständnisses, in: BIEGI 2008 S. 129

²⁸ WILDFEUER, Armin G.: Menschenwürde. Leerformel oder unverzichtbarer Gedanke? in: NICHT 2002 S. 21

S. 99) „mehr als 60 internationale Konventionen entstanden, die der Menschenwürde eine zentrale Begründungsfunktion für den universellen wie ‚regionalen‘ Menschenrechtsschutz, die Mindeststandards des Humanitären Völkerrechts und die Internationale Strafgerichtsbarkeit zuweisen. Das Menschenwürdeprinzip ist, so ist festzuhalten, das ‚einheitsstiftende Prinzip, an dem sich Rechtsauslegung und Rechtsfortbildung der Menschenrechte orientieren‘“²⁹.

Für die Anwendung auf das gegebene Thema sind die im Zuge der Menschenrechte verbürgten Persönlichkeitsrechte, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, selbst dann von beträchtlichem Gewicht, wenn man sie grundsätzlich ablehnt, denn auch in ihrer Ablehnung werden sie politisch operationalisiert und mit Bedeutung versehen, wie die erregten Diskussionen um militärische Interventionen der vergangenen Jahre zeigen. Oftmals erliegen diese Diskussionen jedoch einem verkürzten Verständnis des Menschenrechtlichen und -würdigen, so sie sich atomistisch auf konkrete Handlung und Unterlassung selbständiger politischer Kollektive konzentrieren, anstatt die vor- und jenseitsstaatliche Herstellung angemessener Verhältnisse in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit zu stellen³⁰.

Gleichwohl verlangen Menschenwürde und -rechte hier eine kognitivistische Festlegung, nämlich „daß Moralität vom Menschen entdeckt, nicht erfunden wird. Nur unter dieser Voraussetzung kann sie als kategorische verstanden werden. [...] Eine non-kognitivistische (dezisionistische) Position betrachtet solche Würde nicht als etwas Vorgegebenes, sondern als etwas, das die Menschen sich gegenseitig verleihen, sich gegenseitig zusprechen, indem sie einander als ihresgleichen anerkennen. Unter dieser Voraussetzung kann die sittliche Forderung nur als hypothetische anerkannt werden. Sie gilt für den Menschen nur, sofern er sich souverän dafür entscheidet“³¹.

²⁹ a.a.O. S. 19

³⁰ SCHWEIZER, Rainer J., SPRECHER, Franziska: Menschenwürde im Völkerrecht. in: SEELMANN 2004 S. 134

³¹ WOLBERT, Werner: Menschenwürde als Anspruch und Beschränkung. in: SEELMANN 2004 S. 165

I.7 GERECHTIGKEIT UND WILLE

Ausgehend von CICEROS Wort, wonach die Gerechtigkeit das Fundament des Gesetzes (das Gesetz wiederum Rüstzeug des Rechts und jenes Garant der organisierten Gesellschaft, mithin also „*König aller Dinge*“ (ORIGINES)) sei, läßt sich sowohl im klassischen Altertum wie in der mittelalterlichen Staatstheorie, die Entscheidendes zur Lehre des Gerechten Krieges beiträgt, Einigkeit hinsichtlich der vornehmsten Aufgabe des Staates ausmachen: die Aufrechterhaltung der Gerechtigkeit.

Diese verlangt dem Gesetzgeber sowohl nach innen wie nach außen einen „*übermenschliche[n] Wille[n], der sich in der Gerechtigkeit manifestiert [ab]. Nun bedurfte aber PLATONS Idee des Guten keiner solchen übernatürlichen Autorität. In PLATONS Sprache ist jede Idee [...] ein ens per se. Sie existiert und besteht durch sich selbst; sie hat keine objektive, absolute Gültigkeit. AUGUSTINUS konnte dieses Prinzip nicht annehmen. Um den platonischen Ideen einen Platz in seiner eigenen Lehre zu geben, musste er sie neu definieren; er musste sie in die Gedanken Gottes umwandeln. [...] Das Gute konnte sich nicht mehr selbst aufrechterhalten und garantieren*“³².

Die Gerechtigkeit ist demnach als ein überpositives oder natürliches Recht zu lesen, das bei PLATON freilich keine Gleichheit der Rechte meint, sondern ein anteiliges Hinzutun des Einzelnen am Gesamtwerk, dem Idealstaat. Der Wille solcher einen Volkskörper ausmachenden und den Gesetzgeber befugenden Einzelnen ist dabei nach CICERO selbst kein Stück Naturrecht³³.

Zwar ist nach traditioneller Lesart das positive Recht eines Staates am Maßstab des natürlichen Gesetzes zu messen, das seinerseits ein Konstrukt unveränderlicher und elementarer Normsetzung ist³⁴. Der Volkswille aber kann nicht als letzte Quelle des Rechts angenommen werden, bestenfalls bestärkt er eine paränetische Ethik, eine „*Gesellschaft sittlich*

³² CASSIRER, Ernst: Vom Mythos des Staates. Hamburg 2002 S. 130

³³ BLEICKEN, Jochen: Lex publica. Gesetz und Recht in der römischen Republik. Berlin 1975 S. 429

³⁴ RICHTER, Emanuel et al.: Res Publica und Demokratie. Die Bedeutung Ciceros für das heutige Staatsverständnis. Baden-Baden 2007 S. 116

Strebender [auf daß] jeder das Sittengesetz endlich so sehr als das das innere Wesen seiner selbst erkennt, daß er sich zu ihm, wie zur höhern, ewigen Persönlichkeit des Geistes, verhält, und im steten Erfassen dieser Weltordnung [...] den unwankenden Stoff für seine pflichtmässigen Thaten findet“³⁵.

Ein substanzzontologisches Sittengesetz dient hier der kollektiven Gewissensbildung, die eine Pflichtschuld an das Subjekt rücküberträgt, anders: staatsbürgerliche Gerechtigkeitsverantwortung entsteht, indem „*die approximative Verwirklichung eines moralisch-politischen Ideals zur Rechtspflicht*“ erwächst³⁶. Es sei eingeräumt, daß die moderne Rechtsphilosophie dergestalt Annahme indes einer „*konsensfähigen interaktiven*“ Bestimmung der Inhalte des Rechts preisgegeben hat, um dem Umstand Rechnung zu tragen, „*daß die Erkenntnis der Inhalte des Rechts auch Produkte des Erkennenden selbst sind [die zuletzt mit einer] um die menschengerechte Vernünftigkeit des Rechts bemühten Rechtstheorie*“ korrespondieren³⁷.

Die zuvor in Bezug auf das Menschenrechtliche bemühte kognitivistische Festlegung ist auch auf das Naturrecht als Vernunftrecht anwendbar (WITSCHEN 2002 S. 53), spätestens mit GROTIUS' Säkularisierung des bis dahin im Gedanken Gottes aufgehenden Überpositivismus. Diese von PUFENDORF popularisierte Profanierungsthese ist nicht ohne Einspruch geblieben, so zeige in der spanischen Spätscholastik die menschliche Vernunft denn ungebrochen das göttliche Gebot an, das Recht bleibt ein kryptotheologisches³⁸.

Die praktische Vernunft erweist sich derweil eo ipso als gesetzgebend oder, KANT greift hier ROUSSEAU auf, autonom. „*Sie gebietet uns unbedingt und kategorisch, sittlich zu handeln, und weil dieses Sollen ein Können*

³⁵ MICHELET, C. L.: Naturrecht oder Rechts-Philosophie als die praktische Philosophie enthaltend Rechts-, Sitten- und Gesellschaftslehre. Bd. 1. Berlin 1866 S. 278

³⁶ KUNZ, Karl-Ludwig et al.: Rechtsphilosophie. Rechtstheorie. Rechtssoziologie. Bern 2006 S. 155

³⁷ a.a.O. S. 49

³⁸ LUDWIG, Bernd: Die Wiederentdeckung des Epikureischen Naturrechts. Zu Thomas HOBBS' philosophischer Entwicklung von De Cive zum Leviathan im Pariser Exil 1640–1651. Frankfurt a. M. 1998 S. 430

*impliziert, meint KANT, auf dem Boden des Sittengesetzes die Freiheit des Willens postulieren zu müssen.*³⁹

Ist also die ratio dem normativ gebotenen Recht zuzuschreiben, so ist die voluntas gleichsam gesetzgeberischer Wille, Gott ist nicht mehr Legislator kraft voluntas, sondern Urheber der ratio. LEIBNIZ überführt diese Ableitung dahin, daß das Recht nicht Recht sei, weil Gott es so wolle, sondern weil Gott gerecht ist⁴⁰. Wie schwer sich alles natürliche Sittengesetz ohne Letztbegründung und ohne Ausflüchte in göttliche Lehngebäude tut (KANTS Sittengesetz wurde beispielsweise eine „verschleierte Göttin“ geschimpft), können die relativistischen, „gleich-gültigen“ Einwürfe zu einem „vernünftigen Weg der Mitte“ kaum verbergen (BIALAS et al. 1996 S. 185, SCHAURER 2007 S. 71).

Dessen ungeachtet bergen die dargestellten Überlegungen zur Problematik des Verhältnisses von Freiheit (in Einheit mit Pflicht), Moral und Recht eine wesentliche Erkenntnis: handelte bei PLATON noch jeder Mensch, so er das Gute erkennt, quasi zwangsläufig gut, beinhaltet die Einführung der Freiheit in die späteren (christlichen) Konzeptionen, daß der Wille sich wider besserer Vernunft entladen kann, ultimativ im Kriege (SCHAPP 2005 S. 10).

Somit ist eine die Freiheit konstituierende Gerechtigkeit, die ihren moralischen Überbau nicht zuletzt im Frieden findet (WEILER 1989 S. 1), ein zartes Gewächs, das allein dadurch feste Wurzeln schlagen kann, daß es die Menschenrechte nicht als bloße Freiheitsrechte wahrnimmt, sondern - so GROTIUS weiter - als darüber hinausragende Rechte der Existenzsicherung. Das existenziell-biologische Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit überwiegt und mitbegründet das Recht auf Freiheit und dessen normative Kraft⁴¹. Daraus sind schließlich weitreichende Konsequenzen für eine Diskussion über Souveränität und Nicht-Einmischung und die Gerechtigkeit organisierten Gewaltzwanges zu ziehen.

³⁹ ROHLS, Jan: Philosophie und Theologie in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 2002 S. 409

⁴⁰ VON GIERKE, Otto Friedrich; Johannes Althusius und die Entwicklung der naturrechtlichen Staatstheorien. New York 2005 S. 74

⁴¹ NESCHKE-HENTSCHE, Ada: Menschenrechte. Menschenrechtsdoktrin. Natürliche Gerechtigkeit. in: GIRARDET et al. 2005 S. 127

I.8 SOUVERÄNITÄT UND VERNUNFT

„Der Zwang des Krieges ist außerrechtlicher Natur. Kriegerische Überlegenheit des Siegers schafft dann, wenn sie nicht mit der Debellation des Besiegten endet, keinerlei Befehlskompetenz des Siegers, der gerade dadurch, daß er die Vertragsform für die Herstellung des Friedens wählt, den Besiegten als nicht debelliert, als noch bestehendes Völkerrechtssubjekt wieder anerkennt. [Der] absolute Selbsterhaltungsanspruch ist es, der völkerrechtlich gefördert, den absoluten Charakter der Souveränität begründet. Bei der aufgewiesenen notwendigen Verknüpfung von Positivität des Rechtes und Souveränität ist der absolute Selbsterhaltungsanspruch des letzteren eine selbstverständliche und unausweichliche Forderung eines klar gedachten Positivismus. Der Stufenbau des Rechtes endet theoretisch dort, wo die das Recht positivierende gebietsuniversale Entscheidungseinheit steht. Diese Einheit [...] muss als Wille vorgestellt werden und läßt sich nicht als Normordnung konstruieren.“⁴²

Die Prononcierung der Souveränität von Staatsgebiet, Staatsvolk und Staatsgewalt (gemäß JELLINEKs Drei-Elemente-Lehre) löst in der Frage nach der Rechtmäßigkeit eines Krieges die scholastische Lehre beginnend mit dem 17. Jahrhundert nach und nach ab (TOPPE 2008 S. 50).

Wie später darzustellen ist, läßt sich das Kriterium der *iusta causa* schwerlich ohne eine das Recht positivierende gebietsuniversale Entscheidungseinheit, vulgo: den übergeordneten objektiven Richterspruch aufrechterhalten, können doch beide Konfliktparteien einen Krieg im guten Gewissen austragen, einzig ihre Sache sei gerecht. Tatsächlich gehört es zum Modus jeden Krieges, daß die Beteiligten - ob Angreifer oder Angegriffene - für ihre Verwicklung in das Kriegsgeschehen die jeweils höhere Integrität reklamieren, ein mit Waffengewalt ausgetragener Konflikt hätte natürlich auch keinerlei messbaren Mobilisierungs- und Bestätigungseffekt, würde eine Seite sich als moralisch unterlegen deklassieren.

⁴² HELLER, Hermann: Gesammelte Schriften. Bd. 3. Staatslehre als politische Wissenschaft. Tübingen 1992 S. 185f.

Selbst der Realist beteiligt sich an der Schwelle zum Krieg an einer Diskussion um wenigstens instrumentelle Werte, allen voran wird der Staat ein solcher, ist er doch die erforderliche strukturelle Bedingung, jene Werte zu schützen, denen er dient. Im Falle des Realisten kann Macht ein derart überragender Wert des Staates sein, obgleich sie ebenso sehr Mittel wäre, womit die Bedingungen und Bedingtheit von Werten bedeutsamer werden als ihr eigentlicher Inhalt (WALTZ 2001 S.37). Unter Ausblendung nuklearer Vernichtungspotentiale (eine moralische Nukleardoktrin ist eine *contradictio in adiecto*), hat die Idee manches für sich, daß „*no matter what are the higher values the state serves, and despite the hierarchy of values in human political communities, a realistic statecraft nevertheless holds true if only the state is a necessary condition to these higher human goods*“ (RAMSEY 1988 S. 173).

Der Verweis auf den Staat als notwendige Bedingung der vorgenannten Willenseinheit berührt somit auch die im Zuge der Gerechtigkeit unabdingbare Konsistenz normologischen Verhaltens in einer politischen Gemeinschaft, in der Moralität kein zur Disposition stehendes soziales Arrangement ist, sondern Schild und Speer der Rechtfertigung von Vernunft (GOMEZ-LOBO 2002 S. 57). „*Die praktische Vernunft ist demnach der gesuchte moralische Gesetzgeber und zugleich der Richter nach dem Gesetz in jedem Spezialfalle; der Vernunfttrieb ist sein Exekutor. Die Gesetze sind absolut gemeint, ihre Verbindlichkeit wird als unbedingt anerkannt.*“⁴³

Es erscheint daher befremdlich, daß die Anwendung „*vernunftmoralischer*“ Maßstäbe auf den Krieg ebenso häufig zur Apologie des Krieges entartet wie zur Apologie ihrer selbst.

War der Krieg (neben dem Handel) während Jahrtausenden die kommunikative Regel der internationalen Beziehungen, ist er heute - immerhin zwischenstaatlich - zur Ausnahme geworden, er ist idealerweise ein reglementierter Sonderfall des politischen Verkehrs („*a rule governed exception*“⁴⁴). Tendenziell läßt sich also sprechen von einer „*Einhegung und Verrechtlichung des Krieges, der Zivilisierung militärischer Gewaltan-*

⁴³ VON HARTMANN, Eduard: Phänomenologie des sittlichen Bewusstseins. Eine Entwicklung seiner mannigfaltigen Gestalten in ihrem inneren Zusammenhang. Göttingen 2009 S. 302

⁴⁴ POTTER, Ralph B.: The Moral Logic of War. in: MILLER 1992 S. 198

wendung und der Wandlung des Friedens von einem labilen Zustand ruhender Gewalttätigkeit zu einem historischen Prozess, in dem sich Formen der internationalen Konfliktbearbeitung durchsetzen, die sich zunehmend von der Anwendung organisierter militärischer Gewalt befreien“ (WOYKE 2004 S. 141f.).

Umso bemerkenswerter ist die Renaissance der überwunden geglaubten Gerechtigkeitsdiskurse in der humanitären Intervention und der Verantwortung zum Schutz, zum Beispiel im Irak 1991, im Kosovo 1998, in Afghanistan 2001 und, fast tragikkomisch mangels „*harter Kriegsgründe*“ skandiert von Tony BLAIR, im Irak 2003. Deren praktische Anwendbarkeit speist sich fortan, da der casus belli der causa belli gerne gleichzieht, aus einer dem Gewande nach positivistischen und voluntaristischen Setzung, der zu Grunde die noch immer in Frage gestellte Normativität des Völkerrechts und der Mangel eines übersouveränen Gewaltmonopols insgesamt liegt. Freilich wird der tatsächliche Rechtscharakter des Völkerrechts nirgends ernstlich bestritten, allein seine Sanktionierbarkeit steht angesichts der überaus unterschiedlichen Implementierung in der Völker je eigenem Recht auf luftigem Schuhwerk. Das Völkerrecht in seiner heutigen Form reflektiert daher mitnichten die internationale Verfasstheit, wie sie sich de facto darstellt, sondern bietet sich an als „*Entwicklungsstelos [als] Optimierungsgebote, die ein ideales Sollen [innerhalb der Binarität des Rechts] ausdrücken*“ (PETERSEN 2009 S. 139f.).

Es ist diesem teleologischen und prozesshaften Wesen des Völkerrechts als sich selbst moralisierendes lex ferenda geschuldet, daß seine Verbindlichkeit an den eigenen Entstehungsbedingungen krankt. Ein wahrhaft gültiges Außenstaatsrecht (HEGEL) entledigte sich seines eigenen Zwangregimes, sobald seine Gesetze vollständig der Moral entsprächen. Als „*Ausdruck einer vollzogenen vollendeten Moralisierung*“ sowohl der Ontogenese wie der Phylogenese verlöre es aber den inneren Zwang des Moralischen und könnte sich schwerlich als praktische Vernunft reproduzieren⁴⁵.

⁴⁵ KLEINHANS, Bernd: Der Philosoph in der neueren Geschichte der Philosophie. Eigentlicher Philosoph und vollendeter Gelehrter. Konkretionen des praktischen Philosophen bei KANT und FICHTE. Würzburg 1999 S. 156

I.9 RECHT UND RECHTMÄSSIGKEIT

Die Herstellung von Frieden und die Abstellung von „*Unrecht*“ durch die normative Kraft militärischer Gewalt, zugleich der Formwandel militärischen Engagements von der Kriegsfreiheit hin zum Kriegsverbot, hat definitorisch manchen Formelkompromiss hervorgebracht, der ein prinzipielles Unbehagen mit der Wahrnehmung des Phänomens Krieg und der Bedrohungskonstruktion eines Staates bezeugt⁴⁶.

Da konkurrieren der alte mit dem neuen, der große mit dem kleinen, der symmetrische mit dem asymmetrischen, der reguläre mit dem irregulären, der offene mit dem verdeckten, der heilige mit dem profanen und der Bürger- mit dem Weltkrieg, ja, gar der bewaffnete Pazifist mit dem unbewaffneten Bellizisten und der Terrorist mit dem Feldherrn, und sie alle lösen sich gegenseitig in einer semantischen Schwammigkeit auf, die der prekären politischen Operationalisierbarkeit militärischer Gewalt in die Hände arbeitet, die akademische Betrachtung jedoch mühsam gestaltet (GEIS 2006, FREUDENBERG 2008 S. 278).

Mögen sich auch die qualitativen wie quantitativen Bezeichnungen wandeln und ihrerseits auf das Bezeichnete rückwirken, so steht am Anfang aller Anschauung gleich welchen Krieges doch nach wie vor die zwingende Dichotomie von Legitimität und, daraus abgeleitet, Legalität. Zwar findet sich hier, wie gezeigt, durchaus eine perspektivische Verschiebung zugunsten der Legalität, aus der sich wiederum Legitimität ergibt (im unhaltbaren Extrem gelten beide als deckungsgleich), aber es scheint ratsam, den Legalismus doch seiner eigenen Anerkennungswürdigkeit zu unterwerfen.

Carl SCHMITT bemerkt richtig, daß Max WEBERs Herrschaftstheorie zu kurz greift, wenn sie behauptet *„die heute geläufigste Legitimitätsform ist der Legalitätsglaube, die Fügsamkeit gegenüber formal korrekt und in der üblichen Form zustande gekommenen Satzungen. [SCHMITT erwidert, diese Annahme] könne niemals einen echten Glauben an die innere Berechtigung*

⁴⁶ JAHN, Egbert: Frieden durch die normative Kraft militärischer Gewalt? Der Südkaukasus nach dem Augustkrieg. in: HIPPLER 2009 S. 85

der jeweils herrschenden Gewalt hervorbringen, also niemals im eigentlichen Sinne legitimitätsbegründend wirken. Legitimierende Kraft könnten nur die der Satzung zugrunde liegenden Wertgehalte haben. Das Auftreten einer rein funktionalistischen Verfassungslehre, die über die Wertgrundlagen des demokratischen Verfassungsstaates hinweg die bloß formelle Korrektheit des Zustandekommens der Satzungen als Kriterium ihrer Geltung ansehe, sei ein Zeichen dafür, daß diese Wertgrundlagen selbst ihre legitimierende Kraft verloren hätten“⁴⁷.

Gäbe man der rein funktionalistischen Verfassungslehre in gegebenem Zusammenhang den Vorzug, würde - sobald das Recht gesetzt und moralisch kondensiert ist - die Notwendigkeit einer konstanten Infragestellung seiner Sinnzusammenhänge zur gelehrsam Kosmetik verflachen anstatt zum innovativen Motor der Rechtswerdung zu gedeihen. Selbstverständlich darf die Schlussfolgerung daraus nicht lauten, einer gänzlich legitimistischen Sicht das Wort zu reden, wie sie sich zum Beispiel auf dramatische Weise in der jüngeren Kriegsgeschichte im Kosovo 1999 zutrug beim Versuch, „unter Berufung auf die Legitimität einer universalen Moral die Legalität der bestehenden völkerrechtlichen Ordnung zu relativieren“ (LUTZ 2000 S. 51).

Die Legitimität begründet und stärkt idealiter die Legalität, sie verleiht ihr innere Berechtigung und äußere Wirkung. Demgegenüber bewirkt Legalität mitnichten Legitimität, eine „wert- und qualitätsfreie, inhaltslos formalistisch-funktionalistische Legalitätsvorstellung“ (SCHMITT 2005 S. 25) ist in ihren Automatismen (Gesetz schafft immer Recht) und Entgrenzungen (Recht bar des Urteils und Erzwingbarkeit des Rechts) sogar höchst gefährlich.

Auf das Kriegs(völker)recht gewendet, muss daher geflissentlich nach dessen Verbindungslinien zur Moralphilosophie gefahndet werden, deren Gehalt und Gestalt sich maßgeblich der klassischen Tradition des gerechten Krieges und seiner Aktualisierungen als humanitäre Intervention und Verantwortung zum Schutz verdanken.

⁴⁷ MOMMSEN, Wolfgang J.: Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920. Tübingen 2004 S. 478

Nur unter Einbeziehung beider Komponenten, Legalität und Legitimität, in die Reflexion, ist sinnvollerweise eine ungebrochen dringliche Weiterentwicklung der Berechtigung und eine Positionsbestimmung der Gerechtigkeit hinsichtlich der Kriegsbegründung zu erwägen (STARCK et al. 2008 S. 16).

Es versteht sich dabei von selbst, daß ein rechts- wie moraltheoretischer Begründungsdiskurs nicht befriedigend zur schlechthinigen Funktion, zu Sinn und Unsinn des Krieges an sich beitragen kann. Sehr wohl aber verweisen Recht und Moral als offene Systeme auf die konkreten politischen Bedingtheiten des „*Extremkonfliktes zwischen Trägern von Machtansprüchen*“ und werfen damit gleichsam Licht auf die instrumentelle Beschaffenheit des Krieges (KLEEMEIER 2002 S. 43). Gekennzeichnet ist diese notwendig von ihrem Begründungsgefüge, weshalb die Frage nach der Begründung sowohl die Frage nach dem Grund des Krieges einschließt (und damit durchaus Rückschlüsse auf seine Funktion zuläßt), als auch Hinweise darauf gibt, ob ein zeitgenössisches oder zukünftiges Kriegsszenario mit historischen Rechtfertigungsmustern hinreichend abzubilden ist (VAN CREVELD 2004).

Indem nachfolgend die Begründungsmechanismen der Lehre des gerechten Krieges, der humanitären Intervention sowie der Verantwortung zum Schutz in Beziehung zueinander gesetzt und füreinander fruchtbar gemacht werden, wird zudem einer auffälligen Gegenläufigkeit Rechnung getragen: daß es zwar keine allgemein menschliche Moral, sondern „*so viel Moralen, als es Kulturen gibt*“ (Oswald SPENGLER) geben mag, daß aber der Krieg samt seiner Mutationen eine vollends universale Tatsache der Menschheitsgeschichte ist, alle Zeiten, Völker und Kulturen wenn doch nicht verbindend, so doch gemeinsam entzweierend.

Man muss freilich nicht soweit gehen, von einer „*anthropologischen Konstante*“ (JUNG et al. 2003 S. 17) zu sprechen, um dennoch die Chancen eines moral- und begründungstheoretischen Zugriffs auf kollektives Gewalthandeln zu erahnen. Wenn der Krieg denn in den Köpfen der Menschen anfängt (HOWARD 2001 S. 12), so verpflichtet sich ihr Nachdenken darüber einer herausragenden Verantwortung, die zuerst und zuletzt auch demokratische Bürgerpflicht ist (WALZER 2006 S. xiv).

II. GERECHTER KRIEG

II.1 HEILIGKEIT UND BESCHRÄNKUNG

Einen Krieg als gerecht zu attributieren, birgt die gesamte Problematik der Rechtfertigung von Gewalt und der normativen Beurteilung zwischenstaatlicher Gewaltanwendung in sich. Während die angelsächsische Rezeptionsgeschichte durchaus von verhaltenem Wohlwollen gegenüber dem Begriff und seiner Operationalisierung geprägt ist, neigt die heutige deutschsprachige Diskussion zu einer vornehmlich apodiktisch ablehnenden Haltung, die damit erklärt werden kann, daß die nachhaltige europäische Kriegstraumatisierung des 20. Jahrhunderts Politik und Wissenschaft massiv sensibilisiert hat, Krieg überhaupt als salonfähig zu begreifen (RULOFF 2004 S. 2).

Wesentlich eigennütziger ist derweil das Interesse zahlreicher vormaliger europäischer Kolonien in Afrika und Asien und den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, die Debatte nachgerade abzulehnen: die Wahrung der eigenen fragilen Souveränität und häufig genug kontrovers erstrittenen Staatlichkeit vor Fremdeinmischung ist ihnen Existenzfrage.

Die europäische Reserviertheit hat indes akademisch weitere Wurzeln, namentlich die bisweilen sehr diffuse Abgrenzung zur Konzeption des (insbesondere christlichen) heiligen Krieges (STEFFEN 2007 S. 233). Diese Verwirrung ist natürlich in der Ausgestaltung des heiligen Krieges selbst angelegt, befinden bei Thomas von AQUIN doch noch Papst und Kaiser (*auctoritate papae et imperatoris*) gemeinsam über Krieg und Frieden⁴⁸, eine Trennung der himmlischen (theologischen) und weltlichen (juridischen) Gerechtigkeit oder deren Verschmelzen als diesseitige Säkularmoral ist völlig undenkbar. Als gerecht wird ein Krieg denn auch dann verstanden, wenn er eine Verletzung der göttlichen Ordnung zu rächen erbaut ist, Unrecht muss hier nicht als Verstoß gegen geltendes Recht begriffen werden, sondern als eine Sünde wider Gott. „*So gesehen kann ein*

⁴⁸ REINKOWSKI, Maurus: Die Dinge der Ordnung. München 2005 S. 218

*Krieg auch dann gerecht sein, wenn die Rechte der sich als gerecht verstehenden Partei gar nicht verletzt worden sind. Es reicht aus, wenn die gerechte Seite im Namen einer göttlich moralischen Ordnung agiert*⁴⁹, also im weitesten Sinne berechtigt ist.

*„Viele der Einwände gegen die Vorstellung eines gerechten Krieges sind [demzufolge] nur stichhaltig als Einwände gegen die Konzeption eines heiligen Krieges.“*⁵⁰

Befördert werden solcherlei irrige Konnotationen von der motivischen Ausschließlichkeit beider Konzeptionen, sowohl ein gerechter wie ein heiliger Krieg können schlechterdings nur für eine Seite in Anspruch genommen werden (ETZERSDORFER 2007 S. 171). Zudem neigen beide Gebilde zu merklichen Universalisierungsbestrebungen, sie sind erpicht, kulturell, sozial und politisch heterogene Entitäten als Frontkoalitionen zu homogenisieren (man erinnert sich der sprichwörtlichen „*coalition of the willing*“ im Irakkrieg 2003).

AQUINs auf AUGUSTINUS aufbauende Theorie eines bellum iustum, „*die über den damaligen ‚Kampf der Kulturen‘ [...] hinweg für alle beteiligten Konfliktparteien anwendbar sein sollte [kann somit gelesen werden als] ein früher Vorläufer der Theorie der kulturübergreifenden Konflikttransformation*“ (SIEDSCHLAG 2007 S. 18).

Drei Bedingungen stellt er an die Gerechtigkeit eines Krieges: 1. allein eine rechtmäßige (und berechnigte) Obrigkeit (auctoritas principis) darf Kriege erklären und führen, 2. ein gerechter Grund (causa iusta) muss geltend gemacht werden, sowie 3. die rechte Absicht (recta intentio) sei handlungsleitend als Sühne für erlittenes Unrecht, sprich die „*gottwidrige Grundrichtung des Willens*“, nicht aber als sittliche Urteilsfindung. Sieger und Ob Sieger würden ohnehin Gott Rechenschaft ablegen müssen, der Krieg aber ist nicht automatisch Sünde (HOFMEISTER 2001 S. 139). AQUINs Friedenserwartung ist mitgemeinte Heilserwartung, nicht grundlos entspringt sie genuin theologischen Überlegungen, ja, deren „*Summe*“.

⁴⁹ KLEEMEIER, Ulrike: Krieg, Recht, Gerechtigkeit. Eine ideengeschichtliche Skizze. in: JANSSEN 2003 S. 14

⁵⁰ QUANTE, Michael: Gerechte Kriege, humanitäre Interventionen? in: JANSSEN 2003 S. 9

Für das vorgeschlagene Verständnis des gerechten Krieges entscheidend und innovativ sind allen voran die kriegsbeschränkenden, nicht so sehr die kriegsermöglichenden Aspekte. Bereits bei PLATONS Dialog im Hause des POLEMARCHOS wird das Abwägen über Möglichkeiten der Hegung vorweggenommen, die kriegsorientierten Aspekte der Politeia weisen in ähnliche Richtung, verschränken sich philosophische und kriegswichtige Fähigkeiten doch auf enge Weise, wenn der *„Wehrmann (phylax) eine philosophische Natur sein muss, um seine Tätigkeit sinnvoll ausüben zu können“* (KLEEMEIER 2002 S. 53).

Erst durch die präzise Formulierung hemmender und begrenzender Faktoren läßt sich eine Kriegsethik vernünftig verrechtlichen. Die gesamte Lehre des gerechten Krieges erweist sich erst dahingehend als kohärent, daß sie von der Prämisse ausgeht, Gewalt von vornherein nur dort rechtmäßig zu heißen, wo ernstliche Anstrengungen zu ihrer Einschränkung unternommen werden und das Übel eines Krieges gegen das Übel eines fortbestehenden Missstandes ohne kriegsrechtliches Einschreiten gerechnet wird (STEFFEN 2007 S. 235). Der gerechte Krieg ist unter keinen Umständen militäristische carte blanche.

Es ist die von AQUIN eingeführte rechte Absicht, die ein Bemessen der Adäquanz oder *„Erfolgsgeeignetheit militärischer Mittel“* ermöglicht und deren Nachvollziehbarkeit den mündigen Bürger fordert und fördert (LIENEMANN 2000 S. 37). Auch inkludiert sie die Affektkontrolle und Bändigung der Leidenschaft seitens der involvierten Akteure und macht so die Ächtung des Irrationalen geltend (KINSELLA et al. 2005 S. 66).

Da hier - wie übrigens in jeder moralisch unterfütterten Kriegstheorie - aus einer Idealposition eigener hypothetischer Rechtfertigung argumentiert wird, genügt es nicht nur, sich selbst jenen Normen zu unterwerfen, deren Auslegungshoheit man beansprucht, sondern es ist geradewegs angezeigt, daß der imaginäre Feind nicht nach dem gleichen Modus operiert. Genau durch die Nichtanerkennung der als richtig ausgemachten Regeln (beide Seiten sehen sich per se im Recht, nur nicht in dem des anderen) belegt er seine Schuld, die er verdientermaßen zu sühnen hat. Dieser Umstand impliziert eine heikle Verlockung, den Gegner wegen seiner bloßen Nichtübereinkunft, wegen seiner alleinigen Gegnerschaft für rechtmäßig bekämpfbar zu halten.

II.2 ABSICHT UND WIRKUNG

Die schematische Ordnung, die AQUIN sowohl AUGUSTINUS als auch CICERO voraussetzt, täuscht schwerlich darüber hinweg, daß inhaltliche Unklarheiten die Klassifizierung trüben (BEESTERMÖLLER 1990). Jede Handlung nämlich kann auch bei den besten und moralisch makellosten Absichten nicht-antizipierte schlechte, im Kriegsbetrieb üblicherweise fatale Folgen, euphemistisch Kollateralschaden genannt, zeitigen⁵¹. CLAUSEWITZ nennt das Auftreten unerwarteter Reibungen, Seiteneffekte und Störfaktoren Friktion, es sind dies Ereignisse, die die einander bekriegenden Parteien veranlassen, im Verlauf des Konflikts strategische, taktische und operative Nachbesserungen und Anpassungen vorzunehmen, die sowohl die Aussicht auf Erfolg als auch die Angemessenheit der Mittel aufs Spiel setzen können.

Zusammengefasst wird diese Eigenheit unter dem Begriff der doppelten Wirkung, wobei man in der klassischen Theorie einräumt, daß der sittliche Wert der Handlung hauptsächlich in der Absicht, weniger in deren Wirkung begründet sei. „*Double effect is a way of reconciling the absolute prohibition against attacking non-combatants with the legitimate conduct of military activity*“ (WALZER 2006 S. 153). Auf diesem Effekt beruhen zahlreiche Entgleisungen sogenannter militärischer Notwendigkeit und politischer Rechtfertigung.

Anregung zur Lösung des Dilemmas bezieht WALZER denn aus Henry SIDGWICKs utilitaristischen Skizzen zur Regulierung des Krieges, wo es heißt: „*It is clear that the aim of a moral combatant must be to disable his opponent, and force him to submission, but not to do him 1. any mischief which does not tend materially to his end, nor 2. any mischief of which the conduciveness to the end is slight in comparison with the amount of the mischief. Unfortunately, this second limitation is inevitably so vague as to leave room for great differences of opinion as to its proper application; and, moreo-*

⁵¹ HOLMES, Robert L.: Can War Be Morally Justified? The Just War Theory. in: ELSH-TAIN 1992 S. 200

*ver, its application must continually vary with variations in the arts of war, and in the circumstances and prevailing sentiments of civilized men*⁵².

WALZER schlägt folglich vor, die verfängliche doppelte Wirkung einer Handlung durch die doppelte Absicht („*double intention*“) handhabbar zu machen, indem der eigentlichen gerechten Kriegsabsicht eine weitere aktiv korrigierende Absicht beigelegt wird, die einzig und gleichrangig auf Vermeidung des Unbeabsichtigten gerichtet ist.

Natürlich ist dabei ein Argumentieren mit der Zivilisiertheit der Kombattanten so nicht mehr ohne Erläuterungen aufrechtzuerhalten, wenn gleich ein bis 1918, punktuell bis 1945 im westlichen *ius in bello* wirkungsmächtiges Konzept der auf beiden Seiten geforderten Ritterlichkeit immerhin erwähnenswert bleibt, welches „*das Menschentöten erst zum Kriege*“ mache (KORTÜM 2001 S. 24). Jedoch gefährdet die „*Lehre vom gerechten Krieg [auch] keineswegs die Ritterlichkeit des Krieges, sondern stellt ganz im Gegenteil eine Garantie dafür dar, daß man einen Krieg nicht beginnt, nur weil er im Interesse des eigenen Staates ist, und daß man ihn anständig führt*“ (HÖSLE 2000 S. 1024).

Da es nun im Resultat einerlei ist, ob eine negative Handlungsfolge direkt oder indirekt zum Tragen kommt, ist die rechte Absicht zwar durchweg wesentlich zur Erwägung kriegesischen Handelns, sie ist eine maßgebliche Kategorie des *ius ad bellum*. Sobald die Entscheidung allerdings zugunsten eines Krieges gefallen ist, mag sie jedoch vom Gang der Geschehnisse, im *ius in bello*, erheblich relativiert werden, während die gerechte Autorität (kein Privatakteur, sondern ausschließlich ein Staat ist befugt) und der gerechte Grund höchstens nachrangig erschüttert werden. Die Neigung, das *ius in bello* dem *ius ad bellum* unterzuordnen, desavouiert offenkundig beide (KREIS 2006 S. 17).

Nun zügelt eine bloß einfache rechte Absicht, wie zum Beispiel der Vorsatz, in einem bevorstehenden Krieg keine Zivilisten zu töten, die apologetische Inkaufnahme von getöteten Zivilisten im Gefecht nicht zu Genüge⁵³. Die *ius in bello*-Komponente wird erst durch die Weiterentwicklung der Doppelabsicht in Sachen Verhältnismäßigkeit spürbar gestärkt,

⁵² SIDGWICK, Henry: *The Elements of Politics*. New York 2000 S. 240f.

⁵³ DUQUETTE, David: *Discrimination and Noncombatant Immunity*, in: LEE 2007 S. 43

da diese enger mit der tatsächlichen Vorhersehbarkeit des Handelns verwoben ist und freilich auch legitime Ziele der Aggression so gut als möglich vor Gewaltexzessen zu schützen bestrebt ist.

Dabei ist die so bedeutungsschwangere Trennung von Kombattanten und Non-Kombattanten bis heute Zankapfel der philosophischen, rechtlichen, politischen, militärischen und theologischen Diskussion, in der Spätscholastik findet sie eine Zuspitzung, indem die Opportunität des gerechten Krieges für eine gewaltsame Bekehrung der Heiden geprüft und von den prominentesten Diskutanten verworfen wird. Auf die Frage, woran ein rechtmäßiges Ziel auszumachen sei, antwortet 300 Jahre zuvor Arnold AMALRICH, Abt von Cîteaux, noch mit dem zu gleichen Teilen legendären wie zynischen Satz: *„Tötet sie alle, der Herr wird die Seinen schon erkennen.“*⁵⁴

Die diffizile Unterscheidbarkeit rechtmäßiger *„Opfer“* und die begrenzte Vorhersehbarkeit kriegswichtiger Entscheidungszwänge wiederum wirkt sich direkt und indirekt auf die Wünschbarkeit und Machbarkeit respektiver Nachkriegsszenarien aus, auf das *ius post bellum*. Die Wiederherstellung des *status quo ante bellum* kann nicht intendiert sein, immerhin hat dieser ja zum Kriege geführt und war somit nicht notwendigerweise gerecht.

Wie insbesondere die christliche Friedensethik betont, ist es die dem Kriege entspringende weltliche Gerechtigkeit der Friedensordnung (die AUGUSTINUS im Gegensatz zu CICERO für unmöglich hält), also das Ende des Krieges, das seinen Anfang heiligt, allemal ohne zugleich eine Willkür der Mittel und des Zwecks zu rechtfertigen (HINSCH et al. 2006 S. 113).

So bildet die *„Lehre vom gerechten Krieg [...] einen Fall der Kompromissethik in herausragendem Sinn. Sie versucht, die Kriterien dafür zu formulieren, unter welchen Bedingungen das Unvereinbare - nämlich Frieden und Krieg - doch miteinander verbunden werden kann: dann nämlich, wenn der Krieg konsequent der Aufgabe des Friedens untergeordnet wird“* (HUBER et al. 1990 S. 64).

⁵⁴ BUTZ, Reinhardt, OBERSTE, Jörg: *Studia monastica. Beiträge zum klösterlichen Leben im christlichen Abendland während des Mittelalters*. Berlin 2004 S. 113

II.3 ÜBERTRAGUNG UND VORBEUGUNG

Von einer regelrechten Lehre des gerechten Krieges zu sprechen, erweckt den Eindruck, es habe sich im Laufe ihrer ideengeschichtlichen Entwicklung und Weiterentwicklung eine weithin einheitliche Auffassung darüber gebildet, welche Merkmale sie enthalten müsse. Dies ist offensichtlich, trotzdem sich fraglos ähnliche zentrale Lehrinhalte bei ihren maßgeblichen Exponenten finden lassen, nicht der Fall, weshalb es angeraten erscheint, vielmehr von einer Tradition als „*geschichtlich-politischer Lernprozess*“ auszugehen, der berücksichtigt, daß Entstehungs- und Anwendungskontexte des gerechten Krieges bei weitem nicht immer deckungsgleich sein müssen⁵⁵.

So argumentieren CICERO und AUGUSTINUS aus der Sicht eines beispiellosen römischen Imperiums, das es zu befrieden gilt, und auch in AQUINs mittelalterlicher Verortung taucht der für die heutige Applikation unverzichtbare Begriff des Staates als entscheidende ordnungspolitische und handlungsberechtigte Größe nicht auf, sondern eine das gesamte Christentum umfassende politisch-weltliche Einheit in Form der *respublica fidelium* ist Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung⁵⁶.

Eine voraussetzungsfreie, unkritische Projektion solcher Traditionen auf eine moderne völkerrechtliche Matrix greift daher zu kurz und empfiehlt sorgsame Modifikationen, um sie im Weiteren für humanitäre Intervention und eine Schutzverantwortung dienlich und nutzbar zu machen.

Nichtsdestotrotz ist der Ursprung humanitärer Interventionsethik in den Konzeptionen des gerechten Krieges allgemein anerkannt und jener ungebrochen wichtigster Souffleur der Debatte, deren eigentliches Spannungsfeld zwischen dem Glauben an die Gerechtigkeit und moralische Berechtigung eines Krieges einerseits und der Verbindlichmachung von

⁵⁵ KELLER, Andrea: Die politischen Voraussetzungen der *bellum iustum*-Tradition bei CICERO und AUGUSTINUS. in: WERKNER et al. 2009 S. 23

⁵⁶ BEESTERMÖLLER, Gerhard: Rettet den Armen und befreit den Dürftigen aus der Hand des Sünders. Thomas von AQUIN und die humanitäre Intervention. in: WERKNER et al. 2009 S. 43

Nicht-Einmischung als Kern rechtlicher Souveränität andererseits zu suchen ist (CHESTERMAN 2001 S. 7).

Wenig überzeugt da eine die Macht des Faktischen verkennende und vor allem von deutscher Seite perpetuierlich vorgebrachte Vermessenheit, wonach sich in der aktuellen Friedens- und Konfliktforschung eine „*Anknüpfung an Theorien des gerechten Krieges [...] von selbst [verbiete]*“, und daß der diesbezügliche akademische Konsens damit beginne, „*daß es nicht um die Wiederbelebung einer Theorie des gerechten Krieges*“ gehen könne⁵⁷. Es mutet beinahe trotzig an, eine gänzlich ihrer theoretischen Grundlagen und Pfadabhängigkeiten enthobene, diese nicht einmal eingehend prüfende und angemessen würdigende wissenschaftliche Diskussion über die normative Plausibilität von Krieg führen zu wollen, ohne sich in tumbe Polemik zu versteigen.

Ein solcher Gemeinplatz ist die Behauptung, ein Krieg, der moralisch statthaft, also gerechtfertigt ist, sei zugleich automatisch geboten. Der praktischen Undurchführbarkeit und Unsinnigkeit einer solchen Annahme völlig ungeachtet (i. e. eine Totalintervention in nahezu jeden Staat der Dritten Welt), gründet sie auf ein falsches Verständnis der rechtlichen Billigkeit des *ius ad bellum*, „*denn manche Kriege unterstützt das Völkerrecht nicht, auch wenn eine billige Ursache dafür vorliegt*“ (GROTIUS 1950 S. 62), wie zum Beispiel die genannte gewaltsame Bekehrung.

Auch ist das noch näher zu beleuchtende ultima ratio-Kriterium ein gewichtiger Einwand gegen kriegslüsterne Leichtfertigkeit. Freilich werden wieder andere Kriege völkerrechtlich gedeckt, ohne daß sie einer naturrechtlichen Vertiefung und moralischen Überformung bedürften, beispielsweise der Krieg als Selbstverteidigung, der allerdings im Zuge von Prävention und Präemption problembehaftet sein kann.

Die kriegsbeschränkende Verantwortung obliegt nach GROTIUS folgerichtig vor allem der Partei, die angreift oder den Kriegszustand erklärt. Die Verteidigung ist ihm zufolge per se gerechtfertigt, da ihr bloß die Kapitulation oder der Gang zu den Waffen zur Wahl stünde und diese Wahl, genau besehen, keine Wahl sei (COPPIETERS 2002 S. 101). Ein der eigenen

⁵⁷ MAYER, Peter: Die Lehre vom gerechten Krieg – obsolet oder unverzichtbar? in: JAHN et al. 2005 S. 382

Verteidigung vorausseilender Angriff verkompliziert diese Zweiteilung hingegen ungemein und kann gegebenenfalls auf beiden Seiten ungerecht sein.

Während die einer unmittelbar wahrscheinlichen Bedrohung zuvorkommende Präemption unter strengen Bedingungen auch völkerrechtlich gerechtfertigt sein kann, erheben sich stärkere Zweifel gegenüber der einer mittelbar möglichen Bedrohung zuvorkommenden Prävention. Die für eine gerechte Präemption geltend gemachten Voraussetzungen lauten: *„if preemption was truly in self-defence, where the self is narrowly defined; if preemption was based on a credible fear of imminent attack; if preemption would succeed in reducing the threat, and if military force was necessary“*⁵⁸.

Diese Lesart verschreibt sich durchaus KANTS Gedanken zu einem Recht des Zuvorkommens (*ius praeventionis*), das interessanterweise auch durch die bedrohlich wachsende Macht eines potentiell feindseligen Staates (*potentia tremenda*) begründet werden kann. Es habe keine Grenzen und basiert auf KANTS von SCHMITT als widersinnig bemängelter Frage: *„Was ist aber nun nach Begriffen des Völkerrechts, in welchem wie überhaupt im Naturzustande, ein jeder Staat in seiner eigenen Sache Richter ist, ein ungerechter Feind? Es ist derjenige, dessen öffentlich (es sey wörtlich oder thätlich) geäußelter Wille eine Maxime verräth, nach welcher, wenn sie zur allgemeinen Regel gemacht würde, kein Friedenszustand unter Völkern möglich, sondern der Naturzustand verewigt werden müsste.“*⁵⁹

Freilich ist eine selbstermächtigte Präventivdoktrin, die sich gegen einen den kategorischen Imperativ negierenden Feind als Staatlichkeits- und Rechtszwang richtet, kein geeignetes Instrument, diesen zur Raison zu bringen, sondern verstetigt den Naturzustand, dem das Völkerrecht ja gerade Zügeln anlegt. Francis BACONS Anmerkung *„a just fear will be a just cause for a preventive war“*⁶⁰ kann somit nicht zufriedenstellen.

⁵⁸ CRAWFORD, Neta C.: The Justice of Preemption and Preventive War Doctrines. in: EVANS 2005 S. 31

⁵⁹ SCHUBERT, Friedrich Wilhelm: Immanuel KANTS Rechtslehre, Tugendlehre und Erziehungslehre. Leipzig 1838 S. 203

⁶⁰ CRAWFORD, Neta C.: The False Promise of Preventive War. The New Security Consensus and a More Insecure World. in: SHUE 2007 S. 117

II.4 BESTRAFUNG UND GEMEINSCHAFT

Die Selbsterhaltung eines Volkes zum letztgültigen und einzigen gerechten Kriegsgrund zu erhöhen, findet in der modernen theologischen Debatte ebenso viel Kritik wie sie im völkerrechtlichen Diskurs Unterstützung erhält, so seien zwar die christlichen Konzeptionen eines gerechten Krieges davon geprägt, auch als Akt der Nächstenliebe verstanden werden zu wollen, doch sei die Idee eines Krieges als Urteilsspruch (der Ob-siegende wird durch den kriegesischen Gerichtsakt gerechtfertigt und gerecht gemacht) und „*höchste Stufe öffentlicher Bestrafung*“⁶¹ ein Rückfall ins Heidentum. Man könne die Praxis überstaatlichen Urteilens und Gerechtigkeitsempfindens schließlich nicht an einer Situation bemessen, die davon zeugt, daß alle übrigen Handlungsalternativen bereits ausgeschöpft oder für ungenügend erklärt wurden (O'DONOVAN 2004 S. 10).

VATTEL, der erhebliche Wirkung auf KANT hat, nimmt den Krieg durchaus als ein Mittel der Rechtsdurchsetzung und -fortsetzung wahr, wobei die natürliche Soziabilität der Beteiligten die strukturellen Defizite eines dem Naturzustand nicht völlig entledigten internationalen Systems abschwächen soll⁶².

So verwehrt er sich der Reduktion des Soldaten auf den Rechtsstatus eines Kombattanten und fordert dem Menschenrechtlichen vorgreifend: „*Auch der Gegner, der einen ungerechten Krieg gegen uns führt, ist noch ein Mensch. Wir schulden ihm all das, was diese Eigenschaft von uns abverlangt.*“ Der Krieg hat also einem ethischen Postulat der caritas Rechnung zu tragen.

„*Es ist interessant, daß VATTEL sogar auf eine unsichtbare Heiligkeit rekurriert, die nahezu wie eine eschatologische Grenze, an der man sich nicht vergreifen sollte (FREUD), eine Transgression verbietet. Sie fungiert wie ein unsichtbarer Grenzbegriff und ein Noumenon, das eine Orientierung gibt und das sogar im sprachlichen Wechselverhältnis von Appell und Antwort veran-*

⁶¹ SCHMIDT, Alexander: Vaterlandsliebe und Religionskonflikt: politische Diskurse im Alten Reich. Leiden 2007 S. 69

⁶² CAVALLAR, Georg: Die Europäische Union. Von der Utopie zur Friedens- und Wertegemeinschaft. Wien 2006 S. 17

kert wird: Wer durch Notzeichen um Hilfe bittet, soll sie in Treu und Glauben in Sicherheit zugestanden bekommen und nicht verraten werden.“ (KAPUST 2004 S. 308) Hier sind denn deutliche Grundzüge eines gemeinschaftlichen Schutz- und Hilfegebots zu entdecken, das später als moralische Pflicht und säkulare Verantwortung mithin interventionistische Wirkung entfalten soll (KANT expliziert dies als Vertrauen und Vorsorge). Den Anspruch auf eine Nothilfe von Dritten billigt VATTEL im Zweifelsfalle selbst der Partei zu, die sich aufgrund der „*Möglichkeit eines entschuldigenden Irrtums*“ im Unrecht befindet, soll heißen: das Urteil des unbeteiligten Dritten über Gerechtigkeit ist ausschlaggebend, wo keine übergeordnete Instanz eine objektive Vergleichbarkeit von Legitimität und Legalität der Konfliktparteien herstellen kann (NOLTE 1999 S. 37).

Es klingt nun überaus hehr, daß dem gerecht Kämpfenden (allen voran im *ius in bello*) abverlangt wird, dies mit einer seinen eben menschlichen Feind aufrichtig liebenden Standhaftigkeit zu tun, die moralische Ebenbürtigkeit und den sittlichen Wert des Gegners anerkennend. Diese Sichtweise beinhaltet aber gleichsam, daß es keinen naturgegebenen, ungerechten Feind, ergo keinen anhaltenden Kriegsgrund geben kann.

*„This awareness of a moral community that transcends divisions and that endures in war secures the just limits of enmity. Enmity in war does not annul membership of that community, nor does it annul the rights that accompany membership. As a result, both the recourse to war and the conduct of war are moderated.“*⁶³

Die moralische Gemeinschaft erlangt dabei erst über eine die Freiwilligkeit der an ihr Teilnehmenden und Teilhabenden hinausweisende Rechtsbindung Geltung, deren politischer Wendepunkt im Westfälischen Frieden von 1648 zu sehen ist. VATTEL ist als Wegbereiter eines enttheologisierten kriegsrechtlichen Positivismus zugleich Endpunkt des bis anhin dominierenden naturrechtlichen Einflusses auf die internationalen Beziehungen (BELLAMY 2006 S. 81).

Er schließt sich insoweit seinem geistigen Ziehvater Christian WOLFF an, als er in dessen Naturrechtssystem einstimmt und auf Grundlage des *ius*

⁶³ COATES, Anthony: Culture, the Enemy and the Moral Restraint of War. in: SORABJI et al. 2006 S. 218

volontarium, des positiven Völkerrechts, keinen Gerechtigkeitsmaßstab für Kriegshandlungen mehr ableiten kann, sondern die Relevanz von Gerechtigkeit auf die Ebene des *ius naturale* delegiert. Damit „*verliert bei VATTEL die traditionelle Frage nach der iusta causa endgültig jeden praktischen Sinn. Das Problem der Kriegsgerechtigkeit wird de facto zu einem Formproblem*“ (KLEEMEIER 2002 S. 34). Gerechtigkeit wird aposteriorische Gewissensfrage, das Problem der Gerechtigkeit auf beiden Seiten ist bestenfalls noch auf die Kriegsführung, nicht aber auf den Kriegsgrund anwendbar.

Dennoch stimmt VATTEL in die aufrichtige Wertschätzung des obigen solidarischen Gemeinschaftsbegriffes ein⁶⁴, ist der Staat für ihn doch nicht virtueller Souverän, sondern reale Gemeinschaft von Menschen, deren Souveränität einheitlich unteilbar ist und als legitime wie legitimierte Gewalt „*ursprünglich und wesensmäßig dem Körper der Gemeinschaft selbst*“⁶⁵ zustehe. Damit ist auch die Zuordnung einer gerechten Autorität gegeben.

Die Glieder einer dergestalt beschaffenen pluralistischen internationalen Gemeinschaft sind einander hinsichtlich der übereingekommenen Normen rechenschaftspflichtig, die Befolgung oder Missachtung der Normen obliegt jedoch noch immer vornehmlich deren eigenem Ermessen in Bezug auf die Moralität und Verhältnismäßigkeit der Norm⁶⁶. Das Gleichgewicht von Macht im globalen Raum und daraus folgend eine zuerst zu friedlicher Konfliktresolution neigende Ebenbürtigkeit gewinnt hier neuerliche Relevanz. Selbstverständlich sind die souveränen Akteure dabei keine statischen Gebilde, die unverändert Zeit und Geschichte überdauern, weshalb die moralische Absolutheit der Kriterienbindung stellenweise hinter einen legalistischen Relativismus zurückfällt (KAROUBI 2005 S. 76).

⁶⁴ BELISSA, Marc: Peace Treaties, bonne foi and European Civility in the Enlightenment. in: LESAFFER 2004 S. 243

⁶⁵ UNRUH, Peter: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. Eine verfassungstheoretische Rekonstruktion. Tübingen 2002 S. 75

⁶⁶ KINGSBURY, Benedict, ROBERTS, Adam: Grotian Thought in International Relations. in: BULL 2002 S. 33

II.5 STAATLICHKEIT UND WIDERSTAND

Auf welchen Rechtsgründen ein Krieg auch immer fußen mag, zum Ziel muss er haben, die Feindseligkeiten zu beenden und in einen beiderseits akzeptierten und vertraglich gesicherten Frieden zu überführen. Zwar ist damit der zugrundeliegende Rechtsstreit, wie gezeigt, keineswegs entschieden (geschweige denn entscheidbar), die Grundlagen jedoch, ihn mit politischen Mitteln beizulegen, sind den Widersachern in der Folge in die Hand gegeben, die Politik wäre in Umkehrung des CLAUSEWITZ-Wortes denn Fortsetzung des Krieges mit anderen, nämlich zivilen Mitteln. Genaugenommen wäre ein Krieg damit nicht beigelegt, sondern allein die Form der Gewaltorganisation wandelt sich, die Kriegsnachbereitung bleibt potentiell auch Vorbereitung weiterer Eskalationen (BREDOW 2000 S. 18).

Der kritische Pazifist würde einwerfen, daß eine Politik, die sich im Kriege fortsetzt und entläßt, schwerlich geeignet sein könne, wiederum selbst den Krieg zu ersetzen.

„Das Entscheidende an dieser Feststellung ist wohl dies, daß der Krieg hier als ein interimistisches Mittel, als ein Akzidens, eben als eine bloße Einmischung anderer Mittel verstanden wird, daß er also aus der Politik kommt, diese in einem anderen Medium fortsetzt und schließlich wieder in sie einmündet.“⁶⁷

Diese Annahme ist voraussetzungsreich, nimmt sie doch eine intakte Staatlichkeit der Opponenten an, und begreift den Krieg, wo eine solche nicht gegeben ist, als *„die große staatenbildende Potenz der Geschichte“*, verkehrt also LUTHERS *„weil Staat, darum auch Krieg“* in ein *„weil Krieg, darum Staat“*⁶⁸. Tatsächlich gilt fehlende und darum neu zu errichtende und erzwingende Staatlichkeit in zahlreichen modernen militärischen Interventionen als Hauptargument eines gerechten Grundes.

Voraussetzungsreich ist die Annahme allerdings auch in der Hinsicht, daß sie in nuce impliziert, Staat und Staatlichkeit seien etwas Gutes,

⁶⁷ THIELICKE, Helmut: Theologische Ethik. Bd. 2. Tübingen 1987 S. 556

⁶⁸ a.a.O. S. 560

womit auch das Mittel, das sie in dieser Lesart konstituiert, der Krieg, kein Schlechtes sein könne.

Um erneut auf VATTEL zurückzukommen, so liegt hierin gerade die Pointe seines Werkes: der Krieg soll den Frieden ermöglichen, indem die Gegner auf die normative Bewertung der Kriegsgründe (sowohl ihrer eigenen wie derjenigen des Gegners) verzichten, normative Mindeststandards sind, wie bei GROTIUS, in erster Linie im *ius in bello* zu beachten⁶⁹.

Eine wesentliche Ausnahme und für den später zu entwickelnden humanitären Interventionsbegriff elementare Note bestätigen beide Denker in einem nun eben doch moralisch gebotenen Recht auf Widerstand gegen einen Tyrannen (als Statthalter der Souveränität), der sich gegen das Wohl des eigenen Volkes richtet.

Zwar befasst sich GROTIUS noch mit AUGUSTINUS' Interpretation der Bibelstelle 1. PETRUS 2,18, derzufolge sich auch Widerstand gegen ungerechte Herrscher der göttlichen Ordnung widersetze (MÜHLEGGGER 2007 S. 390): *„Ihr Knechte, seid untertan mit aller Furcht den Herren, nicht allein den gütigen und gelinden, sondern auch den wunderlichen.“* GROTIUS stimmt diesem Gebot im wesentlichen zu, formuliert aber gleichsam eine Art gerechtfertigten Notrechts, das wie folgt beschaffen sein soll: *„Wenn [...] ein Teil der Staatsgewalt beim König, ein anderer Teil beim Volke oder einem Senat ist, so kann dem König, wenn er in den ihm nicht zustehenden Teil der Staatsgewalt eingreift, mit Recht Widerstand geleistet werden, weil seine Herrschaft nicht so weit geht. Dies gilt auch, falls bestimmt ist, daß das Recht der Kriegführung dem König zustehen soll; denn dies ist nur für äußere Kriege zu verstehen. Wer einen Anteil an der höchsten Staatsgewalt hat, muss auch das Recht haben, sich darin zu schützen. Geschieht dies, so kann auch der König sein Recht nach dem Kriegsbrauch verlieren.“* (GROTIUS 1950 S. 126)

Er recurriert genaugenommen auf ein Recht der gesamten menschlichen, zu einem jeweils politisch verfassten Staatswesen gebundenen Gesellschaft, ein *ius humanae societatis*, das ebenso eine Einmischung weiterer Staaten in innere Überschreitungen herrschaftlicher Autorität vorsieht.

⁶⁹ KRAUSE, Skadi: Gerechte Kriege, ungerechte Feinde. Die Theorie des gerechten Krieges und ihre moralischen Implikationen. in: MÜNKLER 2008 S. 128

Diese haben freilich nicht direkten Anteil an der höchsten Staatsgewalt eines anderen entarteten Staates, wohl aber sind sie quasi naturrechtlich autorisiert, zu den Waffen zu greifen, „wenn [...] das Unrecht so klar ist, wie es [...] gegen ihre Untertanen verübt wurde, und es kein gerechter Mann billigte, so ist das Recht der menschlichen Gemeinschaft nicht gehemmt“ (a.a.O. S. 408).

VATTEL weist darauf hin, daß gewaltsamer Widerstand nur dann als gerecht gelten kann, wenn er - dem Kriege gleich - ultima ratio sei und alle politischen Mittel ausgeschöpft sind, wobei der Rechtfertigungsbedarf für die Anwendung von Gewalt umso höher ausfalle, je mehr friedfertige Konfliktaushandlungsmechanismen die jeweilige Verfassung beinhaltet (ENZMANN 2009 S. 197). Widerstand ist ihm folglich nicht Rebellion, sondern eine für seine Zeit überaus modern gewendete Notwehr gegenüber staatlichem Unrecht, das „unerträgliche Formen“ angenommen haben muss, und weiterhin einer Intervention durch Dritte unbedingt vorzuziehen hat, um jene zu rechtfertigen. „Die historische Einheit des *ius gentium* als des Rechtes, das nicht nur die Souveräne, sondern die Menschen überhaupt verbindet, kommt hier noch einmal klar zum Ausdruck. [...] Nur einem Volk, das selbst zum Widerstand, zur Erhebung übergegangen ist, kann von außen geholfen werden. Dann - und nur dann - ist das unverletzliche Prinzip der souveränen Gleichheit, das die Einmischung des Auslandes verbietet, überwunden, [...] indem nämlich ein neues Völkerrechtssubjekt, die um ihr Lebensrecht kämpfende Nation, entstanden ist.“⁷⁰

Es ist nun bezeichnend, daß sowohl GROTIUS als auch VATTEL, die die Gerechtigkeit eines Krieges, allen voran seines Grundes, zuvorderst als Frage der politischen Moral, nicht aber als solche des Völkerrechts betrachten, für eine dergestalt legitimierte Intervention, das heißt den gerechten Befreiungskrieg, „den in seiner Bedeutung ansonsten ausgehöhlten Begriff des gerechten Krieges“⁷¹ gebrauchen.

⁷⁰ REIBSTEIN, Ernst: Die Dialektik der souveränen Gleichheit bei VATTEL. in: BRUNS, Viktor: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht. Bd. 19. Stuttgart 1958 S. 626f.

⁷¹ KRAUSE, Skadi: Gerechte Kriege, ungerechte Feinde. Die Theorie des gerechten Krieges und ihre moralischen Implikationen. in: MÜNKLER 2008 S. 129

II.6 RECHT ZUM UND RECHT IM KRIEG

Die Forderung, daß *ius ad bellum* und *ius in bello* auch aus logischen Gesichtspunkten voneinander unabhängig zu betrachten seien, wird erst im Völkerrecht des 20. Jahrhunderts konsensfähig (KREIS 2006 S. 80). Während das *ius ad bellum* adjektivisch gebraucht wird, also danach fragt, ob ein Krieg gerecht oder ungerecht sei, ist das *ius in bello* adverbiales Kriterium, es fragt danach, ob ein Krieg gerecht oder ungerecht geführt wird. Mit der Trennung gewinnt heutzutage allen voran das *ius in bello* an Eigenständigkeit und Gewicht und hat erhebliche Rückwirkung auf die Folgenabschätzung eines *ius ad bellum*, das heute richtigerweise als *ius contra bellum* gelesen werden muss⁷².

Beide Elemente werden im scholastischen Diskurs als durchaus voneinander abhängig begriffen, indem die Kriegsführung für einen nach *ius ad bellum*-Kriterien ungerecht begonnen Krieg per se nicht gerecht sein konnte, ja, sie stehen in einem hierarchischen Verhältnis zueinander: wird dem *ius ad bellum* nicht zur Gänze entsprochen, ist an ein *ius in bello* erst gar nicht zu denken (BELLAMY 2006 S. 128). Umgekehrt muss ein von einer legitimen Autorität aufgrund eines zulässigen Grundes deklariertes, mit einer gerechten Absicht als letztes Mittel zur Wiederherstellung des Rechts und der Aussicht auf Frieden begonnener Krieg natürlich dennoch der Verhältnismäßigkeit der zur Anwendung kommenden Mittel und dem Diskriminierungsgebot genügen. Kurzum: ein befriedigtes *ius ad bellum* bedingt gleichsam die Befriedigung des *ius in bello*, das Recht zum Krieg darf keine *carte blanche* für ein ungezügelteres Recht im Krieg sein, wofür es von seinen Kritikern als „*problematischster Punkt der scholastischen Kriegsmoral*“ gehalten wird (REDING 1972 S. 303).

So gehört denn „nach allgemeiner juristischer Überzeugung [...] das Verbrechen gegen den Frieden, also das *ius ad bellum* bzw. der Bruch des Friedens durch einen Angriffskrieg, nicht zum Begriff des Kriegsverbrechens, sondern nur Verletzungen des *ius in bello*, also Eingriffe in das Leben, gravierende Eigentumsverletzungen, Sachbeschädigungen [...] sowie Unterlas-

⁷² BOTHE, Michael: Friedenssicherung und Kriegsrecht. in: VITZTHUM 2007 S. 592

sung von Handlungen, die durch eine dem Täter gebotene Rechtspflicht geboten (sic!) sind“⁷³.

Eben diese Polarität, die Überprononcierung des *ius ad bellum* bei einer angenommenen Abhängigkeit oder die Überprononcierung des *ius in bello* bei einer angenommenen Unabhängigkeit beider Teile voneinander, ist ein moralischer Balanceakt, wenn nicht sogar Herzstück all dessen, was problematisch an der moralischen Dimension des Krieges als prohibitives Regulativ ist. *„It is perfectly possible for a just war to be fought unjustly and for an unjust war to be fought in strict accordance with the rules. But this independence, though our views of particular wars often conform to its terms, is nevertheless puzzling.“* (WALZER 2006 S. 21)

Daraus folgt, daß ein gerecht zu nennender Krieg ausnahmslos beiden Komponenten kumulativ genügen muss. Demnach ist eine atomistische Betrachtung unhaltbar, die das *ius ad bellum* als wesensgemäß kriegsermöglichend, das *ius in bello* dagegen als kriegsbeschränkend, eher noch *ius ad bellum*-beschränkend fasst und das Übel des Krieges zu einem Übel des *ius ad bellum* an sich deklassiert (TÄNNSJÖ 2006 S. 134).

Obwohl indes die gesamte Tradition des gerechten Krieges bis zum heutigen Tage sowohl Säkularisierung wie Institutionalisierung erfahren hat, und sich dabei die Regelungen zum Verhalten im Krieg *„lange Zeit hauptsächlich auf die intentio recta stützten und nicht in einem eigenen Forderungskatalog zusammengefasst waren“⁷⁴*, sind gerade sie zum Kern der Kodifizierung geworden, am prominentesten in der Haager Landkriegsordnung und den Genfer Konventionen. *„Somit stellt dieses Kriegsrecht im engeren Sinne die eigentlichen Spezialregelungen des Völkerrechts hinsichtlich des Kriegsfalles dar. Geprägt ist das Kriegsrecht nach allgemeiner internationaler Auffassung vom Dualismus zwischen der Humanität einerseits und der Notwendigkeit eines effizienten Kriegsmiteinsatzes andererseits.“* (DIEHM 2001 S. 28)

Das vor allem militärisch zu wahrende Recht im Krieg gerät damit weit- aus unumstrittener und unverfänglicher als das in erster Linie politisch

⁷³ MÜLLER, Gerhard (Hg.): Theologische Realenzyklopädie. Bd. 20, Berlin 1990 S. 42

⁷⁴ MESSELKEN, Daniel: Kann es heute noch gerechte Kriege geben. in: STARCK et al. 2008 S. 26

auszuhandelnde Recht zum Krieg und absorbiert vielfach einen Moraldiskurs, der sinnvollerweise weit früher ansetzen sollte, nämlich beim Erwägen von Krieg überhaupt, anstatt erst - im schlechtesten Falle nur - bei der Kriegsführung Problemfelder jenseits des Rechtlichen aufzutun. Die schwerwiegende, mitunter gefährliche Verkürzung der Betrachtung vom eigentlichen theoretischen Kern der bellum iustum-Tradition, sprich dem Entstehen des Kriegsfalles im ius ad bellum, hin zu dessen inhärenten Kriegausstragungsmodalitäten, verkennt zudem das Problem der moralischen Asymmetrie beider Elemente.

„Geht das ius in bello von der Prämisse der moralischen Gleichwertigkeit der Kriegsgegner aus, so stellt das ius ad bellum diese Prämisse gerade infrage. Dies wirft die Frage auf, ob ein Rekurs auf die Lehre vom gerechten Krieg und die mit ihrer Hilfe formulierten Kriterien legitimer Kriegführung mit den normativen Grundlagen der ihrem Selbstverständnis nach auf den Prinzipien der Selbstbestimmung und der Gleichwertigkeit gegründeten internationalen Politik überhaupt noch vereinbar sind.“⁷⁵

Daß das Problem der Asymmetrie einer zu wörtlichen Auslegung des ius ad bellum (das den Gegner durchaus als moralisch gleichwertig, aber eben bezüglich seiner Gründe als im Irrtum befindlich anerkennen kann) oder der Vermischung von moralischer und machtpolitischer Gleichwertigkeit geschuldet ist, entschärft derweil nicht vollends seine Brisanz⁷⁶. Trotzdem aber ist an jener Spannung ablesbar, daß die Anwendbarkeit von Normen auf Krieg unter Ungleichen, so fragwürdig sie moralisch wie rechtlich auch sein mag, von ausnehmender Relevanz für beide Bausteine der Theorie ist.

„There is no basis for distinctions founded on legal or moral asymmetry in international humanitarian law, but the reality is that such differences, real or perceived, matter.“⁷⁷

⁷⁵ KRAUSE, Skadi: Gerechte Kriege, ungerechte Feinde. Die Theorie des gerechten Krieges und ihre moralischen Implikationen. in: MÜNKLER 2008 S. 128

⁷⁶ SCHMIDT, Hajo: Humanitarian Intervention. Media, Ethics and Law in the Kosovo War. in: MEGGLE 2004 S. 323

⁷⁷ SCHMITT, Michael N.: Asymmetrical Warfare and International Humanitarian Law. in: HEINEGG et al. 2007 S. 47

II.7 BESTRAFUNG UND RELATIVIERUNG

Wie auseinandergesetzt, etabliert sich im Laufe der Zeit ein wachsendes legalistisches Verständnis des gerechten Krieges, das über einen bei CICE-RO angelegten und die Semantik der Debatte lange beherrschenden executio iuris-Gedanken, also Krieg als gewaltsame Rechtsdurchsetzung und -wiederherstellung, hinausgeht. Insgleichen wird die Ungerechtigkeit verstärkt einem lediglichen Rechtsverstoß gleichgestellt, was eine ausschließlich formale, von dem „*materialen Problem der iusta causa*“⁷⁸ entbundene Perspektive der Kriegslegitimation eröffnet, die sich insoweit auch der moralischen Asymmetrie der involvierten Konfliktparteien entledigen kann, als sie nunmehr nicht nur subjektiv, sondern auch objektiv einen beidseitig gerechten Krieg ermöglicht.

Maßgeblich beteiligt an der Urheberschaft dieser die gerechte Autorität in den Mittelpunkt der Betrachtung stellenden Entwicklung ist, noch vor dem ungleich bedeutungsreicheren GROTIUS, Balthasar de AYALA, dem ein Krieg als dann gerecht gilt, wenn er auf beiden Seiten von dazu gleichberechtigten Akteuren deklariert wird, eine rechtliche oder moralische Privilegiertheit wird schlichtweg ausgeschlossen, um die Gültigkeit des Rechts insgesamt nicht zu gefährden.

Das heißt, daß der Akteur durch seine Berechtigung zur Kriegsdeklaration auch im Folgenden an eben dieses Recht gebunden ist, ein fundamentaler Vorgriff freilich auf das moderne Völkerrecht, das seine Anerkennung ungeachtet des Kriegsgrundes geltend zu machen bestrebt ist.

Auch Alberico GENTILI greift diese Haltung auf und schließt eine Ungleichheit und Ungleichberechtigung der Kontrahenten kategorisch aus, subjektiv sei ein Krieg dann gerecht, wenn die Parteien sich im Recht wähnten (obgleich, wie bei VITORIA angelegt, eine oder beide Seiten de facto irren können, ohne dies mangels übergeordneter Gerichtsinstanz einzusehen), objektiv, wenn der umstrittene Rechtsanspruch unklar sei. Auf nur einer Seite gerecht wiederum seien Kriege, die ein erlittenes Un-

⁷⁸ KLEEMEIER, Ulrike: Krieg, Recht, Gerechtigkeit. Eine ideengeschichtliche Skizze. in: JANSSEN 2003 S. 17

recht rächen, was offensichtlich mit der Praxis konfligiert, da die Rächung eines ersten Unrechts selbst zu einem zu rächenden Unrecht durch den Erstverursacher ausufern kann, eine barbarische Repressalien- und Rachespirale wäre denkbare Folge. Der zu bekämpfende gerechte Feind würde abermals zu einem zu vernichtenden absoluten Feind dämonisiert und erniedrigt, ein beständig zu vergeltendes hypothetisches künftiges Unrecht würde die Idee vollends ad absurdum führen.

Daß allerdings die Gerechtigkeit eines Krieges nicht zuletzt aus psychologischen Gründen sehr wohl stark in der moralischen Bewertung ihrer Ursache verhaftet ist und sich nicht mit der vermeintlichen Ideologiefreiheit rechtlich zu erfüllender Formalismen begnügt, zeigt die gegenwärtige Debatte über militärische Interventionen, die das Deklarationsrecht und die gerechte Autorität (man erinnere sich des unabhängig des Placets der Vereinten Nationen geführten Kosovo-Krieges 1999) der Erwägung materialer Gerechtigkeit unterordnet.

„Wer [demnach] wie das moderne Völkerrecht die materiale vor der formalen Gerechtigkeit gewichtet, läuft Gefahr, in gewisser Weise hinter die Errungenschaften des klassischen Völkerrechts zurückzurudern. Materiale Gerechtigkeit bedingt praktisch, daß einer der Kontrahenten der ‚Bösewicht‘, ‚Friedensbrecher‘ oder ‚Aggressor‘ sein muss und der schuldige Gegner muss bestraft werden. Wer jenseits der völkerrechtlich akzeptierten iusti causae Krieg führt, ist kein ‚gerechter Feind‘ mehr, sondern ein Objekt der Strafverfolgung. Dies ist die logische Konsequenz aus der Lehre des gerechten Krieges, aber gerade der Wegfall jener Notwendigkeit zur Bestrafung wurde [...] als Glanzleistung des klassischen Völkerrechts bezeichnet, weil es den Krieg weniger bedingungslos machte und entschärfte.“ (FRODERMANN 2007 S. 74)

Carl SCHMITT fasst ebenfalls die Aufgabe des Strafgedankens und den Verzicht auf eine Kriminalisierung des Kriegsgegners als eigentlichen Kern der Hegung des Krieges auf und anerkennt, daß *„mit jenen Hegungen des Krieges [...] der europäischen Menschheit etwas Seltenes gelungen [sei]. Es ist wirklich etwas Seltenes, ja unwahrscheinlich Humanes, Menschen dazu zu bringen, daß sie auf eine Diskriminierung und Diffamierung ihrer Feinde verzichten“* (SCHMITT 2006 S. 92).

Freilich erliegt SCHMITT bei aller Euphorie über dergestalt zivilisatorische Leistung nicht der Versuchung, die Verrechtlichung und Entbehnung des moralisch hinterfragbaren Kriegsgrundes als der Weisheit letzten Schluss zu apostrophieren, wenn er bemerkt, daß „*das große Problem [zwar] die Begrenzung des Krieges [sei, diese aber notwendig] ein zynisches Spiel [bleibe], wenn sie nicht auf beiden Seiten mit einer Relativierung der Feindschaft verbunden ist*“ (SCHMITT 1987 S. 19).

Wo man den Feind relativiert, wird bei vordergründiger Betrachtung zuallererst die eigene Legitimität fragil, da der Grund der Anfeindung verschwimmt, der Feind nicht in Deutlichkeit durch sein Anderssein hervortritt, während die Feindschaft zunehmend Unbegreifliches und Unverfügbares wird⁷⁹.

Tatsächlich ist eine solche Relativierung jedoch unverzichtbar für einen beabsichtigten Friedensschluss mit dem Feind, Inhalt des kriegerischen Aktes ist ja stets auch die Beendigung desselben, also muss der Feind die Eigenschaft des Feindlichen verlieren können, sobald die Kampfhandlungen eingestellt sind. Gewiss muss sich bei weitem nicht jedwede Feindschaft im Kriege entladen, jeder Krieg aber bedarf der Feindschaft. Diese ist auch aufgrund dessen relativierbar, da der Opponent vernünftigerweise kaum je in all seinen Eigenschaften Feind sein kann, sondern allein gewisse Aspekte des Feindes, das „*Anderssein des Fremden im konkret vorliegenden Konfliktfall die Negation der eigenen Existenz bedeutet*“ (SCHMITT 1987 S. 27).

Die Deklaration von Feindschaft gegenüber einer anderen Gruppe konstituiert wiederum in gleichem Zuge die eigene Gesamtheit von Menschen als politische Einheit, sie inkorporiert Assoziatives und Dissoziatives, wobei Letzteres eine „*Latenzphase vor dem wirklichen Kampf bezeichnet*“⁸⁰.

So kommt es, daß „*die Sphäre des Politischen letzten Endes von der realen Möglichkeit eines Feindes bestimmt ist*“ (a.a.O. 1987 S. 64) und, wie hinzuzufügen ist, von Feindschaft nur in Bezug auf diesen wirklichen Kampf gesprochen kann.

⁷⁹ DÜTTMANN, Alexander G.: Feinde im Diesseits und Jenseits. Radikalisierungen. in: GEULEN 2002 S. 225

⁸⁰ FIGAL, Günter: Fremdheit und Feindschaft. Erörterungen zur Grenze des Ethischen. in: LIEBSCH et al. 2003 S. 269

II.8 KRIEGSENDE UND FRIEDENSBEGINN

Ein entscheidendes Erfolgskriterium des Krieges ist es, nach Beilegung der Gewalthandlungen keinen weiteren oder neuerlichen Krieg unter gleicher Konstellation erforderlich zu machen, der Krieg hat also nur dann seinen Zweck geheiligt, wenn er die ihn auslösenden Missstände beseitigt und in einen verrechtlichten und dauerhaften Frieden, sprich eine gerechte Nachkriegsordnung überführt hat. Es steht außer Frage, daß die Entscheidung einen Krieg zu beginnen voraussetzungsreicher ist als jene, ihn zu beenden, weshalb in der klassischen Auseinandersetzung dem *ius ad bellum* einzig das *ius in bello*, nicht aber ein deutlich später entwickeltes und für von den beiden anderen Gliedern eigenständig befundenes *ius post bellum* (OREND 2006), mithin zudem ein *ius ad pacem* beigegeben wird.

Der Frieden sei, so AUGUSTINUS, der maßgebliche moralische Kontext des Krieges und beinhaltet demnach qualitativ bedeutend mehr als die bloße Einstellung der Feindseligkeiten in einem negativen Minimalfrieden (COATES 1997 S. 274). In dem später zu erhellenden Themenkomplex der humanitären Interventionen begegnet man schließlich der mitunter künstlichen, aber doch vielsagenden Trias von Konfliktresolutionsmechanismen in Form von Peacemaking, Peacebuilding und Peacekeeping, die eine tiefere wie breitere Reflexion der Friedensherstellung und -gewährleistung abbilden.

Natürlich berücksichtigt nicht erst KANT ein Recht nach dem Krieg, das eine Angemessenheit der Friedensbedingungen einfordert (zum Beispiel die Vermeidung unverhältnismäßiger Reparationen und die Anerkennung der Souveränität des bezwungenen Staates), selbst wenn der an sich zu erwirkende ewige Frieden gegebenenfalls nicht vollumfänglich realisierbar bleibt⁸¹. Allerdings zeichnet sich im Gegensatz zu den Rechten auf und im Krieg nur schleppend eine Kodifizierung eben jenes Nachkriegsrechtes ab, erstaunlicherweise ohne daß dies weit bis ins 20. Jahrhundert hinein als nennenswertes Manko des Völkerrechts aufgefasst worden wäre und damit sinnbildlich für die späte und nach wie vor unge-

⁸¹ DONALDSON, Thomas: KANT's Global Rationalism. in: NARDIN 1994 S. 146

nügende Aufmerksamkeit eines notwendigen Moral- und Rechtsdiskurses über das moderne, nach-duellistische Kriegsgeschehen steht⁸². Es scheint, als absorbierten politischer Kriegsbeginn und militärische Kriegsführung noch immer das wiederum politische Kriegsende und entblößten damit eine offene Flanke der *bellum iustum*-Tradition, welche die tatsächliche Zielgerichtetheit deren gesamter Errungenschaften in Frage zu stellen vermag.

Umschlossen einstmals die rechte Absicht und die Aussicht auf einen gerechten Friedensschluss (*iustus finis*) in der Erwägung des Krieges gewissermaßen den Primat des Friedens, kommen mit der Einsicht in die mannigfachen Probleme, die sich nach dem (vor allem „neuen“) Krieg, aber noch vor einem echten substantiellen Frieden stellten, Zweifel an der Eignung des *ius ad bellum* zur Friedenskonsolidierung auf. Will Krieg ein ausschließlich letztes Mittel sein, so hat man sich auf den Frieden als erstes Mittel zu besinnen, nicht nur der Krieg, sondern auch der Friede muss geführt werden, Ersterer ist in solchem Sinne zu lenken, Letzterer zu nähren. Unstrittig ist der beherrschende motivische Konflikt bereits im *ius ad bellum* angelegt, soll es doch einerseits den Krieg unter gewissen Umständen ermöglichen, ihn aber andererseits hegen oder idealiter gänzlich vermeidbar machen.

Ein gerechter Frieden wird zum einen durch seinen verbindlichen Rechtscharakter stabilisiert und versetzt die Konfliktparteien in die Lage, ihr Verhältnis gewaltfrei zu regulieren, zum anderen aber orientiert er sich analog des *ius ad bellum* in Bezug auf einen gerechten Grund, die gerechte Autorität und die gerechte Absicht hin zu einem *ius post bellum*, das einem visionslos-deontologischen Friedensbegriff moralisch überlegen sein will (DOWER 2009 S. 96). „*From a consequentialist perspective, it is to be preferred, too, since the feeling of justice is a moral good and contended parties are happier as utilitarians.*“⁸³ Ohne ein adäquates theoretisches und praktisches Korsett für die Transformation des Kriegs- in einen Friedenszustand (*si vis pacem para pacem*), befördert das Kriegsende eine ungehemmte Wiederbelebung des obsolet geglaubten Strafgedankens.

⁸² STAHN, Carsten: *Ius Post Bellum*. Mapping the Discipline(s). in: STAHN 2008 S. 95

⁸³ ALLAN, Pierre: *Measuring International Ethics: A Moral Scale of War, Peace, Justice, and Global Care*. in: ALLAN 2006 S. 115

„Failure to construct principles of ius post bellum is to allow unconstrained war termination. And to allow unconstrained war termination is, as the realist says, to allow the winner to enjoy the spoils of war. But this is dangerously permissive, since winners have been known to exact peace terms which are draconian and vengeful. The Treaty of Versailles is often mentioned in this connection. [...] Failure to regulate war termination probably prolongs fighting on the ground. Since they have few assurances, or firm expectations, regarding the nature of the settlement, belligerents will be sorely tempted to keep using force to jockey for position.“⁸⁴

Nun kann das Kriegsende aber auch so beschaffen sein, daß der (nicht automatisch juristisch berechnigte und moralisch gerechtfertigte) Sieger eben nicht exzessiv und drakonisch gegen den (zunächst einzig militärisch schwächeren) Verlierer vorgeht, sondern sich ernstlich verpflichtet fühlt, den Besiegten in dessen eigenem Existenzinteresse nicht einer Gott vorbehaltenen Vergeltung, doch aber einer Versöhnung und Amnestie teilhaftig werden zu lassen. Eine solche Versöhnung gehorcht damit dem Zweckrational kooperativer Sicherheit. So muss ein ius post bellum nicht nur den Besiegten vor Übergriffen des Siegers schützen, sondern auch Rechnung tragen, daß der Besiegte, sollte er denn selbst unrechtmäßiger Aggressor oder indirekt Auslöser des Krieges gewesen sein, mit seiner Niederlage nicht nur zum Frieden gezwungen, sondern zur Einsicht in die (selbstverschuldeten) Kriegsursachen und der gemeinsamen Abstellung ihrer systemischen und personellen Gründe und Folgen angehalten wird. Die Nürnberger Prozesse schaffen hier den wegweisenden Präzedenzfall (HÖSLE 2000 S. 1055).

Ein solides ius in pace, das Sieg und Frieden in regel(ge)rechte Verhältnisse zueinander überführt und möglichenfalls massiv vom ius ante bellum abweicht, ist für einen holistischen Entwurf des gerechten Krieges daher ohne Alternative (REED 2004 S. 59), denn: *„The tradition of justifying the evil of war by reference to the just peace that can thereby be achieved remains as strong as ever.“⁸⁵*

⁸⁴ OREND, Brian: Ius Post Bellum. A Just War Theory Perspective. in: STAHN 2008 S. 37

⁸⁵ RIGBY, Andrew: Forgiveness and Reconciliation in Ius Post Bellum. in: EVANS 2005 S. 179

II.9 GEMEINSCHAFT UND KERNMORAL

Gerechtigkeit ist in einem Krieg, der wenigstens teilweise und wohlge-merkt säkularen Gerechtigkeitserwägungen entspringt und diese ernsthaft in eine Güterabwägung mit den Stabilitätsinteressen der Nachkriegsordnung einbezieht, ein schlechthiniger Schlüssel für den Sieg und die Beschaffenheit des durch ihn geschaffenen Friedens. *„Und hier [so WALZER] liegt die tiefste Ursache für den heutigen Triumph der Lehre [des gerechten Krieges]: es gibt nun Gründe der Staatsräson, einen gerechten Kampf auszutragen. Man könnte geradezu sagen, Gerechtigkeit ist zu einer militärischen Notwendigkeit geworden.“* (WALZER 2003 S. 37)

In Zeiten, da kein generisches Souveränitätsrecht zum Krieg mehr plausibel zu machen ist, wird schon der kollektive Zweifel an der Gerechtigkeit organisierter Gewalt ein erhebliches Hindernis für die an sich gerechte Autorität, zu den Waffen zu rufen. Wenn WALZER also die erforderliche Unterstützung der eigentlichen Souveräne in Form der jeweils betroffenen Staatsvölker als etwas militärgeschichtlich *„vollkommen Neues“* begreift, so versöhnt solcherart *„Nützlichkeit der Moral“* (a.a.O. S. 38) auch die Skeptiker einer moralischen Kriegsrechtfertigung mit deren Unverzichtbarkeit. *„Jeder hat [nämlich] gute Gründe, öffentlich für die Moral einzutreten und von allen die Respektierung ihrer Vorschriften zu fordern. Dies gilt auch für Amoralisten [...]. Wie alle anderen sind sie auf den Schutz der Moral und ihre Ermöglichung von Kooperation angewiesen. [...] Es ist uns sozial nicht freigestellt, ob wir moralisch sein wollen oder nicht.“*⁸⁶

Die Existenz der Moral ist in ihrem sozialen Umfang nicht diskutabel, davon unbefangen bleiben natürlich Diskurse über ihren Pluralismus. Es ist wesensgemäß, daß in einer demokratischen Gesellschaft eine Vielfalt zu duldender moralischer Vorstellungen existiert, die wiederum den Staat zur ethischen Neutralität, nicht aber zu deren recusatio verpflichtet. Ganz im Gegenteil hat der Staat sich einer inhaltlichen wie funktionalen Kern- und Minimalmoral zu befleißigen, die den normativen Vorstellungen, aus denen sich Recht und Rechtsgemeinschaft ableiten, Unterstützung sichert, ja sie weitestmöglich universalisiert, ohne Partikularmora-

⁸⁶ BAYERTZ, Kurt: Warum überhaupt moralisch sein? München 2006 S. 145

len (so sie den Staat nicht per se in Frage stellen) zu diskriminieren. Genaugenommen formuliert hier die sich als Staat konstituierende Gesellschaft von Bürgern - nicht zuletzt ob ihrer politischen Kultur - ein ethisches Schutzbekenntnis, dessen Inhalt eben die Anerkennung der moralischen Vielgestalt ihrer Glieder ist⁸⁷. Arnold GEHLEN spricht bezeichnenderweise von der Mehrheit letzter moralischer Gehalte als quasi „*triebartig*“ im Menschen angelegten Satz von „*Sozial-Regulationen*“⁸⁸. Diese Regulationen müssen dagegen einen Werterelativismus handhabbar machen, in dem ein auf den Krieg gewendetes Legitimitätsdenken umso schwerer akklamierbar wird, als ihm auch „*gerechte Gründe kulturspezifische Konstruktionen sind*“ (BRÜCHER 2009 S. 50).

Wo nun aber die gesamte Gesellschaft Moralträger ist, ist der zentrale Bezugsrahmen der Rechtfertigung rechtsetzender und rechtserhaltender Gewalt die Zivilbevölkerung selbst, die nicht mehr erst als Nicht-Kombattant im *ius in bello* Berücksichtigung findet, sondern deren vorkriegliche Misshandlung durch ihren eigenen, gegebenenfalls sogar legalen Souverän kriegsauslösend sein kann. Die Zivilbevölkerung ist fortan nicht nur während eines Krieges zu schonen, sondern schon der Umstand, daß sie im Frieden von ihresgleichen womöglich nicht geschont wird, ist bereits eklatanter Bruch des Friedens und ein Missbrauch der Souveränität des Staates nach innen.

Die pazifistische Ablehnung des Krieges mittels der Behauptung, jeder Krieg gefährde Zivilisten und sei daher ungerecht oder wenigstens nicht garantierbar gerecht, weicht der Einsicht, daß ein gerechter Krieg gerade dann geführt werden können muss, wo sich eine wachsame Verantwortlichkeit gegenüber dem Menschen (im eigenen oder einem fremden Volk) ernstnimmt. So kommt es, daß - wenn auch nur verhalten in der kontinentaleuropäischen akademischen Debatte - die Gerechtigkeit eines Krieges heute von breiten Teilen der Bevölkerungen kritisch hinterfragt und in ihrem Stellenwert merklich aufgewertet wird. „*Der Sieg der Lehre vom gerechten Krieg ist unübersehbar. [Sie genießt heutzutage] einen Rang und ein Ansehen, das sie nie zuvor genossen hat.*“ (WALZER 2003 S. 40)

⁸⁷ HUSTER, Stefan: Die ethische Neutralität des Staates. Eine liberale Interpretation der Verfassung. Tübingen 2002 S. 322

⁸⁸ GEHLEN, Arnold: Moral und Hypermoral. Eine pluralistische Ethik. Frankfurt a. M. 2004 S. 32

Dies hat sicherlich damit zu tun, daß die Kriterien des gerechten Krieges, ihrer ideologischen Überladungen bereinigt, stupenderweise noch geeigneter für eine Anwendung auf die modernen, kollektiven Einmischungskriege im Sinne einer Nothilfehandlung als auf ihr ursprüngliches Geltungsspektrum, das sich im klassischen Zweistaatenkrieg oder Bürgerkrieg erschöpft, scheinen⁸⁹. Obgleich Misstrauen gegenüber einer allzu sorglosen Adaption der *bellum iustum*-Lehrsätze hin zur vordringlichen Zutat der humanitären Intervention angebracht ist, wird sie doch überwiegend eher als „*Imperativ der Menschenrechtsidee*“ denn als „*Kreuzzug im neuen Gewand*“ bewertet (BEESTERMÖLLER 2003 S. 145).

Letzterer wäre wohl einem unhistorischen, ja gehässigen Studium von AQUINs Interventionsbefugnis zuzuschreiben, die, wiewohl in zeitgemäß biblischem Gewand („*den Dürftigen aus der Hand des Sünders befreien*“), erahnen läßt, daß seine doch innovative Theorie - ohne blindlings aktualisierbar zu sein - bereits eine folgerichtige Schutzverantwortung (christlicher Fürsten für die Christenheit) als Synthese von gerechtem Krieg und humanitärer Intervention einschließt⁹⁰.

Da das Kriegsverständnis im Wandel begriffen ist, müssen auch geeignete Sprachregelungen gefunden werden um trefflich auszudrücken, was unter einem gerechten Krieg reüssieren kann. Dieser unabgeschlossenen Suche nach stimmigen Begriffen verdanken sich sowohl die neubelebte Brisanz als auch die anhaltende Fruchtbarkeit der Auseinandersetzung über die Zulässigkeit moralischer Kriegsbegründungen, dies umso mehr, als die drängenden realpolitischen Gegebenheiten keine Stundung ihrer Interpretation in einem akademischen Elfenbeinturm gestatten⁹¹.

„*The danger of surrounding [...] war with [a] too-sacred boundary is that the fascination it evokes cuts us off from practical responsibility.*“ (O'DONOVAN 2004 S.15)

⁸⁹ SCHÜSSLER, Rudolf: Die humanitäre Intervention in der Doktrin des gerechten Krieges. in: MÜLLER 2002 S. 200

⁹⁰ BEESTERMÖLLER, Gerhard: Rettet den Armen und befreit den Dürftigen aus der Hand des Sünders. Thomas von AQUIN und die humanitäre Intervention. in: WERKNER et al. 2009 S. 43

⁹¹ LUCAS, George R.: From *ius ad bellum* to *ius ad pacem*: re-thinking just-war criteria for the use of military force for humanitarian ends. in: CHATTERJEE 2003 S. 72

III. HUMANITÄRE INTERVENTION

III.1 SELBSTBESTIMMUNG UND VERHÄLTNIS

Was zuvor zur universitären Rezeptionsgeschichte des gerechten Krieges dies- und jenseits des Atlantiks angemerkt wurde, setzt sich in der Befassung mit humanitären Interventionen, die indes auf doch eindeutigerem politischen und mithin völkerrechtlichen Fundament ruhen, fort: die sichtlich reservierte deutschsprachige Debatte greift denn in ihrem Tadel mit Vorliebe und gleichermaßen reflexartig auf Polemiken zurück, die eigentümlicherweise moralisch aufgeladener sind als der eigentliche Stein ihres Anstoßes.

„Humanitäre Interventionen sind Kriege, geführt mit dem Ziel, Bedrohungen des Lebens von ganzen Bevölkerungsgruppen in einem fremden Land abzuwenden. Sie sind moralisch unzulässig. Nicht wegen des Intervenierens: Staatsgrenzen haben keine moralische Bedeutung. Sondern weil es Kriege sind: Krieg zu führen ist in jedem Fall moralisch verwerflich. Dies wiederum nicht, weil Gewalt gegen Menschen oder insbesondere das Töten von Menschen grundsätzlich moralisch verwerflich wäre. [...] Sondern weil Krieg, jedenfalls in seiner neuzeitlichen Gestalt, es einschließt, daß Unbeteiligten durch Unbeteiligte schweres Leid zugefügt wird. In humanitärer Absicht Krieg führen heißt daher: Dritte als Geisel nehmen zu einem [immerhin] guten Zweck.“⁹²

Wird dem gerechten Krieg noch ideengeschichtlich und mithilfe der nachmalig unbestreitbaren Errungenschaften der Völkerrechtsentwicklung kritisch beigegeben, tun sich Advokaten wie Kritiker einer gerechten Intervention schwer, sich auf eine Standortbestimmung zu einigen, die dem Umstand Rechnung trägt, daß eben die humanitäre Intervention das wohl am kontroversesten und intensivsten diskutierte Sujet der zeitgenössischen internationalen Beziehungen und Menschenrechtskonzeptionen ist (LEPARD 2002 S. 3). Nichtsdestotrotz ist in den letzten

⁹² BITTNER, Rüdiger: Humanitäre Interventionen sind Unrecht. in: MEGGLE 2004 S. 99

Jahren im politischen Betrieb der Industriestaaten ein allmählicher Stimmungsumschwung zu beobachten, der gewissen Ausnahmen des völkerrechtlichen Nichteinmischungsprinzips unter spezifischen Voraussetzungen ihre Berechtigung zugesteht, wobei zu ergründen bleibt, inwieweit aus diesem Bewusstseinswandel letzten Endes ein laufender „*Prozess der Bildung einer einschlägigen Gewohnheitsrechtsnorm*“ erwächst⁹³.

Es kennzeichnet derweil die Debatte, daß abermals moralische (im obigen Beispiel auf das *ius in bello* gerichtete) mit rechtlichen Einwänden kollidieren. Bei näherer Betrachtung geriert sich freilich manch moralischer Einspruch als rechtlicher und umgekehrt. Zur moralischen Bewertung werden an dieser Stelle vorderhand drei politische Argumentationsrichtungen vorgebracht⁹⁴.

Das erste, jedwede humanitäre Intervention zurückweisende Argument, ist in der Analogie eines souveränen Selbstbestimmungsrechtes von Individuen mit dem von Staaten zu lokalisieren. Eine Nichteinmischung wird hier solange geltend gemacht, wie Individuum respektive Staat die Freiheit weiterer Individuen oder Staaten nicht touchieren, die Praxis einer auf die Freiheit reduzierten goldenen Regel also. Eine Intervention ist in dieser Lesart selbst dann nicht statthaft, wenn sie auf Verbesserung der Verhältnisse angelegt ist, das Selbstbestimmungsrecht hat sich auch gegen ein Eingreifen zu seinem tatsächlichen Vorteil zu behaupten, um überhaupt Rechtssicherheit im internationalen Raum zu ermöglichen. Ein so verstandenes totales Freiheits- und territoriales Abwehrrecht verläßt durchaus den menschenrechtlichen Rahmen und verkompliziert ein „*darauf gestütztes Ansinnen einer humanitären Intervention erheblich*“ (PAPPE 1997 S. 53). Übersehen wird hierbei offensichtlich, daß die Analogie zwischen Individuum und Staat kaum haltbar ist, da das Selbstbestimmungsrecht des Individuums ein eigenständiges, das des Staates jedoch ein aus Ersterem abgeleitetes und begründetes, also nachrangiges ist.

Der zweite populäre Einwand operiert mit dem Selbstbestimmungsrecht politischer Gemeinschaften und gibt die zuvor skizzierte Analogie auf.

⁹³ OETER, Stefan: Humanitäre Intervention und die Grenzen des völkerrechtlichen Gewaltverbots. Wen oder was schützt das Völkerrecht: Staatliche Souveränität, kollektive Selbstbestimmung oder individuelle Autonomie? in: MÜNKLER 2008 S. 46

⁹⁴ ZANGL, Bernhard: Humanitäre Intervention. in: FERDOWSI 2002 S. 108 ff.

Sobald sich eine politische Gemeinschaft organisiert, tue sie das, um jegliche (vor allem ehemals koloniale oder hegemoniale) Fremdbestimmung abzulegen und auszuschließen. Es ist dies gewissermaßen ein inneres Selbstbestimmungsrecht zur „*Harmonisierung des Miteinanderlebens*“ (HOBE et al. 2008 S. 171). Dem entgegenzuhalten ist, daß der Staat nicht (mehr) notwendig den Willen seiner politischen Gemeinschaft repräsentiert und sich in diesem Falle der Entfremdung nicht auf ein äußeres, ihn gegen externe Eingriffe schützendes Selbstbestimmungsrecht berufen kann (HANNUM 1996 S. 27). Hier ist von einer Fremdbestimmung im eigenen Lande zu reden, die der Staat über seine Bürger ausübt, und die gegebenenfalls verheerendere Folgen zeitigt als die Fremdbestimmung eines Dritten.

Die dritte Entgegnung ähnelt dem eingangs zitierten Unwohlsein mit der Intervention, da sie ein beträchtliches Eskalations- und Missbrauchspotential berge, sowohl in der eigentlichen Durchführung als auch in einer Neigung, ihr weitere Einmischungen folgen zu lassen oder sie gar in einen Kampagnenkrieg zu überführen. An den Gründen einer Einmischung sei insofern erheblich zu zweifeln, da sie meist macht- und interessepolitisch geleitet seien und im übrigen wenig Aussicht auf Erfolg böten, mit militärischer Gewalt wirksam und doch verhältnismäßig gegen das sie auslösende Unrecht vorgehen zu können. Nun wird gewiss kein Krieg durch Gleichheit der Mittel, sondern durch Überlegenheit gewonnen, und es gehört zu den perversen Ironien der Kriegsführung, daß ein massiver und entschlossener, strenggenommen unverhältnismäßiger Einsatz von Mitteln die tatsächlichen Kampfhandlungen und Kollateralschäden enorm begrenzen kann, ein Kalkül, das in Hiroshima 1945 unterdessen ohne Frage entschieden überstrapaziert wurde (WALZER 2006 S. 274).

Allein ein flüchtiges Panorama erfolgter oder denkbarer Interventionen verdeutlicht, daß die Gemengelage derart divers ist, daß sie jede Theorie einer gerechten humanitären Intervention zur gründlichen Einzelfallprüfung zwingt. Im Gegensatz zur Lehre des gerechten Krieges bezieht die Einmischungsdebatte ihre Dynamik aus einer eklatanten Schwierigkeit: waren sich früher beide Opponenten wenigstens über den Modus des Zwiestreits einig, so ist es heute gerade die Uneinigkeit beider (und zu meist weiterer) Konfliktparteien, die schier unlösbare Probleme bereitet.

III.2 AKTEURE UND ÖFFENTLICHKEIT

Mit der humanitären Intervention kommen die theoretischen Vorüberlegungen zum gerechten Krieg - nunmehr auf andere Konstellationen der Beteiligung gewendet - eindeutig in der Praxis an. „*To get the idea of humanitarian intervention, we must shift our attention from [the classical just war doctrine of] wrongs done by one community to another to those done by a government to its own subjects, either directly or permitting mistreatment.*“⁹⁵

Mehr noch als dem Wandel der Legitimierungsmechanismen selbst ist demzufolge der Wandlung der involvierten Akteure zu entsprechen, will man einem interventionstheoretischen Primat der Moral über kulturelle Grenzen hinweg Geltung verschaffen. Die christliche Deutungshoheit einstmaliger Kriegstheorie kann hierzu heute weder einer handlungsweisenden metaphysischen noch einer instrumentalistischen Interpretation gute Dienste erweisen, deren operationalisierbare Grundlagen daher erst aufs Neue errungen werden müssen. RAWLS' „Überlegungsgleichgewicht“, das nach der Gerechtigkeit der Bedingungen fahndet, unter denen Urteile über Gerechtigkeitsgrundsätze erst fällbar sind, befürwortet folgerichtig „eine Öffnung juristischer Argumentation für moralische Maßstäbe ausdrücklich“ (OSTERKAMP 2004 S. 206).

Nähert man sich der humanitären Intervention nun metaphysisch, so geschieht dies selten ohne eine gewisse radikalmoralische und realismusskeptische Nostalgie, die ihren Fixpunkt eben genau in den überholten Sicherheiten religiöser Überformung hat, Gott allerdings mit einer wie auch immer ausgestalteten und ergründbaren Vernunft substituieren möchte. Das Moralische gilt ohne Bedingung nach wie vor als wichtigste Dimension menschlichen (Miteinander-)Lebens, es ist ungeachtet der Verderbtheit und Schlechtigkeit der übrigen Welt unveräußerliche *raison d'être*. Ihm gesellt sich eine epistemologische Komponente bei, die nach der Wahrnehmung ethisch geoffenbarter Wahrheiten fragt und zwar eine Vielgestalt der gelegentlich intuitiven Erkenntnisprozesse anerkennt, die daraus zu ziehenden moralischen Schlüsse und Urteile jedoch objektiv, universal und indivisibel nennt.

⁹⁵ NARDIN, Terry: The Moral Basis for Humanitarian Intervention, in: LANG 2003 S. 13

Instrumentalistisch regt sich spätestens an dieser Stelle Widerspruch, es gäbe eine einzige Moral genausowenig wie es bloß eine wahre Sprache gäbe, sondern es existierten empirisch ebenso viele Moralen wie ihnen Partikularzwecke zugestanden werden, wobei unter einer sozialen Bezugnahme nicht die Wahrheit, sondern die Geeignetheit der moralischen Sätze von Belang sei. Vereinfacht geht es nicht mehr um den moralischen Gehalt im luftleeren Raum, sondern vielmehr darum, inwiefern die Akzeptanz moralischer Leitgaben soziales Regulativ sein kann. Sie genießen dabei keinen hierarchisch höheren Stellenwert als andere Erwägungen, da die Konsequenzen einer Handlung, zu der man sich bewusst entscheidet (anstatt ihre Richtigkeit zu entdecken), oder ihr relativer Wert stärker gewürdigt werden als dies in einer metaphysischen Ausschließlichkeit der Fall ist.

„The metaphysical moralist also has serious complaints against the instrumentalist. [...] Instrumentalism seems to reduce morality to just another mechanism of social control. For this reason, it cannot explain the special role morality rightly has in our lives. Nor can it provide a convincing answer to the question ,Why be moral?“.“⁹⁶

Damit verknüpft ist allgemein die nicht zuletzt im Sinne souveräner Selbstbestimmung schwerwiegende *„Frage der Vereinbarkeit von Moral und sozialer Ordnung und ihrer wechselseitigen Bedingtheit, denn mit dem Anspruch moralischer Autonomie ist eine Absage an eine Leitung durch fremde Autoritäten und Bindung an fremdbestimmte Regeln verbunden“⁹⁷.*

Das führt zu einem Dilemma des Moralischen im Hinblick auf seine konfliktresolutionistische Qualität an sich, ist Ersteres doch per definitionem ein Übergreifendes und sittlich Einigendes, wohingegen der Konflikt wesensgemäß ja gerade aus Parteilichkeit und Uneinigkeit genährt wird. Man muss daher nachsuchen, ob eine Entzweiung - gleich aus welchen Gründen - sich schlechterdings der Logik des Moralischen, die die Eskalation eines Disputs von vornherein hätte verhindern sollen, beugen kann. So oder so, scheint ein Bedarf an öffentlicher Moral für die Legiti-

⁹⁶ PHILIPS, Michael: Humanitarian Intervention and Moral Theory. in: JOKIC 2003 S. 89

⁹⁷ MÜHLFELD, Claus: Bemerkungen zur binären Struktur der Moral. in: SALAMUN, Kurt: Moral und Politik aus der Sicht des kritischen Rationalismus. Amsterdam 1991 S. 88

mation politischer Tätigkeit unabdingbar, einerseits um einer das Gemeinwesen zersetzenden, atomistisch privatisierten Individualmoral Einhalt zu gebieten, sowie um andererseits ein gebrechliches normatives Minimalverständnis kanonisierter Grundwerte zu stärken.

„Der akademischen Ethik [dagegen] komme bei der Interpretation dieser Werte deshalb keine große Rolle zu, weil nicht die Begründung der Werte gefragt ist, sondern ihre Konkretisierung in der sozialen Realität der aktuellen Gesetzgebung und praktischen Politik. Nach diesem Verständnis werden die demokratischen Grundwerte solide erst durch den [instrumentellen] Erfolg der konkreten Politik begründet, während sie für die politischen Entscheidungen nur als globale Wegweiser dienen. Solche globalen Wegweiser benötigen keine philosophische Analyse. Sie müssen nicht interpretiert, sie müssen vielmehr über die Veränderung der Welt realisiert werden.“⁹⁸

Kann man der Übermacht des Politischen hier durchaus ihr Recht zugestehen, scheint die Behauptung, politische Richtungsentscheidungen von globalem Ausmaß bedürften keiner philosophischen Betrachtung, reichlich vermessen, wenngleich sie daran erinnert, daß der Frontverlauf moderner Interventionskriege nicht nur die Konfliktparteien umfasst, sondern in bemerkenswert exponierter Weise auch die Exegeten. Gewiss lassen sich ein Entdeckungs- und Begründungshorizont auch von deren Anwendungshorizont her bestimmen, die Vermengung von Akzeptanz- und Geltungsfragen aber verlangt abermals nach einer gründlichen Theoretisierung (HAUS 2000 S. 24). Zu berücksichtigen sind in gleichem Zuge die mannigfachen direkten wie indirekten, in ihrer Wirkung kaum zu überschätzenden Rückkopplungen des akademischen Diskurses auf realpolitische Entscheidungen, womit die oben formulierte Trennung beider Sphären kaum aufrechtzuerhalten ist. Das Gegenteil ist der Fall: die offene wissenschaftliche Auseinandersetzung ist nicht nur nützlich, sie ist zur Formulierung adäquater Politik- und Rechtsanweisungen geradewegs geboten (HAWKINGS 2008 S. 102).

⁹⁸ LEIST, Anton: Angewandte Ethik und öffentlicher Vernunftgebrauch, in: SCHMÜCKER et al. 2002 S. 136

III.3 SOUVERÄNITÄT UND SOLIDARITÄT

Moral „ist das wirksamste Rechtfertigungsmittel von Kriegen. Und somit sicher eines der wichtigsten Kriegs-Instrumentarien selbst. Keine Kriegsmoral ohne die ‚richtige‘ Moral im Rücken. Was geht das die Ethik an? Es gibt wenige Fälle, an denen sich die praktische Relevanz der Ethik (als gleichermaßen grundlagentheoretischer wie kritisch-applikativ interessierter philosophischer Disziplin) deutlicher zeigen würde. Die Moral ist der wesentlichste Teil all unserer Kriegsentscheidungen bzw. Propagierungen; die Moral ist die kriegsentscheidende Software. Marschflugkörper kann man stoppen. Das Moral-Programm, wenn es erst einmal läuft, kaum.“⁹⁹

Was hier - unfraglich manieriert - zum Ausdruck kommt, ist keineswegs auf eine humanitäre Intervention, sofern man auch diese Krieg heißen will, beschränkt, sondern verdeutlicht, auf welch schmalem Grat zwischen Denken und Handeln das Ethisch-Moralische im Kriegsfall, gewissermaßen als „*moralische Realpolitik*“ (RENGGER 2000 S. 39) laborieren muss. Wenn es zutrifft, daß die Moral eine derart ausufernde Eigendynamik entwickelt, daß sie letzten Endes kaum noch realpolitisch vereinnahmbar ist und selbst zur Waffe wird, dann müssen ihr genau wie dem Kriegshandwerk Zügel angelegt werden.

Was diese Kriegsmoral wohl allerdings mehr bündigt und ihren gefährlichen Einfluss abmildert als ein etwaiges Regelwerk für den Moralgebrauch im Krieg, ist die grobe Überspitzung und Vagheit der ganzen Behauptung. Es ist eben durchaus ein gravierender Unterschied, ob Moral an der Kriegsentscheidung oder an deren Propagierung wesentlichsten Anteil hat, ob sie kriegsentscheidend hinsichtlich der Entscheidung zum Krieg oder der Entscheidung des Kriegsausganges (kurzum siegesentscheidend) ist. Kriegsentscheidend wäre freilich ebenso die Demoralisierung des Feindes durch ein substantielles Ungleichgewicht der Kräfte, also gerade nicht durch die Überlegenheit der eigenen Moral, sondern die völlige Unterminierung des Moralischen an sich (REDNER 2001 S. 192).

⁹⁹ MEGGLE, Georg: Nato-Moral & Kosovo-Krieg. Ein ethischer Kommentar ex post. in: MEGGLE 2004 S. 32

Es hat in der Tat andererseits gewiss manches für sich, daß heutzutage, da Kriege propagandistisch wesentlich schwieriger zu legitimieren sind als ehemals, der politische Journalismus ein verlängerter Arm des Kriegs-Instrumentariums zu werden droht. Die Schaffung einer betroffenen Öffentlichkeit, die bisweilen vorgebliche Einbeziehung des (Wahl-)Bürgers in die Meinungsfindung und der wenigstens feuilletonistische *„Diskurs um Menschenrechte und eine humanitäre Gesinnung begünstigt die Herausbildung eines Konsens, innerhalb dessen eine ‚ethische‘ Intervention als gerechtfertigt [gilt]. [...] Aus sowohl außen- wie innenpolitischen Gründen sind westliche Regierungen immer noch bestrebt, Außenpolitik in moralischen Kategorien zu begründen“*¹⁰⁰.

Dies umso mehr, als in einer im Werden begriffenen weltinnenpolitischen Binnensicht außenpolitische Vorgänge so konzeptualisiert werden müssen, daß die eben wie innenpolitische Vorstellungen zu fassen sind, Carl Friedrich VON WEIZSÄCKER spricht von einer *„entstehenden Bewußtseins-ebene“*, die der Pluralität der Moral gerecht wird, indem sie es ermöglicht, daß *„strukturelle Formen und materiale Inhalte an der Multidimensionalität der Welt angepasst werden können“* (DUDY 2002 S. 110).

In diesem Zusammenhang muss VITORIA abermals visionär genannt werden dürfen, da er einen den Erdbreis schadenden Krieg aus dem Grunde für ungerecht hält, weil ein Staat Teil der ganzen Welt ist, die Welt folglich sozusagen im Umkehrschluss ein einziger Staat ist, der über die Einzelverträge und die sich daraus begründende Souveränität der Staaten hinaus die Gewalt hat, *„angemessene Gesetze aufzuerlegen, wie sie sich im Völkerrecht finden. Damit rezipiert VITORIA den Kosmopolitismus der Stoa, denn aus dem vorangehenden Satz ergibt sich für ihn wie für die Stoiker, die eigentlichen Begründer des ethischen Staatsbegriffs, daß an die Stelle der Autarkie der Polis die der allgemeinen Welt treten soll“* (FIGUEROA 2004 S. 59).

VITORIA erkennt, daß Sittlichkeit und Recht derselben Quelle entspringen, daß eine naturrechtliche Fundierung des Völkerrechts eine Einheit der ethischen und rechtlichen Ordnung nach sich zieht und daraus wieder-

¹⁰⁰ HAMMOND, Philip: Humanitäre Intervention und Krieg gegen den Terror. Das Verhalten der Medien vom Kosovo bis zum Irak. in: LÖFFELHOLZ 2004 S. 100f.

rum die naturgegebene Völkergemeinschaft entsteht. Trotzdem erkennt er nicht die notwendige Beschaffenheit der Souveränität der Einzelstaaten, die zwar selbst „*vollkommene Gemeinschaft*“ sind, sich aber dennoch nicht vollends selbst binden. Er lehrt keinen formal starren, sondern einen organischen Souveränitätsbegriff. „*Die Souveränität ist eine wahre, aber doch relative und ermöglicht so erst die Gleichzeitigkeit von Souveränität und Solidarität und damit eine eigentliche und wahre Völkerrechts-Gemeinschaft.*“ (VITORIA 1952 S. xxv)

Der Brückenschlag zu HABERMAS ist ein zwingender:

„*Der demokratische Verfassungsstaat hat die große zivilisatorische Leistung einer rechtlichen Zähmung der politischen Gewalt auf der Grundlage der Souveränität völkerrechtlich anerkannter Subjekte erreicht, während ein ‚weltbürgerlicher‘ Zustand diese Unabhängigkeit des Nationalstaats zur Disposition stellt. [Dies nennt HABERMAS den] realistischen Stachel im Fleisch der Menschenrechtspolitik.*“¹⁰¹

Er geht indes nicht soweit, hinter aller Moral des Menschenrechtlichen ein maskiertes realpolitisches Kalkül zu wittern und läßt durchaus moralische Gründe zur Intervention, zum Beispiel ethnische Konflikte innerhalb zerfallender oder autoritärer Staaten, gelten. Dennoch lautet die argumentative Marschrichtung: „*Die angestrebte Etablierung eines weltbürgerlichen Zustandes würde bedeuten, daß Verstöße gegen die Menschenrechte nicht unmittelbar unter moralischen Gesichtspunkten beurteilt und bekämpft, sondern wie kriminelle Handlungen innerhalb einer staatlichen Rechtsordnung verfolgt werden.*“¹⁰²

Der martialisch-militärische Kriegseinsatz wird in der Intervention zum möglichst zivilen Polizeieinsatz, die Rechtsdurchsetzung ist simultan Rechtssetzung. In Erinnerung und kritische Position zu bringen ist bei HABERMAS’ unverhohlener Vorliebe für das Weltbürgerliche natürlich die SCHMITT’sche Warnung vor dem Weltbürgerkrieg¹⁰³.

¹⁰¹ PINZANI, Alessandro; Jürgen HABERMAS. München 2007 S. 192

¹⁰² a.a.O.

¹⁰³ ZAKRAVSKY, Catherina: Politische Mythologie des letzten Krieges als Völkerrechtswissenschaft, in: PIRCHER, Wolfgang: Gegen den Ausnahmezustand. Zur Kritik an Carl SCHMITT. Wien 1999 S. 184

III.4 ZIELSETZUNG UND ABGRENZUNG

In der Theorie zielen humanitäre Interventionen, wie nachgezeichnet, nicht ab auf Eroberung, Annexion, Vernichtung oder Strafe, sondern einzig und allein auf einen verantwortungsethischen, globalen Menschenrechtsschutz, der eine zwischenstaatliche Friedenssicherung erst konstituieren kann. *„Entscheidend ist, daß Staaten Menschenrechte nicht gewähren, sondern gewährleisten; versagen sie hierin, verlieren sie ihre Legitimität. Das bedeutet: Jede systematische Verweigerung des Menschenrechtsschutzes fordert ein Eingreifen aller völkerrechtlich Betroffenen, der Nachbarstaaten wie der kontinentalen Friedensvereinigungen [...]; sie fordert aber natürlich auch ‚die subsidiäre Verantwortung der Weltrepublik‘ heraus.“*¹⁰⁴

Daraus folgt, daß jene Betroffenen, auch wenn sie in der Praxis der Nothilfe häufig in Form von ad hoc-Koalitionen auftreten mögen (LEPARD 2002 S. 303) und ihr Eingreifen rechtlich bisher keineswegs einwandfrei reguliert ist, nicht Steigbügelhalter eines sich selbst auf Dauer untergrabenden moralischen Exzeptionalismus werden dürfen, sondern den Ausnahmefall unter Weltstaatsbedingungen politisch antizipieren müssen (HINSCH et al. 2006 S. 264). Da sich die Zielsetzung humanitärer Interventionen damit erheblich von der Motivik klassischer Kriege abhebt (um im Ende freilich ebenso auf eine Befriedung hinzuwirken), ist zu klären, ob und inwieweit deren Mechanismen und Instrumente für solcherart neue Herausforderungen geeignet sind. Dies wird mehrheitlich, basierend auf vor allem folgende drei aufeinander bauende Einwände, in Abrede gestellt (HASENCLEVER 2001 S. 38f.):

Erstens ist die Gewaltanwendung eines klassischen Krieges massiv, flächendeckend und gegen einen identifizierbaren Gegner an klar ausmachbaren Fronten mit erklärten Interessen gerichtet. Typisch für heutige Interventionen ist jedoch genau die punktuelle, euphemistisch *„chirurgisch“* genannte Begrenztheit des militärischen Schwerpunkts, die höchst problematische Feindidentifikation, die Inexistenz definierter Hauptkampflinien (so etwa in Bürgerkriegsszenarien oder bei länderübergrei-

¹⁰⁴ SCHMIDT, Hajo: Weltfriedensordnung? Rechtsethische Perspektiven nach dem Kosovokrieg, in: BEHRENS 2005 S. 225

fenden Flüchtlingsströmen), die angenommene Interesselosigkeit der Intervenierenden (i. e. keine Partikularinteressen verpflichtete bewaffnete Parteinahme) und die Verschwommenheit der Diskriminierung (mit Kindersoldaten und zahlreichen aktiv involvierten Nicht-Kombattanten). Gleichso ist die Billigung der Einmischung seitens der Begünstigten ein auffallender Unterschied zum klassischen Kriegsgeschehen.

Zweitens trägt die Divergenz der Beteiligten und der Mittel (komplexes militärisches Großgerät versus Macheten und Kleinwaffen) zu einem erhöhten Risiko unbeabsichtigter, aber unvermeidbarer kollateraler Schäden bei, die nicht länger als Teil des gebilligten Kriegsmodus toleriert werden können, weil der Kriegszweck ja gerade der Schutz von Menschen ist. Begleitschäden sind in der Sache freilich kein Novum der Kriegführung, im Sprachgebrauch hingegen schon, und haben so möglicherweise schwerwiegende Folgen, was sowohl die Bereitwilligkeit der Unterstützung einer Einmischung auf allen Seiten angeht („*hearts and minds*“), als auch den strategischen Umfang des Gewalteinsatzes an sich. Im Extremfall scheut sich die eingreifende Seite derart vor den negativen Folgen falscher Zieleinwirkung, daß ihr Mitteleinsatz von vornherein dem erstrebten Zweck nicht genügen kann¹⁰⁵. Auch gibt es Beispiele für ernstliche Zerwürfnisse der intervenierenden Allianz, insofern sie sich selbst versehentlich bekämpft („*friendly fire*“). Das doppelte Proportionalitätskriterium der Ziele (nicht mehr Schaden anzurichten als zu verhindern) und der Mittel (nicht mehr Gewaltanwendung als unbedingt erforderlich) ist im interventionistischen *ius in bello* vor besondere Herausforderungen gestellt, wodurch nicht zuletzt das *ultima ratio*-Kriterium im *ius ad bellum* deutlich enger von seinen Folgen her bewertet wird.

Drittens ist es eher Regel als Ausnahme, daß der Missstand, der Anlass zur Intervention gibt, nicht rein militärischer Natur ist und somit nur bedingt militärisch abgestellt werden kann, dem Militär als gewaltausübender Arm der Intervention (neben zivilen, politischen, unbewaffneten humanitären Initiativen) fehlt zumeist ein adäquater militärischer Gegner. Auch ist es nicht erwünscht, die Waffenträger des Landes, in das eingegriffen wird, vollumfänglich aufzureiben, sondern lediglich, wo zur

¹⁰⁵ MCINNES, Colin: Fatal Attraction? Air Power and the West. in: MCINNES et al. 2002 S. 44

Abstellung der Menschenrechtsverletzungen nötig, zu entwaffnen, ohne selbst das staatliche Gewalt- und Ordnungsmonopol auf unabsehbare Dauer übernehmen zu müssen. Die grundsätzliche Anerkennung der Souveränität bedingt, daß politische Verantwortung auf breitestmöglicher Basis dem zu helfenden Volk überlassen bleibt, sodaß es aus sich heraus neue, gerechte Staatlichkeit zu errichten imstande ist.

Die fundamentale Rechtfertigung aller bewaffneten Intervention mit humanitärem Anspruch (Regimewechsel oder die Nicht-Proliferation von Massenvernichtungswaffen sind beziehungsreiche Grenzfälle) ist die Beendigung eklatanter und systematischer Verletzungen der Menschenrechte, im schlimmsten Fall in Form eines industrialisierten Genozids. Diese Rechtfertigung hat zutiefst moralischen Gehalt, der allerdings selten hinreichend ist, um eine Intervention vorneweg zu legitimieren. Nun müssen nicht-moralische Rechtfertigungen ihre moralischen Ansprüche durchaus nicht widerlegen oder schwächen, und so ist bei Lichte besehen jede noch so kollektive Intervention einer individuellen motivischen Gemengelage moralischer, politischer, militärischer und wirtschaftlicher Anreize oder Negativ-Anreize geschuldet¹⁰⁶. Genaugenommen wird die Kollektivität erst in einem Appell an die gemeinsame, globale Verantwortlichkeit hergestellt, die aus den partikularen Interessen und Abwägungen der Beteiligten (die keineswegs direkt Betroffene des Missstandes und damit unmittelbar Verantwortliche für dessen Erwidern sein müssen) eine konzentrierte politisch-militärische Aktion reifen läßt.

„If questions of responsibility are inevitably posed at the individual level, they are acutely present at the collective level as well. [...] This [...] points to a responsibility that is as dependent on others as on the self and that arises out of the event. [...] The way to conceive of the coexistence or the mutual exclusion of power politics and responsibility is an epistemological and political choice. We must conceive power politics and global responsibility both as situated in a chronological continuum (and thus one coming after the other) and as existing at the same time.“¹⁰⁷

¹⁰⁶ MILLER, Seumas: Collective Responsibility and Armed Humanitarian Intervention. in: COADY 2005 S. 52

¹⁰⁷ KARAGIANNIS, Nathalie: Preceding Global Responsibility. Autonomy, Knowledge, and Power. in: DAVIS 2004 S. 161

III.5 UNVERSEHRTHEIT UND UNABHÄNGIGKEIT

Die humanitäre Interventionsverantwortung, so man sie rundheraus anerkennt, wird in allererster Linie entkräftet und behindert von der zweifelsohne bedeutsamsten Errungenschaft des modernen Völkerrechts, welches wiederum gerade durch den Appell an die Humanität seiner Subjekte an entscheidenden Stellen weiterentwickelt werden soll: der Betonung des weitgehend unantastbaren Souveränitätsgedankens und des daraus folgenden zwischenstaatlichen Gewaltverbots. Zwar ist es für humanitäre Interventionen typisch, daß sie sich selten ausschließlich in unilateralen militärischen Maßnahmen erschöpfen, obgleich sie dergestalt ausgelöst werden können und ob ihrer Ähnlichkeit mit klassischen Kriegsmustern sehr kontrovers diskutiert werden (MALANCZUK 1993 S. 26). In aller Regel werden sie durch Staatenkollektive, -bündnisse und -koalitionen durchgeführt, doch ist daraus bei weitem keine gewohnheitsrechtliche Anerkennung der Einmischung vieler unter Missachtung der Souveränität einzelner Staaten gegeben.

Maßgeblich kodifiziert ist das - mit Ausnahme (kollektiver) Selbstverteidigung prinzipielle - Gewaltverbot in der Charta der Vereinten Nationen, Artikel 2 Ziffer 4, wo zugleich der Umfang der Souveränität expliziert wird: *„all Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state.“*

Eine wörtliche Lesart des Artikels schließt demnach eine humanitäre Intervention mit militärischen Mitteln, ungeachtet ihrer tatsächlichen Praxis und Duldung vor oder nach Inkrafttreten der Charta, kategorisch aus, auch wenn sie diese nicht beim Namen nennt und allein die Androhung und Anwendung von Gewalt wider die territoriale Unversehrtheit und politische Unabhängigkeit eines Staates zu unterbinden sucht. Vor allem von rechtspositivistischer Seite wird wiederholt argumentiert, daß hier kaum Auslegungsspielraum zugunsten einer Intervention bestünde, selbst wenn diese die territoriale Souveränität des entsprechenden Staates meistens unangetastet lasse und die politische Souveränität nur temporär aussetze, um sie alsbald rückzuübertragen.

Vielmehr sei durch die Charta der Vereinten Nationen die „*politische Entscheidungsfreiheit der Staaten [auch dann] geschützt, [...] wenn sie zu konkret völkerrechtswidrigen Ergebnissen gelangt[en]. Insofern fallen selbst zeitlich beschränkte militärische Maßnahmen unter das Verbot [...]. Der Hinweis auf das Gewaltverbot des Art. 2 Ziff. 4 Charta der VN läßt sich nicht mit dem Hinweis darauf entkräften, die Charta der Vereinten Nationen verpflichte die Mitgliedstaaten zum Schutz der Menschenrechte [da hier] nicht hinreichend die Dominanz des Gewaltverbots als Prinzip der Charta der VN beachtet [werde]. [Offenkundig verlangt dieser Missstand nach der] Herstellung einer Wertekonkordanz und konsequenterweise [nach der] Relativierung des Gewaltverbots*“¹⁰⁸.

Es ist somit ein Zielkonflikt feststellbar zwischen Menschenrechtsschutz (Artikel 1 Ziffer 3) und Gewaltverbot, der bei Übergewichtung des Ersteren perfiderweise dazu führen kann, daß dem die Menschenrechte missachtenden und dadurch mittels Intervention potentiell zur Ordnung gerufenen Staat legale Mittel zur Gewalt in Form der Selbstverteidigung nach Artikel 51 seiner souveränen Rechtspersönlichkeit und reservierten Eigenorganisation zur Hand gegeben werden. Der Aggressor hat hier gegebenenfalls einen klaren rechtlichen Vorteil, wenigstens doch rechtliche Eindeutigkeit, die dem tätigen Verfechter der Menschenrechte so nicht zukommt. Allerdings weiß Letzterer dergestalt Klippen, nicht ohne Missbrauchs- und Eskalationsgefahr, zu umschiffen, indem er als Dritter zur Nothilfe befugt wird, die jedoch in manchen Fällen keiner robusten Prüfung Stand halten wird (GEYRHALTER 2002 S. 167).

Die Regeln über die Priorisierung und Prinzipialisierung völkerrechtlicher Regelanwendung zu revidieren muss daher, womöglich mehr als substantielle Erweiterungen, vornehmliche Aufgabe eines zukunftsfähigen und sanktionierbaren Völkerrechts sein, dessen fulminanter realpolitischer, rechtlicher wie diskursiver Wendepunkt in der von den Vereinten Nationen unautorisierten Kosovo-Einmischung 1999 zu finden ist, die fortan nicht mehr ohne weiteres als schlicht illegal gebrandmarkt werden

¹⁰⁸ DAHM, Georg, DELBRÜCK, Jost, WOLFRUM, Rüdiger: Völkerrecht. Band I/3. Berlin 2002 S. 827

kann¹⁰⁹. Freilich bringt sie zugleich schwerwiegende Unzulänglichkeiten der Vereinten Nationen an sich ans Licht, die mitunter eher organisatorischer als völkergemeinschaftlicher Natur sind.

Kofi ANNAN, damals Generalsekretär der Vereinten Nationen und führender Ideengeber der Debatte, verweist früh darauf, daß sich vor diesem (gleichwohl nicht nur diesem) Hintergrund eine Aufrechterhaltung des völkerrechtlichen status quo schwerlich vertreten läßt, und die notwendigen Schlüsse hinsichtlich des Verhältnisses von Menschenrechtsschutz und Gewaltverbot sorgsam abzuwägen seien.

*„The inability of the international community to reconcile these two compelling interests in the case of Kosovo can be viewed only as a tragedy. [...] To those for whom the Kosovo action heralded a new era when states and groups of states can take military action outside the established mechanisms for enforcing international law, one might equally ask: Is there not a danger of such interventions undermining the imperfect, yet resilient, security system created after the Second World War, and of setting dangerous precedents for future interventions without a clear criterion to decide who might invoke these precedents and in what circumstances?“*¹¹⁰

Obzwar ANNAN im Weiteren deutlich Position zugunsten humanitärer Interventionen bezieht, indem er an das höherstehende gemeinsame Interesse der letzten Endes einzig vollumfänglich souveränen, da grenzenlosen Völkergemeinschaft, die immer auch universale Menschengemeinschaft bleibt, appelliert, holt ihn die Euphorie der Präzedenz nicht voreilig ein. Mehr noch als am Kosovo, wo eine Intervention erfolgt ist, zeigt sich der Sinngehalt seiner Überlegungen dort, wo eben keine entschlossene Intervention, gleich wessen Initiative geschuldet, erfolgt ist.

*„Das ist der Punkt, an dem Pazifismus zum Verbrechen wird. ‚Nie wieder Auschwitz!‘ kann tatsächlich stärker wiegen als ‚Nie wieder Krieg!‘“*¹¹¹

¹⁰⁹ BYERS, Michael, CHESTERMAN, Simon: Changing the rules about rules? Unilateral humanitarian intervention and the future of international law. in: HOLZGREFE et al. 2003 S. 178

¹¹⁰ ANNAN, Kofi: Toward a New Definition of Sovereignty. in: REICHBERG 2006 S. 686

¹¹¹ MEGGLE, Georg: Nato-Moral & Kosovo-Krieg. Ein ethischer Kommentar ex post. in: MEGGLE 2004 S. 34

III.6 PFLICHT UND SOLLEN

Die moralische Rechtfertigbarkeit humanitärer Intervention begründet sich nur zu einem - zugegeben großen - Teil aus der Anerkennung eines Primats der Menschenrechte, beziehungsweise läßt sich aus einer generellen Verpflichtung zur Wahrung und notwendigenfalls Durchsetzung von Menschenrechten noch keine apodiktische Interventionsethik destillieren (CANEY 2006 S. 231). Dies hat zum einen mit der in der Theorie des gerechten Krieges angelegten und in der humanitären Intervention erneut aufgegriffenen und weiterentwickelten Struktur des *ius ad bellum* zu tun, dem der gerechte Grund sicherlich handlungsleitend, aber noch nicht alleinbegründend ist.

Zum anderen bedarf die Gerechtigkeit des Grundes überhaupt erst der Annahme, daß die Rechte von Menschen mit einer externalisierten Wahrnehmungspflicht, also einer im Rechtszustand eingegangenen und geteilten oder übertragenen Verantwortlichkeit, einhergehen. *„People’s rights generate obligations on others. That is, external agencies have a duty to ensure that other people’s rights are respected. Without this further assumption, one can show at most that humanitarian intervention is permissible, i.e. that people have a right to intervene. To show that people have an obligation to intervene, this [...] assumption is required.“* (a.a.O. S. 233)

Hinzuzufügen ist, daß jene Agenten als politische Gebilde und Instrumente keinen moralischen Wert an sich darstellen, sondern einzig Interessen- sowie Wertvehikel und -katalysatoren sind. Es ist müßig anzumerken, daß sich immerhin ein völkerrechtlicher *de facto*-Konsens in Sachen gerechter Autorität abzeichnet, der alle Verantwortung dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen übertragen will, natürlich nicht, ohne diesen seit 1946 weitgehend unverändert bestehenden Repräsentations- und Entscheidungskörper einer erheblichen, mehr als überfälligen Reform zu unterziehen (BOURANTONIS 2005).

Nun sind dergestalt beschaffene positive Pflichten, die gleichsam mit ihrer Rechtsdurchsetzung korrelieren, und von externen Agenten wahrgenommen werden (die damit gerechte Autorität werden), für die RAWLS’sche Theoriebildung als natürliche Pflichten wesentlich. Als sol-

che werden über die bloße politische Obligation hinausreichende Imperative verstanden, deren Wirksamkeit nicht von der freiwilligen individuellen oder überindividuellen Teilnahme an ihnen oder ihren institutionellen Verhältnissen zueinander abhängt. „*A fundamental natural duty is the duty of justice. This duty requires us to support and to comply with just institutions that exist and apply to us. It also constrains us to further just arrangements not yet established [...]. Thus if the basic structure of society is just [...], everyone has a natural duty to do his part in the existing scheme.*“¹¹² Trotz des kontraktualistischen Untertons bleibt ein wirklicher Vertrag hypothetisch und nicht zwangsläufig zur Bindung erforderlich.

Explizit bezeichnet RAWLS die Pflicht zur Gerechtigkeit (sowohl inner- wie auch über- und wechselstaatlich) als die fundamentale positive natürliche Pflicht neben der Pflicht zu gegenseitiger Hilfeleistung und wechselseitigem Respekt, die allesamt auf den - sich derweil von selbst verstehenden - negativen natürlichen Pflichten wie etwa der Unterlassung von Gewalttätigkeit und Feindseligkeit gegen Unschuldige fußen. Bemerkenswerterweise räumt RAWLS an dieser Stelle ein, daß das negative Versprechen nicht zu töten gemeinhin einen nahezu redundanten moralischen Anspruch erzeuge, der nur in Ausnahmefällen („*supreme emergency exemptions*“) hinterfragt werde, so nämlich zuvorderst bezogen auf den gerechten Krieg. Indessen besteht die Konzeption einer positiven natürlichen Gerechtigkeitspflicht aus zwei Aspekten: einerseits hat der Mensch sich den bereits bestehenden gerechten Institutionen zu fügen, andererseits sind dort entsprechende gerechte Agenten und Autoritäten ein- sowie politische Arrangements umzusetzen, wo sie noch nicht erstanden sind. Vermutlich wird das beträchtliche Gewicht der negativen natürlichen Pflichten dabei unterschätzt, da ideale gerechte Institutionen nicht auf Dauer Stabilität auf Basis der positiven moralischen Motive ihrer Teilnehmer zu reproduzieren vermögen, wenn diese nur wünschenswertes zusätzliches Beiwerk sind, nicht aber hinreichend mit den negativen Pflichten orchestrieren, die im Kontext ungerechter Institutionen schlagartig ins Zentrum aller Aufmerksamkeit rücken müssen (POGGE 2008 S. 134).

¹¹² RAWLS, John: A Theory of Justice. Boston 2005 S. 115

Es sind freilich gerade die ungerechten Rahmenbedingungen, die ein Nachdenken über militärische Intervention nach sich ziehen, und so behilft sich RAWLS auf den schwerlich widerlegbaren, aber ebenso unergiebigem Gemeinplatz, daß die politische Philosophie nur begrenzt hilfreich sei und der Erfolg einer Intervention vorderhand von dreierlei abhängig sei, der politischen Weisheit, dem besonnenen politischen Urteil und dem Glück. Nun läßt sich aus jenen pointierten Drillingen kaum Verantwortung und Pflicht konstituieren, wohl aber zeigen sie ein eigentümliches Transferproblem auf, insofern eine angenommene gerechte Ordnung in eine angenommene ungerechte Ordnung (wobei die ungerechte Ordnung nachgerade Ordnungslosigkeit heißen sollte) einschreitet und ihre gerechten „*Arrangements*“ zu übertragen bemüht ist. Diese Doppelbödigkeit ist vor allem für liberale Ansätze symptomatisch und gerade im Hinblick auf eine sich schnell wandelnde Bedrohungskulisse schwer auflösbar.

„On the one hand, a liberal interpretation of the just war tradition seems to require humanitarian intervention and preemption of emerging threats; on the other, there are practical and politically charged questions of when and where to intervene as well as how to do it justly. [...] This problem can be focused on the question of the legitimate means for bringing about the ideal of a liberal international peace.“ (FIALA 2008 S. 128)

Von realistischer Seite muss sich mit Blick auf solcherlei liberale Teleologie natürlich ein unverhohlener Idealismusvorwurf erheben. Nichtsdestotrotz folgt, daß moralische Gründe zwar nicht automatisch den Ausschlag gegenüber anderen Arten von Gründen für und wider eine Intervention geben können, die anderen jedoch als moralisch berücksichtigbar begreifen, was bereits eine große Errungenschaft ist, da es heißt, *„daß ich in Konfliktsituationen dem Wohl des andern ebensoviel Gewicht einräumen muss wie meinem eigenen Wohl. Tue ich das nicht, dann handle ich im Widerspruch zu meiner moralischen Einstellung, und tue ich es regelmäßig nicht, dann kann man nicht mehr sagen, daß ich diese moralische Einstellung habe; denn daß jemand eine praktische Einstellung hat, zeigt sich daran, daß er sie wenn nicht immer, so doch in der Mehrzahl der relevanten Situationen im Handeln manifestiert“*¹¹³.

¹¹³ WOLF, Ursula: Das Problem des moralischen Sollens. Berlin 1984 S. 191

III.7 ILLEGITIMITÄT UND RECHENSCHAFT

Eine prinzipielle Ablehnung jeglicher militärischer Einmischung in die inneren, für massives Unrecht befundenen Verhältnisse eines Staates ist, wie dargelegt, mit dem Verweis auf die Unberührbarkeit seiner Souveränität nicht zu rechtfertigen (PROBST 2006 S. 94). Dieses massive Unrecht ist ebenso wenig durch die Evokation eines Kulturrelativismus zu lindern oder überhaupt in Abrede zu stellen. *„Keineswegs ist hier die Moral, wie Rechtspositivisten gern generell behaupten, streiterregend: polemogen. Sie übersehen, daß es sich um eine auf den Bereich des Rechts beschränkte Moral handelt, daß sie, die Rechtsmoral, bescheidene Ansprüche erhebt und daß diese nicht zuletzt wegen ihrer Bescheidenheit universal gültig sind. Die einschlägigen Menschenrechte wie das Recht auf Leib und Leben und auf einen Schutz von Eigentum sind interkulturell gültig.“*¹¹⁴

Der häufig zur Abwehr erhobene Vorwurf des von einer Intervention betroffenen Regimes, die Intervenierenden wollten - neben wirtschaftlichen Interessen - einzig als Moralmissionare auftreten, ist vor diesem Hintergrund eines unstrittigen Unrechtscharakters massiver Menschenrechtsverletzungen wenigstens zynisch zu nennen. Menschenrechte sind folglich nicht nur interkulturell begründbar, sondern auch interkulturell aner kennbar. Die Schlussakte von Helsinki aus dem Jahre 1975, die zwar nicht völkerrechtlicher Vertrag, sondern eher „*soft law*“ genannt werden muss, legt sich ausdrücklich darauf fest, daß die Menschenrechte für keinen Staat eine rein innere Angelegenheit seien (VERLAGE 2009 S. 378). Zugleich festigt die Schlussakte die Nichtanerkennung gewaltsamer Gebietsveränderungen, schützt also durchaus die Souveränität verstanden als territoriale Integrität, ohne die universelle Bedeutung der Menschenrechte, wie niedergelegt in der Charta der Vereinten Nationen und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in Abrede zu stellen¹¹⁵.

¹¹⁴ HÖFFE, Ottfried: Humanitäre Intervention? Rechtsethische Überlegungen. in: MERKEL 2000 S. 172

¹¹⁵ TALMON, Stefan: Kollektive Nichtanerkennung illegaler Staaten. Tübingen 2006 S. 351

Sicherlich lassen sich daraus Überlegungen zur eigentlichen Rechtmäßigkeit des Regimes, dessen Hoheit von einer Intervention herausgefordert wird, anstellen, und die Frage ableiten, ob es gerecht sein kann, illegitime Regime mittels Intervention zu stürzen (ZICCARDI CAPALDO 2008 S. 150). Schließlich dreht sich die gesamte Debatte um humanitäre Interventionen immer auch um gescheiterte Staaten, denn entweder ist das Regime eines solchen legitim, aber nicht in der Lage, den Staat entsprechend der Schutzverantwortung gegenüber seiner Bürger zu führen, oder es ist von vornherein illegitim, hält die Bürger de facto als Geisel und ist damit kein rechtmäßiger Vertreter seines Volkes und berechtigter Inanspruchnehmender von staatlicher Souveränität und Anerkennung als Regierung (die Anerkennung als Staat bleibt davon unberührt).

Natürlich muss ein illegitimes Regime für sich genommen noch lange keinen Anlass zur Einmischung bieten, sofern es sich nicht an groben Menschenrechtsverletzungen beteiligt, es kann und darf nicht Aufgabe der Völkergemeinschaft sein, die wie auch immer ausgestaltete Bestellung der Regierung eines Staates mit Waffengewalt in eine Richtung zu lenken, die dem Intervenierenden konveniert. Weitaus schwieriger verhält es sich hingegen mit einem legitimen Regime, das sich gegen sein Volk wendet, also illegitim handelt. Es ist daher nur schwer einzusehen, da normativ unbefriedigend, wenn territoriale Integrität einzig aus der tatsächlich ausgeübten Kontrolle über das Territorium entspringt („*principle of effectivity*“), legalisiert und damit aner kennbar gemacht werden soll, ungeachtet der wenigstens menschenrechtlichen Performanz seines Regimes. „*The international community [has] not yet developed democratic-legitimist notions according to which the only effective power was that which had been established peacefully and in respect to so-called human rights.*“ (a.a.O. S. 151)

Es fällt leicht, solche Wunschvorstellung mit einem Beispiel zu ernüchtern: China, dessen Souveränität und Legitimität ebenso unanzweifelbar sind wie seine systematischen Missachtungen der Menschenrechte. Genauso unanzweifelbar ist jedoch zugleich der Imperativ von Verhältnismäßigkeit und Erfolgsaussicht eines etwaigen Einschreitens. Cui bono?

Zu alledem wird, wie vor allem die noch zu behandelnde Verantwortung zum Schutz klarstellt, die Verpflichtung zu einer im Einklang mit den

Menschenrechten tätigen Friedensordnung primär von den Einzelstaaten wahrgenommen, deren anerkannte, legitime Existenz und allgemein zugestandene autonome Selbstbestimmung unabdingbar für die Ausübung dieser Schutzaufgaben ist. Ferner muss ein Staat legitim sein, um einen moralischen (und nicht lediglich ohne eigenes Zutun ererbten rechtlichen) Anspruch auf Nichteinmischung zu begründen¹¹⁶. Anders gewendet: einem illegitimen Staat ist gar nicht erst zu vermitteln, daß er eine Schutzaufgabe gegenüber seinen Bürgern hat, er bindet sich also nicht selbst an Pflichten, auf die er sich ohnedies nie verständigt hat. „Nur qualitativ sehr gravierende und quantitativ gewissermaßen flächendeckende Verletzungen gerade der fundamentalen Staatsaufgaben des Friedensschutzes gegenüber den Staatsbürgern [und nicht gegenüber der internationalen Gemeinschaft, obgleich deren Sicherheit durch eine innere Eskalation ebenfalls gefährdet sein kann] können den Gedanken des Legitimitätsverlustes eines Staates und damit des Verschwindens seines Anspruchs auf Respektierung seiner Souveränität nahelegen. [...] Ein Staat, der [...] geradezu selbst zum ‚hostis populi‘ wird, verliert damit seine Legitimität. Er, aber auch allenfalls er, bietet einen hinreichenden Anlass zur humanitären Intervention von Drittstaaten.“¹¹⁷

Ziel solcher Einmischung mit militärischen Zwangsmitteln muss es ausnahmslos sein, das Opfer (per se in Form des Staatsbürgers oder doch bestimmter Volksgruppen) zurück in sein Recht zu setzen und den Täter (sprich das Regime, seine Organe und Helfer vor einem internationalen Gericht, um einer entgleitenden Siegerjustiz vorzubeugen) zur Rechenschaft zu ziehen, denn auch in der Rechenschaft über begangenes Unrecht bleibt der Kern wenn schon nicht wahrgenommener Verantwortung, so aber doch unentäußerbarer Verantwortlichkeit erhalten. Dies ist nicht zuletzt eine wesentliche Komponente der Kriegsgerechtigkeit im ius post bellum und eine kaum zu überschätzende Voraussetzung zur Schaffung einer auf Aufarbeitung und Aussöhnung angelegten Friedensordnung, die mit dem Aufbau von legitimer Staatlichkeit (und einer intakten Justiz) einhergehen muss (WILLIAMS et al. 2002 S. 22).

¹¹⁶ LUBAN, David: Just War and Human Rights. in: POGGE et al. 2008 S. 34

¹¹⁷ MERKEL, Reinhard: Das Elend der Beschützten. Rechtsethische Grundlagen und Grenzen der sog. humanitären Intervention und die Verwerflichkeit der NATO-Aktion im Kosovo-Krieg. in: MERKEL 2000 S. 85

III.8 ABHÄNGIGKEIT UND VERANTWORTUNG

Daß auch Nichteinmischung eine Form der Gewalt sein kann, gilt für potentielle Interventionen, zu denken ist unter anderem an Srebrenica, in herausragendem Maße. Nichts desto trotz hat es der Gegenstand an sich, daß ihm eine gewisse Machtasymmetrie zwischen Intervenierenden und und Interventionsziel wesensgemäß bleibt (was der gerechte Krieg noch zu vermeiden versuchte), die Handlungsfolgen sind dadurch notwendig ungleich verteilt und stellen die Gerechtigkeit und Rechtfertigbarkeit einer Einmischung aus einer von Legitimitätsfragen zunächst unabhängigen Perspektive in Frage. *„Der interventionistische Rechtfertigungsdiskurs erfolgt wie selbstverständlich aus der Perspektive der (Über-) Macht und verleiht der anderen Seite zwingend den Charakter des Verfügbaren, eines Maßnahmeobjekts, was neue Ungerechtigkeiten geradezu herausfordert.“*¹¹⁸

Es wurde beschrieben, daß der „irreduzible ethische Pluralismus“ eben nur anscheinend nicht auf tiefer liegende Einheiten zurückführbar ist, die wiederum ein „legitimatisches Minimum“ (a.a.O) konstituieren, dem mangels bisher eindeutiger völkerrechtlicher Basis nur die sanktionsfähigen Stützkonstruktionen einer Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit als gleichsam juridisches Minimum beigegeben werden können. Natürlich muss bedacht werden, daß eine Intervention auch ohne und vor der Anwendung von Gewalt als ultima ratio (etwa in Form von präventiven Unternehmungen durch NGOs oder diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Sanktionen, Embargos und dergleichen mehr) ein Zwangsmittel darstellt, daß auf die Beeinflussung eines Herrschaftssystems von außen zielt, auf diese Weise jedoch anfangs größere Handhabe hat und rechtliche wie insbesondere moralische Bedenken nicht vergleichbar stark ausreizt, selbst wenn die Handlungsfolgen durchaus moralisch verurteilbar sein können. Eine dergestalt zivile Hilfestellung und vorbeugende Konfliktursachenbeseitigung, die immer erstes Mittel der Wahl ist, muss sich leidenschaftslos ihr eigenes Eskalationspotential vergegenwärtigen (FAUST 2002 S. 66).

¹¹⁸ SCHMIDT, Hajo: Menschenrechte und militärische Gewalt. Zur ethischen Problematik humanitärer Intervention. in: DEBIEL 1996 S. 104

Weiterhin macht die ohnehin unaussetzbare Vernetzung und unablässig dichter werdende Verflechtung wirtschaftlicher, sozialer und politischer Handlungszusammenhänge den Einmischungsbegriff schwer greifbar, in einer gar zu weiten Definition sicherlich obsolet und analytisch unbrauchbar. *„Staaten und Gesellschaften könnten sich der wechselseitigen Beeinflussung überhaupt nicht mehr entziehen und mischten sich permanent in die inneren Angelegenheiten anderer Nationen ein.“* (HASENCLEVER 2001 S. 30)

Es wäre dennoch töricht, den Interventionsbegriff wegen der generellen Interdependenz des insgesamt menschlichen Verkehrs aufzugeben, vielmehr ist er zu fixieren als (freilich nach wie vor weitgefasste) zielgerichtete externe Einwirkung auf das Herrschaftssystem eines Staates, die gerade wegen ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten in den Verantwortungsbereich der gesamten Weltgemeinschaft fällt. Dies umso mehr, als in der modernen Staatstheorie der Träger der Souveränität nicht der Staat, sondern das Volk, nicht die Herrscher, sondern die Beherrschten sind. Wer nun der drangsalierten Bevölkerung eines Staates zu Hilfe kommt, *„interveniert nicht, weil er nicht gegen den Souverän, sondern für ihn tätig wird. Diese Einmischung ist nicht nur nicht verboten, sie ist geradezu geboten, die Interessen der Umwelt fallen also mit denen der betroffenen Gesellschaft zusammen“* (CZEMPIEL 1999 S. 137). Diese Auffassung rekurriert stark auf die möglichst frühzeitige und nachhaltige Förderung von Demokratisierungsprozessen durch Einmischung als *„Vorfeldstrategie“*, die umso legitimer sei, je mehr Intervenierende sich, idealiter in einer internationalen Organisation zusammengeschlossen, auf einen Verzicht von Gewalt zugunsten der Glaubwürdigkeit ihrer Sache verständigten und im Einverständnis mit den Betroffenen eben diese in ihrem Bestreben nach Selbstbestimmung bestärkten (ohne Stellvertreterkriege auszulösen). *„Die Intervention zugunsten der Demokratisierung muss also strikt gewaltlos ausgeführt werden. [...] Wird Gewalt angewendet, dann leiden darunter gerade die Bürger, denen die Strategie dienen soll.“* (a.a.O. S. 139)

Strenggenommen leidet darunter zuvorderst die Zustimmung seitens der Bevölkerungen der Intervenierenden, womit der Entschluss zum militärischen Eingreifen bereits deutlich gedämpft wird (JANZEKOVIC 2006 S. 138). Bei allem Verständnis dafür, daß der gewaltfreien Konfliktresolution denn stets stufenweise Vorzug gegenüber der gewaltsamen zu geben

ist, muss Ersterer doch in ihrer realpolitischen Anwendung auch kritisch bescheinigt werden, daß sie allzu häufig erst dann zum Einsatz kommt, wenn sie nur noch zu reagieren vermag, der Konfliktodynamik letztlich halbherzig oder mittellos hinterhereilt, ohne irgendwelche Verbindlichkeit herzustellen. Ihre präventives Potential wird oftmals verkannt oder aufgrund politischer Sensibilität (so der Angst vor einem Angriffskrieg als Interventionsextrem) und Opportunität (geostrategische und wirtschaftliche Nutznießerschaft aus der Duldung von Missständen) nicht oder zu spät ausgeschöpft. Damit wird die meist wesentlich (folge-)kostengünstigere, ja eventuell sogar gewinnbringende nicht-militärische Einmischung schnell zum propagandistischen Euphemismus und zur Geltendmachung pharisäischer Scheinverantwortung diskreditiert.

Es macht den Anschein, als sei es für die internationale Gemeinschaft ebenso schwierig, Verantwortung auf Seiten des Verursachers massiven Unrechts wie Verantwortung auf Seiten des Beseitigers solchen Unrechts eindeutig zu bestimmen (a.a.O. S. 71). An solchen Herausforderungen müssen sich indes nicht zuletzt die Konturen einer weltweiten Moralgemeinschaft schärfen und in ihrer Wirkungsmächtigkeit (oder gegebenenfalls Gehaltlosigkeit) bemessen lassen¹¹⁹. Bemessen und, vermutlich wichtiger, bewertet aber kann die geleistete oder versäumte Verantwortung nur werden, wenn sie sich einen politischen, rechtlichen wie normativen Rahmen gibt, der den Gang zu den Waffen nicht der Willkür oder dem Kalkül einzelner Akteure überläßt, sondern klar unterscheidbaren und in jeder Einzelfallprüfung anwendbaren Kriterien Gestalt und Geltung verschafft¹²⁰.

„Am Ende will mir [daher] scheinen, daß keine politische Ethik der Intervention, so sie sich nicht als kategorisch anti-interventionistisch versteht, des Rückgriffs zumindest auf Teile des in der bellum iustum-Tradition erarbeiteten begrifflichen Rüstzeugs entbehren kann.“¹²¹

¹¹⁹ WELSH, Jennifer M.: Taking Consequences Seriously. Objections to Humanitarian Intervention. in: WELSH 2006 S. 53

¹²⁰ FIXDAL, Mona, SMITH, Dan: Humanitarian Intervention and Just War. in: EVANGELISTA 2005 S. 404

¹²¹ SCHMIDT, Hajo: Menschenrechte und militärische Gewalt. Zur ethischen Problematik humanitärer Intervention. in: DEBIEL 1996 S. 114

III.9 HUMANITÄT UND RESPONSIVITÄT

Wenn auch jeder Krieg zwangsläufig Intervention ist, so kann eine Einmischung aus humanitären Gründen äußerstenfalls phänomenologisch abgeleitet als Krieg qualifiziert und in der politischen Rhetorik als solcher beworben werden. Dies hat nicht nur mit Formalismen wie einer grundsätzlich geforderten Kriegserklärung zu tun, wenn man sich die realpolitische Empirie vor Augen führt, wonach von den 234 militärischen Einsätzen außer Landes der Vereinigten Staaten von Amerika zwischen 1798 und 1993 lediglich fünf als Krieg deklariert wurden (BHATIA 2003 S. 1). Daraus folgt eben nicht, daß es sich im Übrigen um 229 Nicht-Kriege gehandelt haben muss, sondern daß einen Krieg Krieg zu nennen eine Unterwerfung unter seine - weitgreifenden und ihn tendenziell begrenzenden - Regeln bedingt, wohingegen in der terminologischen Grauzone politisch wie militärisch opportune, eine Verrechtlichung und Zivilisierung des Krieges jedoch konterkarierende strategische, taktische und operative Freiheiten geltend gemacht werden können. Darüberhinaus würde eine ernsthaft, das heißt konsistent anhand der alternativlosen Kriterien des gerechten Krieges verfolgte humanitäre Weltsicherheitspolitik weit rigoroser und häufiger zu den Waffen rufen und greifen müssen, als es ihr denkbar lieb und machbar sein kann¹²². Dies umso mehr, als nach dem Wegfall der Bipolarität des Kalten Krieges eine eventuell in einen nuklearen Weltkrieg eskalierende Einmischung eines mächtigen Staates in den Satelliten eines anderen mächtigen Staates nahezu auszuschließen ist, unilaterale Intervention also neuen Auftrieb finden kann, wo sie es darauf anlegt¹²³.

Es zeichnet sich inzwischen tatsächlich ab, daß die militärische humanitäre Intervention nicht nur konzeptionell an Einfluss gewinnt, sondern auch als Etikett, unter dem Einmischungen reüssieren, die recht besehen Krieg, wenigstens aber nicht „humanitäre“ Intervention zu nennen wären, so mitunter im Irak 2003, währenddessen die Kosovo-Einmischung

¹²² SMITH, Michael J.: Humanitarian Intervention. An Overview of the Ethical Issues. in: ROSENTHAL et al. 2009 S. 81

¹²³ FROST, Mervyn: The ethics of humanitarian intervention. Protecting civilians to make democratic citizenship possible. in: SMITH 2001 S. 33

von absurden, ja despektierlichen Wendungen wie „*humanitarian war*“ und „*humanitarian bombing*“ verzerrt wird (WEISS 2007 S. 10). Einmischungen aus anderen als humanitären Motivgemengen, etwa die jüngsten Überlegungen Israels zur Verhinderung eines iranischen Nuklearwaffenprogramms, seien an dieser Stelle außen vor gelassen, insoweit sie ethisch nicht vergleichbar anspruchsvoll im Sinne einer Gerechtigkeits(wieder)herstellung sind.

In einem Wort, humanitäre Intervention unterscheidet sich in ihren Trägern, Gründen und Zielen (in beiden Wortsinnen) von klassischen Kriegsoperationen, was obendrein Auswirkung auf die Wahl der Mittel hat. „*The goal [of humanitarian intervention] is the prevention of gross violations of human rights, not the defeat of an enemy. Humanitarian intervention is defensive and non-escalatory by definition. Its focus is the individual human being and not another state. Humanitarian intervention also has to involve respect for the rule of law and support for democracy. Effectively, it constitutes cosmopolitan law-enforcement and is thus more like policing than war-fighting.*“ (KALDOR 2007 S. 142)

Eine solche Schlussfolgerung ist nach wie vor hauptsächlich Wunschvorstellung angesichts der begrenzten Adäquanz der bis anhin als internationale Schutzexekutive eingesetzten, zur Zeit circa 100.000 Blauhelme (Srebrenica 1993, Ruanda 1994), die die internationale Gemeinschaft und vorrangig die Vereinten Nationen einmal mehr vor fundamentalen Reformbedarf über die eigentlichen Einsatzmodalitäten im Sicherheitsrat hinaus stellt. Um eine effiziente, schnell verfügbare und hinreichend ausgebildete militärische Eingreifreserve aufzubauen, wäre den gängigen Schätzungen nach wenigstens eine Verdopplung der zu jedem Zeitpunkt operierenden Truppen auf 200.000 Mann erforderlich, was einschließlich der zu haltenden Reserve (ein Drittel im Felde, ein Drittel in der Vor-, ein Drittel in der Nachbereitung) ein Aufwachsen hin zu einer de facto-Sollstärke von 600.000 Mann bedeutet (im Vergleich zu weltweit 20 Millionen Soldaten als Angehörige regulärer Streitkräfte)¹²⁴. Die Entwicklung dementsprechender polizeilicher und insbesondere ziviler Kapazitäten ist schwer bezifferbar, im jetzigen Umfang aber weiterhin ungenü-

¹²⁴ O'HANLON, Michael: Expanding Global Military Capacity to Save Lives with Force. in: CROCKER 2007 S. 319

gend. Diese, wenn man so will, Armee der gesamten Welt ist kleiner als die Armee der Schweiz, von der Heterogenität ihrer Zusammensetzung und den damit einhergehenden Leistungsverlusten (natürlich bei gleichzeitigen Synergiegewinnen) ganz zu schweigen.

Ungeachtet aller technischen Fragen, kollidieren das Für und Wider des Einmischungsdilemmas in gleich welcher rechtlichen, politischen und militärischen Konfiguration auf ein und derselben genuin moralischen Ebene: die Rettung unschuldiger Glieder einer globalen Zivilgesellschaft vor massivem Unrecht und die Ablehnung militärischen Zwangs, da dieser selbst unschuldige Menschenleben in Gefahr bringt, sind die zwei Seiten einer Medaille, die aus dem normativen Konsens des unverhandelbaren Werts eines Rechtes auf (ein menschenwürdiges) Leben geschmiedet ist (HEINZE 2009 S. 15). Eine all das inkorporierende praktische Ethik muss unmissverständlich ihre Berechtigung verteidigen und ihre Gerechtigkeit, wo nötig mit Zwang, unter Beweis stellen (KEANE 2004 S. 176).

„Seit dem Gewaltverbot durch das moderne Völkerrecht ist [nun] jeder völkerrechtlich legale Krieg auch ein gerechter Krieg [...]. Eine legitime humanitäre Intervention [hält] demnach dem Staat, gegen den sie sich richtet, lediglich die Rechtsprinzipien vor, auf die er sich selbst schon längst verpflichtet hat [...].“ (ETZERSDORFER 2007 S. 149ff.) Unbestreitbar nimmt sich ein rechtspositivistischer Pragmatismus hier motivisch versöhnlicher aus, als er von den Betroffenen je wahrgenommen werden wird, aber er hat doch gewissen Wert für die ethische Ausgestaltung von Außen- und Sicherheitspolitiken, weil er das responsive Moment demokratischer Verantwortlichkeit erfasst und über Staatsgrenzen hinweg einfordert, so geschehen in Ost-Timor 2006¹²⁵. Es darf nicht geduldet werden, daß die humanitäre Intervention, deren wachsende Akzeptanz auch ein Mündigwerden des Menschengeschlechts versinnbildlicht, als trojanisches Pferd niederer Beweggründe missbraucht wird. Selbst der Heilige Vater stimmt ein: *„Desgleichen wird als dringlich gesehen, innovative Formen zu finden, um das Prinzip der Schutzverantwortung anzuwenden.“*¹²⁶

¹²⁵ COCHRAN, Molly: A pragmatist perspective on ethical foreign policy. in: SMITH 2001 S. 56

¹²⁶ BENEDIKT XVI: Enzyklika Caritas in Veritate. Rom 2009 §67

IV. VERANTWORTUNG ZUM SCHUTZ

IV.1 SCHUTZ UND SICHERHEIT

Das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Gewaltverbot muss in seiner Geltung angesichts über 100 zwischen Mitgliedern der Vereinten Nationen geführter Kriege seit 1945 und dem mehr und mehr Raum greifenden oder - umgekehrt - in dramatischen Fällen versäumten Interventionismus aus humanitären Gründen und im sogenannten Krieg gegen den internationalen Terrorismus neu bewertet werden. Es geht nicht länger darum, ob, sondern wie in welchen Ausnahmefällen und unter welchen spezifischen Bedingungen, mit welcher Begründung, welchem Mitteleinsatz und unter wessen Autorität militärische Gewaltanwendung als Einmischung zur Wahrnehmung - in diesem Fall - humanitärer und ethisch-moralischer Verantwortung gerechtfertigt werden kann¹²⁷.

Gleichsam drängen die erheblichen Zweifel an der Wirksamkeit bestehender Arrangements und Routinen, etwa in Somalia, Ruanda und Sierra Leone, vor allem den Westen, der nach wie vor den Großteil sowohl tatsächlicher Intervention wie auch theoretischer Beiträge verantwortet, zur Etablierung eines von Grund auf revidierten Völkerrechtsstandards und zur Schaffung wirklicher (im Gegensatz zur bisherigen *à la carte*-)Verbindlichkeit eines humanitären *ius ad bellum*¹²⁸. Entsprechende Überlegungen und Bemühungen zum Recht auf humanitäre Intervention und der Ausarbeitung einer Interventionsdoktrin gipfeln beschleunigt durch die Kosovo-Präzedenz 1999 im Dezember 2001 in der Formulierung der „*responsibility to protect*“, der Verantwortung zum Schutz, durch die von der kanadischen Regierung einberufenen und aus hochkarätigen Politikern, Diplomaten, Militärs und Rechtsgelehrten zusammengesetzten „*International Commission on Intervention and State Sovereignty*“

¹²⁷ VON SCHORLEMER, Sabine: The Responsibility to Protect. Kriterien für militärische Zwangsmaßnahmen im Völkerrecht. in: BEESTERMÖLLER 2006 S. 82

¹²⁸ ARYA, Neil: Do No Harm. Towards a Hippocritic Standard for International Civilisation. in: JACOBSEN 2008 S. 182

(ICISS). Obgleich sie drei Monate nach den Septemberanschlägen zunächst auf wenig Gehör stoßen musste (und Debatten um Intervention aus Selbstverteidigung florierten, die in Afghanistan und schließlich im Irak Entsprechung fanden), wurde sie bereits auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen 2005 im Rahmen von Kofi ANNANS Initiative „*In Larger Freedom*“ von den Mitgliedsstaaten gebilligt und ist mittlerweile die fraglos meistreferenzierte moralische Übereinkunft des weltweiten Einmischungsdiskurses, wenngleich der tatsächliche politische Wille, ihr ohne Abstriche Folge zu leisten, bislang verhalten ist (COOPER, VOÏNOV KOHLER 2008). Während kleine Staaten einen Freibrief für eine humanitär verbrämte post-koloniale Einmischungswillkür größerer Staaten fürchten, sehen Großstaaten ihre außenpolitischen Handlungskorridore durch Einigung auf einen gemeinsamen Kriterienkatalog verengt.

In Anbetracht ihres konkreten Gründungsdatums und -ursprungs, läßt sich nun diese keineswegs geradlinige und unwidersprochene Entfaltung der Schutzverantwortung recht präzise rekonstruieren, eine Theoriegenese, die in solcher Eindeutigkeit für die ihr zugrunde liegende Tradition des gerechten Krieges und das bisherige, kaum übersehbare, sich an der eigenen Polyphonie stets stark abnutzende Interpretationspanorama humanitärer Einmischungen nur schwer festgestellt werden kann.

Innovativ ist zunächst die Annahme zweier Souveränitätsbegriffe, der Staat als klassisches Völkerrechtssubjekt einerseits, das Individuum als gleichberechtigter, im Grenzfall zu bevorzugender Träger von Souveränität andererseits, die freilich auch auf SENGHAAS' schon besprochene Konzeption einer Weltinnenpolitik und einem darin zu verortenden Weltinnenrecht rekuriert. Dieses nimmt die Schutzbedürftigkeit von Menschen vor Gewalt, vor Not und den Schutz der Freiheit zur sanktionierbaren Basis einer Friedensidee, die den staatlichen Souveränitätsanspruch bei anhaltender Missachtung in Frage stellt. Kritisch entgegnet werden muss indes, daß „*das wohlfahrtsorientierte und strukturell begründete Modell der Weltinnenpolitik ein Konzept sei, daß nur einen Teil der Welt beschreibt, nämlich die OECD-Welt, die sich in der Tat durch eine ‚unvergleichliche materielle, kommunikationsmäßige, informationelle und institutionelle Vernetzung‘ auszeichne*“ (LEHMKUHL 2001 S. 339). Wirkungsvoll aber bleibt die auch von den Vereinten Nationen seit Jahren propagierte Auffassung, den Einmischungsdiskurs vornehmlich im Lichte menschlicher Sicherheit

zu führen und in deren normativem Potential menschenrechtlich zu universalisieren¹²⁹.

Diese Sicherheit kann, wie die Evangelische Kirche Deutschlands exemplarisch für die theologische Beurteilung ausführt, nicht rein militärisch gewährleistet werden, im Gegenteil sei „*nur im Rahmen eines [...] Anliegens, die Anwendung militärischer Gewalt konsequent und umfassend zu monopolisieren und auf den Grenzfall der ultima ratio einzugrenzen, [...] die Drohung mit und der Einsatz von militärischer Gewalt ethisch noch vertretbar*“ (KIRCHSCHLAGER 2007 S. 101). Die Rede ist also von einem erweiterten Sicherheitsbegriff, der die Menschenrechte herausführt aus ihrem „*institutionellen Exil*“ und in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und Rechenschaft rückt (OBERLEITNER 2007 S. 144). Daraus ergibt sich, daß die staatliche Souveränität nach außen nicht mehr unabhängig von der menschenrechtlichen Performanz des Regimes nach innen zuerkannt werden kann, sondern dahingehend „*umgewertet*“ werden muss, dessen Verantwortung gegenüber Leib und Leben seiner Bürger explizit zu erfordern und zum Maßstab einer nachhaltig kooperativen „*global governance*“ zu machen (CHRISTOPHERSEN 2009 S. 80).

Die verkürzte Kernaussage der Schutzverantwortung stellt sich somit in den Worten Kofi ANNANS wie folgt dar: „*State sovereignty, in its most basic sense, is being redefined — not least by the forces of globalization and international co-operation. States are now widely understood to be instruments at the service of their peoples, and not vice versa. At the same time individual sovereignty — by which I mean the fundamental freedom of each individual, enshrined in the Charter of the UN and subsequent international treaties — has been enhanced by a renewed and spreading consciousness of individual rights. When we read the Charter today, we are more than ever conscious that its aim is to protect individual human beings, not to protect those who abuse them.*“ (International Development Research Centre 2001 S. 11)

¹²⁹ SHAW, Timothy M., MACLEAN, Sandra J., BLACK, David R.: A Decade of Human Security. What Prospects for Global Governance and New Multilateralisms? in: MACLEAN 2006 S. 11

IV.2 KOSMOPOLITISMUS UND VERANTWORTUNG

Die Verantwortung zum Schutz, oberflächlich begriffen bestehend aus einem Schutzinterventionsismus und einer Interventionsverantwortung, mag bislang - wie andere Völkerrechtsnormen auch - weit davon entfernt sein, ihre Unterstützer rechtlich zu binden, sie ist nach ihrer Akklamation 2005 ein sich in Entwicklung befindliches Völkerrechtsprinzip, politisch jedoch bindet sie - oder vielmehr ihre Unterlassung - durchaus schon jetzt (VAN EEKELEN 2006 S. 220). Umso bedeutsamer ist im Zuge der Herstellung allgemeiner Folge- und Implementierungsbereitschaft der konsensfähige normative Kern einer humanitären Interventionsdoktrin, die ihrerseits einem, so eine Auslegung, konsequenzialistischen Kosmopolitismus Gehör verschafft, spricht einem abgestuften System politischer Obligation und geteilter Verantwortlichkeit, das in angemessenem Verhältnis zur Leistungsfähigkeit seiner jeweiligen Agenten steht.

Folgt man diesem Konsequenzialismus, wäre gerade den einzelnen moralischen Agenten eine kaum zumutbare, respektive beherrschbare Verantwortungslast aufgebürdet, die moralische Unterfütterung von Verantwortung würde durch die möglicherweise konfligierende Exegese von Erst- und Letztbegründungen Schaden nehmen, weshalb sie (entgegen beispielsweise der Sorge um die Einhaltung von Menschenrechten auf allen Ebenen) unabdingbar auf kollektiver Basis anzunehmen ist. „*Consequentialist cosmopolitanism maintains that an important part of the total normative burden at the international level is borne by collective institutions, whose net of responsibilities, on the one hand, promises to be more effective than (even coordinated) individual actions, and on the other, alleviates much of the moral workload which usually oppresses the single agent.*“ (MARCHETTI 2008 S. 69)

Einher geht das Verständnis, daß aller politischen Initiative, die sich auf eine humanitäre globale Rechenschaft zurückführt, zwar individuell Widerstand geleistet werden mag (und, wie die Geschichte zeigt, energisch geleistet wird), die Initiative selbst wiederum Gewicht und Gültigkeit erst durch ihre möglichst umfassende Trägerschaft reklamieren kann, was denkbare Unilateralismen aufweichen soll. Da damit jedoch auch implizit

bekundet wird, daß das unterschwellige Ziel der Intervention zuletzt die notwendigenfalls mit Zwangsmitteln erzwungene Demokratisierung sei, erhebt sich erwartungsgemäß lautstarke Kritik aus Staaten, deren demokratischer Anspruch bestenfalls Dekoration ist. Die Erzwingung von Menschenrechten mittels Zweifeln an der Universalität von Werten (und der sie naturgemäß befördernden oder behindernden Staatsformen) zu widerlegen oder ad absurdum zu führen, ist, wie bereits angeführt, gleichermaßen unanständig wie irrig.

Gerade die Einbeziehung der kosmopolitischen, besser weltbürgerlichen Qualität der Verantwortung in das Konzept der menschlichen Sicherheit ist ursächlich für die weithin als gelungen empfundene Aktualisierung des Kriterienkatalogs des gerechten Krieges und dessen Operationalisierung für humanitäre Interventionen, sie ist wegweisend für die Wägung und eben auch, obzwar gerne verkannt, Hegung von Kriegen im 21. Jahrhundert. „*The explicit articulation of a cosmopolitan conception of human security and a corresponding right to peace is a positive development in global politics inasmuch as it decentres the state in our understanding of the human community and delegitimizes offensive war and organized violence as the generally accepted means for the ‚continuation’ of realist politics. [...] Just war theory when defined in suitably narrow fashion helps to contribute to our thinking on issues of human security in several ways.*“ (HAYDEN 2005 S. 91)

Zum einen stellen die hergebrachten Elemente des ius ad bellum ungebrochen und auch für den Zweck humanitärer Einmischung die stringenteste normative Kategorisierung gerechter und gerechtfertigter Anwendung von organisierter militärischer Gewalt dar. In der Verantwortung zum Schutz werden sie erstmals (wieder) in ihrer Ganzheit an bemerkenswert prominenter und zentraler Stelle zum praktischen Gerüst des gesamten theoretischen Gebildes. Zum anderen aber tragen sie nunmehr dazu bei, den Katalog ungerechter Kriege beträchtlich auszuweiten, nämlich auf alle Einmischungen, die nicht humanitärer Natur sind (ungeachtet der außer Frage stehenden Fälle von Selbst- und Bündnisverteidigung). Der realistische, zuvorderst nationalstaatlich-interessenpolitisch konnotierte Sicherheitsbegriff inkorporiert, wenn auch langsam, so doch spürbar das neue Paradigma einer residualen Verantwortlichkeit, die dem Staat als primärem Agenten der Schutzverantwortung - ob er will oder

nicht - ein sekundär regionales und tertiär internationales Auffang- aber auch Kontrollnetz („*fallback responsibility*“) beiseite stellt. Dabei versteht sich die Schutzverantwortung rundum als Resultat eines auf ein klar begrenztes Mandat hinwirkenden politischen Realismus, wie ihre Urheber betonen¹³⁰. Natürlich muss hinzugefügt werden, ohne tiefer darauf einzugehen, daß auch die Verantwortung zum Schutz über die militärische Einmischung als allerletztes Mittel verfügt, politische, diplomatische und wirtschaftliche Schritte sollen wann immer möglich mehrstufig vorausgehen und, etikettiert als „*responsibility to prevent*“, deeskalieren.

Die Einwände, ein allzu rigides humanitäres Sensorium demontiere die staatliche Souveränität als Eckstein der internationalen Gemeinschaft, müssen daher beschwichtigt werden: die Schutzverantwortung verschiebt und exponiert die Souveränität vielmehr ganz ausnehmend, indem die wahrgenommene Verantwortung eines Staates gegenüber dem Wohlergehen seiner Bürger (ergo Schutzbefohlenen) auch den Schutz der eigenen Souveränität erst begründet, der Schutz nach innen - im Rahmen der Selbstbestimmung - demgemäß den Schutz nach außen - im Sinne der Unabhängigkeit - garantiert und zum Anreiz macht. Souveränität wird zur kompetenziellen Eigenschaft, sie muss fortlaufend erworben und bestätigt werden und ist nicht länger absolutes Abwehrrecht. Freilich legt das internationale System schon vorher durch seine wechselseitigen Abhängigkeiten und Verbindlichkeiten eine gewisse Relativierung souveräner Absolutheit an, was wiederum von Schwächeren als Willkür der Stärkeren gewertet wird (LEWICKI 2006 S. 66). Militärisch und ökonomisch unterlegenen Staaten, und um solche handelt es sich bei den meisten Interventionszielen, bleibt argumentativ nachvollziehbarerweise allein die Berufung auf ihre „*naturgegebene*“ völkerrechtliche Unantastbarkeit, um eine Einmischung durch externe Akteure als Unrecht zu brandmarken, ihnen gibt denn die zunehmende Verrechtlichung der Schutzverantwortung und die Aufwertung der Bevölkerung innerhalb eines Staates zum „*primären Referenzpunkt*“ weniger Anlass zur Hoffnung als zur Furcht vor Kontrollverlust¹³¹.

¹³⁰ THAKUR, Ramesh: Intervention, sovereignty, and the responsibility to protect. in: THAKUR 2006 S. 183

¹³¹ KISO, Jan Ole: Responsibility to Protect. Schritte zur Realisierung der neuen internationalen Verantwortung? in: WEISS et al. 2007 S. 297

IV.3 STAATLICHKEIT UND ZIEL

Während die Verantwortung zur Früherkennung von humanitären Konfliktodynamiken und zur präventiven Verhinderung ebensolcher in erster Linie in den Geschäftsbereich der Generalversammlung sowie des Menschenrechtsrates und den 2004 neu geschaffenen Posten des „*Special Adviser for the Prevention of Genocide*“ der Vereinten Nationen fällt, ist die Schutzverantwortung im Sinne einer „*responsibility to react*“ Werkzeug des Sicherheitsrates, das von den Friedenskonsolidierungsmissionen als Bestandteil der „*responsibility to rebuild*“ und dem Internationalen Strafgerichtshof komplementiert wird. Daß mittlerweile auch auf höchste Initiative ein gesonderter „*Special Adviser on the Responsibility to Protect*“ eingesetzt wurde, zeugt davon, wie sehr man in den Vereinten Nationen bemüht ist, Verbindlichkeiten auch institutionell und bürokratisch zu stabilisieren und den Themenkomplex auf Dauer in die Menschenrechtsagenda einwirken zu lassen, während parallel dazu allen voran der Internationale Strafgerichtshof Pionierarbeit in der Ausbildung eines Völkerstrafrechts, das auch humanitäre Unterlassungssachverhalte justitiabel macht, leistet. Denn „*Recht ist nur das, was erzwungen werden kann; ohne die Ausbildung eines Völkerstrafrechts kann das Völkerrecht nicht Recht im vollen Sinne des Wortes genannt werden*“ (HÖSLE 2000 S. 1055). Auch der Massen- und Völkermörder ist zuvorderst eins: ein Mörder.

Da Menschenrechte und Sicherheit im Verständnis der Schutzverantwortung unteilbar sind, ist jene nicht bloß (politikbedürftiges) erbetenes oder ungebetenes militärisches Einmischungsinstrumentarium zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung in notorisch maroden Staaten der Dritten Welt, sondern erhebt in ihren Ansprüchen auf gleiche Weise Gültigkeit in jedwedem übrigen politisch-gesellschaftlichen Kontext. Auch in den demokratischen, industrialisierten und, wie man sagt, zivilisierten Ländern der westlichen Welt trägt der Staat die Schutzverantwortung gegenüber seinen Bürgern, und selbst hier finden natürlich Menschenrechtsverletzungen statt (so beispielsweise im Menschenrecht auf Wohnen), die mit aller Strenge überprüft und geahndet werden müssen, allerdings haben sie freilich heutzutage kaum je die elementare Qualität von „*mass atrocities*“ gegen Leib und Leben, rechtfertigen also auch keine

Intervention mit militärischen Mitteln, wohl aber wachsame Kritik und kein blindes Verlassen auf den Ewigkeitscharakter eines rechtstaatlichen Humanismus¹³².

Führt man sich jedoch vor Augen, daß zwischen 1816 und 1991 kein Krieg zwischen Demokratien, 155 Kriege zwischen Demokratien und Nicht-Demokratien sowie 198 Kriege zwischen Nicht-Demokratien ausgetragen wurden, und daß im 20. Jahrhundert mehr Menschen von ihren eigenen Regierungen in Genoziden ermordet wurden (nämlich etwa 192 Millionen) als im tatsächlich kriegerischen Konflikt gefallen sind (etwa 110 Millionen), darf viererlei gefolgert werden (RUMMEL 2002 S. 2f.): erstens wirkt sich die Staatsform offenbar ganz erheblich auf die Neigung zu organisierter Massengewalt nach innen und nach außen hin aus, der demokratische Friede ist empirisch signifikant (befreit sich aber kaum von schweren methodischen, statistischen und definitorischen Unzulänglichkeiten); zweitens sind massive Menschenrechtsverletzungen eines Staates gegen die eigenen Bürger (ethnische Säuberungen, Genozid und systematische Vertreibung) keineswegs ein neuartiges Phänomen; drittens sind dergestalt Verbrechen eben nicht automatisch Folge zerfallener oder mangelnder Staatlichkeit, sondern erfordern in ihrer Monstrosität rundheraus ein intaktes Machtzentrum, das womöglich sogar von den eigenen Bürgern legitimiert wird (man erinnere sich daran, daß HITLER die Macht nicht ergriff, sondern gewählt wurde), funktionierende und mithin rechtmäßige Staatlichkeit ist daher kein Garant für menschenrechtliche Performanz; und viertens ist der humanitäre Interventionismus als Klasse des Krieges eine begrifflich, teleologisch wie moralisch zuweilen nebulöse Chimäre. „[This] reminds us that the morality of intervention cannot be divorced from the international context and that civil war, outside intervention, and interstate conflict are hard to disentangle. [...] In examining the goals of humanitarian intervention, one has to distinguish between ultimate general goals and intermediate specific ones.“¹³³

¹³² RICE, Susan E., LOOMIS, Andrew J.: The Evolution of Humanitarian Intervention and the Responsibility to Protect. in: DAALDER 2007 S. 59

¹³³ HASSNER, Pierre: From War and Peace to Violence and Intervention. Permanent Moral Dilemmas under Changing Political and Technological Conditions. in: MOORE 1998 S. 19ff.

Allein die spezifischen (Protektions-)Ziele (Einstellung anhaltender Gewalt, Wiederherstellung der Ordnung) gelten der Schutzverantwortung als militärisch beantwort- und lösbar, die Abstellung der Konfliktgründe und der (Wieder-)Aufbau sowie die menschenrechtlich orientierte Zivilisierung des Staates (oder der gegebenenfalls nicht-staatlichen Akteure wie etwa Rebellengruppierungen) ist nachhaltig nur in einem gewaltfreien, zivilgesellschaftlichen Umfeld erfolgversprechend. Auch hier geht es folglich nicht zuerst um die Rechte und Auslegungsspielräume der Interventionsierenden, sondern um die genuinen Verantwortlichkeiten der Staaten und der Staatengemeinschaft zur Ursachenbeseitigung an sich. Schon allein aufgrund dessen, daß die Staatengemeinschaft nachgeschaltet die vernachlässigte Schutzverantwortung eines Einzelstaates kollektiv und kooperativ ausüben soll, steht sie selbst bei tadellosem eigenen Verhalten in positiver Rechtspflicht.

Die völkerrechtliche Basis zur Ächtung massiver Verletzungen gegen die Menschlichkeit ist, wie gezeigt, mit den Genfer Konventionen, ihren Zusatzprotokollen, der Völkermordkonvention und weiteren Übereinkünften heute durchaus gegeben, die Weiterentwicklung der daraus notwendig werdenden Rechtsinstrumente, auch in völkergewohnheitsrechtlicher Hinsicht, findet in der Schutzverantwortung denn ihren „harten Kern: *Die Pflicht zur Verhütung und Bestrafung von Völkermord (Art. 1) ist [eben, trotzdem in Bezug auf die Schutzverantwortung noch nicht endgültig kodifiziert, auch] im rechtlichen Sinne zu verstehen, nicht lediglich als moralische oder politische Verpflichtung. [...] Dabei ist die Verpflichtung zur Verhütung von Völkermord eine konkrete Verhaltenspflicht: Es gilt sicherzustellen, daß Staaten mit der angemessenen Sorgfalt (,due diligence’) alle vernünftigen, in ihrer Macht stehenden Mittel ergreifen, um Völkermord zu verhüten. [...] Neuland betritt der Bericht der Bericht der ICISS [...] dort, wo er [...] vorschlägt, den Entscheidungs- und Willenbildungsprozess im [Sicherheits-/Rat mit Blick auf Militäraktionen an gewisse, zum Teil aus der Lehre des gerechten Krieges entlehnte Prinzipien zu binden*“¹³⁴.

¹³⁴ VON SCHORLEMER, Sabine: Die Schutzverantwortung als Element des Friedens. Empfehlungen zu ihrer Operationalisierung. Stiftung Entwicklung und Frieden. Policy Paper 28. Bonn 2007 S. 3f.

IV.4 GRENZE UND SCHWELLE

Da das Hauptaugenmerk der Schutzverantwortung auf einer „*Kultur der Prävention*“ und nicht den Bedingungen reaktiven militärischen Einschreitens liegt, wird Vorbeugung weit gefasst als struktureller Ansatz, davon ausgehend, daß die Ursachen sich gewaltsam entladender humanitärer Konflikte systemisch angelegt sind, so etwa in ungenügendem Minderheitenschutz, der Ungleichverteilung von Mitteln und Gütern, industrieller Unterentwicklung oder korruptem Regime. Dem stellt die Verantwortung zum Schutz die Stärkung von „*good governance*“, Menschenrechten, die Steuerung von „*security sector*“- und Justizreform und den Umweltschutz entgegen (BELLAMY 2009 S. 99). Insbesondere letztgenannter ist im Hinblick auf die zahlreichen humanitären Extremsituationen, die auf (häufig auch von anthropogenen Ursachen mitausgelösten) Naturkatastrophen - beispielsweise Fluten, Missernten und Hungersnöten, kein Zugang zu Trinkwasser - zurückzuführen sind, eminent sicherheitsrelevant. Nun sind sich in humanitärem Massenelend niederschlagende Naturkatastrophen freilich nicht kriminalisierbar, auch eine militärische Antwort macht hier einzig als Ordnungsgarantie, infrastrukturelle Nachsorge und Hilfsleistung zugunsten des zivilen Katastrophenschutzes Sinn. Naturkatastrophen sind vielfach ein Beispiel für den Fall, in dem die betroffene Regierung ihrer Schutzverantwortung aus Kapazitätsgründen nicht nachkommen kann, selbst wenn sie es wollte.

Es ist dem humanitären Militäreinsatz, ganz gleich welcher Grundlage er schließlich entspringt, wesensgemäß, daß er kurzfristig, klar begrenzt auf schwerwiegendste humanitäre Notfälle und politisch beherrschbar sein muss. „*In brief, humanitarian intervention is meant to protect fundamental human rights in extreme circumstances; it is not meant directly to protect or promote civil and political rights. Military intervention for human protection purposes takes place in a hostile environment, where the political order is contested and the national government does not have the capacity or the will to respond to the basic needs of people for safety, shelter, food, water and medical services. [...] Politicians call these situations crises or wars; humanitarian workers call them complex emergencies; soldiers used to call them military*

operations other than war and now refer to them as peace operations.“
(SEYBOLT 2007 S. 6)

SCHMITTs Annahme, wonach Souverän sei, wer im und über den Ausnahmezustand entscheide, drängt sich dabei - wenngleich unter völlig anderen Vorzeichen, da sich die unreduzierbare Differenz von Staat und Recht hier quasi umkehrt und das Recht bestehen bleibt, während der Staat zurücktritt und suspendiert wird - erneut in seiner ganzen Komplexität auf¹³⁵. So wandelt sich die Lesart von Souveränität als Kontrolle in der Verantwortung zum Schutz hin zum Verständnis von Souveränität als Verantwortung (ICISS 2001 S. 13), das militärische Eingreifen setzt die staatliche Souveränität und Verfügungsgewalt wenigstens kurzfristig außer Kraft (a.a.O. S. 29).

Daß dabei das Militärische auch präventive Funktion haben kann und nicht erst durch Gewalt befrieden muss, wird im Kontext des eine Beobachter- oder ad hoc Untersuchungsmission bei Bedarf sekundierenden „*preventive deployment*“ schlüssig, oder eben dort, wo eine Truppenentsendung zur Streitschlichtung nicht beizeiten stattfindet, um weitere Eskalation durch eine „*show of force*“ zu unterbinden, so geschehen in Ruanda 1994. Die möglichst frühzeitige Entscheidung zum Handeln ist die zentrale Glaubwürdigkeitsdemonstration der Absichten und aufrechten Sorge um Verantwortlichkeit der internationalen Gemeinschaft für Interventionen im 21. Jahrhundert. Gewiss ist der politische Wille hierzu auch durch die hohe Legitimitätsschwelle militärischen Auslandsengagements gedämpft, und doch ist die vorneweg wachsende Akzeptanz humanitärer Militäreinsätze als politische Option (oder auf dem Papier gebotene Zwangsläufigkeit) überhaupt ein Schritt hin zur Einbettung der Schutzverantwortung in ein konsensuales friedenspolitisch verdichtetes Gesamtkonzept¹³⁶.

Es ist allerdings ebenfalls diese Schwelle des handfesten militärischen Eingreifens, die die Operationalisierung der Schutzverantwortung vor praktische Schwierigkeiten stellt, indem sie nämlich den Tatbestand der

¹³⁵ BROWN, Chris: From humanized war to humanitarian intervention. Carl SCHMITT's critique of the Just War tradition. in: ODYSSEOS et al. 2007 S. 62

¹³⁶ WEISS, Thomas G.: Using military force for human protection. What next? in: NEWMAN 2009 S. 377

„*conscience-shocking situation*“ einführt, der bereits in seiner rührseligen Greifbarkeit gemahnt, daß „*Ethik nicht durch Recht ersetzt werden kann*“¹³⁷. Militärischer Zwang durch Gewaltanwendung ist ausschließlich als Reaktionsverantwortung und keinesfalls vorauseilend statthaft, was zynischerweise dazu führt, daß eine entschiedene militärische Reaktion unter Umständen erst erfolgt, wenn bereits massive Menschenrechtsverletzungen in Form von Massakern, Völkermorden oder ethnischen Säuberungen nachweisbar sind. Um dem entgegenzuwirken, schlagen die Urheber der Schutzverantwortung sechs Schwellenkriterien in Anlehnung an die Kataloge des gerechten Krieges vor, die eine Ausnahme vom Prinzip der Nicht-Einmischung hinreichend begründen können, nämlich die gerechte Autorität, den gerechten Grund, die rechte Absicht, Gewalt als ultima ratio, Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Aussicht auf Erfolg des Unterfangens.

Es ist bezeichnend, daß diese Liste auf den ersten Blick die in der Tradition des gerechten Krieges moralisch so überaus bedeutsame Frage nach der Diskriminierung von Kombattanten und Non-Kombattanten (RAE 2000 S. 255) nicht expressis verbis aufgreift und damit den veränderten Einsatzrealitäten heutiger humanitärer Intervention Rechnung trägt, bei denen der Feind gemeinhin kein ganzer Staat ist, und die spezifischen Gegner häufig keine Uniformträger sind, wodurch das „*law enforcement*“, also das tendenziell polizeiliche Stellen von Verbrechern, abermals handlungsleitend wird, fürwahr nicht ohne Paradoxien, wo Täter und Funktionäre gerade zu „*unlawful enemy combatants*“ werden. Daß dabei dem Gegner, der kein direkt im Kampfe stehender Kombattant im klassischen Sinne mehr sein muss, zugleich der Status einer legitimen Konfliktpartei, die sich als souveränes Sprachrohr eines Staates geriert, abgesprochen werden kann, zeigt auf freilich anderer Bühne der bei weitem nicht überall so genannte „*Krieg*“ gegen den Terrorismus. Obgleich das Diskriminierungsgebot ungebrochen Dreh- und Angelpunkt der Moralität eines jeden Krieges oder kriegsähnlichen Zustandes bleibt, ist es selbst in substantiellem Wandel begriffen, um weiter anwendbar zu bleiben¹³⁸.

¹³⁷ VON SCHORLEMER, Sabine: Die Schutzverantwortung als Element des Friedens. Empfehlungen zu ihrer Operationalisierung. Stiftung Entwicklung und Frieden. Policy Paper 28. Bonn 2007 S. 11

¹³⁸ O'BRIEN, William V.: The Conduct of Just and Limited War. in: WHITE 2009 S. 30

IV.5 FÄLLE UND REGELN

Indem die Eingriffsvoraussetzungen humanitärer Militäroperationen im Rahmen der Schutzverantwortung der *bellum iustum*-Tradition entlehnt werden, wird der „*im Kontext mit der in der deutschen Friedensethik erhobenen, aber nicht unumstrittenen Forderung nach einer Weiterentwicklung des normativen Konzepts der Lehre vom gerechten Krieg zu einer Theorie der legitimen Anwendung militärischer Gewalt [entsprochen, die darauf zielt,] systematisch zusammenhängende normative Kriterien zu entwickeln und ‚pragmatische Anwendungsregeln‘ zur Verfügung zu stellen*“¹³⁹. Ein solcherart rückgebundener „*normativer Pragmatismus*“ bedient sich also unverhohlenen ethischer Überlegungen, um positiviertes Recht in seinem Kerngehalt zu universalisieren¹⁴⁰.

Im Zentrum der Prüfung steht der gerechte Grund, der erst durch radikale Reduktion auf möglichst wenige zulässige Ausnahmen Trennschärfe gewinnt. Als gerecht kann ausschließlich das Aufhalten oder Verhindern der versuchten oder tatsächlichen massenhaften Auslöschung oder bewussten Gefährdung menschlichen Lebens begründet werden, so namentlich in Gestalt von Genoziden und ethnischen Säuberungen, systematischen Tötungen, Vertreibungen, nicht näher spezifizierten Akten des Terrors oder der Vergewaltigung, herrührend aus dem geoffenbarten Willen des Staates, dergestalt Verbrechen zu verüben, oder aus dessen Unfähigkeit und Unwilligkeit, sie zu unterbinden, wo er nicht unmittelbar Täter ist. Das Kriterium eines gerechten Grundes wird *prima facie* „*großzügig*“ (ICISS 2001 S. 32) befriedigt, wenn konkret eine oder mehrere der folgenden sechs Straftatbestände zum Tragen kommen: 1) Verbrechen in Zusammenhang mit der Genozidkonvention von 1948; 2) die Bedrohung oder de facto-Vernichtung menschlichen Lebens in großem Ausmaß, mit oder ohne staatliche Deckung; 3) die physische Beseitigung bestimmter ethnischer oder sozialer Gruppen aus einem definierten geographischen Umfeld, die erzwungene Vertreibung oder ethnische Neukonfiguration bestehender Verhältnisse durch Vergewaltigung oder Sterilisation; 4)

¹³⁹ VON SCHORLEMER, Sabine: The Responsibility to Protect. Kriterien für militärische Zwangsmaßnahmen im Völkerrecht. in: BEESTERMÖLLER 2006 S. 90

¹⁴⁰ BRANDOM, Robert: Pragmatics and pragmatisms. in: CONANT 2002 S. 50

Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Verletzungen des Kriegsvölkerrechts, wie sie in den Genfer Konventionen und Zusatzprotokollen beschrieben werden, soweit sie Massentötungen und ethnische Säuberungen inkludieren; 5) Situationen des Staatszerfalls, insofern sie die Bevölkerung in der Breite dem Verhungern und / oder der Gefahr eines Bürgerkrieges aussetzen; 6) erhebliche Naturkatastrophen, deren Folgen vom Staat nicht mehr beherrscht werden können, ohne daß gleichsam externe Hilfe erbeten wird (a.a.O. S. 33).

Definitiv wird keinerlei Versuch unternommen, die erforderliche große Anzahl von Opfern („*large scale*“) zu quantifizieren, was die intendierte Nothilfe einerseits beliebig wirken lassen kann, sie andererseits aber auch vor einem zynischen Aufrechnen bewahrt (EVANS 2008 S. 142). Bemerkenswert ist, daß ein antizipatorisches militärisches Eingreifen bei entsprechender klarer Beweislage (und nicht bloßer Vermutungen über die Absichten eines Regimes, was präzise und unabhängige Faktenfindungsmissionen erfordert) aus moralischen Gründen nunmehr geboten ist. Dabei mache es, so der Bericht, moralisch keinen Unterschied, ob ein staatlicher oder ein nicht-staatlicher Akteur die militärisch zu beantwortenden Gräueltaten verbrochen hat, im Gegenteil sogar der Kampf gegen einen nicht-staatlichen Akteur aus Nicht-Interventionsabwägungen opportuner wird, da er die legitime Staatlichkeit in ihrer Souveränität nicht touchiert. Ebenso wenig sind weiterhin die Motive des Verursachers angesichts ihrer gravierenden Konsequenzen von Belang, Menschenrechtsverletzungen des geschilderten Ausmaßes gelten per se als unentschuldigbar und nicht rechtfertigbar (CHUTER 2003 S. 84). Es ist dabei einerlei, ob sich die genannten Notfälle innerhalb der territorialen Grenzen eines Staates zutragen oder darüber hinaus streuen, allerdings gilt Letzteres ob der erhöhten Eskalationsdynamik als zusätzliche Herausforderung für eine Einigung im Sicherheitsrat, welcher allein den Militäreinsatz über die gewichtigsten völkerrechtlichen Zweifel erheben autorisieren kann.

Davon unberührt bleiben selbstverständlich die praxisüblichen Fälle sonstiger legitimer Gewaltanwendung unter Artikel 51 und Kapitel VII der UN Charta, so - neben der Selbstverteidigung - etwa die Rettung eigener Staatsbürger in fremdem Territorium oder die Reaktion auf aus fremden Staaten ausgehende terroristische Gewalt im eigenen Lande. Es kann somit durchaus zugestimmt werden, daß dieser Modus zwar den

politischen Willen und die benötigten militärischen Kapazitäten kaum garantieren kann, die Frage nach der gerechten Autorität ist indes durchaus neu bestätigt (SCHULTE 2009 S. 25).

Festzuhalten ist, daß die konkrete Bedrohung oder Vernichtung von Leib und Leben und nur diese als gerechter humanitärer Eingriffsgrund zulässig ist, rassische Diskriminierung, systematische Gefangennahme gewisser Bevölkerungsgruppen, die Unterdrückung politischen Widerstandes oder der Umsturz eines nicht-demokratischen Regimes genügen der Kommission explizit nicht als gerechter Grund einer möglichst multilateralen Einmischung, gleichwohl mögen sie die Lagebeurteilung und Zielermittlung vereinfachen. „*Our purpose is not to license aggression with fine words, or to provide strong states with new rationales for doubtful strategic designs, but to strengthen the order of states by providing for clear guidelines to guide concerted international action [...].*“ (ICISS 2001 S. 35)

Der Anspruch, ein Eingreifen auf denkbar breiteste, also kollektive oder multilaterale Basis zu stellen, korrespondiert mit der Bedingung, im Interesse und mit Zuspruch und Unterstützung der betroffenen Bevölkerung zu handeln. Daraus konstituiert sich die rechte und gerechte Absicht der Schutzverantwortung, die freilich, so die Autoren realistisch, nicht aus reinem Altruismus und idealer Moralität gespeist wird, sondern einer komplexen Gemengelage entspringt, die auch im Eigeninteresse in Anbetracht der gegebenenfalls hohen (Folge-)Kosten rechtfertigbar sein muss. Daß heutzutage verantwortungsbewusstes und „gutes Weltbürgertum“ (a.a.O. S. 36) zugleich als nationales Selbstinteresse gefasst werden muss, schafft denn doch einen deutlich moralischen Impetus.

Während sich fürderhin das ultima ratio-Kriterium von selbst versteht, erweisen sich die Verhältnismäßigkeit der Mittel und die Aussichten auf Erfolg als schwieriger zu erfüllen. „*The use of force is proportional to the achievement of a particular moral end only when it is necessary when compared with other forcible and nonforcible alternatives for achieving the same moral end.*“ (LEPARD 2002 S. 87) Wird die Proportionalität noch von der zu erwartenden Friktion und Asymmetrie des Mitteleinsatzes verkompliziert, ist der konsequenzialistische Vernunftswert der Erfolgsprognosen („*reasonable prospects*“) ähnlich vage wie seine Berücksichtigung in erfolgten Interventionen (JANZEKOVIC 2006 S. 55).

IV.6 AUSSICHT UND AUSGLEICH

Die Erfolgsaussichten und die Akzeptanz einer militärischen Intervention hängen vorneweg eng zusammen mit ihrer Einbettung in eine zivil und politisch wünsch- und machbare Nachkriegsumwelt, die „*exit option*“ hat ius ad bellum und ius in bello Zügel anzulegen. „*Exit strategizing, however, cannot ignore the political risks incurred through responsibility for leaving a mess worse than that originally encountered. [...] International response to internal conflict, it suggests, is best met by applications of technical, organizational or military capacity designed to solve immediate problems. Once those tasks are completed, so this logic runs, then withdrawal is justified, responsibility returning to local hands.*“ (ALLEY 2004 S. 153)

Damit wird neuerlich sichtbar, daß der militärische Auftrag im modernen Verständnis nur eine punktueller, begleitender und temporärer sein kann, eine brauchbare Konzeption des Einsatzendes ist denn, wie die anhaltenden Kontroversen um den Truppenabzug aus dem Irak und Afghanistan auf eine ihre tatsächlichen Planungsdefizite dekuvierende Weise zeigen, das wesentliche Hindernis, aus moralischen Erwägungen überhaupt zu den Waffen zu rufen. Die Post-Intervention ist von kaum zu überschätzender Bedeutung für die Rechtfertigbarkeit der Entscheidung militärisch vorzugehen, um Ursachen, Symptome und Perpetuierung eines diagnostizierten humanitären Übels zu kurieren. Solange das Nachkriegsszenario nämlich bloß die Alternativen vorgibt, eine volle Souveränität des Staates, in den eingegriffen wurde, ohne weitere Okkupation zu erneuern und anzuerkennen oder eben gar keine wirkliche, sondern eine, wenn man so will, „*betreute*“ Souveränität anzubieten, wird selbst beim Vorliegen einwandfreier, moralisch gerechter Gründe der politische Zweifel am Nutzen einer Intervention groß sein. Das hat schlichtweg damit zu tun, daß die übereilte Wiederherstellung (oder überhaupt Errichtung) voller, sich selbst reproduzierender und erhaltender Souveränität eher das ihre Überwindung rechtfertigende Problem verfestigt als es zu lösen¹⁴¹. Daraus wiederum folgt theoretisch eine notwendig werdende Nuancierung des nach innen wie nach außen gewendeten Souveränitäts-

¹⁴¹ Benzing, Markus: Sovereignty and the Responsibility to Protect in International Criminal Law, in: KÖNIG 2008 S. 19

begriffes, oder kritisch gesprochen dessen abermalige Problematisierung und Relativierung, wie sie in der Schutzverantwortung folgerichtig und unbestreitbar radikal vorgenommen wird. „*For the troubled societies towards which humanitarian intervention is directed, domestic and legal sovereignty may be more appropriate than Westphalian sovereignty. Furthermore, the external sovereignty to which the Westphalian model refers should be seen as a matter of degree. Troubled societies may have more or less of it, but the classic ideal-type of Westphalian sovereignty should be abandoned even as an aspiration.*“¹⁴²

Friedenskonsolidierung und Staatsbildung gehen schließlich nach Ende der Kampfhandlungen Hand in Hand, und es ist im Einzelfall zu prüfen, ob der Verbleib des Intervenierenden in der Nachkonfliktphase nicht nur berechtigt, sondern sogar geboten sein kann, da die Schutzverantwortung eben auch solange weiterverpflichtet, bis sie an den Zielstaat guten Gewissens rückübertragen werden kann. Tatsächlich treten zahlreiche schwierige Fragen des Menschenrechtsschutzes erst in der Konfliktnachsorge auf, da ein effektiver Menschenrechtsschutz institutionalisiert werden soll (VERLAGE 2009 S. 32). Insoweit nun die Verantwortung zum Schutz eine Verantwortung zum Wiederaufbau („*responsibility to rebuild*“) beinhaltet, der eine Entwaffnung der (Bürger-)Kriegsparteien sowie die Herstellung ziviler Verwaltung und eines funktionierenden Rechtsapparates vorsieht, wird ihrem kurzfristig wirksamen destruktiven militärischen Instrumentarium eine nachhaltig konstruktive Dimension hinzugefügt. Diese wiederum erweitert das Argumentationsarsenal moralischer Rechtfertigung eines Militäreinsatzes, indem sie die Spannungen zwischen einer gemeinhin unpopulären Eigengesetzlichkeit des Militärischen und deren politisch-gesellschaftlicher Akzeptanz entlastet¹⁴³.

Die Einmischung wird nicht mehr durch einen „*Sieg*“ an allen (auch nicht-militärischen) Fronten beendet, sondern die verschiedenen Komponenten der Schutzverantwortung greifen vor, während und nach der organisierten Gewaltanwendung ineinander über. Ein durch eine „*Niederlage*“ der Intervenierenden oder den offensichtlichen Misserfolg des gan-

¹⁴² KEOHANE, Robert O.: Political authority after intervention. Gradations in sovereignty. in: HOLZGREFE et al. 2003 S. 276

¹⁴³ WHEELER, Nicholas J.: Humanitarian Intervention after September 11, 2001. in: LANG 2003 S. 202

zen Unternehmens herbeigeführtes Einmischungsende würde hingegen einen fulminanten Integritätsverlust der Eingreifenden und ihrer Gründe nach sich ziehen, weshalb komplexe oder unzureichend geplante und systematisierte Interventionen dazu neigen, ihre Teilnehmer auf ungewisse Zeit (verbunden mit entsprechend ausufernden Beteiligungskosten) zu binden¹⁴⁴. Dem läßt sich an dieser Stelle implizit entnehmen, daß der heikle Gedanke des Kriegsausganges als Straf- und Schiedsspruch nicht so obsolet ist, wie man meinen mag, sondern daß eine erfolglose humanitäre Intervention die Motive, Fähigkeiten und den Willen ihrer Befürworter empfindlich diskreditiert. Und doch darf die Schutzverantwortung keine im Wettkampf stehenden Sieger und Verlierer kennen, immerhin ist ihre Belastbarkeit abhängig von den Möglichkeiten von Ausgleich und Versöhnung der Konfliktparteien sowohl im Zielstaat als auch zwischen jenem und der intervenierenden Gemeinschaft von Staaten. Der christliche, sich auch im gerechten Krieg entfaltende Begriff der Nächsten- und Feindesliebe wird hier, selbstredend religiös entladen, zu einer moralischen Verpflichtung friedvoller Partnerschaft, mithin zur Basis dauerhaften Friedens überhaupt¹⁴⁵.

Wie dargelegt, kann die sofortige Restaurierung einer vorkriegsidenten staatlichen Souveränität dabei schwerlich zielführend sein, denn diese muss erst qualitativ neu ermittelt und erworben werden, indem sie sich als rechenschaftspflichtige Verantwortlichkeit verfasst. Unterstützt werden dergestalt Bemühungen nicht zuletzt vom wachsenden Einfluss, den Menschenrechtsfragen national wie international geltend machen können, sprich dem erstarkenden Druck von Bürgern und Nichtregierungsorganisationen auf ihre Regierungen, die Agenda einer Souveränität als Verantwortung glaubwürdig zu implementieren. „*They represent [...] a phenomenon that appears to be growing throughout the world, the emergence of a caring global community, which [...] is motivated by sentiments of empathy and moral obligation to respond to human suffering wherever and whenever it may occur.*“¹⁴⁶

¹⁴⁴ O’LEARY, Brendan: Departing Responsibly. in: WALZER et al. 2009 S. 121

¹⁴⁵ PATTERSON, Eric: Jus Post Bellum and International Conflict. Order, Justice, and Reconciliation. in: BROUGH 2007 S. 41

¹⁴⁶ KEATING, Tom: What Can Others Do? Foreign Governments and the Politics of Peacebuilding. in: PRAGER, GOVIER 2003 S. 176

IV.7 MENSCHENBILD UND UNIVERSALISIERUNG

Eine menschenrechtszentrierte und -moralisierende kosmopolitische Gerechtigkeit (MOELLENDORF 2002 S. 172), die als Maßstab des Einmischungsdiskurses gelten will, kann nicht frei von anthropologischen Idealannahmen sein, die auch für die Abwägung etwaiger Erfolgsaussichten eines militärischen Eingreifens auf der einen sowie die erforderliche Beschaffenheit einer prototypischen gerechten Autorität auf der anderen Seite wenigstens als solidarische Hoffnung greifbar sind¹⁴⁷. Mehr noch sagt ihr über ein moralisches Gewissen verfügendes Menschenbild allerdings etwas über den ganz eigenen Rang der Pflichtnatur von Gerechtigkeit in einer globalen Zivilgesellschaft aus (ABIEW 1999 S. 89). „*This ‚moderate‘ conception of cosmopolitan morality [...] allows for commitment to the basic tenets of cosmopolitanism coupled with recognition that our obligations to other human beings include both compatriots and noncompatriots. And the effective satisfaction of those obligations requires that we carefully analyze and explore the mutually reinforcing connections between duties of different kinds as mediated by our standing as equal rights-holders.*“ (HAYDEN 2005 S. 103)

Gewiss gibt es, wie schon VATTEL und PUFENDORF anmerken, eine praktische Reihenfolge der Verbindlichkeit von Pflichten im nationalen und internationalen Raum, die sich die Schutzverantwortung nutzbar macht, indem sie die erste und größte Schutzpflicht dem unmittelbar betroffenen souveränen Bezugsrahmen, also dem Staat, dann den Nachbarn, dann erst der internationalen Gemeinschaft, zugesteht. Daß demgegenüber ein beispielsweise kommunitaristischer Entwurf den Pflichtcharakter universaler Verantwortung ob seines moralischen Relativismus schwächt, verweist zudem auf eine allgemeine Skepsis am Gehalt der Übereinstimmung in normativen Entscheidungen. Würde es zutreffen, daß innerhalb einer definierten Gemeinschaft von Menschen allein die ihr angehörenden Mitglieder sich durch soziale Partizipation und Gruppenbildung auf „*gemeinsame*“ Gerechtigkeitsgrundsätze verständigen könnten, schlosse dies im Extremfall einen in seiner Moralvorstellung unterdrückten Teil der Be-

¹⁴⁷ MCKINNON, Catherine: Cosmopolitan hope. in: BROCK 2007 S. 240

völkerung aus, insofern dieser kaum wirklich über den schlechterdings aufgenötigten Modus und Kontext seiner sozialen Teilhabe verfügen könnte¹⁴⁸.

Eine eher unerwartete weitere Provokation individueller Urteils- und Entscheidungsfreiheit und damit der Haftbarkeit für die „*Adressierbarkeit von Schuld und Verantwortung*“ erklingt letzthin aus gänzlich anderer Richtung, nämlich der Neurologie, die ausgehend von den Selbstzeugnissen und -wahrnehmungen der Handelnden quasi forensisch rekonstruiert, wie durch die „*Mobilisierung von Gründen [...] eine gesellschaftliche und politische Wirklichkeit [erwachse], die [bezogen auf komplexe Motivlagen jedoch] mit keiner naturwissenschaftlichen Semantik überhaupt beschreibbar ist*“ (BREDOW et al. 2009 S. 40). Handlungen werden hier, wohl etwas überfatalistisch, verstanden als die Ausführung von Gründen, denen Urteile vorausgehen, deren Intersubjektivität und Interkonnektivität sich wiederum nicht weiter reduzierbar (geschweige denn determinierbar) als kontextuale Bedingtheiten, i. e. Normen, manifestieren. Justitiabel sind, und das ist für den Einmischungsdiskurs von allergrößter Relevanz, daher sowohl menschenrechtsverletzende Gründe als auch Taten, wobei einzig Letztere als Haftbarkeitsmachung für die Folgen respektiver motivischer Antriebe sanktioniert werden. Vereinfacht gesagt: politische Agitation, die bestimmte Volksgruppen diffamiert, rechtfertigt erst dann eine Einmischung, wo sie zur konkreten, ernstzunehmenden Absichtserklärung verübten oder bevorstehenden Unrechts in großem Umfang wird. Daß für die Intervenierenden gleichermaßen eine Rechenschaftspflicht über Veranlassung und Durchführung der Einmischung besteht, ist, wie bereits erläutert, im ius ad bellum sowie im ius in bello angelegt.

Mit der daraus entspringenden unabdingbaren Rechtfertigbarkeit von Verhaltensweisen, im vorliegenden Zusammenhang gewendet auf die Kriterien einer rechtmäßigen und gerechtfertigten Missachtung der Souveränität eines Staates mit militärischer Gewalt, geht das Bedürfnis einher, nicht nur gerechte Gründe, Autoritäten, Mittel, Ziele zu ermitteln, sondern überhaupt erst zu er- und begründen, weshalb ein ethisch-

¹⁴⁸ HOLZGREFE, J. L.: The humanitarian intervention debate. in: HOLZGREFE et al. 2003 S. 34

moralischer Zugang zu einem menschenrechtlichen Imperativ in den internationalen Beziehungen alternativlos ist. Natürlich hat ein solcher Ansatz anthropologische Prämissen, die sich nicht in einer utilitaristischen Rechtfertigung vor der Welt im Ganzen erschöpfen, sondern eine auf das individuelle Opfer von externen Hilfshandlungsunterlassungen anwendbare, deontologisch-kosmopolitische Rechenschaft, aus der sich gleichso die Diskriminierung gerechter Ziele speist (CANEY 2006 210). Es ist ein Gebot der moralischen Redlichkeit und politischen Glaubwürdigkeit der Interventionsbefürworter, die eigenen ethischen Selbstverständlichkeiten - so universal und selbstzweckmäßig man sie auch zur Anwendung bringen mag - der Kritik auszusetzen, sie gleichsam für die Zielbevölkerungen nachvollziehbar zu formulieren und zu kommunizieren. Immerhin ist die spannungsreichste Konnotation der gesamten Betrachtung eben diejenige, die verständlich macht, weshalb und wann an sich Unbeteiligte zu Beteiligten werden, oder ob das durch eine legitimierte Körperschaft (wie die Vereinten Nationen) repräsentierte Menschsein eine menschenrechtliche Betroffenheit nicht ohnehin und ohne Widerrufsmöglichkeit gebietet.

Erstaunlicherweise ist die Übersetzung unstrittig universaler menschlicher, ja biologischer Bedürfnisse in gemeingültige Menschenrechte bei weitem kein ideologiefreier Automatismus, das heißt auch die volle Einsicht in identische primäre „*fundamental human needs*“ (MAX-NEEF 1991 S. 27) und die Anerkennung sekundärer Folgeinteressen garantieren perfiderweise noch keine generelle Akzeptanz der aus diesen abgeleiteten und objektivierten Normen (GÓRECKI 1996 S. 28). Es bedarf also zusätzlich zum Genugtuungsdruck des eigenen Naturells der Abhängigkeit der Menschen voneinander, um eine Verantwortung zum Schutz in den Menschenrechten zu verankern und als positive Pflicht normierbar zu machen. „*All of us have human rights - i.e., high-priority moral claims on others and social institutions for them to do their fair part ensuring we possess the objects of our vital needs and fundamental interests. In return, each of us commits to doing our own fair part in ensuring that the human rights of others get satisfied. This responsibility as a duty-bearer - which comes hand-in-hand with status as a human rights-holder - most certainly implies that we not violate the human rights of another.*“ (OREND 2002 S. 67)

IV.8 STELLVERTRETUNG UND IDEAL

Wo Menschenrechte entweder nicht gewährt oder systematisch missachtet werden, liegt, so die anspruchsvolle, da ein Kollektivgewissen einfordernde Lesart der Verantwortung zum Schutz, ein Verbrechen gegen die gesamte Menschheit vor, ungeachtet des Umstandes, daß deren Mehrheit von einer konkreten Menschenrechtsverletzung in einem bestimmten Staat zu einem definierten Zeitpunkt kaum je am eigenen Leib und Leben betroffen sein wird.

Die Schlussfolgerungen daraus bleiben selbst bei geteilten Grundannahmen widersprüchlich, insbesondere die theologische Diskussion, der die Aktualisierung der Kriterien des gerechten Krieges ja maßgeblich geschuldet ist, will sich (im Gegensatz zu früheren Jahrhunderten) nicht mehr ohne weiteres der von der Verantwortung zum Schutz etablierten „invasiven Moraldynamik“ anschließen. *„In a real but difficult sense, protection and peace remain eschatological for Christians: they are things for which we long and hope. [...] This gospel faith means that, as Christians, we cannot share the rationalist assumption and hope in the R2P approach that if only the world can get the criteria, the means, the international organizations and the public support in place then people will not perpetrate and suffer as they do. For Christians, human problems and solutions are not just about mechanics, but about suffering and love, faith and hope, death and resurrection.“*¹⁴⁹

Nun läßt sich fraglos ein derweil deutlich säkularisiertes eschatologisches Moment in der geschilderten politischen Anthropologie des Einmischungsdiskurses sowie des humanitären Völkerrechts ausmachen, die für das *ius ad bellum* manchenorts sichtbare Reserviertheit der theologischen und - erheblicher noch - kirchlichen Seite hat allerdings einen mitnichten universalisierbaren Subtext: die Anerkennung von JESUS CHRISTUS als einzigen wirklichen und letztgültigen Souverän, dessen Stellvertretertod sinnbildlich für das Schutzverständnis einer gewaltlosen, ihren

¹⁴⁹ SLIM, Hugo: The Christian Responsibility to Protect. in: ASFAW 2005 S. 21f.

Feind liebenden Christenheit ist¹⁵⁰. Dieser Auffassung muss je nach eigenem religiösen Gutdünken zwar nicht notwendigerweise widersprochen werden, eine sinnvolle ethische Einordnung in die vorliegenden Überlegungen und eine sich daraus abzeichnende praktische Anwendung ergeben sich aber erst durch BONHOEFFERs Wort von der „*Verantwortung als Stellvertretung*“, die für ihn grundlegendes Kennzeichen menschlichen Lebens und dessen Schuld- und Strafverstrickung überhaupt ist¹⁵¹.

Fiel bei AQUIN die Rechtfertigbarkeit der Sanktionsstellvertretung, also der über die Gerechtigkeit der Gründe und Rechtmäßigkeit Mittel befindenden Autorität, noch vornehmlich mit deren staatlichem Souveränitätscharakter zusammen, bleibt dem Staat als in Verantwortung genommenem Gewaltstellvertreter heutzutage allein die Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen legal und legitim, regionale Sicherheits- und Schutzbündnisse und schließlich der Sicherheitsrat haben alle übrigen Szenarien organisierter über-, zwischen- und vermehrt auch innerstaatlicher Massengewalt absorbiert¹⁵². Die duale, ja bipolare Verantwortlichkeit des einzelnen Menschen wie Staates (sprich Rechenschaft für sein getanes oder unterlassenes Handeln gegen sich und andere abzulegen) läßt sich dabei natürlich nicht abtreten und delegieren.

Daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen nicht müde wird zu bekräftigen, allein der Sicherheitsrat sei legitimes Instrument, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (militärisch) zu ahnden, hat freilich zum einen mit dessen institutionellem, vom Bericht zur Schutzverantwortung keineswegs überparteilich sekundiertem Eigeninteresse zu tun. Zum anderen ist dem Status des Sicherheitsrates als gerechte Autorität multilateraler militärischer Zwangsanordnung trotz starker Unzufriedenheit mit seinen Mechanismen (und seinem wiederholten Versagen oder NATO-Alleingängen) völkerrechtlich wenig entgegenzusetzen (KAROUBI 2005 S. 207). Dies wohlgemerkt, ohne daß ihm eigene, von seinen Mitgliedern unabhängige finanzielle wie militärische Machtressourcen zur Verfügung

¹⁵⁰ BLONDEL, Jean-Luc: Ethical Remarks on the Criteria for Intervention. in: ASFAW 2005 S. 57

¹⁵¹ SCHLISSER, Christine: Schuld durch rechtes Tun? Verantwortliches Handeln nach Dietrich BONHOEFFER. Neukirchen-Vluyn 2006 S. 25

¹⁵² JOHNSON, James Turner: The Just War Idea. The State of the Question. in: PAUL 2006 S. 185

stünden. „*The authority of the UN is undeprived not by coercive power, but by its role as the applicator of [moral] legitimacy.*“ (ICISS 2001 S. 48)

Erstaunlicherweise herrscht eine allgemein individuelle wie institutionelle Neigung vor, die die nächsthöhere Autorität erst dann als gerecht fasst, sobald diese im Ausnahmefall zu Reaktionen gedrängt werden kann, die eigenständig nicht durchführbar oder opportun scheinen. Es ist ein so beschaffener Geist eines sich selbst, nicht jedoch andere verteidigenden Unilateralismus, der eine wirklich vorausschauende Vorbeugung humanitärer Katastrophen gravierend erschwert, freilich jedoch die de facto fortwirkende, politisch „*vakuumierte*“ Anarchie internationaler Beziehungen trefflich abbildet¹⁵³. Es versteht sich insgleichen, daß unter den gegebenen Bedingungen und Bedingtheiten eine robust mandatierte militärische Aktion (deren Schutzpräsenz eben gerade nicht in untätige Duldung des Übels entartet) ausschließlich Antwort auf geschehenes Unrecht sein kann, die vorausseilende Entsendung von Truppen ist nach wie vor von höchst delikaten politischen Abwägungen umgeben.

Folglich wird eingewendet, daß das Präventionsbestreben der Schutzverantwortung nicht zuletzt angesichts budgetärer Realitäten eine der Intervention nachgeordnete Rolle spiele, obgleich der Krieg stets - auf allen Ebenen - kostspieliger ist als der Frieden. Im Jahr 2003 etwa betrugen die 15 größten Verteidigungshaushalte der Welt ein Gesamtvolumen von circa 723 Milliarden USD, wohingegen sich im gleichen Jahr die Entwicklungshilfeausgaben aller Staaten auf bloße 60 Milliarden USD beliefen. „*Proponents of the responsibility to protect who focus on military intervention are [therefore] participating in a terrible charade.*“ (BYERS 2007 S. 110f.) Die Gefahr der Humanitarisierung des Militärischen durch eine bigotte Verantwortungsmoral und ein williges, vereinzelt gar willkürliches Ausweiten und Aufweichen des Begriffs der menschlichen Sicherheit mag dabei nicht gänzlich von der Hand zu weisen sein, entkräftet aber nicht im Entferntesten das normative Ideal ihrer Stellvertreter. „*The organization [UN] is also the repository of international idealism, and that sense is fundamental to its identity.*“ (ICISS 2001 S. 52)

¹⁵³ WEISS, Thomas G.: Multilateral Military Responses. in: NAFZIGER 2002 S. 211

IV.9 MANGEL UND CHANCE

Die Schutzverantwortung bildet den vorläufigen Stand humanitärer Interventionstheorie ab, der, wenigstens seiner Anwendungs- und Eskalationslogik nach, auf drei Säulen ruht: erstens der Verpflichtung jedes souveränen Staates, seine Bürger vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen, Pogromen und sonstigen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen und sich selbst weder an eben solchen zu beteiligen, sie zu unterstützen noch zu dulden; zweitens der Obliegenheit der internationalen Gemeinschaft, den Staaten in diesem Bemühen zu assistieren, wo geboten, und ein Frühwarnsystem zur Detektierung etwaiger Verstöße zu etablieren; sowie drittens der Schuldigkeit der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, zeitnah und entschlossen auf die, aus welchen Gründen auch immer, nicht wahrgenommene Schutzverantwortung einzelner Staaten zu reagieren durch den Gebrauch der Rechtsinstrumente, die in den Kapiteln VI (friedliche Beilegung von Streitigkeiten), VII (Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen) und VIII (Regionale Abmachungen) der Charta elaboriert und vorgesehen werden (SCHULTE 2009 S. 23).

Obschon Kapitel VII, Artikel 39 eine Bedrohung oder einen Bruch des (Welt-)Friedens als Interventionsvoraussetzung erfordert und dieser Tatbestand seit Ende des Kalten Krieges im Sinne der menschlichen Sicherheit wesentlich weiter gefasst wird als eine bloß zwischenstaatliche Konfrontation, erfüllen Menschenrechtsverletzungen auch großen Ausmaßes noch nicht per se dieses Kriterium, weshalb die Schutzverantwortung den Friedensbruch nicht als Kriterium zur Einmischung aufführt. Allerdings wird spätestens der Sicherheitsrat den Beschluss einer Militäraktion laut Charta mit einem Friedensbruch begründen müssen, womit es zugunsten der Rechtssicherheit nahe läge, diesen vorneweg zum durch Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllten Kriterium zu machen¹⁵⁴.

Die tatsächliche Implementierung der Verantwortung zum Schutz hinkt zwischenzeitlich freilich jenen akademischen Errungenschaften ihrer

¹⁵⁴ VON SCHORLEMER, Sabine: The Responsibility to Protect. Kriterien für militärische Zwangsmaßnahmen im Völkerrecht. in: BEESTERMÖLLER 2006 S. 102

Durchdringung hinterher, insofern sie zum einen, so ihre Kritiker, nur eine bereits zuvor durchweg gängige Handhabung humanitärer Extremfälle durch die Vereinten Nationen in zwar konzisere, aber wenig revolutionäre Worte fasse, und indem sie zum anderen ob deren interner Systemblockaden (zuvorderst im Vetogebrauch) eine enttäuschende politische Bereitwilligkeit zeitige, sich auf mehr als eine gar zu schüchterne „*R2P lite*“ in den Paragraphen 138 und 139 des Abschlussdokuments des Weltgipfels 2005 zu verständigen (BELLAMY 2009 S. 195). „*However, it is important to recognise the distinction between what R2P is - in terms of what governments themselves have signed up to - and what various activists would like it to be. With its adoption by governments, the R2P has been altered in important ways, but adoption has also thrown open the potential for transforming rhetoric into reality.*“ (a.a.O. S. 196)

Fürwahr muss sich der Versuch, eine unbestreitbar idealistische und prinzipialistische Schutzverantwortung als gültige politische Handlungsanweisung niederzulegen, die indes nicht an den Spannungen einer in summa prosaischen Realpolitik zerbricht, selbst in seinen Entstehungs- und Wirkungsbedingungen reflektieren und thematisieren, Erstere dürfen nicht Teil der Probleme der Letzteren werden, wie dies nicht zuletzt bei der Verifikation der Eingriffsvoraussetzungen (auch der Frühwarnung allgemein) der Fall ist¹⁵⁵. Hier wird ein institutioneller und daraus resultierend empirischer Mangel durch eine Formalisierung der für die gesamte Überlegung so überaus entscheidenden Evidenz (nämlich ob ein gerechter Grund unabhängig von der gerechten Autorität nachweisbar vorliegt oder nicht) kompensiert, die den im Grunde monolithischen Kriterienkatalog der Schutzverantwortung in seiner Brauchbarkeit relativiert. „*It is difficult to conceive of any institutional solution to the problem of evidence, of a kind that would put the satisfaction of the ‚just cause‘ criterion absolutely beyond doubt or argument in every case.*“ (ICISS 2001 S. 35) Womöglich ist darunter aber auch eine beabsichtigte und vernünftige Pragmatisierung eines hie und da normativ überladenen Gerechtigkeitsdiskurses zu verstehen, der zwar auf Absolutes rekurriert (PATTERSON 2009), was die Unverletzlichkeit der Menschenrechte anbelangt, wohl aber um die natur- und situationsgeschuldeten Unzulänglichkeiten menschlichen

¹⁵⁵ CHANDLER, David: The Responsibility to Protect? Imposing the Liberal Peace. in: BELLAMY et al. 2005 S. 69

Urteilens weiß¹⁵⁶. Gerade das Kriterium des gerechten Grundes darf nicht zum Revier eines überkommenen unilateralen „*moralischen Puritanismus*“ werden, sondern allein von der Sorge erfüllt sein, ein seinerseits unbedingtes und beträchtliches Missverhältnis der Gerechtigkeiten zugunsten eines umfassenden Anerkennungsverhältnisses von Frieden als gegenseitiger Beförderung des Menschenwürdigen zu korrigieren (VALLS 2000 S. 39).

Die Verantwortung zum Schutz setzt folgerichtig bestehende Rechts- und Ordnungsgefüge nicht außer Kraft, sie nutzt sie und versucht auf diese einzuwirken, sie ersetzt nicht die theoretischen Impulse des gerechten Krieges und die praktischen Anstöße der humanitären Intervention, sondern inkorporiert sie in ein breiteres, homogeneres Regulativ, das sich der unmittelbaren Nutzbarmachung und Verpflichtung durch jedermann (vor allem aber durch jeden Staat) anbietet (BELLAMY S. 197). Auf dem schwierigen Weg dorthin stellt sich die Frage, ob die eigenen ethischen Standards hinreichend geeignet sind, in andere Kontexte übertragen und zur Anwendung gebracht zu werden, was wiederum Rückschlüsse auf die „*innere Zweckmäßigkeit*“ (KANT) des Verantwortungsimperativs als Einheit der Gesetze mit den durch sie Bestimmten zuläßt. Genau hierin liegen nun der Schutzverantwortung individuelle Stärke und Universalität als rigoros adressierte (Welt-)Bürgerpflicht.

„It has been said that the world is divided among those who make things happen, those who watch things happen, and those who wonder what happened. [...] The emergence of the responsibility to protect norm [...] brings us much closer to ending [mass atrocity] crimes once and for all. But if we are to realize that dream, it is going to require continuing determined action from all of those passionately committed to making it happen - not just from national and international leaders but from everyone, ordinary citizens in every country across every corner of the globe included, who are capable of influencing them. You don't change the world simply by observing it.“ (EVANS 2008 S. 241)

¹⁵⁶ SCHIEDER, Siegfried: Pragmatism and international law. in: BAUER et al. 2009 S. 136

V. GENETIK

V.1 MORAL UND STERBEN

„In einem im Jahr 1892, also vor 13 Jahren in der Offiziersgesellschaft Zürich gehaltenen Vortrag über die Ausbildung der Armee habe ich als Leitmelodie meiner Ausführungen den Satz ausgesprochen, daß ich der ungeheuer vermehrten Wirkungsfähigkeit moderner Feuerwaffen keinen andern Einfluss auf Kampf und Krieg zuerkennen könne als die Anforderung erhöhter moralischer Kraft bei Führern und Truppe [...] Der Soldat von heute steht aber in moralischer Kraft nicht tiefer sondern viel höher als der rohe Krieger vergangener Zeiten. Wohl fehlt im das, was den Krieger vergangener Zeiten gleichgültiger machte gegen Schmerz und Tod: die Gewohnheit, so etwas zu sehen und mitzuerleben.“¹⁵⁷

Was Ulrich WILLE, in militärischer Klar- und Weitsicht beispielloser General der Schweizer Armee während des Ersten Weltkrieges, vor gut 105 Jahren als moralische Konsequenz militärtechnologischen (Vernichtungs-)Fortschritts konstatiert, ist zum einen - noch vor beiden Weltkriegen und einem Kalten Krieg¹⁵⁸ - visionär zu nennen, korrespondiert WILLES Beobachtung doch eng mit seines Landsmannes Jean-Henri DUNANTS Erinnerungen an die circa 30 Jahre zuvor erlebte verheerende Schlacht von Solferino, der sowohl die Stiftung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) 1863 als auch 1864 der Beschluss der ersten Genfer Konventionen als Meilenstein des humanitären (Kriegs-)Völkerrechts folgt. Zum anderen aber zeigt die jüngere und jüngste Geschichte, daß es keineswegs, wie vor allem noch während der Weltkriege, des technologischen Fortschritts bedarf, um systematisch Verbrechen gegen die Menschlichkeit allerschlimmster Ordnung zu verüben, sondern daß ganz im Gegenteil die Primitivität der Mittel die Absichten des Aggressors

¹⁵⁷ SCHUMACHER, Edgar (Hg.): General Ulrich WILLE. Gesammelte Schriften. Zürich 1941 S. 455f.

¹⁵⁸ MACRAE, Joanna: Defining the boundaries. International security and humanitarian engagement in the post-Cold War world. in: United Nations 2004 S. 106

nicht an deren Umsetzung hindert, sehr wohl jedoch ihre Ausmaße noch inhumaner werden läßt (GALTUNG 1996 S. 69).

Der Einsatz moderner Waffentechniken sowohl in den Kriegen als auch den Interventionen der vergangenen Jahre weist deutlich darauf hin, daß die Opferzahlen (und Truppenpräsenzen) der Kombattanten im eigentlichen Kampfgeschehen stark rückläufig sind, während die Nicht-Kombattanten einen wesentlich höheren Blutzoll verrichten. Zum Vergleich: in Stalingrad, der blutigsten Schlacht der Kriegsgeschichte, fielen ab 1942 in weniger als einem Jahr zwischen 1,5 und 2 Millionen Soldaten und etwa 40.000 Zivilisten, in den vergangenen 8 Jahren des Afghanistanengagements der NATO circa 8000 Soldaten und zwischen 10 und 30.000 Zivilisten. Sind in diesen Beispielen die zu Tode gekommenen Zivilisten als unbeabsichtigter Kollateralschaden auf die tatsächlichen regulären Kampfhandlungen zurückzuführen, kommt eine ungleich höhere Anzahl von Nicht-Kombattanten zu Schaden durch beabsichtigte und gezielte organisierte Genozide ihrer eigenen Regierungen, womit sie wiederum Folie humanitärer Interventionen werden müssen. Ruanda 1994 befindet sich hier mit beinahe 1 Millionen grausam dahingeschlachteter Tutsis (75% der Minderheit) in denkwürdiger Gesellschaft mit den Roten Khmern Kambodschas, die ab 1975 ein ganzes Fünftel der eigenen Bevölkerung, nämlich geschätzte 1,7 Millionen Bürger, vernichteten. Beide Staaten waren zum Zeitpunkt der Völkermorde souverän und befanden sich nicht im Kriegszustand, beide Genozide fanden nicht heimlich statt, sondern wurden von der internationalen Gemeinschaft ohnmächtig registriert, und beide Male wurde nicht reagiert¹⁵⁹.

Angesichts solcher Extremdimensionen von Gewalt scheint fraglich, ob ihre Unterbindung mit allen dazu notwendigen Mitteln überhaupt gerechtfertigt werden muss, oder anders, ob ein in keiner Weise je rechtfertigbares Kolossalverbrechen gegen die Menschlichkeit nicht automatisch und vollumfänglich seine Ahndung rechtfertigt, jenseits aller Kasuistik der Kriegslegalität und -legitimität. Aber es ist gerade eine Errungenschaft der Verrechtlichung der Gewalt, daß Gleiches eben nicht mit Gleichem, sondern Unrecht mit Recht vergolten wird. Dies erfordert

¹⁵⁹ TOTTEN, Samuel: The Intervention and Prevention of Genocide. Where There is the Political Will, There is a Way, in: TOTTEN 2004 S. 469

eine unerhörte normative Festigkeit in der Formulierung und Anwendung von Rechts- und Gerechtigkeitsprinzipien und -ansprüchen.

Es gibt derweil guten Anlass, die modernen Formen, in denen sich Kriege äußern und entladen, auch unter den Gesichtspunkten der Korrelation von Industrialisierung und Zivilisierung zu erörtern. „*Industrial society has not determined new ways of slaughter, but it has certainly enabled them.*“ (SHAW 2007 S. 86)

So betrachtet stellt sich WILLES eingangs zitierte Forderung auf neue Weise: mit der Entfernung und Entfremdung des Soldaten von seinen Handlungskonsequenzen durch eine technologisch bedingte Virtualisierung und Fiktionalisierung physischer Gewalt (vor allem im Zuge der Luftüberlegenheit und der militärischen Robotik als Täterstellvertretung), mag ihm tatsächlich das unmittelbare und kollektive Fundamentalerlebnis Schmerz und Tod zunehmend abgehen. Auch politisch ist das nur opportun: militärische Risikoaversion der eigenen „*leibhaftigen*“ Truppen ist *raison d'être* jeder zeitgenössischen Interventionsethik (JANZEKOVIC 2006 S. 138). Dies schürt aber bei weitem nicht des Soldaten moralische Sensibilität, wie sie WILLE für die Zeit des Übergangs von vormodernem hin zu modernem Krieg wohl zurecht erhofft, sondern birgt viel eher die Gefahr, dem Kriegshandwerk seinen Schrecken zu nehmen, dergestalt humanitäre Kosmetik gebiert eine moralische Indifferenz, die - was nicht genug bedauert werden kann - keinerlei reale Entsprechung hat, denn noch immer sterben wirkliche Menschen, das Opfer ist und bleibt nicht stellvertretbar.

Gewiss, „*Sterben im Krieg nimmt nur vorweg, was irgendwann ohnehin eintritt. Mit dem ‚eigentlichen‘, inneren Menschen, seiner geistigen Vernunftseele hat dieses Äußere ohnehin nicht wirklich zu tun*“ (SIMONIS 2001 S. 110). Doch ist der Krieg nicht höhere Gewalt, sondern Menschenwerk, nicht er nimmt vorweg, sondern der Mensch, der ihn anordnet und ausführt, was letztlich einen signifikanten Qualitätsunterschied des Sterbens bedingt und Möglichkeiten eröffnet, dem durch Menschenwerk entgegenzuwirken¹⁶⁰.

¹⁶⁰ FARAH, Abdulrahim Abby: From the Other Side of the Fence. The Problems Behind the Solution. in: CAHILL 2003 S. 249

V.2 ORDNUNG UND MEINUNG

Die Analogisierung und Generalisierung vom gerechten Krieg hin zu einem sicherheitspolitisch-paradigmatischen rechtmäßigen Frieden im und für das 21. Jahrhundert kreist um die Bedingungen der Zulässigkeit einer Rechtsdurchsetzung und -wiederherstellung mit militärischen Mitteln, um die Rechtfertigbarkeit der Aufnahme und Durchführung von Gewalt- und Zwangshandlungen gegenüber jenen, die einen Bruch des Friedens und der Sicherheit verantworten¹⁶¹. In der vorgeschlagenen Lesart zeitigt selbst ein auf die Grenzen des Verursacherstaates begrenzter, also interner Bruch des Friedens Konsequenzen für die internationale Sicherheit, insofern er sich der aufgeführten schwerwiegenden Verbrechen gegen Leib und Leben, Sicherheit und Freiheit seiner Bürger schuldig macht, so beispielsweise in außer Kontrolle geratenen oder willentlich geschürten Bürgerkriegen, Massenvertreibungen oder -morden (REGAN 1996 S. 37). In solchen Situationen läßt sich, ist der Entschluss zum Eingreifen einmal rechtlich machbar geworden, eine nicht bloß semantische Entzweiung zwischen politischem und militärischem Imperativ nur schwer vermeiden, die sich insbesondere in den Umständen von Friedenserzwingung, -sicherung und -erhaltung zuspitzt. „*The distinction between peacekeeping and enforcement means far more in New York than it does in the field. [...] The inescapable conclusion to be drawn from recent missions is, of course, that intervention in an active civil war is not peacekeeping.*“ (MOCKAITIS 1999 S. 127)

Es spricht - nochmals - einiges dafür, daß dergestalt Konfliktrealitäten oder eben Interventionen mit kriegesischen Mitteln so neu nicht sind, der Mensch ist und bleibt immerhin „*der einzige unter den Primaten, der die Tötung seiner Artgenossen planvoll, in größerem Maßstab und enthusiastisch betreibt. [Dabei ist der] Bürgerkrieg nicht nur eine alte Gewohnheit, sondern die Primärform aller kollektiven Konflikte*“ (ENZENSBERGER 1996 S. 9). Im Gegensatz zum klassischen Staatenkrieg zerfällt beim Krieg im Innern das politische Monopol, insoweit es nicht mehr den gesamten

¹⁶¹ LANGO, John W.: Generalizing and Temporalizing Just War Principles. Illustrated by the Principle of Just Cause. in: BROUGH 2007 S. 78

Volkskörper und damit wahrhaftigen Souverän repräsentieren kann, sondern sich nachbarschaftlich aufreißt, in der Folge erodiert das Gewaltmonopol in Splittergruppen, Milizen und irregulären, eigenständig operierenden Widerstand, ein adäquater Ansprechpartner zur Aushandlung friedlicher Konfliktresolution geht dementsprechend abhanden, der militärisch-humanitäre Rettungsmodus drängt sich - innerhalb seiner Mandatsgrenzen - auf.

Selbstbestimmte Staatlichkeit und damit eine friedliche Zivilordnung mithilfe einer militärischen Intervention wiederherzustellen, birgt indes gravierende Schwierigkeiten: entweder wird die Machtbalance durch eine Einmischung verändert oder nicht. Wenn nicht, hat die Einmischung ihren Zweck gänzlich verfehlt und konsolidiert den status quo, der Auslöser der Missstände war. Wenn doch, wird jene unterlegene Seite in Recht (und Macht) gesetzt, die sich aus eigener Kraft heraus weder verteidigen konnte noch gesellschaftlich soviel Einfluss hat geltend machen können, daß sie hinreichend repräsentiert und damit geschützt vor den Repressalien anderer gesellschaftlicher Machtfaktoren gewesen wäre (WALZER 2006 S. 97). In beiden Szenarien gelingt eine Ursachenbekämpfung nur unter Bezugnahme einer umfassenden Hilfsethik, die den Hilfsempfänger selbst zum aktiv Mitverantwortlichen und -gestaltenden einer rechtmäßigen und gerechteren, kooperativen und responsiven Folgeordnung macht¹⁶². Solcherart Verpflichtung endet nicht mit der allein notgedrungenen Wahrnehmung von Verantwortung.

Bei alledem ist eine Korrektur der vorherrschenden öffentlichen Skepsis anzumahnen, die das Bemühen um eine nicht zuletzt diskursive Rechtfertigung von nicht im strengsten Sinne defensiver Gewalt allzu leichtzünftig mit Schuldzuweisung in Verbindung setzt: nicht der Interventionsentscheid markiert den, wenn man so will, Kriegsbeginn, sondern der Bruch des Friedens durch das Interventionsziel. Der Anlass zur Einmischung, das heißt der - korrekt in die übrigen Kriterien eingebettete - gerechte Grund, wird erst genährt von der immensen Übertretung des schlechterdings Duldbaren von Seiten des Aggressors. Anstatt die Wahrnehmung von Verantwortung wegen der eventuellen Eigennützigkeit von

¹⁶² VAN DEN TOORN, Rob: Just War and the Perspective of Ethics of Care. in: ROBINSON 2003 S. 219

Begleitmotiven zu verurteilen, täte gerade die europäische öffentliche Meinung bei aller Ehrbarkeit ihres ambitionierten Pazifismus gut daran, aus ihrer jüngeren Geschichte, und damit diesseits von Gut und Böse, geläuterter hervorzugehen. PRAGER pointiert: „*Instead of learning that evil must be fought, you learned that fighting is evil.*“¹⁶³ Genau wie ein belastbarer Frieden äußerste erzieherische Anstrengungen (meist im Anschluss an Kriege) gebietet, die einem möglichst holistischen und integrativen ethischen Ansatz genüge zu tun haben (PAGE 2008 S. 188), muss angesichts der sich weltweit dringend stellenden humanitären und sicherheitspolitischen Herausforderungen das öffentliche und veröffentlichte Nachdenken über die Risiken kollektiver Gewaltbeteiligung auch deren Chancen würdigen. Schließlich ist es nicht zuletzt die öffentliche Meinung, an deren Aktualisierungen sich politische Optionen und Opportunitäten rückkoppeln (HUTCHINGS 2003 S. 1).

Um abermals mit WILLE zu sprechen, ist eben aus dieser Mehrlagigkeit notwendig eigenständiger aber interdependenter Entscheidungsrationale und Handlungslogiken die normative Basis oder moralische Kraft das verbindliche und verbindende Band aller mittel- wie unmittelbar verantwortlichen Sphären, legislativ, judikativ und exekutiv. Gleichmaßen ist es das schlechthinige Angebot, das (einstige) Interventionsziel anzuerkennen als ebenbürtig in Souveränität und Rechtstaatlichkeit. „*The emergence of moral law and just government in these so-called ‚rogue‘ states is the best remedy for restraint, though not a guarantee for peace.*“¹⁶⁴

Kein Recht, dessen zugrundeliegender Wertekosmos nicht allgemeine Zustimmung erfährt, wird sich in seiner Durchsetzung behaupten und auf intensive, ja rigorose Sanktionierung verzichten können. „*Law, in other words, is a system of codified morality; short of this, its enforceability falls into doubt, and never more so than in the case of international law.*“¹⁶⁵

¹⁶³ PRAGER, Dennis: Dear Germany, have you learned anything? in: Jewish World Review vom 08.04.2003

¹⁶⁴ MOENS, Alexander: Christian Realism. A Normative Tradition for International Politics. in: HAYDEN 2005 S. 98

¹⁶⁵ BERMAN, Frank: Moral versus legal imperatives. in: REED et al. 2007 S. 159

V.3 GLOBALISIERUNG UND MONOPOL

„*Es ist alles im Kriege sehr einfach, aber das Einfachste ist schwierig.*“ (CLAUSEWITZ 2000 S. 86) Nicht allein wegen der Friktion, die sich in klassischen Kriegen ebenso sehr auftut wie in mit militärischen Mitteln begleiteten Interventionen (hier wahrscheinlich sogar deutlich stärker), gilt CLAUSEWITZ' Bemerkung unverändert fort, sondern mehr noch, insoweit dem „*Begriff des Krieges und dem Begriff des Friedens heute keine eindeutigen Sachverhalte mehr*“ entsprechen (WOYKE 2004 S. 247). Gewiss läßt sich diese Behauptung nur vor dem Hintergrund einer zur Gänze eurozentrischen Begriffsgenese aufrechterhalten, die im Krieg einen zwischenstaatlichen Hoheitsakt fasst und den Frieden auch völkerrechtlich negativ als Nichtkrieg deutet. Berücksichtigt man derweil die dramatischen Wandlungen der Rolle des Staates als Einzelakteur auf internationaler Bühne als Resultat der Globalisierung, also der wechselseitigen Verdichtung von Verflechtungen auf allen Ebenen, so zeichnen sich tatsächlich zwei Überlagerungen des staatlichen Gewaltmonopols (und damit einer Kernkomponente seiner Souveränitätswahrung) ab: von „oben“ durch eine sich seit den Weltkriegen verstärkende Transnationalisierung des Militärischen in Form von Verteidigungsbündnissen, Blöcken, der Internationalisierung von Rüstungsindustrie und -kontrolle und die Verabredung vertrauensbildender Maßnahmen untereinander, „*die die Fähigkeit von Staaten, einseitig mit Gewalt gegen andere vorzugehen, erheblich einschränkt*“. Von „unten“ wiederum eine Privatisierung (im Sinne einer Entstaatlichung) der Gewaltanwendung, wie sie typisch für Klein- und Bürgerkriege beziehungsweise „*low intensity conflicts*“ ist¹⁶⁶.

Letztere, auf die sich ein Diskurs über Einmischungsgerechtigkeit heutzutage ausschließlich sinnvoll beziehen kann, da der klassische offensive Duellantenkrieg vom Kriegsächtungspakt (BRIAND-KELLOG-Pakt von 1928) als generelles Gewaltverbot und somit als Absage an das anhinige *ius ad bellum* souveräner Einzelakteure - ungeachtet des weiterbestehenden Selbstverteidigungsrechts - überholt wurde. Die völkerrechtliche

¹⁶⁶ MEYERS, Reinhard: Verhältnisse wie auf dem Balkan? Die Reprivatisierung des Krieges - neue Formen der Gewalt im internationalen System und die Möglichkeiten kooperativer Ordnungspolitik. in: BEHRENS 2005 S. 173

Selbstverteidigung ist analog der strafrechtlichen Notwehr, die Beteiligung an Kollektivmaßnahmen analog der Nothilfe gestaltet (HOBE et al. 2008 S. 48).

Daß die Anwendung eines ius ad bellum-Kataloges denn auf eine von Verwobenheit, Privatisierung und Entgrenzung gekennzeichnete Konfliktmoderne besondere Herausforderungen gewärtigt, ist darin begründet, daß diese eben auch Ergebnis einer nicht abgeschlossenen und schwer absehbaren, da höchst gegensätzlichen Globalisierung der normativen Bezugsgrößen ist, womöglich gar eine *„Trotz- und Gegenreaktion, die vor dem Hintergrund der Gleichzeitigkeit von Integration und Fragmentierung, Nivellierung kultureller Unterschiede wie Schärfung des eigenen Profils, weltweiter Verflechtung wie Lokalisierung von Beziehungen, dem macdonaldisierten politischen wie sozioökonomischen Einheitsbrei der Globalisierung, der kosmopolitischen Inklusion, dem Universalismus von Liberalität und Menschenrechten, der multikulturalistischen Verschleifung ethnokultureller Differenzen durch eine Politik des gewaltgestützten Identitätenpartikularismus zu entrinnen“* bestrebt ist¹⁶⁷.

Das hinter solcher Infragestellung, ja Ablehnung stehende Eigeninteresse der vermeintlich Benachteiligten ist mehr als selbstgefälliger Nonkonformismus und separatistische Unabhängigkeitssehnsucht, es ist die gezielte Unterwanderung aus dem auch funktional überwölbten Verfügungsraum eines Weltgewissens, das den Kompetenz- und Bedeutungsverlust einzelstaatlicher Akteure nicht ohne weiteres einem anarchischen, naturzustandshaften Ordnungs- und Verantwortungsvakuum überlassen will. Aus der *„Logik stetiger Expansion [entfaltet ein dergestalt beschaffenes Verhältnis zwischen Machtzentrum und Machtvakuum] eine Eigendynamik: neue Machtzentren fangen mit fortschreitender Expansion ‚wandernder Grenzen‘, als defensiv-offensive Grenzmark an oder Randkultur eines alten Machtzentrums aus urwüchsiger Diffusion zivilisatorischer Qualitäten, übernehmen machtfreie Räume und schwächelnde Machtzentren, auch das einst eigene“*¹⁶⁸.

¹⁶⁷ a.a.O.

¹⁶⁸ GEISS, Imanuel: Krieg und Macht als historische Universalien, in: MEISSNER 2005 S. 27f.

Wo der Bedeutungsverlust des nationalen Akteurs als Führer von Kriegen durch externe Faktoren (vor allem die Völkerrechtslage) weit fortgeschritten ist, löst sich gegebenenfalls auch sein Schutzversprechen als interner Garant des Friedens in Unverbindlichkeit auf, die neuzeitliche Konzeption der Souveränität als Verantwortung entwickelt daher des Staates seit dem Westfälischen Frieden gültige Existenz- und Legitimationsgrundlage in Form seiner Garantieleistung von Sicherheit und Rechtsfrieden im Innern sowie seines Schutzversprechens vor militärischen Angriffen Fremder im Äußern unter den veränderten Vorzeichen einer allgemeinen Entstaatlichung des Krieges in einer Weltinnenpolitik weiter¹⁶⁹. Es ist nur folgerichtig, daß sich die Schutzverantwortung zuvorderst nach innen, gegen die eigenen Bürger wendet, kann der Staat in Anbetracht der rapiden Entwicklung von Massenvernichtungspotentialen den Schutz vor äußerer Bedrohung doch ohnehin nicht mehr im Alleingang gewährleisten.

Während mit der bewussten Delegation des nationalstaatlichen (äußeren) Gewaltmonopols etwa an eine intrastaatliche Körperschaft die eigene Souveränität und Rechtstaatlichkeit keinen Schaden nimmt, nimmt beim Verlust der binnenstaatlichen Gewalthoheit die Rechtstaatlichkeit notwendig erheblichen Schaden, da sie grundlegende Menschenrechte nicht mehr wird verteidigen können (VOORHOEVE 2007 S. 91). Nun ist nach Max WEBER der Staat die einzige Institution, die legitimiert ist, in einem definierten Territorium (namentlich dem eigenen) physische Gewalt auszuüben, diese Legitimität bezieht sich also aus ihrer sozialen Monopolstellung und die daraus geschaffene Autorität (die heute nicht mehr charismatisch oder traditionell, sondern legalistisch legitimiert wird) ist rückgebunden an die normative Präferenzordnung ihrer Bestandteile, das heißt der Bürger¹⁷⁰. Ohne die nachhaltige Anstrengung zu Rechtsstaatlichkeit und -sicherheit aber bleibt der verantwortungsethische Gehalt staatlicher Souveränität eine Farce¹⁷¹.

¹⁶⁹ WULF, Herbert: The challenges of re-establishing a public monopoly of violence. in: GLASIUS et al. 2006 S. 20

¹⁷⁰ GEIGER, Gebhard: Ideology, Indoctrination, and Noncognitive Foundations of Belief in Legitimacy. A Biobehavioral Analysis of Legitimate Violent Social Action. in: EIBL-EIBESFELDT et al. 1998 S. 415

¹⁷¹ ZIFCAK, Spencer: Globalizing the rule of law. Rethinking values and reforming institutions. in: ZIFCAK 2005 S. 35

V.4 MORALENTWICKLUNG UND KONSENS

Moralisches Urteilen ist die Voraussetzung, jedoch keine Garantie für moralisches Handeln, da der moralischen Urteilsbildung nicht notwendig eine kontinuierliche kognitive Höherentwicklung entspringen muss, wie KOHLBERG anhand seines ableitungslogischen Stufenmodells moralischer Entwicklung demonstriert. *„Die ethische Begründung eines universalen normativen Standpunkts bildet zugleich [in Anlehnung an RAWLS] die angenommene [sogenannte postkonventionelle] Endstufe der Moralentwicklung, von der aus die vorlaufenden Stufen [präkonventionell und konventionell] abgeleitet werden. [...] In diesem Verfahren bildet sich ein spezielles Moralverständnis heraus, das auf formales Gerechtigkeitsdenken abzielt. Konsequenterweise wird angenommen, daß die Moral auf allen Stufen der Ontogenese sich als zunehmend reflektiertes Denken und Urteilen in Kategorien formaler Gerechtigkeit darstellt.“*¹⁷²

Auf das Feld der Kriegs- und Einmischungsgerechtigkeit gewendet, ist zu untersuchen, welches Gewicht eine autoritativ-normative Prinzipienbindung beziehungsweise die Restrukturierung von Machtverhältnissen in moralisch geregelte Relationen für die moralische „Kompetenz“ der im Wortsinne Gewalt-Tätigen hat. Somit beinhaltet die moralisch gerechtfertigte (Gewalt-)Tat ein Abwägen und Beurteilen ihres gerechtigkeitsbefriedigenden Gehalts und der sich daraus ergebenden Handlungsverantwortlichkeit des Akteurs (LINN 1996 S. 55). Eingeschränkt wird die Unabhängigkeit dieses gewissenhaften Urteils allerdings gerade in psychischen Ausnahmezuständen, wovon der Krieg als Musterbeispiel gelten muss. MILGRAMs legendäres Experiment belegt, daß unter externem Druck, ausgeübt durch eine als gerecht anerkannte Autorität als deren Agent sich der Akteur versteht, das individuelle Moralurteil hinter den delegierten Handlungsimperativ zurückfällt, ein Modus des Befehlsempfängers und -exekutors, der erst recht vom Soldaten im Felde abverlangt wird, gewinnt Überhand. Dies trifft wohlgerne, wie KOHLBERG empirisch untermauert einwendet, nicht auf moralisch reflektierende Akteure jener idealtypischen höchsten Entwicklungsstufe zu, auf der die Wert-

¹⁷² SUTTER, Tilmann: Moralische Entwicklung und Macht. in: JUNGE 2003 S. 202

schätzung absoluter Gerechtigkeitsimmunität dem Befolgen von gesetztem Recht vorausgeht (RAPOPORT 1997 S. 49). Der moralische Imperativ mag nun sogar zu einem auch soldatischen Heroismus des Widerstandes, einer Verweigerung des Kriegsdienstes aus Gewissensgründen oder zu zivilem Ungehorsam führen.

Zum einen folgt aus solcher Dynamik, daß moralische Zugänge zu einer militärischen Gewaltrechtfertigung im Sinne einer normativen Disziplinierung und Konditionierung möglichst kanonisiert sein müssen, die gerechte Autorität eben auch zum primären Exegeten der Gerechtigkeitskriterien und Advokaten ihrer Konsolidierung und Implementierung wird. Glaubwürdig und rechtstaatlich bleibt sie dabei, zum anderen, allerdings nur, wenn sie sich zwar eines moralischen Atomismus, Subjektivismus und Relativismus im Moment des Entscheidens erfolgreich erwehren kann, die normative (und konventionelle) Basis einer diversifizierten Gesellschaft aber unbescholten diskursiv bleibt, das heißt durchlässig für das Prozesshafte, Aushandelnde in der Erforschung der eigenen Legitimität. Dies ebenfalls vor dem Hintergrund noch nicht vollentwickelter globalrechtlicher Konventionen (REYDAMS 2003 S. 16). Der unhinterfragbare und unteilbare sozialmoralische Fixpunkt muss Gerechtigkeit heißen (NIEBUHR 2001 S. 257). Der stellenweise nötige Zwang zur Schaffung gesellschaftlicher Kohäsion wiederum darf nicht zu einer Verrückung sozialer Gerechtigkeit führen, deren Korrektur erneuten Zwang erforderlich machen und die Unvereinbarkeit von Individual- und Sozialmoral erst verstetigen würde (a.a.O. S. 231).

Ganz konkrete Auswirkungen hat das Bedürfnis nach einer Homogenisierung der Gerechtigkeitsimperative auch in der über den Staat hinausreichenden Organisierbarkeit von Multilateralität, die ja symptomatisch für die moderne, kollektive Wahrnehmung einer kosmopolitischen Verantwortung ist, oder anders gefragt: sprechen die Vereinten Nationen mit einer oder drei Stimmen (Generalsekretär, Generalversammlung, Sicherheitsrat)? Und ist deren lauteste auch die gerechteste (RATNER 1996 S. 79)? „Damit ein kollektives Sicherheitssystem effektiv ist, muss der Prozess der Determination, Autorisierung und Exekution möglichst rasch verlaufen.“ (FAUST 2002 S. 145) Da ein Einigungszwang auf Dauer Risiken für die Legitimität eines auf gemeinsamen Interessen begründeten kollektiven Sicherheitsverbundes birgt, wird die Entscheidungskompetenz durch ein

abermals diskursives, in seinen normativen Grundfesten derweil unerschütterliches Mehrheitsprinzip zentralisiert.

Die hochkomplexen Koordinationsbedingungen daraus entstehender Interventionen innerhalb und zwischen sowohl zivilen als auch militärischen Kräften auf allen Ebenen (zeitlich wie strukturell) verweisen auf drastische Weise zurück an eine von Klaus NAUMANN, vormaliger NATO-General und einer der geistigen Väter der Schutzverantwortung, propagierte fundamentale „*Politikbedürftigkeit des Militärischen*“ und eine Moralbedürftigkeit des (Welt-)Politischen (BONANATE 1995 S. 83). „*An adequate political morality must do justice to the insights of both moralists and realists. It will recognise that human society will probably never escape social conflict, even though it extends the areas of social co-operation.*“ (NIEBUHR 2001 S. 233f.)

Eine Zivilgesellschaft setzt voraus, daß ihre Bürger daran gemessen werden können, ob sie wenigstens stellenweise Interessen verfolgen, die über die eigenen hinausgehen, ob also die Mitgliedschaft im Staate mit einer gewissen, immerhin punktuellen und für die Sicherheit sicherlich unbedingten Vorrangigkeit herrschender staatlicher Gemeininteressen (und auf einem weiteren Abstraktionsniveau der Menschheitsinteressen) korreliert, der Staatsangehörige also auch eine solidarische Pflichtschuldigkeit in Sachen Schutz und Sicherheit hat (NAUMANN 2008 S. 113). Ein solches verantwortungsethisches Obligationsverständnis und -verhalten hat zweifelsohne völkergewohnheitsrechtliche Implikationen, als es einem mitunter verschlungenen Primat grenzenüberschreitender menschlicher Sicherheit auch einübungsethischen und damit praktischen Nachdruck in einem Weltrechts- oder Universalprinzip verleiht¹⁷³.

„*To the extent that the atrocities and human rights violations that legally permit the exercise of universal jurisdiction parallel those affronts to human security that morally permit humanitarian intervention, the law of universal jurisdiction is an appropriate normative legal framework in which humanitarian intervention can potentially be grounded.*“ (HEINZE 2009 S. 86)

¹⁷³ WHITE, Nigel D.: Self-defence, Security Council authority and Iraq. in: BURCHILL et al. 2005 S. 238

V.5 DURCHSETZUNG UND NEUTRALITÄT

Da der Zielstaat einer Intervention den diese auslösenden Rechtsbruch nicht unbedingt als solchen anerkennen muss, sofern er sich der weltrechtlichen Ordnung selbst nicht angehörig begreift (und der Rechtsbruch nicht aus Unfähigkeit zur Aufrechterhaltung staatlicher Ordnung, sondern vorsätzlicher Verletzung der Menschenrechte herrührt), bezieht sich die Verantwortung der Intervenierenden und deren Rechenschaftspflicht zuvorderst auf den notleidenden Teil der Bevölkerung, nicht aber auf den Staat als Ganzes (RAMSBOTHAM et al. 2006 S. 282). Die sich einmischende internationale Gemeinschaft beziehungsweise deren Organe nehmen ihre Verantwortung jedoch auch gegenüber dem Staat, in den sie eingreifen, wahr, so etwa - neben weiteren Rechtsinstrumenten - gemäß Artikel 1 der Genfer Konventionen, durch den sich die Vertragsparteien verpflichten, *„das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen“*. Im dazugehörigen Kommentar des Roten Kreuzes wird jenes Durchsetzungsgebot etwas unscharf expliziert als die Verantwortung der Parteien, die Respektierung des Abkommens zu forcieren (ohne spezifische Mittel neben einer unverzichtbaren Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zu empfehlen), sobald ein Staat seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen gegenüber seinen Bürgern nicht mehr nachkommen kann oder will.

„The obligations state parties have undertaken under the general human rights treaties tend to be more clearly limited to persons within their respective jurisdictions. These treaties offer fewer clues in support of the argument that state parties are under an obligation to invoke the international responsibility of states breaching the treaty.“ (KAMMINGA 1992 S. 185) Der Weg von einer - bereits vor dem ICISS-Bericht existenten - Schutzverantwortung hin zu einer Schutzpflicht ist damit nach wie vor ein weiter, dies umso mehr, als die Grenzen der verfügbaren Souveränität üblicherweise die Grenzen der Gültigkeit einer Jurisdiktion markieren, der primäre Rechtsdurchsetzer bleibt also der Staat innerhalb seines Territoriums (SUNGA 1992 S. 101). Während daher die nationale Kriminalisierung eines Tatbestandes nicht ohne weiteres zur internationalen Kriminalisierung führt, ist die einzelstaatliche Rechtspraxis von großer Bedeutung für die Entwicklung in-

ternationaler Standards (RATNER et al. 2001 S. 70). Auch gilt in der Umkehrung das Prinzip, daß der Bruch des Völkerrechts den Staat völkerrechtlich rechenschaftspflichtig macht, unbenommen fort (CRAWFORD 2005 S. 77).

Zwar erlebt der humanitäre Verantwortungsgedanke seit dem Zusammenbruch des Ostblocks einen spürbaren Aufschwung, der auch einer neuen Generation von Politikern geschuldet ist, die desillusioniert von braunem wie rotem Terror und den vulgärsozialistischen Verheißungen des Anti-Imperialismus der 1960er Jahre eine Vereinbarkeit von Souveränität und Menschenrechtstaatlichkeit nicht nur für ideal, sondern für realistisch halten. Das Zusammenwachsen der Europäischen Union und die Suche nach einer gemeinsamen ideologischen Basis befördern den humanitären Schutzgedanken ebenso wie die verstärkte Positionierung der Entwicklungsmöglichkeiten Afrikas auf der weltpolitischen Agenda. Allerdings ist es verkürzt anzunehmen, die Zeit sei schlichtweg reif für eine zunehmend Form annehmende Übereinstimmung, wonach die Legitimität eines Staates davon abhängt, inwieweit er die grundlegenden Rechte seiner Bürger schützt, im Gegenzug also das Schutzrecht der Regierung aus dem Willen des diese mandatierenden Volkes entspringt, was schlussendlich zu der demokratischen Annahme führt, daß der gewährleistete Schutz hinreichende Bedingung für das Einvernehmen eines Volkes mit seiner Staatsform sei. Nun sind jedoch gerade jene Staaten, die es mit der Schutzverantwortung nicht allzu genau halten, selten lupenreine Demokratien, sondern beziehen ihre Legitimation aus Tradition (wie Monarchien) oder schierer Gewalt. *„So the basic problem with the idea of sovereignty as responsibility is that it does not happen to apply to many members of the United Nations. [And even] Governments with relatively good human rights records are suspicious of claims that their legitimacy is dependent on some internal or external report card of compliance with universalist norms.“*¹⁷⁴

Eine gemeinsame, geteilte Verantwortlichkeit der Staatengemeinschaft wird durch den bloßen Bezug auf einen humanitären Ethos auf Dauer also kaum den von Handlungen unterstrichenen Zuspruch finden, den sie

¹⁷⁴ IGNATIEFF, Michael: Human Rights, Sovereignty and Intervention. in: OWEN 2003 S. 58

freilich eo ipso verdienen würde, und so ist es mehr als nur Zugeständnis an einen pragmatischen Realismus, die humanitäre Universalsorge an eine sicherheits- und entwicklungspolitische zu koppeln. Zweierlei ist davon zu erwarten: zum einen wird die Maßnahme der humanitären Intervention durch die Beigabe einer handfesten Sicherheits- und Stabilitätsdimension nicht einspruchslos weiter zynisch ausgehöhlt, indem ihre vermeintlich gesamtgesellschaftliche Neutralität und Selbstlosigkeit für Zwecke missbraucht werden, deren humanitärer Kern bestenfalls ein marginaler ist, zum Beispiel im Kontext einer Preemptionsdoktrin (MEPHAM et al. 2004 S. 53). Zum anderen wiederum gilt: *„For as long as the chief motive to get involved is conscience alone, we can only expect sporadic action from a few responsible actors. Once it is realized that we are looking at a crisis in the international order, states that would otherwise remain uninvolved would understand that their long-term interest in stability compel them to commit resources to the problem.“*¹⁷⁵

Es ist unschwer nachzuvollziehen, daß nicht jede Bedrohung von Frieden und Sicherheit zugleich humanitäre Ursachen aufweisen muss, der umgekehrte Fall jedoch, daß nämlich aus schwerwiegenden Verletzungen der Menschenrechte der innere, regionale und gegebenenfalls internationale Friede empfindlich gestört wird, ist durchaus signifikant (CHESTERMAN 2001 S. 151). So wird eine rein humanitäre Verantwortungsethik politisch wenig Resonanz finden, solange das vorherrschende Friedens- und Sicherheitsverständnis nicht unentäußerbar menschenrechtliches Fundament hat, sondern in erster Linie auf die Reibungslosigkeit von wirtschaftlichem und geopolitischem Weltverkehr baut. Gewiss, die Teilnahme an oder Durchführung von humanitären Interventionen ist freiwillig, ein Misserfolg ist - sofern nicht unmittelbar nachbarschaftliche Interessen auf dem Spiel stehen - kaum je existenzbedrohend für den Intervenierenden (SEYBOLT 2007 S. 224). Doch gerade weil dadurch Zweifel an der Realisierbarkeit einer einhelligen, rechtlich belastbaren militärisch-humanitären Interventionspflicht nicht ausgeräumt werden können, ist es zwingend, ihre Kriterien zu reflektieren¹⁷⁶.

¹⁷⁵ IGNATIEFF, Michael: Human Rights, Sovereignty and Intervention. in: OWEN 2003 S. 67

¹⁷⁶ ROBERTS, Adam: The so-called ‚Right‘ of Humanitarian Intervention. in: FISCHER et al. 2002 S. 34

V.6 RECHTSSUBJEKT UND RECHTSPFLICHT

Der formale, negative Friedensbegriff ist normativ wesentlich anspruchsloser als die auseinandergesetzten Versuche, das völkerrechtliche Friedensziel und ein menschenrechtliches Schutzziel zu binden. „*Er ist indifferent gegenüber der moralischen Qualität der inneren Verfassung der Nationalstaaten und der Innenpolitik ihrer Regierungen.*“¹⁷⁷ Dies ist dem auch angesichts der Ausdehnung globaler Abhängigkeitsverhältnisse unverändert fortgeltenden Respekt der Selbstbestimmung von Staaten - unabhängig von deren ethischem Anspruch (nicht aber von deren potentieller menschenrechtlicher Negativperformanz) - als (Selbst-)Hindernis eines expansiven normativen Paternalismus der Weltgemeinschaft geschuldet. Die faktische Entwicklung überstaatlich-wechselseitiger Abhängigkeiten und Beziehungen ist dabei freilich in den meisten Fällen ein strategisch gewinnbringender, freiwilliger und interessegeleiteter Kooperationsentschluss, steht folglich in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht des jeweiligen Staates und konterkariert dessen Souveränität in keiner Weise, kurzum ist die Behauptung, die Globalisierung habe eine Ära unitarischer Nachsouveränität eingeleitet, nicht per se haltbar¹⁷⁸.

Daß indessen die „*Vorstellungen der distributiven oder austeilenden Gerechtigkeit dagegen wie selbstverständlich keine Anwendung*“ im Verkehr der Gesellschaften untereinander finden, hat zum einen mit der nach wie vor mächtigen Stellung des Nationalstaates als hauptsächliche politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bezugsgröße des Individuums zu tun, zum anderen mit dem Umstand, daß einem normativen Individualismus kein unumwunden - etwa kosmopolitischer - „*moralischer Föderalismus*“ folgen muss¹⁷⁹. Dieser fordert eine Versöhnung und Harmonisierung lokaler wie globaler Normen und setzt eine einzelstaatliche Organisation wie Regulierung der öffentlichen Bereitstellung von Gerechtigkeitsgrundsätzen und gemeinsamer Wertvorstellungen voraus, damit

¹⁷⁷ KERSTING, Wolfgang: Bewaffnete Intervention als Menschenrechtsschutz? Philosophische Überlegungen zu einem kaum lösbaren Problem. in: MERKEL 2000 S. 189

¹⁷⁸ MARTI, Urs: Souveränität und Globalisierung. in: KOHLER 2003 S. 173

¹⁷⁹ HINSCH, Wilfried: Globalisierung der Gerechtigkeit. Politische Schwärmerei oder moralischer Realismus? in: KOHLER et al. 2003 S. 288f.

positive Individualautonomie und negative Kollektivautonomie fruchtbar koexistieren und auf weitere Bezugsrahmen abstrahiert und extrapoliert werden können. Der Staat als ein aus „*normativ vorgängig[en] und rechtfertigungslogisch prioritär[en]*“ Rechtssubjekten bestehender, idealiter mündiger Personenverband ist hierbei eine „*ontologisch wie rechtfertigungstheoretisch derivative Angelegenheit, ein Konstrukt*“, das ohne seine sich als politische Einheit verstehende Gesellschaft weder identifizierbar noch nach außen souverän sein kann. „*Da diese die rechtfertigungstheoretische Leitwährung unserer praktischen Begründungsdiskurse bilden, kann nur dann ein normatives Argument überzeugen, wenn seine Rechts- und Moralbegrifflichkeit in die rechtfertigungstheoretische Leitwährung des Menschenrechts konvertierbar ist. [...] Die unterschiedliche rechtliche Physiognomie von Person und Staat verhindert [somit], daß sie ein generelles Interventionsverbot [auf Basis der Souveränität] tragen könnte.*“¹⁸⁰ In dergestalt Legitimationskette sind sowohl die Sekundarität des Staates (bei gleichzeitigem Primat des Individuums) als auch seine Souveränität gerechtfertigt, indem sie zugleich strukturelle wie instrumentelle Grundlage der Garantie der Menschenrechte, also der Rechte der Menschen als Pflichten des Staates, sind.

Bezogen auf eine Menschenrechtspolitik, die „*angesichts des unterinstitutionalisierten Weltbürgerrechts zum bloßen Vorgriff auf einen künftigen kosmopolitischen Zustand, den sie zugleich befördern will, genötigt*“ wird, folgt, daß die Zwangsläufigkeit einer erhebliche Menschenrechtsverletzungen korrigierenden (nicht aber sühnenden) Intervention trotz ihrer üblichen Selektivität rundum gegeben ist, eben „*auch dann, wenn man nicht überall eingreifen kann*“, so HABERMAS¹⁸¹. Von einer Zwangsläufigkeit, einer Pflicht gar oder doch wenigstens einem Gebot in diesem Zusammenhang zu sprechen scheint überaus ratsam, als ein alleiniges Recht auf Intervention nicht zu seiner Wahrnehmung verpflichtet, nicht einmal wirklich dazu drängt, sondern es der völligen Freiwilligkeit (und Verzichtbarkeit), dem Altruismus oder der Willkür ausliefert (JANZEKOVIC 2006 S. 63). So will denn auch die Schutzverantwortung nicht als Angebot an die Staaten, ihre Bürger zu schützen, verstanden werden (VERLAGE 2009 S. 33).

¹⁸⁰ KERSTING, Wolfgang: Bewaffnete Intervention als Menschenrechtsschutz? Philosophische Überlegungen zu einem kaum lösbaren Problem. in: MERKEL 2000 S. 196

¹⁸¹ HABERMAS, Jürgen: Bestialität und Humanität. in: LUTZ 2000 S. 224

Eine Unbestimmtheit der Rechtsträger und überhaupt des Rechtsgehaltes einer Idee humanitärer Einmischung wird nicht umhin kommen, das klassische *recta intentio*-Kriterium besonders zu exponieren, also aus Sicht des Intervenieierenden in der Tradition des gerechten Krieges von oben zu urteilen¹⁸². Unentbehrlich ist demnach eine Festlegung darauf, ob nun vor allem „*die Staaten ein Recht zu intervenieren [haben], oder haben die Individuen ein Recht darauf, daß man [...] zu ihren Gunsten interveniert*“¹⁸³. Terminologisch wie rechtstheoretisch bietet es sich an, im Einmischungsdiskurs tatsächlich ein individuelles Recht zu verorten, einen quasi kontraktualistischen Anspruch auf Durchsetzung und Erfüllung von Rechtsgarantien und -gewährleistungen durch Einzelne oder Gruppen von Einzelnen, also von unten. Im praktischen Vollzug ist diese Trennung freilich ebenfalls eine konstruierte, da beide Komponenten in einer rechtmäßigen Intervention zusammenfallen werden, oder anders: wo die bedrängte, um Nothilfe direkt oder indirekt ersuchende, in ihren Menschenrechten beträchtlich beschnittene Bevölkerung nicht gegeben ist, kann ein etwaiger militärischer Zugriff unmöglich nach den dargelegten Bedingungen eines gerechten Krieges humanitär genannt werden (HINSCH et al. 2006 S. 69).

Neben der stark theoretischen Erörterung, wann eine Einmischung gerecht sei, muss daher auch Licht geworfen werden auf die keineswegs nur mit verrechtlichten Gerechtigkeitskonzeptionen beantwortbare praktische, ja jenseits des politischen Kalküls sozialpsychologische Frage, wann Interventionen wahrscheinlich sind. Experimentell läßt sich hier ein für den gebetsmühlenhaft beschworenen Interventionsmultilateralismus schwerwiegender Befund ausmachen, den die weltpolitische Empirie der jüngeren Vergangenheit durchaus bestätigt: „*The larger the number of bystanders, the lower the probability that anyone would intervene. [...] The interpretation for these findings was that when there is a relatively large number of bystanders, the responsibility to intervene is distributed among all of them, and the likelihood that one person intervenes, decreases.*“¹⁸⁴

¹⁸² HENKE, Christoph: Ein Beitrag zur neueren Lehre vom gerechten Krieg. in: STARCK et al. 2008 S. 140

¹⁸³ ZANETTI, Veronique: Ist das Recht auf humanitäre Intervention ein individuelles Recht? in: KOHLER et al. 2003 S. 256

¹⁸⁴ NADLER, Arie: When is Intervention Likely? in: KEREN et al. 2002 S. 46

V.7 NUKLEARKRIEG UND TERRORISMUS

*„Die klassischen Kriterien der Lehre vom gerechten Krieg gingen in die Völkerrechtsordnung ein. Damit wurden theoretisch auch die strittigen Fragen nach dem rechtmäßigen Grund und der legitimen Autorität durch die staatliche Ratifizierung der UN-Charta geklärt. [...] Die Kriterien der klassischen Lehre bilden keine eigenständige Begründung neben dem Völkerrecht mehr, sondern sie helfen heute als Teil einer Lehre von der legitimen militärischen Gewaltanwendung mit, das bestehende Völkerrecht kritisch zu beurteilen und weiter zu entwickeln.“*¹⁸⁵ Praktisch dagegen verbleiben vornehmlich zwei Einwände, die eine funktionierende, völkerrechtlich verbrieft kollektive Sicherheitspolitik erschweren: einerseits das Misstrauen der Einzelstaaten gegenüber der Effizienz und Motivlage internationaler Organisationen, das wiederum ein Sicherheitsdilemma perpetuiert. Andererseits fehlt es nach wie vor an Einvernehmen über die Begriffe, Kategorien und Formen militärischer Gewalt, die sich jenseits des klassischen Krieges als zeitgenössische Gewaltphänomene darbieten.

In beiden Fällen ist immerhin ein zunehmend wohlwollendes Aufgreifen der Schutzverantwortung und - damit zusammenhängend wie unabhängig von ihr - der Tradition des gerechten Krieges feststellbar, die ihrerseits freilich - eben auch ungeachtet des klassischen Krieges - in vor allem zwei Feldern Werkzeuge eigenen Ranges sind: zum einen im Zuge nuklearer Bedrohungspotentiale. Es gibt keinen vernünftig denkbaren proportionalen Einsatz nuklearer Waffen (CHILD 1986 S. 13), auch nicht durch deren sogenannten taktisch begrenzten Einsatz, ferner ist das Diskriminierungsgebot angesichts immenser Halbwertszeiten von Radioaktivität selbst bei einem punktgenauen Atomschlag beispielsweise gegen militärische Installationen als Kriegsfolge über den Einsatz hinaus auf Jahrzehnte völlig unbeherrschbar (LACKEY 1984 S. 201). Inwieweit einem Nuklearschlag schließlich ein gerechter Vertragsfrieden folgen kann, ist zum Glück mangels Empirie nur für Japan 1945 vorsichtig zu bejahen, allgemein jedoch in Zweifel zu ziehen. Die von christlicher Seite heute

¹⁸⁵ BAUMANN, Dieter: Vom heiligen Krieg zum rechtmäßigen Frieden. Gedanken zum sicherheitspolitischen Paradigma im 21. Jahrhundert. in: Military Power Revue der Schweizer Armee Nr. 3. Bern 2009 S. 48

erhobenen Einwände gegen den gerechten Krieg erregen sich insbesondere an der erstmals in der Geschichte technisch möglich gewordenen totalen nuklearen Annihilation, auch wenn das eigentliche Sterben sich qualitativ nicht unterscheidet von dem durch konventionelle Waffen verursachten (WOGAMAN 2000 S. 352). Betrachtet man nukleare Waffen derweil als reine Abschreckung, die niemals wirklich zum Einsatz kommen darf, lassen sich solche Widersprüche womöglich versöhnen, zugleich beschneidet man sich aber ironischerweise der Glaubwürdigkeit der Abschreckung und ist abermals gezwungen, den Gebrauch zu erwägen¹⁸⁶.

Zum anderen stellt der internationale Terrorismus in seinen zahlreichen perfiden Spielarten und seine vor allem von den Vereinigten Staaten seit dem 11. September 2001 forcierten Beantwortung eine große Herausforderung, wenn nicht Überdehnung der Anwendbarkeit des Konzepts eines gerechten Krieges dar¹⁸⁷. Es ist bezeichnend, daß die Traumatisierung, welche die Septemberattacken in der westlichen Welt auslösten, zu einer Neuformulierung eines expansiven unilateralen Selbstverteidigungsrechts als (notwendigenfalls präventive und preemptive) Kriegsbegründung führte, während die antizipatorische humanitäre Intervention trotz aller Präventionsversprechen nach wie vor rein reaktiv bleibt. Zwar stellt sich weder die klassische noch moderne Auslegung des gerechten Krieges gegen eine vorausseilende Abwehr direkt bevorstehender existenzieller Gefährdungen der Sicherheit (der Sechstagekrieg 1967 gilt als zulässiges Beispiel), allerdings ist die Zuweisbarkeit eines klar limitierbaren terroristischen Gefährdungsurhebers kaum je eindeutig (weshalb etwa Afghanistan und Nordpakistan als „*safe haven*“ der Taliban und al-Qaida in Mitleidenschaft gezogen wurden, ohne eigentliches Ziel zu sein). Was die gerechte Autorität anbelangt, so wird diese zumeist der sein Selbstverteidigungsrecht auslegende Staat beanspruchen, ein Schutz vor Missbrauch der Einmischung durch Autorisierung mittels kollektiver Instrumente fällt aus. Die Diskriminierung bleibt, wie gezeigt, ebenfalls schwer, da terroristische Kräfte nicht leichthin als rechtmäßige Kombattanten im klassischen Sinne begriffen und militärisch bekämpft werden können, sondern als unrechtmäßige, verbrecherische Elemente polizeilich aufzu-

¹⁸⁶ COHEN, Avner, LEE, Steven: The Nuclear Predicament. in: COHEN 1986 S. 24

¹⁸⁷ DAIS, Eugene E.: Just War Theory Post 9/11. Perfect Terrorism and Superpower Defense. in: LEE 2007 S. 112

reiben sind (was wiederum Implikationen für die Souveränität ihres Aufenthaltsstaates hat). Bezüglich der Verhältnismäßigkeit der Mittel stehen, als zugespitztes Beispiel unter vielen, moralisch wie rechtlich brisante Debatten über den Abschuss entführter ziviler Luftfahrzeuge im Raum. „*Fighting terrorism necessarily requires a shared responsibility on different levels. [...] In many instances moral deliberation on a case-by-case basis will remain necessary. Here, then, the tradition of the just war will once again show its usefulness.*“¹⁸⁸

Von unterschiedlicher praktischer Anwendbarkeit sind die Schutzverantwortung und die Kriterienkataloge des gerechten Krieges für die beiden genannten Bereiche nun schlichtweg aus dem Grunde, weil Erstere naturgemäß strikt humanitären Fokus hat (was sich mit Atomkrieg oder Terrorbekämpfung nur sehr mittelbar über den Umweg Sicherheit und menschliche Sicherheit in Einklang bringen läßt), und Letztere recht angewendet den Atomkrieg unbedingt (in *ius ad bellum* und *ius in bello*) und die Terrorbekämpfung in Form eines „*war against terror*“ eventuell bedingt als ungerecht und damit aus sich heraus nicht legitimierbar werden begreifen müssen. Natürlich wird die Tradition des gerechten Krieges damit abermals ihrem kriegslegenden Erbe gerecht, indem sie nicht allein Rüstzeug der Kriegsrechtfertigung sein darf, sondern ihr Mehrwert vor allem in der sorgsam Prüfung und damit tendenziell der Kriegsverhinderung begründet ist. „*However, properly understood, just war is not strictly comprised of either a presumption against war, or a presumption against injustice, it in fact entails elements of both. The former could be conceived as a concern for in bello, and the latter as a concern for ad bellum.*“¹⁸⁹ Politische, rechtliche, militärstrategische und moralische Bedingungen verweisen hier nochmals eng aufeinander und auf ihre Abhängigkeit von einer soliden Weltzivilgesellschaft, deren realpolitische, unilateralistische und von Misstrauen gezeichnete Interessenhybris nur durch geteilte Verantwortung, auch und gerade im Diskurs über deren Ausgestaltung, eindämmbar bleibt (ELSHTAIN 2004 S. 170).

¹⁸⁸ CEULEMANS, Carl: War Against Terrorism. Some Ethical Considerations from the Just War Perspective. in: SMIT 2005 S. 30

¹⁸⁹ SHARMA, Serena K.: The Legacy of *Ius Contra Bellum*. Echoes of Pacifism in Contemporary Just War Thought. in: Journal of Military Ethics Volume 8 Issue 3. New York 2009 S. 228

V.8 IMPLEMENTIERUNG UND ZIVILISIERUNG

Als BAN Ki-moon, Generalsekretär der Vereinten Nationen, im Juli 2009 eine Bestandsaufnahme der Schutzverantwortung seit deren Absegnung beim Weltgipfel 2005 vorlegte, fiel diese ernüchternd aus: tatsächlich haben die Vereinten Nationen in jenem Zeitraum nicht eine Einmischung unter der „*responsibility to protect*“ gutgeheißen, obwohl es reichlich Anlass und Bedarf gegeben hätte¹⁹⁰. Der wohl eloquenteste Advokat der Verantwortung zum Schutz und zugleich einer ihrer Miturheber, Gareth EVANS, ehemaliger australischer Außenminister, sieht hierin eine offene Kampagne zur Sabotage des gesamten Konzepts, die vor allem von Staaten der Dritten Welt, den einen Unilateralismus bevorzugenden Großmächten und Kritikern wie Noam CHOMSKY getragen werde und einem „*humanitären Imperialismus*“ vorbeugen solle. Neben dem mangelnden politischen Willen fällt ein Einwand gegen die Anwendung der von so einflussreichen Stimmen geförderten humanitären Interventionsdoktrin besonders ins Gewicht: daß sie nämlich zu konsequent auf eine Kompatibilität zum bestehenden System der Vereinten Nationen ausgerichtet sei, womit der dem gesamten System zugrundeliegende Reformbedarf und -stau ironischerweise mitinkorporiert werde. „*So critics of R2P may well use the argument that five victors of the second world war should not have the crucial say as to when coercion may be used.*“¹⁹¹

Der breite Idealismus und Enthusiasmus über einen „*neuen Humanitarismus*“ und eine „*Ethik des Ernstfalls*“ der vergangenen Jahre wird letzthin fraglos an zentralen Stellen ernüchtert und erschüttert¹⁹². Auch ohne bisher in Reinform angewendet worden zu sein, wirkt sich der leidenschaftlich geführte Diskurs über die Verantwortung zum Schutz ohne Zweifel auf die politische Praxis und das Entstehen einer humanitär konnotierten Weltverantwortung aus, die Afrikanische Union gehört denn zu ihren ersten Advokaten überhaupt. „*The horrors of (the dead, diasbled, and displaced) are constants, as are the demands placed on agencies (for resources and access), but the conditions under which they operate have*

¹⁹⁰ NZZ vom 25.07.2009

¹⁹¹ The Economist vom 23.07.2009

¹⁹² DESTEXHE, Alain: Neutrality or Impartiality. in: CAHILL 2000 S. 102

changed, in many cases sharply. [...] Not only did the new wars produce multiple humanitarian crises of magnitude and simultaneity that dwarfed those of previous generations, but they also led to debates among humanitarians about the purposes and practices of their collective endeavors.“ (HOFFMAN et al. 2006 S. 83).

Es ist an entscheidender Stelle unwidersprochen, daß die Frage nach einer moralischen Kriterien standhaltenden humanitären Einmischungsgerechtigkeit keine Frage des Ob, sondern des Wie geworden ist. Wenn dergestalt Humanitarismus vom Zusammenbruch des Ostblocks bis zum Kosovo-Einsatz 1999 nun aufgrund seiner geringen Wahrnehmung und Wirkkraft als in der Krise befindlich beschrieben wurde, so bestehen seine heutigen offenen Flanken eher in einer Überthematisierung durch den Boulevard und einer missbräuchlichen Übertragung seines konzeptionellen Kerngehalts durch ein opportunistisches politisches Kalkül auf per se unzusammenhängende Probleme kollektiver Sicherheit. In diesem Spannungsfeld nimmt nicht nur die Glaubwürdigkeit einer Verantwortung zum Schutz Schaden, sondern es gerät ebenso das Profil nicht-militärischer und nicht-staatlicher humanitärer Akteure unter Anpassungsdruck, der neben einer *„Rückbesinnung auf ethische Normen [auch die] selbstkritische Evaluation eigenen Handelns“* einfordert¹⁹³. Damit einher geht die Forderung nach umfassendem und konsistentem humanitären *„capacity bulding“* im Rahmen der entwicklungspolitischen Dimension einer Schutzverantwortung, deren militärische Komponente nur als letztes Mittel menschenrechtliche Missstände abzustellen und die durch jene beschädigte Souveränität des Zielstaates wiederherzustellen ausersehen ist¹⁹⁴.

Alle Sicherheits- und dem Imperativ der Gerechtigkeit folgende Friedenspolitik ist heute auch Zivilisierungsprojekt, dem SENGHAAS’ *„zivilisatorisches Hexagon“* wertvoller Wegweiser sein kann. Dieses setzt sich zusammen aus: 1. Gewalt- und Gewaltlegitimierungsmonopol, also eine Entprivatisierung der Gewalt zur Sicherung einer friedlichen Rechtsgemeinschaft im Innern und als verlässlicher Partner entsprechender

¹⁹³ DEBIEL, Tobias, STICHT, Monika: (Ohn-)Mächtige Samariter. Humanitäre NGOs zwischen Intervention, Kommerz und Barmherzigkeit. in: ROTH et al. 2007 S. 175

¹⁹⁴ United Nations General Assembly: Implementing the responsibility to protect. Report of the Secretary-General. New York 2009 S. 18

Sicherheitsverbünde im Äußern; 2. Dem Prinzip der Rechtstaatlichkeit, also die Bindung staatlichen Handelns an das Recht, die Kontrolle des Gewaltmonopols, die Unterhaltung einer unabhängigen Gerichtsbarkeit (auch international) und die Förderung gewaltfreier Konfliktresolutionsmechanismen; 3. Soziale Gerechtigkeit als Sicherung der Grundbedürfnisse und -rechte; 4. Politische Partizipation, sprich Beteiligung an Prozessen der Entscheidungsfindung, auch zur Legitimation der politischen Ordnung; 5. Interdependenzen und Affektkontrolle als Erkennen wechselseitiger Abhängigkeiten der Gesellschaftsmitglieder und Erziehung zur solidarischen Mäßigung des Konfliktverhaltens; sowie 6. Die Bildung einer Kultur der konstruktiven Konfliktbearbeitung, das heißt kompromissorientierte Konfliktfähigkeit und Versöhnungsbereitschaft.

„The above-mentioned six components of the civilisatory hexagon should be seen configuratively, not monothematically or in terms of a one-dimensional and narrow-minded theory, but as the premises and conditions for lastingly civilised conflict management. [...] If this configuration is inadequate, stability cannot be expected either.“ (SENGHASS 2007 S. 24f.) So hat es denn guten Grund, daß bereits ARISTOTELES in der politischen Stabilität einer Gesellschaft die Grundlage ihres Gerechtigkeitssinnes fasst (FISK 1989 S. 9). Und solch ein Gerechtigkeitssinn selbst ist nach RAWLS schlussendlich nur dann stabil, wenn er sich gerade in Fällen, in denen mit spezifischer Systemunterstützung nicht zu rechnen ist, zu diffuser Akklamation der politischen Ordnung veranlasst fühlt. Dergestalt Ansatz kann sich freilich nicht *„damit begnügen zu zeigen, daß das Gesollte machbar ist; es muss sich zudem auf ethisch akzeptablem Weg bewerkstelligen lassen“* (SCHMITT 2005 S. 79). Das Resultat dieser Entwicklung ist also eine zweifache Stabilität, institutionell wie moralisch¹⁹⁵. In den aufgeworfenen Überlegungen zu Krieg und Frieden verlangt dies am Ende eine die internationale (Wert-)Gemeinschaft in die Pflicht nehmende Übereinkunft, inwieweit dem moralisch längst als alternativlos Geschauten institutionelle Entsprechungen zur Hand gegeben werden, die eine Elementargerechtigkeit nicht zu einem Pfund machen, mit dem nach Belieben gewuchert wird (WELCH 1993 S. 214).

¹⁹⁵ LUF, Gerhard: Gerechtigkeitstheorie zwischen Gemeinsinn und transzendentaler Reflexion. Überlegungen im Anschluss an RAWLS Theorie der Gerechtigkeit. in: KOCH 1994 S. 50

V.9 FRIEDEN DURCH KRIEG

Anstelle einer Schlussbemerkung scheint wenig die vorausgegangene Annäherung an die Gerechtigkeit militärischer Einmischungen auch und vor allen Dingen aus humanitären Gründen besser zu rekapitulieren als zwei mit dem Friedensnobelpreis prämierte Standpunkte, die das Panorama der Interventionsdebatte während der vergangenen Dekade als deren vorläufiger Hochzeit praktisch rekapitulieren und gegeneinander in Stellung bringen. Henri DUNANT hinterließ 1901 indes keine Rede.

James ORBINSKI, Präsident der Médecins Sans Frontières, 1999:

„Humanitarianism occurs where the political has failed or is in crisis. We act not to assume political responsibility, but firstly to relieve the inhuman suffering of failure. The act must be free of political influence, and the political must recognize its responsibility to ensure that the humanitarian can exist. Humanitarian action requires a framework in which to act. In conflict, this framework is international humanitarian law. It establishes rights for victims and humanitarian organisations and fixes the responsibility of states to ensure respect of these rights and to sanction their violation as war crimes. Today this framework is clearly dysfunctional. Access to victims of conflict is often refused. Humanitarian assistance is even used as a tool of war by belligerents. And more seriously, we are seeing the militarisation of humanitarian action by the international community. In this dysfunction, we will speak out to push the political to assume its inescapable responsibility. Humanitarianism is not a tool to end war or to create peace. It is a citizen's response to political failure. It is an immediate, short term act that cannot erase the long term necessity of political responsibility. And ours is an ethic of refusal. It will not allow any moral political failure or injustice to be sanitized or cleansed of its meaning. [...] Humanitarian action is by definition universal, or it is not. Humanitarian responsibility has no frontiers. Wherever in the world there is manifest distress, the humanitarian by vocation must respond. By contrast, the political knows borders, and where crisis occurs, political response will vary because historical relations, balance of power, and the interests of one or the other must be considered. The time and space of the humanitarian are not those of the political. [...] Today there is a confusion and

inherent ambiguity in the development of so-called 'military humanitarian operations'. We must reaffirm with vigor and clarity the principle of an independent civilian humanitarianism. And we must criticize those interventions called 'military-humanitarian'. Humanitarian action exists only to preserve life, not to eliminate it. [...] The debate on the 'Droit d'Ingerence' - the right of state intervention for so called humanitarian purposes - is further evidence of this ambiguity. It seeks to put at the level of the humanitarian, the political question of the abuse of power, and to seek a humanitarian legitimacy for a security action through military means. [...] It must be recalled that the UN Charter obliges states to intervene sometimes by force to stop threats to international peace and security. There is no need, and indeed a danger, in using a humanitarian justification for this. [...] Yes, humanitarian action has limits. It also has responsibility. It is not only about rules of right conduct and technical performance. It is at first an ethic framed in a morality. The moral intention of the humanitarian act must be confronted with its actual result. And it is here where any form of moral neutrality about what is good must be rejected."¹⁹⁶

Barack OBAMA, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, 2009:

„War, in one form or another, appeared with the first man. At the dawn of history, its morality was not questioned; it was simply a fact, like drought or disease - the manner in which tribes and then civilizations sought power and settled their differences. And over time, as codes of law sought to control violence within groups, so did philosophers and clerics and statesmen seek to regulate the destructive power of war. The concept of a 'just war' emerged, suggesting that war is justified only when certain conditions were met: if it is waged as a last resort or in self-defense; if the force used is proportional; and if, whenever possible, civilians are spared from violence. Of course, we know that for most of history, this concept of 'just war' was rarely observed. [...] [Today], wars between nations have increasingly given way to wars within nations. The resurgence of ethnic or sectarian conflicts; the growth of secessionist movements, insurgencies, and failed states - all these things have increasingly trapped civilians in unending chaos. In today's wars, many more civilians are killed than soldiers; the seeds of future conflict are sown, econo-

¹⁹⁶ ORBINSKI, James: Nobel Peace Prize Lecture. Oslo 1999. Quelle: http://nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/1999/msf-lecture.html vom 10.12.2009

*mies are wrecked, civil societies torn asunder, refugees amassed, children scarred. I do not bring with me today a definitive solution to the problems of war. What I do know is that meeting these challenges will require the same vision, hard work, and persistence of those men and women who acted so boldly decades ago. And it will require us to think in new ways about the notions of just war and the imperatives of a just peace. We must begin by acknowledging the hard truth: We will not eradicate violent conflict in our lifetimes. There will be times when nations - acting individually or in concert - will find the use of force not only necessary but morally justified. [...] I believe that force can be justified on humanitarian grounds, as it was in the Balkans, or in other places that have been scarred by war. Inaction tears at our conscience and can lead to more costly intervention later. That's why all responsible nations must embrace the role that militaries with a clear mandate can play to keep the peace. [...] I understand why war is not popular, but I also know this: The belief that peace is desirable is rarely enough to achieve it. Peace requires responsibility. [...] Only a just peace based on the inherent rights and dignity of every individual can truly be lasting. It was this insight that drove drafters of the Universal Declaration of Human Rights after the Second World War. In the wake of devastation, they recognized that if human rights are not protected, peace is a hollow promise. And yet too often, these words are ignored. For some countries, the failure to uphold human rights is excused by the false suggestion that these are somehow Western principles, foreign to local cultures or stages of a nation's development. [...] There has long been a tension between those who describe themselves as realists or idealists - a tension that suggests a stark choice between the narrow pursuit of interests or an endless campaign to impose our values around the world. I reject these choices. [...] But we do not have to think that human nature is perfect for us to still believe that the human condition can be perfected. We do not have to live in an idealized world to still reach for those ideals that will make it a better place. [...] For if we lose that faith - if we dismiss it as silly or naïve; if we divorce it from the decisions that we make on issues of war and peace - then we lose what's best about humanity. We lose our sense of possibility. We lose our moral compass.*¹⁹⁷

¹⁹⁷ OBAMA, Barack: Remarks at the Acceptance of the Nobel Peace Prize. Washington, DC 2009. Quelle: <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-acceptance-nobel-peace-prize> vom 10.12.2009

VI. BIBLIOGRAPHIE

Verwendete Aufsätze sind in den laufenden Fußnoten als solche gekennzeichnet.

- ABIEW, Francis K.: The evolution of the doctrine and practice of humanitarian intervention. Den Haag 1999.
- ABU-NIMER, Mohammed: Nonviolence and peace building in Islam. Theory and practice. Gainesville 2003.
- ADENEY, Bernard T.: Just war, political realism, and faith. Metuchen 1988.
- ALBERT, Mathias (Hrsg.): Die Entgrenzung der Politik. Internationale Beziehungen und Friedensforschung. Festschrift für Lothar BROCK. Frankfurt am Main 2004.
- ALBERT, Sigrid: Bellum iustum. Die Theorie des gerechten Krieges und ihre praktische Bedeutung für die auswärtigen Auseinandersetzungen Roms in republikanischer Zeit. Kallmünz/Opf. 1980.
- ALBRECHT, Ulrich und Paul SCHÄFER (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg. Fakten - Hintergründe - Alternativen. Köln 1999.
- ALBRECHT, Ulrich und Wolfgang R. VOGT (Hrsg.): Friedenskultur statt Kulturkampf. Strategien kultureller Zivilisierung und nachhaltiger Friedensstiftung. Baden-Baden 1999.
- ALLAN, Pierre (Hrsg.): What is a just peace? Oxford 2006.
- ALLEY, Roderic: Internal conflict and the international community. Wars without end? Aldershot, Hampshire 2004.
- AMBOS, Kai und Jörg ARNOLD (Hrsg.): Der Irak-Krieg und das Völkerrecht. Berlin 2004.
- AMSTUTZ, Mark R.: International ethics. Concepts, theories, and cases in global politics. Lanham 2008.
- ANDERSON, Mary B.: Do no harm. How aid can support peace - or war. Boulder 1999.
- ANNAN, Kofi (Hrsg.): A more secure world. Our shared responsibility. New York 2004.
- ANNAN, Kofi A.: The question of intervention. Statements by the Secretary-General. New York 1999.
- ANNAN, Kofi A.: In larger freedom. Towards development, security and human rights for all. New York 2005.
- AQUIN, Thomas von: Summe der Theologie. Bd. 1: Gott und Schöpfung. Stuttgart 1985.

- AQUIN, Thomas von: Summe der Theologie. Bd. 2: Die sittliche Weltordnung. Stuttgart 1985.
- AQUIN, Thomas von: Summe der Theologie. Bd. 3: Der Mensch und das Heil. Stuttgart 1985.
- ARBUCKLE, James V.: Military forces in 21st century peace operations. No job for a soldier? London 2006.
- AREND, Anthony C. und Robert J. BECK: International law and the use of force. Beyond the UN Charter paradigm. London 1993.
- ARENDT, Hannah: Macht und Gewalt. München 2006.
- ARISTOTELES: Nikomachische Ethik. Stuttgart 2003.
- ARISTOTELES: Politik. München 2003.
- ASFAW, Semegnish (Hrsg.): The responsibility to protect. Ethical and theological reflections. Genf 2005.
- ATTWOOD, David T.: Paul RAMSEY's political ethics. Lanham, Md. 1992.
- AUGUSTINUS: Vom Gottesstaat. De civitate dei. München 2007.
- BAEHR, Peter R.: Human Rights. Universality in Practice. Chippenham 2002.
- BARNETT, Michael N. (Hrsg.): Humanitarianism in question. Politics, power, ethics. Ithaca 2008.
- BARRY, James A.: The sword of justice. Ethics and coercion in international politics. Westport 1998.
- BARTOSCH, Ulrich und Klaudius GANSCZYK (Hrsg.): Weltinnenpolitik für das 21. Jahrhundert. Carl Friedrich VON WEIZSÄCKER verpflichtet. Münster 2008.
- BASS, Gary J.: Freedom's battle. The origins of humanitarian intervention. New York 2008.
- BASSIOUNI, M. C.: Crimes against humanity in international criminal law. Den Haag 1999.
- BASSIOUNI, M. C. (Hrsg.): A manual on international humanitarian law and arms control agreements. Ardsley 2000.
- BAUER, Harry und Elisabetta BRIGHI (Hrsg.): Pragmatism in international relations. London 2009.
- BAUFELD, Stefan: Der 11. September 2001 als Herausforderung für das Völkerrecht. Münster 2005.
- BAUMAN, Richard A.: Human rights in ancient Rome. London 2000.
- BECCHI, Paolo (Hrsg.): Nationen und Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 2007.
- BEESTERMÖLLER, Gerhard: Thomas von AQUIN und der gerechte Krieg. Friedensethik im theologischen Kontext der Summa Theologiae. Köln 1990.

- BEESTERMÖLLER, Gerhard (Hrsg.): Die humanitäre Intervention - Imperativ der Menschenrechtsidee? Rechtsethische Reflexionen am Beispiel des Kosovo-Krieges. Stuttgart 2003.
- BEESTERMÖLLER, Gerhard (Hrsg.): „What we’re fighting for...“. Friedensethik in der transatlantischen Debatte. Stuttgart 2006.
- BEHRENS, Maria (Hrsg.): Globalisierung als politische Herausforderung. Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden 2005.
- BEITZ, Charles R.: Political theory and international relations. Princeton 1999.
- BEITZ, Charles R. und Lawrence A. ALEXANDER (Hrsg.): International ethics. Princeton 1990.
- BELL, Christine: Peace agreements and human rights. Oxford 2005.
- BELL, Daniel A. und Jean-Marc COICAUD (Hrsg.): Ethics in action. The ethical challenges of international human rights nongovernmental organizations. New York 2007.
- BELLAMY, Alex J.: Just wars. From CICERO to Iraq. Cambridge 2006.
- BELLAMY, Alex J.: Responsibility to protect. The global effort to end mass atrocities. Cambridge 2009.
- BELLAMY, Alex J. und Paul R. WILLIAMS (Hrsg.): Peace operations and global order. New York 2005.
- BENTON, Barbara (Hrsg.): Soldiers for peace. Fifty years of United Nations peacekeeping. New York 1996.
- BERENHORST, Georg H. von: Betrachtungen über die Kriegskunst. Osnabrück 1978.
- BHATIA, Michael V.: War and intervention. Issues for contemporary peace operations. Bloomfield 2003.
- BIALAS, Volker und Hans-Jürgen HÄBLER: 200 Jahre KANTS Entwurf „Zum ewigen Frieden“. Idee einer globalen Friedensordnung; dem Andenken Ken SARO-WIWA gewidmet. Würzburg 1996.
- BIEGI, Mandana (Hrsg.): Demokratie, Recht und Legitimität im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2008.
- BIELEFELDT, Heiner: Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos. Darmstadt 1998.
- BILEK, Anita (Hrsg.): Welcher Friede? Lehren aus dem Krieg um Kosovo. Beiträge der Friedensforschung. Münster 2000.
- BLACK, Richard und Howard WHITE (Hrsg.): Targeting development. Critical perspectives on the Millenium Development Goals. London 2006.
- BLASCHKE, Peter H. (Hrsg.): De officio. Zu den ethischen Herausforderungen des Offiziersberufs. Leipzig 2000.
- BLEISCH, Barbara (Hrsg.): Pazifismus. Ideengeschichte, Theorie und Praxis. Bern 2006.

- BONACKER, Thorsten und Christoph WELLER (Hrsg.): Konflikte der Weltgesellschaft. Akteure - Strukturen - Dynamiken. Frankfurt am Main 2006.
- BONANATE, Luigi: Ethics and international politics. Columbia, SC 1995.
- BONN, Keith E. und Anthony E. BAKER: Guide to military operations other than war. Tactics, techniques, and procedures for stability and support operations. Mechanicsburg 2000.
- BORTOLOTTI, Dan: Hope in hell. Inside the the world of Doctors Without Borders. Buffalo 2006.
- BOTHE, Michael (Hrsg.): Redefining sovereignty. The use of force after the cold war. Ardsley 2005.
- BOURANTONIS, Dimitris: The history and politics of UN Security Council reform. London 2005.
- BREDOW, Wilfried von: Demokratie und Streitkräfte. Militär, Staat und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2000.
- BREDOW, Wilfried von und Thomas NOETZEL: Politische Urteilskraft. Wiesbaden 2009.
- BRICMONT, Jean: Humanitarian imperialism. Using human rights to sell war. New York 2006.
- BROCK, Gillian (Hrsg.): The political philosophy of cosmopolitanism. Cambridge 2007.
- BROUGH, Michael W. (Hrsg.): Rethinking the just war tradition. Albany 2007.
- BROWN, Chris: International relations theory. New normative approaches. New York 1992.
- BROWN, Michael E.: Ethnic conflict and international security. Princeton 1993.
- BROWN, Michael E. (Hrsg.): Debating the democratic peace. Cambridge 1996.
- BROWN, Michael E.: Theories of war and peace. An international security reader. Cambridge 1998.
- BRÜCHER, Gertrud: Pazifismus als Diskurs. Wiesbaden 2009.
- BRUNKHORST, Hauke und Nathaniel BERMAN (Hrsg.): Einmischung erwünscht? Menschenrechte in einer Welt der Bürgerkriege. Frankfurt am Main 1998.
- BRUNKHORST, Hauke (Hrsg.): Recht auf Menschenrechte. Menschenrechte, Demokratie und internationale Politik. Frankfurt am Main 1999.
- BUCAR, Elizabeth M. und Barbra BARNETT (Hrsg.): Does human rights need God? Grand Rapids 2005.
- BULL, Hedley (Hrsg.): Hugo GROTIUS and international relations. Oxford 2002.

- BURCHILL, Richard und Hilaire MCCOUBREY (Hrsg.): International conflict and security law. Essays in memory of Hilaire MCCOUBREY. Cambridge 2005.
- BURTON, John W.: Global conflict. The domestic sources of international crisis. Brighton 1986.
- BURTON, John W.: Violence explained. The sources of conflict, violence and crime and their prevention. Manchester 1997.
- BYERS, Michael: War Law. Understanding International Law and Armed Conflict. Jackson 2007.
- CADY, Duane L.: From warism to pacifism. A moral continuum. Philadelphia 1989.
- CADY, Duane L. und Richard WERNER (Hrsg.): Just war, nonviolence, and nuclear deterrence. Philosophers on war and peace. Wakefield 1991.
- CAHILL, Kevin M. (Hrsg.): Preventive diplomacy. Stopping wars before they start. New York 2000.
- CAHILL, Kevin M. (Hrsg.): Basics of international humanitarian missions. New York 2003.
- CALLIESS, Jörg (Hrsg.): Auf dem Wege zur Weltinnenpolitik. Rehburg-Loccum 1994.
- CAMPBELL, David und Michael J. SHAPIRO (Hrsg.): Moral spaces. Rethinking ethics and world politics. Minneapolis 1999.
- CANEY, Simon: Justice beyond borders. A global political theory. Oxford 2006.
- CARALEY, Demetrios J. (Hrsg.): The new American interventionism. Lessons from successes and failures. New York 1999.
- CHARLES, J. D.: Between pacifism and Jihad. Just war and Christian tradition. Downers Grove 2005.
- CHATTERJEE, Deen K. (Hrsg.): Ethics and foreign intervention. Cambridge 2003.
- CHESTERMAN, Simon: Just war or just peace? Humanitarian intervention and international law. Oxford 2001.
- CHILD, James W.: Nuclear war. The moral dimension. New Brunswick 1986.
- CHILDRESS, James F.: Moral responsibility in conflicts. Essays on nonviolence, war, and conscience. Baton Rouge 1982.
- CHOMSKY, Noam: The new military humanism. Lessons from Kosovo. Monroe 1999.
- CHOMSKY, Noam: World orders, old and new. London 1999.
- CHRISTIE, Daniel J., Richard V. WAGNER und Deborah Du Nann WINTER: Peace, conflict, and violence. Peace psychology for the 21st century. Upper Saddle River 2001.

- CHRISTOPHER, Paul: The ethics of war and peace. An introduction to legal and moral issues. Upper Saddle River 2004.
- CHRISTOPHERSEN, Claas: Kritik der transnationalen Gewalt. Souveränität, Menschenrechte und Demokratie im Übergang zur Weltgesellschaft. Bielefeld 2009.
- CHUTER, David: War crimes. Confronting atrocity in the modern world. Boulder 2003.
- CHWASZCZA, Christine: Moral responsibility and global justice. A human rights approach. Baden-Baden 2007.
- CHWASZCZA, Christine und Wolfgang KERSTING (Hrsg.): Politische Philosophie der internationalen Beziehungen. Frankfurt am Main 2001.
- CICERO: De officiis. Vom pflichtgemäßen Handeln. Stuttgart 2003.
- CLARK, Ian: Waging war. A philosophical introduction. Oxford 1988.
- CLARKE, Walter (Hrsg.): Learning from Somalia. The lessons of armed humanitarian intervention. Boulder 1997.
- CLAUSEWITZ, Carl von: Vom Kriege. München 2000.
- CLAUSEWITZ, Carl von und Edward M. COLLINS: War, politics, and power. Selections from "On war" and "I believe and profess". Washington 1997.
- CLEMENTS, Kevin (Hrsg.): Building international community. Cooperating for peace. St. Leonards 1994.
- CLOUGH, David L. und Brian STILTNER: Faith and force. A Christian debate about war. Washington 2007.
- COADY, C. A. J. (Hrsg.): Righteous violence. The ethics and politics of military intervention. Carlton 2005.
- COADY, C. A. J.: Morality of political violence. Cambridge 2008.
- COATES, A. J.: The ethics of war. Manchester 1997.
- COFFEY, Joseph I. und Charles T. MATHEWES (Hrsg.): Religion, law, and the role of force. A study of their influence on conflict and on conflict resolution. Ardsley 2002.
- COHEN, Avner (Hrsg.): Nuclear weapons and the future of humanity. The fundamental questions. Totowa 1986.
- COHEN, Marshall (Hrsg.): War and moral responsibility. Princeton 1974.
- COICAUD, Jean-Marc: Beyond the national interest. The future of UN peacekeeping and multilateralism in an era of U.S. primacy. Washington 2007.
- COICAUD, Jean-Marc und David Ames CURTIS: Legitimacy and politics. A contribution to the study of political right and political responsibility. Cambridge 2002.
- COICAUD, Jean-Marc (Hrsg.): The globalization of human rights. Tokyo 2003.

- COICAUD, Jean-Marc und Daniel WARNER (Hrsg.): Ethics and international affairs. Extent and limits. Tokyo 2001.
- CONANT, James (Hrsg.): Hilary PUTNAM. Pragmatism and realism. London 2002.
- CONNAUGHTON, Richard M.: Military intervention in the 1990s. A new logic of war. London 1992.
- COOPER, Richard H. und Juliette Voïnov KOHLER (Hrsg.): The responsibility to protect. The global moral compact for the 21st century. New York 2008.
- COPPIETERS, Bruno (Hrsg.): Moral constraints on war. Principles and cases. Lanham 2002.
- COVINGTON, Coline (Hrsg.): Terrorism and war. Unconscious dynamics of political violence. London 2002.
- COWARD, Harold G. (Hrsg.): Religion and peacebuilding. Albany 2004.
- CRAWFORD, James: The International Law Commission's articles on state responsibility. Introduction, text and commentaries. Cambridge 2005.
- CRISTI, Marcela: From civil to political religion. The intersection of culture, religion and politics. Waterloo 2001.
- CROCKER, Chester A. (Hrsg.): Leashing the dogs of war. Conflict management in a divided world. Washington 2007.
- CROCKER, Chester A. (Hrsg.): Turbulent peace. The challenges of managing international conflict. Washington 2006.
- CURBACH, Janina: Global Governance und NGOs. Transnationale Zivilgesellschaft in internationalen Politiknetzwerken. Opladen 2003.
- CZEMPIEL, Ernst-Otto: Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert. München 1999.
- DAALDER, Ivo H. (Hrsg.): Beyond preemption. Force and legitimacy in a changing world. Washington 2007.
- DAMROSCH, Lori F. (Hrsg.): Enforcing restraint. Collective intervention in internal conflicts. New York 1993.
- DANIEL, DONALD C. F. (Hrsg.): Beyond traditional peacekeeping. New York 1996.
- DAVIE, Grace: Europe the exceptional case. Parameters of faith in the modern world. London 2002.
- DAVIS, G. S. (Hrsg.): Religion and justice in the war over Bosnia. New York 1996.
- DAVIS, Michael C. (Hrsg.): International intervention in the post-Cold War world. Moral responsibility and power politics. Armonk 2004.
- DE WET, Erika: The Chapter VII powers of the United Nations Security Council. Oxford 2004.

- DEBIEL, Tobias (Hrsg.): Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Bonn 1996.
- DENG, Francis M.: Sovereignty as responsibility. Conflict management in Africa. Washington 1996.
- DETTTER DELUPIS, Ingrid: The law of war. Cambridge 2003.
- DIEHM, Dirk: Völkerrechtliche Grundlagen des Besatzungsrechts vor dem Ersten Weltkrieg. Die Haager Landkriegsordnung von 1907 und ihre Auslegung im Deutschen Reich und Europa. München 2001.
- DINSTEIN, Yoram: War, aggression and self-defence. Cambridge 2005.
- DOK, Geert v. und Erika STAUDINGER: Weltinnenpolitik. Entwicklungspolitische Herausforderungen an das 21. Jahrhundert. Luzern 2003.
- DOMBROWSKI, Daniel A.: Christian pacifism. Philadelphia 1991.
- DONAGAN, Alan: The theory of morality. Chicago 1994.
- DONNELLY, Jack: Universal human rights in theory and practice. Ithaca 2003.
- DORMAN, Andrew M. (Hrsg.): Military intervention. From gunboat diplomacy to humanitarian intervention. Aldershot 1995.
- DOUZINAS, Costas: The end of human rights. Critical legal thought at the turn of the century. Oxford 2000.
- DOWER, Nigel: The ethics of war and peace. Cosmopolitan and other perspectives. Cambridge 2009.
- DOYLE, Michael W. und Nicholas SAMBANIS: Making war and building peace. United Nations peace operations. Princeton 2006.
- DUDY, Peter: Menschenrechte zwischen Universalität und Partikularität. Eine interdisziplinäre Studie zur Idee der Weltinnenpolitik. Münster 2002.
- DUFFEY, Michael K.: Peacemaking Christians. The future of just wars, pacifism, and nonviolent resistance. Kansas City 1995.
- DUFFIELD, Mark: Global governance and the new wars. The merging of development and security. London 2001.
- DURCH, William J. (Hrsg.): The Evolution of UN peacekeeping. Case studies and comparative analysis. New York 1993.
- DWAN, Renata (Hrsg.): Executive policing. Enforcing the law in peace operations. Oxford 2005.
- EASTERLY, William: The white man's burden. Why the West's efforts to aid the rest have done so much ill and so little good. Oxford 2007.
- ECHEVARRIA, Antulio J.: CLAUSEWITZ and contemporary war. Oxford 2007.
- EIBL-EIBESFELDT, Irenäus und Frank K. SALTER (Hrsg.): Ethnic conflict and indoctrination. Altruism and identity in evolutionary perspective. New York 1998.
- ELSHTAIN, Jean B. (Hrsg.): Just war theory. New York 1992.

- ELSHTAIN, Jean B.: New wine and old bottles. International politics and ethical discourse. Notre Dame 1998.
- ELSHTAIN, Jean B.: Just war against terror. The burden of American power in a violent world. New York 2004.
- ENZENSBERGER, Hans M.: Aussichten auf den Bürgerkrieg. Frankfurt am Main 1996.
- ENZMANN, Birgit: Der demokratische Verfassungsstaat. Zwischen Legitimationskonflikt und Deutungsoffenheit. Wiesbaden 2009.
- ESMAN, Milton J.: An introduction to ethnic conflict. Cambridge 2004.
- ESMAN, Milton J. und Shibley TELHAMI (Hrsg.): International organizations and ethnic conflict. Ithaca 1996.
- ETZERSDORFER, Irene: Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Wien 2007.
- EVANGELISTA, Matthew (Hrsg.): Peace studies. Critical concepts in political science. London 2005.
- EVANS, Gareth: The responsibility to protect. Ending mass atrocity crimes once and for all. Washington 2008.
- EVANS, Mark (Hrsg.): Ethical theory in the study of international politics. New York 2004.
- EVANS, Mark (Hrsg.): Just war theory. A reappraisal. Edinburgh 2005.
- FAHEY, Joseph: War and the Christian conscience. Where do you stand? Maryknoll 2005.
- FAUST, Dominik A.: Effektive Sicherheit. Analyse des Systems kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen und Entwurf eines alternativen Sicherheitssystems. Wiesbaden 2002.
- FEICHTINGER, Barbara (Hrsg.): Krieg und Kultur. Konstanz 2006.
- FERDOWSI, Mir A. (Hrsg.): Internationale Politik. München 2002.
- FERDOWSI, Mir A. und Peter J. OPITZ (Hrsg.): Von himmlischer Ordnung und weltlichen Problemen. Festschrift zum 65. Geburtstag von Peter J. OPITZ. München 2003.
- FERNÁNDEZ-SÁNCHEZ, Pablo A. und Juan A. CARRILLO-SALCEDO (Hrsg.): The new challenges of humanitarian law in armed conflicts. In honour of Professor Juan Antonio CARILLO-SALCEDO. Leiden, Boston 2005.
- FIALA, Andrew G.: The just war myth. The moral illusions of war. Lanham 2008.
- FIGUEROA, Dimas: Philosophie und Globalisierung. Würzburg 2004.
- FINDLAY, Trevor: The use of force in UN peace operations. Oxford 2002.
- FINE, Gail (Hrsg.): Plato 2. Ethics, politics, religion and the soul. Oxford 1999.
- FINNEMORE, Martha: The Purpose of Intervention. Changing Beliefs about the Use of Force. Ithaca 2003.

- FISCHER, H. und A. McDONALD (Hrsg.): Yearbook of international humanitarian law 2000. Den Haag 2002.
- FISCHER, Horst und Dieter FLECK (Hrsg.): Krisensicherung und Humanitärer Schutz. Festschrift für Dieter FLECK. Berlin 2004.
- FISHER, David: Morality and the bomb. An ethical assessment of nuclear deterrence. New York 1985.
- FISK, Milton: The state and justice. An essay in political theory. Cambridge 1989.
- FLECK, Dieter und Michael BOTHE (Hrsg.): The handbook of humanitarian law. Oxford 2008.
- FLETCHER, George P. und Jens David OHLIN: Defending humanity. When force is justified and why. Oxford 2008.
- FRAME, Tom: Living by the sword? The ethics of armed intervention. Sydney 2004.
- FRANCIS, David J. (Hrsg.): Dangers of co-deployment. UN co-operative peacekeeping in Africa. Aldershot 2004.
- FREEDMAN, Lawrence (Hrsg.): Military intervention in European conflicts. Oxford 1994.
- FRENCH, Shannon E.: The code of the warrior. Exploring warrior values past and present. Lanham 2003.
- FREUDENBERG, Dirk: Theorie des Irregulären. Partisanen, Guerillas und Terroristen im modernen Kleinkrieg. Wiesbaden 2008.
- FRITZE, Lothar: Die Tötung Unschuldiger. Ein Dogma auf dem Prüfstand. Berlin 2004.
- FRODERMANN, Tim: Krieg denken. Grundfragen zur politischen Theorie des Krieges im Anschluss an Carl von CLAUSEWITZ. München 2007.
- GADING, Heike: Der Schutz grundlegender Menschenrechte durch militärische Massnahmen des Sicherheitsrates - das Ende staatlicher Souveränität? Berlin 1996.
- GALTUNG, Johan: Peace by peaceful means. Peace and conflict, development and civilization. London 1996.
- GANTZEL, Klaus J. und Torsten SCHWINGHAMMER: Warfare since the Second World War. New Brunswick 2000.
- GARRETT, Stephen A.: Doing good and doing well. An examination of humanitarian intervention. Westport 1999.
- GASSER, Hans-Peter und Daniel THÜRER (Hrsg.): Humanitäres Völkerrecht. Eine Einführung. Baden-Baden 2007.
- GEIS, Anna (Hrsg.): Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse. Baden-Baden 2006.
- GELLER, Daniel S. und Joel David SINGER: Nations at war. A scientific study of international conflict. Cambridge 2000.

- GEPHART, Werner: Religion, Kultur und Gesellschaft. Zwischen Säkularisierung und Resakralisierung. Leverkusen 1999.
- GEULEN, Christian (Hrsg.): Vom Sinn der Feindschaft. Berlin 2002.
- GEYRHALTER, Dorothee: Friedenssicherung durch Regionalorganisationen ohne Beschluß des Sicherheitsrates. Münster 2002.
- GIESEN, Klaus-Gerd (Hrsg.): Ideologien in der Weltpolitik. Wiesbaden 2004.
- GIRARD, René: Das Heilige und die Gewalt. Düsseldorf 2006.
- GIRARDET, Klaus M. und Ulrich NORTMANN: Menschenrechte und europäische Identität - die antiken Grundlagen. Stuttgart 2005.
- GLASIUS, Marlies und Mary KALDOR (Hrsg.): A human security doctrine for Europe. Project, principles, practicalities. London 2006.
- GLENNON, Michael J.: Limits of law, prerogatives of power. Interventionism after Kosovo. New York 2001.
- GOLDT, Christoph: Mission Frieden. Christliche Offensive für eine neue Weltordnung. Augsburg 2004.
- GÖLLER, Thomas: Philosophie der Menschenrechte. Methodologie, Geschichte, kultureller Kontext. Göttingen 1999.
- GÓMEZ-LOBO, Alfonso: Morality and the human goods. An introduction to natural law ethics. Washington 2002.
- GÓRECKI, Jan: Justifying ethics. Human rights & human nature. New Brunswick 1996.
- GOSEPATH, Stefan und Georg LOHMANN (Hrsg.): Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt am Main 1998.
- GREEN, Leslie C.: The contemporary law of armed conflict. Manchester 2000.
- GREENWOOD, Christopher: Essays on war in international law. London 2006.
- GREVEN, Michael T. und Louis W. PAULY (Hrsg.): Democracy beyond the state? The European dilemma and the emerging global order. Lanham 2000.
- GROTIUS, Hugo: De Jure Belli Ac Pacis. Drei Bücher vom Recht des Krieges und des Friedens. Tübingen 1950.
- GROTIUS, Hugo: The rights of war and peace, in three books. Wherein are explained, the law of nature and nations, and the principal points relating to government. Clark 2004.
- GUSTENAU, Gustav E. und Peter HAZDRA (Hrsg.): Humanitäre militärische Intervention zwischen Legalität und Legitimität. Tagungsband des Instituts für Internationale Friedenssicherung Wien. Baden-Baden 2000.
- GUTHRIE, Charles und Michael QUINLAN: Just War. The Just War tradition. Ethics in modern warfare. London 2007.

- HAASS, Richard N.: Intervention. The use of American military force in the post-Cold War world. Washington 1999.
- HALEEM, Harfiyah A. (Hrsg.): The crescent and the cross. Muslim and Christian approaches to war and peace. Basingstoke 1999.
- HAMM, Brigitte: Menschenrechte. Ein Grundlagenbuch. Wiesbaden 2006.
- HANNUM, Hurst: Autonomy, sovereignty, and self-determination. The accommodation of conflicting rights. Philadelphia 1996.
- HARBOUR, Frances V.: Thinking about international ethics. Moral theory and cases from American foreign policy. Boulder 1999.
- HARRIS, David J. (Hrsg.): Law of the European Convention on Human Rights. Oxford 2009.
- HARRISS, John (Hrsg.): The politics of humanitarian intervention. London 1995.
- HASENCLEVER, Andreas: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina. Frankfurt am Main 2001.
- HASPEL, Michael: Friedensethik und humanitäre Intervention. Der Kosovo-Krieg als Herausforderung evangelischer Friedensethik. Neukirchen-Vluyn 2002.
- HASSE, Jana (Hrsg.): Humanitäres Völkerrecht. Politische, rechtliche und strafgerichtliche Dimensionen. Baden-Baden 2001.
- HASTRUP, Kirsten (Hrsg.): Human rights on common grounds. The quest for universality. Den Haag 2001.
- HAUS, Michael: Die politische Philosophie Michael WALZERS. Kritik, Gemeinschaft, Gerechtigkeit. Wiesbaden 2000.
- HAUSS, Charles: International conflict and conflict resolution. London 2001.
- HAWK, Kathleen H.: Constructing the stable state. Goals for intervention and peacebuilding. Westport 2002.
- HAWKINS, Virgil: Stealth conflicts. How the world's worst violence is ignored. Aldershot 2008.
- HAYDEN, Patrick: Cosmopolitan global politics. Aldershot 2005.
- HAYDEN, Patrick (Hrsg.): Politics and ethics in review. New York 2005.
- HEINEGG, Wolff H. und Volker EPPING (Hrsg.): International Humanitarian Law Facing New Challenges. Symposium in Honour of Knut IPSEN. Berlin 2007.
- Heinrich-BÖLL-Stiftung und Grüne Akademie (Hrsg.): Religion und Säkularisierung. Rückkehr des Religiösen in die Politik? Berlin 2006.
- HEINZE, Eric: Waging humanitarian war. The ethics, law, and politics of humanitarian intervention. Albany 2009.
- HENCKAERTS, Jean-Marie und Louise DOSWALD-BECK: Customary International Humanitarian Law. Vol. 1: Rules. Cambridge 2005.

- HENGSBACH, Friedhelm: Die anderen im Blick. Christliche Gesellschaftsethik in den Zeiten der Globalisierung. Darmstadt 2005.
- HENSEL, Howard M. (Hrsg.): The law of armed conflict. Constraints on the contemporary use of military force. Aldershot 2007.
- HERBERG-ROTHER, Andreas: Das Rätsel CLAUSEWITZ. Politische Theorie des Krieges im Widerstreit. München 2001.
- HILGER, Ewelina: Präemption und humanitäre Intervention - gerechte Kriege? Frankfurt am Main 2005.
- HILPERT, Konrad: Menschenrechte und Theologie. Forschungsbeiträge zur ethischen Dimension der Menschenrechte. Freiburg 2001.
- HINKMANN, Jens: Ethik der Menschenrechte. Eine Studie zur philosophischen Begründung von Menschenrechten als universalen Normen. Marburg 2002.
- HINSCH, Wilfried, Dieter JANSSEN und Lex FOLSCHEID: Menschenrechte militärisch schützen. Ein Plädoyer für humanitäre Interventionen. München 2006.
- HIPPLER, Jochen (Hrsg.): Friedensgutachten 2009. Münster 2009.
- HIRSCH, Alfred: Recht auf Gewalt? Spuren philosophischer Gewaltrechtfertigung nach Hobbes. München 2004.
- HOBBS, Thomas: Leviathan. Erster und zweiter Teil. Stuttgart 2005.
- HOBE, Stephan und Otto KIMMINICH: Einführung in das Völkerrecht. Tübingen 2008.
- HOERES, Peter: Krieg der Philosophen. Die deutsche und die britische Philosophie im Ersten Weltkrieg. Paderborn 2004.
- HÖFFE, Otfried und Immanuel KANT: Immanuel KANT. Zum ewigen Frieden. Berlin 2004.
- HOFFMAN, Peter J. und Thomas George WEISS: Sword & salve. Confronting new wars and humanitarian crises. Lanham 2006.
- HOFFMANN, Stanley: The ethics and politics of humanitarian intervention. Notre Dame 1996.
- HOFFMANN, Stanley: Duties beyond borders. On the limits and possibilities of ethical international politics. Syracuse 2003.
- HOFMEISTER, Heimo: Der Wille zum Krieg oder die Ohnmacht der Politik. Ein philosophisch-politischer Traktat. Göttingen 2001.
- HOLL, Karl: Pazifismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1988.
- HOLMES, Arthur F. (Hrsg.): War and Christian ethics. Classic and contemporary readings on the morality of war. Grand Rapids 2005.
- HOLMES, Robert L.: On war and morality. Princeton 1989.
- HOLSTI, K. J.: The state, war, and the state of war. Cambridge 1996.
- HOLSTI, Kalevi J.: Peace and war. Armed conflicts and international order 1648-1989. Cambridge 1995.

- HOLZGREFE, J. L. und Robert O. KEOHANE (Hrsg.): Humanitarian intervention. Ethical, legal, and political dilemmas. Cambridge 2003.
- HOPPE, Thomas: Friedensethik und internationale Politik. Problemanalysen, Lösungsansätze, Handlungsperspektiven. Mainz 2000.
- HOPPE, Thomas (Hrsg.): Schutz der Menschenrechte. Zivile Einmischung und militärische Intervention. Analysen und Empfehlungen. Berlin 2004.
- HÖSLE, Vittorio: Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert. München 2000.
- HOUSLEY, Norman: Religious warfare in Europe, 1400 - 1536. Oxford 2002.
- HOWARD, Lise M.: UN peacekeeping in civil wars. Cambridge 2007.
- HOWARD, Michael: Die Erfindung des Friedens. Über den Krieg und die Ordnung der Welt. Lüneburg 2001.
- HOWARD, Michael und Karl Heinz SIBER: Der Krieg in der europäischen Geschichte. Vom Ritterheer zur Atomstreitmacht. München 1981.
- HUBER, Florian J.: Global Governance und der Global Marshall Plan. Strategien, Kritik und Analyse. Saarbrücken 2007.
- HUBER, Wolfgang und Hans-Richard REUTER: Friedensethik. Stuttgart 1990.
- HUNTINGTON, Samuel P. und Lawrence E. HARRISON (Hrsg.): Streit um Werte. München 2004.
- HUTCHINGS, Vincent L.: Public opinion and democratic accountability. How citizens learn about politics. Princeton 2003.
- IGNATIEFF, Michael: The warrior's honor. Ethnic war and the modern conscience. New York 1998.
- IMBUSCH, Peter und Ralf ZOLL (Hrsg.): Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung. Wiesbaden 2006.
- INGLEHART, Ronald und Christian WELZEL: Modernization, cultural change, and democracy. The human development sequence. Cambridge 2005.
- International Development Research Centre (Hrsg.): The responsibility to protect. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty. Ottawa 2001.
- JACKSON, Robert H.: The global covenant. Human conduct in a world of states. Oxford 2000.
- JACOBSEN, Trudy (Hrsg.): Re-envisioning sovereignty. The end of Westphalia? Aldershot 2008.
- JAHN, Egbert und Astrid SAHM (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens. Die Friedens- und Konfliktforschung aus der Perspektive der jüngeren Generationen. Wiesbaden 2005.

- JANSSEN, Dieter (Hrsg.): Gerechter Krieg. Ideengeschichtliche, rechts-philosophische und ethische Beiträge. Paderborn 2003.
- JANZEKOVIC, John: The use of force in humanitarian intervention. Morality and practicalities. Aldershot 2006.
- JASPERS, Karl: Psychologie der Weltanschauungen. Berlin 1971.
- JOHNSON, James T.: Can modern war be just? New Haven 1984.
- JOHNSON, James T.: The quest for peace. Three moral traditions in Western cultural history. Princeton 1987.
- JOHNSON, James T. und John KELSAY (Hrsg.): Cross, crescent, and sword. The justification and limitation of war in Western and Islamic tradition. New York 1990.
- JOHNSON, James T.: The holy war idea in western and Islamic traditions. University Park 1997.
- JOHNSON, James T.: Morality and contemporary warfare. New Haven 2001.
- JOKIC, Aleksandar (Hrsg.): Humanitarian intervention. Moral and philosophical issues. Peterborough 2003.
- JONES, Dorothy V.: Code of peace. Ethics and security in the world of the warlord states. Chicago 1991.
- JÖRKE, Dirk: Politische Anthropologie. Eine Einführung. Wiesbaden 2005.
- JUERGENSMEYER, Mark: The new Cold War? Religious nationalism confronts the secular state. Berkeley 1994.
- JUERGENSMEYER, Mark: Terror in the mind of god. The global rise of religious violence. Berkeley 2003.
- JUNG, Dietrich, Klaus SCHLICHTE und Jens SIEGELBERG: Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärung kriegerischer Gewalt (1945 - 2002). Wiesbaden 2003.
- JUNGE, Matthias (Hrsg.): Macht und Moral. Beiträge zur Dekonstruktion von Moral. Wiesbaden 2003.
- JÜNGER, Ernst: In Stahlgewittern. Stuttgart 2006.
- KALDOR, Mary: Global civil society. An answer to war. Cambridge 2005.
- KALDOR, Mary: New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era. Stanford 2007.
- KALDOR, Mary, Ulrich BECK und Michael ADRIAN: Neue und alte Kriege. Frankfurt am Main 2007.
- KALDOR, Mary H.: Human security. Reflections on globalization and intervention. Cambridge 2008.
- KAMMINGA, Menno T.: Inter-state accountability for violations of human rights. Philadelphia 1992.
- KANG, Sa-Moon: Divine war in the Old Testament and in the ancient Near East. Berlin 1989.

- KANT, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. Stuttgart 2005.
- KANT, Immanuel: Metaphysische Anfangsgründe der Rechtslehre. Berlin 1999.
- KAPUST, Antje: Der Krieg und der Ausfall der Sprache. München 2004.
- KAROUBI, Mohammad T.: Just or unjust war? International law and unilateral use of armed force by states at the turn of the 20th century. Aldershot 2005.
- KEANE, John: Global civil society? Cambridge 2004.
- KEEGAN, John: Die Kultur des Krieges. Reinbek 1997.
- KELSAY, John: Islam and war. A study in comparative ethics. Louisville 1993.
- KELSAY, John und James T. JOHNSON (Hrsg.): Just war and jihad. Historical and theoretical perspectives on war and peace in western and Islamic traditions. Westport 1991.
- KEOHANE, Robert O. und Joseph S. NYE: Power and interdependence. New York 2004.
- KERBER, Walter und Otfried HÖFFE (Hrsg.): Menschenrechte und kulturelle Identität. München 1991.
- KEREN, Michael und Donald A. SYLVAN (Hrsg.): International intervention. Sovereignty versus responsibility. London 2002.
- KERSTING, Wolfgang und Ingolf EBEL: Thomas HOBBS, Leviathan oder Stoff, Form und Gewalt eines bürgerlichen und kirchlichen Staates. Berlin 1996.
- KESSELRING, Thomas: Ethik der Entwicklungspolitik. Gerechtigkeit im Zeitalter der Globalisierung. München 2003.
- KINSELLA, David und Craig L. CARR (Hrsg.): The morality of war. A reader. London 2005.
- KIPPENBERG, Hans G.: Gewalt als Gottesdienst. Religionskriege im Zeitalter der Globalisierung. München 2005.
- KIRCHSCHLAGER, Bernd: Kirche und Friedenspolitik nach dem 11. September 2001. Protestantische Stellungnahmen und Diskurse im diachronen und ökumenischen Vergleich. Göttingen 2007.
- KLAR, Samuel: Moral und Politik bei KANT. Eine Untersuchung zu KANTS praktischer und politischer Philosophie im Ausgang der „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“. Würzburg 2007.
- KLEEMEIER, Ulrike: Grundfragen einer philosophischen Theorie des Krieges. PLATON - HOBBS - CLAUSEWITZ. Berlin 2002.
- KOCH, Hans-Joachim (Hrsg.): Theorien der Gerechtigkeit. Stuttgart 1994.
- KOCH, Lars: Der Erste Weltkrieg als Medium der Gegenmoderne. Zu den Werken von Walter FLEX und Ernst JÜNGER. Würzburg 2006.

- KODALLE, Klaus-M: Der Vernunftfrieden. KANTS Entwurf im Widerstreit. Würzburg 1996.
- KOHLER, Georg und Urs MARTI (Hrsg.): Konturen der neuen Welt(un)ordnung. Beiträge zu einer Theorie der normativen Prinzipien internationaler Politik. Berlin 2003.
- KONDYLIS, Panajotis: Theorie des Krieges. CLAUSEWITZ - MARX - ENGELS - LENIN. Stuttgart 1988.
- KÖNIG, Doris (Hrsg.): International Law Today New Challenges and the Need for Reform? Berlin 2008.
- KÖNIG, Matthias: Menschenrechte bei DURKHEIM und WEBER. Normative Dimensionen des soziologischen Diskurses der Moderne. Frankfurt am Main 2002.
- KORTÜM, Hans-Henning: Krieg im Mittelalter. Berlin 2001.
- KRASMANN, Susanne und Jürgen MARTSCHUKAT (Hrsg.): Rationalitäten der Gewalt. Staatliche Neuordnungen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert. Bielefeld 2007.
- KRAUSE, Skadi und Karsten MALOWITZ: Michael WALZER zur Einführung. Hamburg 1998.
- KREIS, Georg (Hrsg.): Der gerechte Krieg. Zur Geschichte einer aktuellen Denkfigur. Basel 2006.
- KREMER, Markus: Den Frieden verantworten. Politische Ethik bei Francisco SUÁREZ (1548-1617). Stuttgart 2008.
- KÜNG, Hans: Projekt Weltethos. München 2003.
- KUNISCH, Johannes (Hrsg.): Die Wiedergeburt des Krieges aus dem Geist der Revolution. Studien zum bellizistischen Diskurs des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts. Berlin 1999.
- KUPERMAN, Alan J. (Hrsg.): The limits of humanitarian intervention. Genocide in Rwanda. Washington 2001.
- KUSCHEL, Karl-Josef (Hrsg.): Ein Ethos für eine Welt? Globalisierung als ethische Herausforderung. Frankfurt am Main 1999.
- LAARMAN, Edward J.: Nuclear pacifism. Just war thinking today. New York 1984.
- LACKEY, Douglas P.: Moral principles and nuclear weapons. Totowa 1984.
- LACKEY, Douglas P.: The ethics of war and peace. Englewood Cliffs 1989.
- LANDSHUTER, Francisca: Die Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Ein Sicherheitskonzept im Wandel. Berlin 2007.
- LANG, Anthony F.: Agency and ethics. The politics of military intervention. Albany 2002.
- LANG, Anthony F. (Hrsg.): Just intervention. Washington 2003.
- LANG, Anthony F. (Hrsg.): Ethics and the future of conflict. Lessons from the 1990s. Upper Saddle River 2004.

- LARGE, Judith und Timothy D. SISK (Hrsg.): *Democracy, conflict and human security. Pursuing peace in the 21st century.* Stockholm 2006.
- LAUBACHER-KUBAT, Erika: *Einmischung für den Frieden. Prävention und Bearbeitung ethnopolitischer Konflikte.* Chur 2000.
- LEDERACH, John P. (Hrsg.): *A handbook of international peacebuilding. Into the eye of the storm.* San Francisco 2002.
- LEE, Steven P. (Hrsg.): *Intervention, terrorism, and torture. Contemporary challenges to just war theory.* Dordrecht 2007.
- LEHMKUHL, Ursula: *Theorien internationaler Politik. Einführung und Texte.* München 2001.
- LEPARD, Brian D.: *Rethinking humanitarian intervention. A fresh legal approach based on fundamental ethical principles in international law and world religions.* University Park 2002.
- LESAFFER, Randall (Hrsg.): *Peace treaties and international law in European history. From the late Middle Ages to World War One.* Cambridge 2004.
- LEWICKI, Aleksandra: *Souveränität im Wandel. Zur Aktualität eines normativen Begriffs.* Berlin 2006.
- LIEBSCH, Burkhard und Dagmar MENSINK (Hrsg.): *Gewalt verstehen.* Berlin 2003.
- LIENEMANN, Wolfgang: *Frieden. Vom gerechten Krieg zum gerechten Frieden.* Göttingen 2000.
- LILLICH, Richard B.: *Humanitarian intervention and the United Nations.* Charlottesville 1973.
- LIND, Millard C., David Noel FREEDMAN und John H. YODER: *Yahweh is a warrior. The theology of warfare in ancient Israel.* Scottsdale 1980.
- LINKLATER, Andrew: *The transformation of political community. Ethical foundations of the post-Westphalian era.* Columbia 1998.
- LINN, Ruth: *Conscience at war. The Israeli soldier as a moral critic.* Albany 1996.
- LIPP, Anne: *Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914 - 1918.* Göttingen 2003.
- LIPSEY, Roderick K. von (Hrsg.): *Breaking the cycle. A framework for conflict intervention.* New York 1997.
- LOANE, Geoff (Hrsg.): *The wider impact of humanitarian assistance. The case of Sudan and the implications for European Union policy.* Baden-Baden 2000.
- LOANE, Geoff (Hrsg.): *Tracing unintended consequences of humanitarian assistance. The case of Sudan. field study and recommendations for the European Community Humanitarian Office.* Baden-Baden 2001.

- LÖFFELHOLZ, Martin (Hrsg.): Krisenkommunikation im 21. Jahrhundert. Wiesbaden 2004.
- LOHMANN, Friedrich: Zwischen Naturrecht und Partikularismus. Grundlegung christlicher Ethik mit Blick auf die Debatte um eine universale Begründbarkeit der Menschenrechte. Berlin 2002.
- LONGHURST, Kerry: Germany and the use of force. The Evolution of Germany Security Policy 1990-2003. Manchester 2004.
- LOWE, A. V. (Hrsg.): The United Nations Security Council and war. The evolution of thought and practice since 1945. Oxford 2008.
- LUARD, Evan: Human rights and foreign policy. Oxford 1981.
- LÜER, Jorg (Hrsg.): Einmischung zum Schutz der Menschenrechte mit militärischen Mitteln? Beiträge zur aktuellen Diskussion. Bonn 1998.
- LUGO, Luis E. (Hrsg.): Sovereignty at the crossroads? Morality and international politics in the post-Cold War era. Lanham 1996.
- LUND, Michael S.: Preventing violent conflicts. A strategy for preventive diplomacy. Washington 1997.
- LÜTSCH, Kai: Jeder Krieg ist anders - jeder Krieg ist gleich. Eine Analyse des Kriegsbegriffes bei Carl von CLAUSEWITZ. Potsdam 2009.
- LUTZ, Dieter S. (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg. Rechtliche und rechtsethische Aspekte. Baden-Baden 2000.
- LYONS, Gene M. und Michael MASTANDUNO (Hrsg.): Beyond Westphalia? National sovereignty and international intervention. Washington 1995.
- MACCALL, Malcolm und Oliver RAMSBOTHAM (Hrsg.): Just deterrence. Morality and deterrence into the twenty-first century. London 1990.
- MACCOUBREY, Hilaire: International humanitarian law. The regulation of armed conflicts. Aldershot 1994.
- MACLEAN, Sandra J. (Hrsg.): A decade of human security. Global governance and new multilateralisms. Aldershot 2006.
- MACWHINNEY, Edward: The United Nations and a new world order for a new millennium. Self-determination, state succession, and humanitarian intervention. Den Haag 2002.
- MAIHOFFER, Werner und Gerhard SPRENGER (Hrsg.): Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit. 15. Weltkongress der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie, Göttingen, 18. bis 24. August 1991, Vol. 2. Stuttgart 1992.
- MALANCZUK, Peter: Humanitarian intervention and the legitimacy of the use of force. Amsterdam 1993.
- MALL, Ram A. (Hrsg.): Ethik und Politik aus interkultureller Sicht. Amsterdam 1996.

- MALMVIG, Helle: State sovereignty and intervention. A discourse analysis of interventionary and non-interventionary practices in Kosovo and Algeria. London 2006.
- MANI, Rama: Beyond retribution. Seeking justice in the shadows of war. Cambridge 2002.
- MANTOVANI, Mauro: *Bellum iustum*. Die Idee des gerechten Krieges in der römischen Kaiserzeit. Bern 1990.
- MAOGOTO, Jackson N.: Battling terrorism. Legal perspectives on the use of force and the war on terror. Aldershot 2005.
- MARCHETTI, Raffaele: Global democracy for and against. Ethical theory, institutional design, and social struggles. London 2008.
- MARTEN, Kimberly Z.: Enforcing the peace. Learning from the imperial past. New York 2004.
- MATTHIES, Volker (Hrsg.): Frieden durch Einmischung? Der Schrecken des Krieges und die (Ohn)Macht der internationalen Gemeinschaft. Bonn 1993.
- MAX-NEEF, Manfred A.: Human scale development. Conception, application and further reflections. New York 1991.
- MAXWELL, Mary: Morality among nations. An evolutionary view. Albany 1990.
- MAY, Larry: Crimes against humanity. Anormative account. Cambridge 2005.
- MAY, Larry, Eric ROVIE und Steve VINER: The morality of war. Classical and contemporary readings. Upper Saddle River 2006.
- MAYALL, James (Hrsg.): The new interventionism 1991 - 1994. United Nations experience in Cambodia, former Yugoslavia and Somalia. Cambridge 1999.
- MAYER, Hans E.: Geschichte der Kreuzzüge. Stuttgart 2005.
- MCGARRY, John: The politics of ethnic conflict regulation. Case studies of protracted ethnic conflicts. London 2005.
- MCGILLIVRAY, Mark (Hrsg.): Achieving the Millennium Development Goals. Houndmills 2008.
- MCINNES, Colin und Nicholas J. WHEELER (Hrsg.): Dimensions of Western military intervention. London 2002.
- Médecins sans frontières (Hrsg.): In the shadow of 'just wars'. Violence, politics, and humanitarian action. Ithaca 2004.
- MEGGLE, Georg (Hrsg.): Ethics of humanitarian interventions. Frankfurt am Main 2004.
- MEGGLE, Georg (Hrsg.): Humanitäre Interventionsethik. Was lehrt uns der Kosovo-Krieg? Paderborn 2004.
- MEIBNER, Burkhard (Hrsg.): Krieg - Gesellschaft - Institutionen. Beiträge zu einer vergleichenden Kriegsgeschichte. Berlin 2005.

- MENKE, Christoph und Arnd POLLMANN: Philosophie der Menschenrechte zur Einführung. Hamburg 2008.
- MEPHAM, David und Jane COOPER: Human Rights and Global Responsibility. An International Agenda for the UK. London 2004.
- MERKEL, Reinhard (Hrsg.): Der Kosovo-Krieg und das Völkerrecht. Frankfurt am Main 2000.
- MERLE, Jean-Christophe (Hrsg.): Globale Gerechtigkeit. Global justice. Stuttgart 2005.
- MERTON, Thomas und William Henry SHANNON: Passion for peace. Reflections on war and nonviolence. New York 2006.
- MERTUS, Julie A.: The United Nations and human rights. A guide for a new era. London 2005.
- MILLER, Richard B.: Interpretations of conflict. Ethics, pacifism, and the just-war tradition. Chicago 1991.
- MILLER, Richard B. (Hrsg.): War in the twentieth century. Sources in theological ethics. Louisville 1992.
- MILLS, Nicolaus und Kira BRUNNER (Hrsg.): The new killing fields. Massacre and the politics of intervention. New York 2002.
- MINEAR, Larry und Philippe GUILLOT: Soldiers to the rescue. Humanitarian lessons from Rwanda. Paris 1996.
- MINEAR, Larry und Thomas G. WEISS: Mercy under fire. War and the global humanitarian community. Boulder 1995.
- MOCKAITIS, Thomas R.: Peace operations and intrastate conflict. The sword or the olive branch? Westport 1999.
- MOELLENDORF, Darrel: Cosmopolitan justice. Boulder 2002.
- MOHR, Georg und Volker PREUSS (Hrsg.): Demokratie und Menschenrechte in einer globalisierenden Welt. Bremen 2003.
- MOORE, Jonathan (Hrsg.): Hard choices. Moral dilemmas in humanitarian intervention. Lanham 1998.
- MORSINK, Johannes: The Universal Declaration of Human Rights. Origins, drafting and intent. Philadelphia 2000.
- MOSELEY, Alexander (Hrsg.): Human rights and military intervention. Aldershot 2002.
- MÜHLEGGGER, Florian: Hugo GROTIUS. Ein christlicher Humanist in politischer Verantwortung. Berlin 2007.
- MÜLLER, Erwin (Hrsg.): Menschenrechtsschutz. Politische Maßnahmen, zivilgesellschaftliche Strategien, humanitäre Interventionen. Baden-Baden 2002.
- MÜNKLER, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek bei Hamburg 2005.
- MÜNKLER, Herfried (Hrsg.): Humanitäre Intervention. Ein Instrument außenpolitischer Konfliktbearbeitung. Wiesbaden 2008.

- NAFZIGER, E. W. (Hrsg.): The prevention of humanitarian emergencies. Basingstoke 2002.
- NAGEL, Ernst J.: Die Friedenslehre der katholischen Kirche. Eine Konkordanz kirchenamtlicher Dokumente. Stuttgart 1997.
- NARDIN, Terry (Hrsg.): Traditions of international ethics. Cambridge 1994.
- NARDIN, Terry (Hrsg.): The ethics of war and peace. Religious and secular perspectives. Princeton 1996.
- NAUMANN, Klaus: Einsatz ohne Ziel? Die Politikbedürftigkeit des Militärischen. Hamburg 2008.
- NEDERVEEN PIETERSE, Jan (Hrsg.): World orders in the making. Humanitarian intervention and beyond. Basingstoke, Hampshire 1998.
- NEWMAN, Edward (Hrsg.): Multilateralism under challenge? Power, international order, and structural change. New Delhi 2009.
- NICHT, Manfred (Hrsg.): Person - Menschenwürde - Menschenrechte im Disput. Münster 2002.
- NIDA-RÜMELIN, Julian (Hrsg.): Angewandte Ethik. Die Bereichsethiken und ihre theoretische Fundierung. Ein Handbuch. Stuttgart 2005.
- NIEBUHR, Reinhold: Moral man and immoral society. A study in ethics and politics. Louisville 2001.
- NISSEN, Ulrik (Hrsg.): The sources of public morality - on the ethics and religion debate. Proceedings of the annual conference of the Societas Ethica in Berlin, August 2001. Münster 2003.
- NOLTE, Georg: Eingreifen auf Einladung. Zur völkerrechtlichen Zulässigkeit des Einsatzes fremder Truppen im internen Konflikt auf Einladung der Regierung. Berlin 1999.
- NORMAN, Richard: Ethics, killing and war. Cambridge 1995.
- NORMAND, Roger, Sarah ZAIDI und Richard A. FALK: Human rights at the UN. The political history of universal justice. Bloomington 2008.
- NYE, Joseph S.: Power in the global information age. From realism to globalization. London 2005.
- OBERLEITNER, Gerd: Global human rights institutions. Between remedy and ritual. Cambridge 2007.
- OBERREUTER, Heinrich (Hrsg.): Weltpolitik im 21. Jahrhundert. Perspektiven zur neuen internationalen Staatenordnung. Festschrift für Professor Dr. Jürgen SCHWARZ. Wiesbaden 2004.
- O'BRIEN, William V.: The conduct of just and limited war. New York 1981.
- O'DONOVAN, Oliver: The just war revisited. Cambridge 2004.
- ODYSSEOS, Louiza und Fabio PETITO (Hrsg.): The international political thought of Carl SCHMITT. Terror, liberal war and the crisis of global order. London 2007.

- ONUMA, Yasuaki (Hrsg.): A Normative approach to war. Peace, war, and justice in Hugo GROTIUS. Oxford 2001.
- Open Society Institute (Hrsg.): Ethnic violence and justice. The debate over responsibility, accountability, intervention, complicity, tribunals, and truth commissions. Budapest 2003.
- ORBINSKI, James: An Imperfect Offering: Humanitarian Action in the Twenty-First Century. Ontario 2009.
- OREND, Brian: Michael WALZER on war and justice. Cardiff 2000.
- OREND, Brian: War and International Justice. A KANTian Perspective. Waterloo 2001.
- OREND, Brian: Human rights. Concept and context. Peterborough Ont., Orchard Park 2002.
- OREND, Brian: The morality of war. Peterborough 2006.
- ORFORD, Anne: Reading Humanitarian Intervention. Human Rights and the Use of Force in International Law. Cambridge 2008.
- OSTERKAMP, Thomas: Juristische Gerechtigkeit. Rechtswissenschaft jenseits von Positivismus und Naturrecht. Tübingen 2004.
- OTHMAN, Mohamed C.: Accountability for international humanitarian law violations the case of Rwanda and East Timor. Berlin 2005.
- OWEN, Nicholas (Hrsg.): Human rights, human wrongs. Oxford 2003.
- PAGE, James S.: Peace education. Exploring ethical and philosophical foundations. Charlotte 2008.
- PANGLE, Thomas L. und Peter J. AHRENSDORF: Justice among nations. On the moral basis of power and peace. Lawrence 1999.
- PAPE, Matthias: Humanitäre Intervention. Zur Bedeutung der Menschenrechte in den Vereinten Nationen. Baden-Baden 1997.
- PARIS, Roland: At war's end. Building peace after civil conflict. Cambridge 2007.
- PARSONS, Anthony: From Cold War to hot peace. UN interventions 1947 - 1995. London 1995.
- PATTERSON, Eric: Just War Thinking: Morality and Pragmatism in the Struggle Against Contemporary Threats. Lanham 2009.
- PAUER, Alexander: Die humanitäre Intervention. Militärische und wirtschaftliche Zwangsmassnahmen zur Gewährleistung der Menschenrechte. Basel 1985.
- PAUL, Ellen F. (Hrsg.): Justice and global politics. Cambridge 2006.
- PETERSEN, Niels: Demokratie als teleologisches Prinzip. Zur Legitimität von Staatsgewalt im Völkerrecht. Berlin 2009.
- PHILLIPS, Robert L.: War and justice. Norman 1984.
- PHILLIPS, Robert L. und Duane L. CADY: Humanitarian intervention. Just war vs. pacifism. Lanham 1996.

- PICTET, Jean: Development and principles of international humanitarian law. Dordrecht 1985.
- PIRNIE, Bruce und Corazon FRANCISCO: Assessing requirements for peacekeeping, humanitarian assistance, and disaster relief. Santa Monica 1998.
- PLANER-FRIEDRICH, Götz (Hrsg.): Frieden und Gerechtigkeit. Auf dem Weg zu einer ökumenischen Friedensethik. München 1989.
- POGGE, Thomas W.: World poverty and human rights. Cosmopolitan responsibilities and reforms. Cambridge 2008.
- POGGE, Thomas W. M. und Keith HORTON: Global ethics. Seminal essays. St. Paul 2008.
- POGGE, Thomas W. M., Darrel MOELLENDORF und Keith HORTON: Global responsibilities. St. Paul 2008.
- PRAGER, Carol, Ane LEUCHS und Trudy GOVIER (Hrsg.): Dilemmas of reconciliation. Waterloo 2003.
- PROBST, Manuel: Die humanitäre Interventionspflicht. Hamburg 2006.
- PROVOST, René (Hrsg.): International human rights and humanitarian law. Cambridge 2005.
- PUGH, Michael (Hrsg.): Regeneration of war-torn societies. Basingstoke 2000.
- PUGH, Michael (Hrsg.): The UN, peace, and force. London 2001.
- RAE, Scott B.: Moral choices. An introduction to ethics. Grand Rapids 2000.
- RAGAZZI, Maurizio und Oscar SCHACHTER (Hrsg.): International responsibility today. Essays in memory of Oscar SCHACHTER. Leiden 2005.
- RAMCHARAN, Bertrand G.: The Security Council and the protection of human rights. Den Haag 2002.
- RAMSBOTHAM, Oliver und Hugh MIALl: Beyond deterrence. Britain, Germany and the New European Security Debate. Basingstoke 1999.
- RAMSBOTHAM, Oliver und Tom WOODHOUSE: Humanitarian intervention in contemporary conflict. A reconceptualization. Cambridge 1996.
- RAMSBOTHAM, Oliver und Tom WOODHOUSE (Hrsg.): Encyclopedia of international peacekeeping operations. Santa Barbara 1999.
- RAMSBOTHAM, Oliver, Tom WOODHOUSE und Hugh MIALl: Contemporary conflict resolution. The prevention, management and transformation of deadly conflicts. Cambridge 2006.
- RAMSEY, Paul: The just war. Force and political responsibility. Lanham 1983.
- RAMSEY, Paul: War and the Christian Conscience. How Shall Modern War Be Conducted Justly? Durham 1985.

- RAMSEY, Paul: Speak up for just war or pacifism. A critique of the United Methodist Bishops' pastoral letter "In defense of creation". University Park 1988.
- RAMSEY, Paul: The Just War. Force and Political Responsibility. Lanham 2002.
- RAPOPORT, Anatol: The origins of violence. Approaches to the study of conflict. New Brunswick 1997.
- RATNER, Steven R.: The New UN peacekeeping. Building peace in lands of conflict after the Cold War. New York 1996.
- RATNER, Steven R. und Jason S. ABRAMS: Accountability for human rights atrocities in international law. Beyond the Nuremberg legacy. Oxford 2001.
- RAWLS, John: Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main 2005.
- RAWLS, John: Gerechtigkeit als Fairneß. Ein Neuentwurf. Frankfurt am Main 2006.
- REDING, Marcel: Politische Ethik. Eine Einführung. Freiburg 1972.
- REDNER, Harry: Ethical life. The past and present of ethical cultures. Lanham 2001.
- REED, Charles: Just war? New York 2004.
- REED, Charles und David RYALL (Hrsg.): The price of peace. Just war in the twenty-first century. Cambridge 2007.
- REGAN, Richard J.: Just war. Principles and cases. Washington 1996.
- REICHBERG, Gregory M. (Hrsg.): The ethics of war. Classic and contemporary readings. Malden 2006.
- RENGGER, Nicholas J.: International relations, political theory and the problem of order. Beyond international relations theory? London 2000.
- REUTER, Hans-Richard (Hrsg.): Ethik der Menschenrechte. Tübingen 1999.
- REYDAMS, Luc: Universal jurisdiction. International and municipal legal perspectives. Oxford 2003.
- RHONHEIMER, Martin: Praktische Vernunft und Vernünftigkeit der Praxis. Handlungstheorie bei Thomas von AQUIN in ihrer Entstehung aus dem Problemkontext der aristotelischen Ethik. Berlin 1994.
- RICHTER, Emanuel: Republikanische Politik. Demokratische Öffentlichkeit und politische Moralität. Reinbek 2004.
- RIGBY, Andrew: Justice and reconciliation. After the violence. Boulder 2001.
- RITTERBAND, Charles E.: Universeller Menschenrechtsschutz und völkerrechtliches Interventionsverbot. Bern 1982.
- ROBERTS, Adam: Humanitarian action in war. Aid, protection and impartiality in a policy vacuum. Oxford 1996.

- ROBERTSON, Geoffrey: Crimes against humanity. The struggle for global justice. London 2006.
- ROBINSON, Paul F. (Hrsg.): Just war in comparative perspective. Aldershot 2003.
- ROCKWOOD, Lawrence P.: Walking away from Nuremberg. Just war and the doctrine of command responsibility. Amherst 2007.
- RODIN, David: War and self-defense. Oxford 2002.
- RODIN, David: War, torture, and terrorism. Ethics and war in the 21st century. Malden 2008.
- RÖSENER, Werner (Hrsg.): Staat und Krieg. Vom Mittelalter bis zur Moderne. Göttingen 2000.
- ROSENTHAL, Joel H. und Christian BARRY (Hrsg.): Ethics and international affairs. A reader. Washington 2009.
- ROTH, Kenneth (Hrsg.): Human Rights Watch World Report 2009. Events of 2008. New York 2009.
- ROTH, Silke und Ansgar KLEIN (Hrsg.): NGOs im Spannungsfeld von Krisenprävention und Sicherheitspolitik. Wiesbaden 2007.
- RUBIN, Alfred P.: Ethics and authority in international law. Cambridge 2007.
- RULOFF, Dieter: Wie Kriege beginnen. Ursachen und Folgen. München 2004.
- RUMMEL, Rudolph J.: Death by government. New Brunswick 2002.
- RUMPF, Helmut: Der internationale Schutz der Menschenrechte und das Interventionsverbot. Baden-Baden 1981.
- RUSSELL, Frederick H.: The just war in the Middle Ages. Cambridge 1979.
- SALEHI, Djavid: Kritik des ethischen Relativismus. Marburg 1999.
- SAROOSHI, Danesh: Humanitarian intervention and international humanitarian assistance. Law and practice. London 1994.
- SAROOSHI, Danesh: The United Nations and the development of collective security. The delegation by the UN Security Council of its chapter VII powers. Oxford 2003.
- SCHAPP, Jan: Freiheit, Moral und Recht. Grundzüge einer Philosophie des Rechts. Tübingen 2005.
- SCHAURER, Florian: Europas Götterdämmerung. Von der Re-Sakralisierung politischer Kultur. Marburg 2007.
- SCHINDLER, Dietrich (Hrsg.): The laws of armed conflicts. A collection of conventions, resolutions, and other documents. Leiden 2004.
- SCHLABACH, Gerald (Hrsg.): Just policing, not war. An alternative response to world violence. Collegeville 2007.

- SCHLIESKY, Utz: Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem. Tübingen 2004.
- SCHMITT, Annette: Bedingungen gerechten Handelns. Motivations- und handlungstheoretische Grundlagen liberaler Theorien. Wiesbaden 2005.
- SCHMITT, Carl: Der Begriff des Politischen. Berlin 1987.
- SCHMITT, Carl: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht. Berlin 1991.
- SCHMITT, Carl: Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum. Berlin 1997.
- SCHMITT, Carl: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität. Berlin 2004.
- SCHMITT, Carl: Legalität und Legitimität. Berlin 2005.
- SCHMITT, Carl: Theorie des Partisanen. Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen. Berlin 2006.
- SCHMITT, Carl: Die Wendung zum diskriminierenden Kriegsbegriff. Berlin 2007.
- SCHMITT, Carl und Günter MASCHKE: Frieden oder Pazifismus? Arbeiten zum Völkerrecht und zur internationalen Politik. 1924 - 1978. Berlin 2005.
- SCHMITT, Michael und Yoram DINSTEIN (Hrsg.): International law and armed conflict exploring the faultlines. Essays in honour of Yoram DINSTEIN. Leiden 2007.
- SCHMÜCKER, Reinold und Ulrich STEINVORTH (Hrsg.): Gerechtigkeit und Politik. Philosophische Perspektiven. Berlin 2002.
- SCHNABEL, Albrecht und Ramesh THAKUR (Hrsg.): Kosovo and the challenge of humanitarian intervention selective indignation, collective action, and international citizenship. Tokyo 2000.
- SCHORLEMER, Sabine von (Hrsg.): Praxishandbuch UNO. Die Vereinten Nationen im Lichte globaler Herausforderungen. Berlin 2003.
- SCHULTE, Lukas: Völkermord und humanitäre Intervention. Die Chancen innerhalb der liberalen Theorie internationaler Beziehungen. Hamburg 2009.
- SCHWARTZ, Regina M.: The curse of Cain. The violent legacy of monotheism. Chicago 1997.
- SEEBOHM, Sergius: Neue Kriege, schwache Staaten und die humanitäre Intervention. Konzepte und Perspektiven. Saarbrücken 2008.
- SEELMANN, Kurt (Hrsg.): Menschenwürde als Rechtsbegriff. Tagung der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie

- (IVR), Schweizer Sektion Basel, 25. bis 28. Juni 2003. Stuttgart 2004.
- SENGHAAS, Dieter: On perpetual peace. A timely assessment. New York 2007.
- SEYBOLT, Taylor B.: Humanitarian military intervention. The conditions for success and failure. Oxford 2007.
- SHAW, Martin: War and genocide. Organized killing in modern society. Cambridge 2007.
- SHUE, Henry (Hrsg.): Preemption. Military action and moral justification. Oxford 2007.
- SIEDSCHLAG, Alexander: Grundelemente der internationalen Politik. Wien 2007.
- SIMONIS, Walter: Schmerz und Menschenwürde. Das Böse in der abendländischen Philosophie. Würzburg 2001.
- SINGER, Peter: One world. The ethics of globalization. New Haven 2004.
- SINGER, Peter: Praktische Ethik. Stuttgart 2008.
- SMIT, Wim (Hrsg.): Just war and terrorism. The end of the just war concept? Leuven 2005.
- SMITH, Karen E. (Hrsg.): Ethics and foreign policy. Cambridge 2001.
- SMOCK, David R.: Religious perspectives on war. Christian, Muslim, and Jewish attitudes toward force. Washington 2002.
- SNOW, Donald M.: Uncivil wars. International security and the new internal conflicts. Boulder 1996.
- Society for Philosophy and Public Affairs (Hrsg.): Philosophy, morality, and international affairs. Essays edited for the Society for Philosophy and Public Affairs. New York 1974.
- SOMMER, Gert (Hrsg.): Krieg und Frieden. Handbuch der Konflikt- und Friedenspsychologie. Weinheim 2004.
- SORABJI, Richard und David RODIN (Hrsg.): The ethics of war. Shared problems in different traditions. Aldershot 2006.
- SPAEMANN, Robert (Hrsg.): Grenzen. Zur ethischen Dimension des Handelns. Stuttgart 2002.
- SPENGLER, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte. München 2003.
- ST. WALKER, James W. G. und Andrew S. THOMPSON (Hrsg.): Critical mass. The emergence of global civil society. Waterloo 2008.
- STACK, John F. und Lui HEBRON (Hrsg.): The ethnic entanglement. Conflict and intervention in world politics. Westport 1999.
- STAHN, Carsten (Hrsg.): Jus Post Bellum. Towards a law of transition. from conflict to peace. Den Haag 2008.
- STARCK, Christian (Hrsg.): Kann es heute noch gerechte Kriege geben? Göttingen 2008.

- STEDMAN, Stephen J. (Hrsg.): Ending civil wars. The implementation of peace agreements. Boulder 2002.
- STEFFEN, Lloyd: Holy war, just war. Exploring the moral meaning of religious violence. Lanham 2007.
- STEINER, Henry J., Philip ALSTON und Ryan GOODMAN: International human rights in context. Law, politics, morals. Oxford 2008.
- STEIN-KAEMPFE, Jacqueline: Human Security. Völkerrechtliche Aspekte eines internationalen Sicherheitskonzeptes zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Berlin 2008.
- STEINWEG, Reiner (Hrsg.): Der gerechte Krieg. Christentum, Islam, Marxismus. Frankfurt am Main 1980.
- STRACHAN, Hew: Über Carl von CLAUSEWITZ' „Vom Kriege“. München 2008.
- STRACHAN, Hew F. A. (Hrsg.): CLAUSEWITZ in the twenty-first century. Oxford 2007.
- STRAUSS, Ekkehard: The emperor's new clothes? The United Nations and the implementation of the responsibility to protect. Baden-Baden 2009.
- STROMSETH, Jane E., David WIPPMAN und Rosa BROOKS: Can might make rights? Building the rule of law after military interventions. Cambridge 2006.
- STRUB, Jean-Daniel (Hrsg.): Der gerechte Friede zwischen Pazifismus und gerechtem Krieg. Paradigmen der Friedensethik im Diskurs. Stuttgart 2007.
- STUMPF, Christoph A.: The Grotian theology of international law. Hugo GROTIUS and the moral foundations of international relations. Berlin 2006.
- SUNGA, Lyal S.: Individual responsibility in international law for serious human rights violations. Dordrecht 1992.
- SYSE, Henrik und Gregory M. REICHBERG (Hrsg.): Ethics, nationalism, and just war. Medieval and contemporary perspectives. Washington 2007.
- TADJBAKHS, Shahrbanou und Anuradha M. CHENOY: Human security. Concepts and implications. London 2008.
- TÄNNSJÖ, Torbjörn: Zur Ethik des Tötens. Neue Anstöße zur Reflexion eines umstrittenen Problems. Berlin 2006.
- TEICHMAN, Jenny: Pacifism and the just war. A study in applied philosophy. Oxford 1986.
- TESÓN, Fernando R.: Humanitarian intervention. An inquiry into law and morality. Irvington-on-Hudson 1997.
- TESÓN, Fernando R.: A philosophy of international law. Boulder 1998.

- THAKUR, Ramesh (Hrsg.): International commissions and the power of ideas. Tokyo 2006.
- THAKUR, Ramesh C.: The United Nations, peace and security. From collective security to the responsibility to protect. Cambridge 2007.
- The International Commission on Intervention and State Sovereignty (Hrsg.): The responsibility to protect. Report of the International Commission on Intervention and State Sovereignty. Ottawa 2001.
- THOMAS, Caroline: New states, sovereignty and intervention. New York 1985.
- THOMAS, Caroline: Global governance, development and human security. the challenge of poverty and inequality. London 2000.
- TIBI, Bassam: Der neue Totalitarismus. „Heiliger Krieg“ und westliche Sicherheit. Darmstadt 2004.
- TONER, James H.: The sword and the cross. Reflections on command and conscience. New York 1992.
- TOPPE, Andreas: Militär und Kriegsvölkerrecht. Rechtsnorm, Fachdiskurs und Kriegspraxis in Deutschland 1899 - 1940. München 2008.
- TOTTEN, Samuel (Hrsg.): Century of genocide. Critical essays and eyewitness accounts. New York 2004.
- TUCKER, Robert W.: The just war. A study in contemporary American doctrine. Westport 1978.
- TUSCHL, Ronald H. (Hrsg.): Die Neue Weltordnung in der Krise. Von der uni- zur multipolaren Weltordnung?. Friedensbericht 2008. Wien 2008.
- UK Ministry of Defence (Hrsg.): The manual of the law of armed conflict. Oxford 2004.
- United Nations (Hrsg.): The humanitarian decade. Challenges for humanitarian assistance in the last decade and into the future. New York 2004.
- United Nations Department of Political Affairs (Hrsg.): Repertoire of the Practice of the Security Council. Supplement 1989-1992. New York 2008.
- US Naval War College Press (Hrsg.): The Law of War in the 21st Century. Weaponry and the Use of Force: International Law Studies, V. 82. Washington 2007.
- UTLEY, Rachel E. (Hrsg.): Major powers and peacekeeping. Perspectives, priorities and the challenges of military intervention. Aldershot 2006.
- VALLS, Andrew: Ethics in international affairs. Theories and cases. Lanham 2000.
- VAN CREVELD, Martin L.: Die Zukunft des Krieges. Hamburg 2004.
- VAN CREVELD, Martin L.: The transformation of war. New York 1991.

- VAN CREVELD, Martin L.: The art of war. War and military thought. London 2002.
- VAN EEKELEN, Willem F.: From words to deeds. The continuing debate on European security. Brüssel 2006.
- VERLAGE, Christopher: Responsibility to protect. Ein neuer Ansatz im Völkerrecht zur Verhinderung von Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Tübingen 2009.
- VITORIA, Francisco de: De Indis recenter inventis et de jure belli Hispanorum in barbaros relectiones. Tübingen 1952.
- VITZTHUM, Wolfgang Graf (Hrsg.): Völkerrecht. Berlin 2007.
- VOGT, Wolfgang R. und Ulrich ALBRECHT (Hrsg.): Gewalt und Konfliktbearbeitung. Befunde - Konzepte - Handeln. Baden-Baden 1997.
- VOORHOEVE, Joris: From war to the rule of law. Peacebuilding after violent conflicts. Amsterdam 2007.
- WAAL, Alexander de (Hrsg.): Demilitarizing the mind. African agendas for peace and security. Trenton 2002.
- WALTHER, Manfred (Hrsg.): Transformation des Gesetzesbegriffs im Übergang zur Moderne? Von Thomas von AQUIN zu Francisco SUÁREZ. Stuttgart 2008.
- WALTZ, Kenneth N.: Man, the state and war. A theoretical analysis. New York 2001.
- WALZER, Michael: Erklärte Kriege - Kriegserklärungen. Hamburg 2003.
- WALZER, Michael: Arguing about War. New Haven 2006.
- WALZER, Michael: Just and unjust wars. A moral argument with historical illustrations. New York 2006.
- WALZER, Michael und Nicolaus MILLS (Hrsg.): Getting out. Historical perspectives on leaving Iraq. Philadelphia 2009.
- WARNER, Daniel: An ethic of responsibility in international relations. Boulder 1991.
- WASSERSTROM, Richard (Hrsg.): War and Morality. Belmont 1970.
- WEART, Spencer R.: Never at war. Why democracies will not fight one another. New Haven 1998.
- WEILER, Rudolf: Fragen der internationalen sittlichen Ordnung. Berlin 1989.
- WEINGÄRTNER, Dieter und Andreas von ARNAULD (Hrsg.): Streitkräfte und Menschenrechte. Baden-Baden 2008.
- WEISS, Stefani und Joscha SCHMIERER (Hrsg.): Prekäre Staatlichkeit und Internationale Ordnung. Wiesbaden 2007.
- WEISS, Thomas G. und Cindy COLLINS: Humanitarian challenges and intervention. Boulder 2000.
- WEISS, Thomas G.: Humanitarian intervention. Ideas in action. Cambridge 2007.

- WEISS, Thomas G. (Hrsg.): The Oxford handbook on the United Nations. Oxford 2008.
- WEISS, Thomas G.: What's wrong with the United Nations and how to fix it. Cambridge 2009.
- WEISS, Thomas G., David P. FORSYTHE und Roger A. COATE: The United Nations and changing world politics. Boulder 2004.
- WELCH, David: Justice and the genesis of war. Cambridge 1993.
- WELSH, Jennifer M. (Hrsg.): Humanitarian intervention and international relations. Oxford 2006.
- WELZEL, Hans: Naturrecht und materiale Gerechtigkeit. Göttingen 1990.
- WERKNER, Ines-Jacqueline und Antonius LIEDHEGENER (Hrsg.): Gerechter Krieg - gerechter Frieden. Religionen und friedensethische Legitimationen in aktuellen militärischen Konflikten. Wiesbaden 2009.
- WESTERMARCK, Edward: Ethical relativity. London 2000.
- WHEELER, Nicholas J.: Saving strangers. Humanitarian intervention in international society. Oxford 2003.
- WHITE, James E. (Hrsg.): Contemporary moral problems. War, terrorism, and torture. Belmont 2009.
- WILLIAMS, Bernard: Der Begriff der Moral. Eine Einführung in die Ethik. Stuttgart 2003.
- WILLIAMS, Paul R. und Michael P. SCHARF: Peace with justice? War crimes and accountability in the former Yugoslavia. Lanham 2002.
- WINTERS, Paul A. (Hrsg.): Interventionism. Current controversies. San Diego 1995.
- WISSMANN, Hans (Hrsg.): Krieg und Religion. Würzburg 1994.
- WITSCHEN, Dieter: Christliche Ethik der Menschenrechte. Systematische Studien. Münster 2002.
- WOODHOUSE, Tom und Oliver RAMSBOTHAM (Hrsg.): Peacekeeping and conflict resolution. London 2000.
- WOYKE, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch Internationale Politik. Bonn 2004.
- WRIGHT, Moorhead (Hrsg.): Morality and international relations. Concepts and issues. Aldershot 1996.
- YODER, John H.: Nevertheless. The varieties and shortcomings of religious pacifism. Scottdale 1992.
- ZARTMAN, I. W. und J. L. RASMUSSEN (Hrsg.): Peacemaking in international conflict. Methods and techniques. Washington 2003.
- ZICCARDI CAPALDO, Giuliana: The pillars of global law. Aldershot 2008.
- ZIFCAK, Spencer (Hrsg.): Globalisation and the rule of law. London 2005.
- ZUPAN, Daniel S.: War, morality, and autonomy. An investigation in just war theory. Aldershot 2004.

VII. VARIA

VII.1 WIDMUNG

Gewidmet sei diese Arbeit dem ehrenden Andenken an meinen am 31. August 2010 verstorbenen Vater, Herrn Dr. Gunther SCHAURER.

Meine Dankbarkeit und Verbundenheit sind nicht in Worte zu fassen.

Ich eigne diese Arbeit außerdem meinem Großvater, Herrn Dr. Helmut RAPP zu, in meinem Alter als Arzt im Umfeld der Geschwister SCHOLL strafversetzt an die Ostfront, innig dankbar für eine Erziehung in Demut vor den unaussprechlichen Schrecken des Krieges und in der tröstlichen Gewissheit darum, daß noch in des Menschen dunkelster Schicksalsnot der Weckruf des Gewissens erklingt, uns in tiefer Schuldigkeit Nachgeborenen über Zeit und Raum hinweg ermahnend:

So will der fug: von aussen kommt kein feind..
Wird er bedurft müsst ihr aus euch ihn schaffen
Im gegenstoss versieht er seinen dienst.
Er ist ein blindling er verstellt verrenkt
Er schärft die waffen spornt die guten kräfte
Bringt nötige gifte mit verhasstem tun.
Den fremden schadern aber ruft getrost:
Hemmt uns! untilgbar ist das wort das blüht.
Hört uns! nehmt an! trotz eurer gunst: es blüht -
Übt an uns mord und reicher blüht was blüht!

STEFAN GEORGE

VII.2 TYPOGRAPHIE

Die vorliegende Dissertation wurde zu Ehren des bedeutenden italienischen Typographen, Stempelschneiders, Druckers und Verlegers Giambattista BODONI (1740 - 1813) in dessen gleichnamiger Antiqua gesetzt.

„Ich gebe hier die Früchte des Fleißes und der Arbeit vieler Jahre, welche ich mit Lust und Liebe an eine Kunst gewandt habe, die das vollendete Ergebnis der schönsten, sinnreichsten und nützlichsten Erfindung der Menschheit ist: der Schrift. Ihre vollkommenere Form ist die Kunst des Druckens, sobald es gilt, viele Exemplare des gleichen Textes zu erhalten, mehr noch, wenn es darauf ankommt, unbedingt Gleichartigkeit zu gewährleisten und ganz besonders, wenn es sich um ein Buch handelt, das wert ist, in einer klareren und leichter lesbaren Form vor die Augen der Nachwelt zu kommen. Wer diesen nützlichen Zweck und die ganze Reihe der Mittel betrachtet, durch die wir von der ersten Erfindung der Schriftzeichen vorwärts gekommen sind bis zu der Leichtigkeit, mit der wir heute auf tausend und abertausend regelmäßig bedruckten Blättern die sonst so flüchtigen Worte festzuhalten vermögen, dauerhafter und klarer geprägt als Lippen sie je formen könnten, der kann angesichts einer so großartigen Kunstleistung den Kräften des Menscheingeistes seine Bewunderung nicht versagen.“

Giambattista BODONI: Manuale Tipografico (1818)

Das einleitende Gedicht „Der Krieg“ des unerreichten deutschen Lyrikers Stefan GEORGE (1868 - 1933) ist wiederum in der vermutlich von Melchior LECHTER (1865 - 1937) in Anlehnung an des Dichters „Stilschrift“ geschnittenen St. G.-Schrift getreu der Erstveröffentlichung bei Georg BODONI (1865 - 1935) von 1917 wiedergegeben.

VII.3 LEBENSLAUF

<i>Name:</i>	FLORIAN SCHAURER
<i>Geburtsdatum:</i>	25.10.1982
<i>Geburtsort:</i>	Mannheim, Baden-Württemberg, Bundesrepublik Deutschland
<i>Bildung:</i>	06/2002 Abitur, <i>Feudenheim Gymnasium Mannheim</i> 06/2007 Magister Artium (M. A.) der Politischen Wissenschaft, <i>Ruprecht Karls-Universität Heidelberg</i> 11/2010 Doktor (Dr. phil.) der Politischen Philosophie, <i>Universität Zürich</i>
<i>Militär:</i>	seit 07/2002 verschiedene Verwendungen, <i>Deutsche Luftwaffe</i> seit 08/2009 Dozent für Sicherheitspolitik am Fachbereich Sicherheitspolitik und Strategie, <i>Führungsakademie der Bundeswehr</i>
<i>Beruf:</i>	seit 04/2006 Mitgründer und Partner von <i>Schaurer & Störger Political Research and Consulting</i> , Berlin seit 01/2009 ehrenamtlicher Richter am <i>Landgericht Mannheim</i> seit 02/2009 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der <i>Forschungsstelle für Sicherheitspolitik der ETH Zürich</i>